

Nicht auf dem Boden der Verfassung!

Eine Analyse und Dokumentation zur Partei

Die LINKE

erstellt von der
CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

April 2008



CDU FRAKTION IM
HESSISCHEN LANDTAG

Gesamtinhalt

Teil 1: „Nicht auf dem Boden der Verfassung“

Analyse von Programmatik, Personal und Bündnispartnern der Partei „Die Linke“

Teil 2: Dokumentarische Anhänge

Anhang 1: Zitatensammlung von und über die Partei „Die LINKE“, ihre Vorgängerparteien PDS und „Linkspartei.PDS“ sowie von verbündeten Gruppierungen des linksextremen Spektrums

Anhang 2: Biographische Daten und Zitate der Abgeordneten der Fraktion „Die LINKE“ im Hessischen Landtag

Anhang 3: Auszug aus Bundestagsdrucksache 12/7600: Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 Grundgesetz.

Darin:

- Bericht über die Finanzierung kommunistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland durch die SED
- Kopie des Haushaltsplans des ZK der SED für das Jahr 1989 mit Ausweisung von Mitteln u.a. für die DFU
- Kopie eines Briefes des westdeutschen DKP-Vorsitzenden an Erich Honecker aus dem Jahr 1989 mit Bitte um finanzielle Unterstützung (abgezeichnet von Erich Honecker)

Teil 1

Nicht auf dem Boden der Verfassung

Analyse von Programmatik, Personal und Bündnispartnern
der Partei „Die Linke“

Inhalt

1. Einleitung	4
2. „Freiheit durch Sozialismus“: Die Linkspartei und die grundgesetzliche Ordnung	6
3. Sozialismus und Populismus – die Programmatik der Linkspartei	10
4. Beifall für die Linkspartei von der NPD	19
5. Von der SED zur Linkspartei	20
5.1 Die Partei und ihre Vorsitzenden	20
5.2 „Es war nicht alles schlecht“: Geschichtsrevisionismus der Linkspartei	25
5.3 „Kommunistische Plattform“ und radikale Sektierer in der Linkspartei	31
6. Lafontaine und die Linkspartei	33
6.1 Lafontaine und der Populismus: „Fremdarbeiter“	33
6.2 Lafontaines Israelfeindlichkeit und der „Antifaschismus“ der Linken	35
7. Die Linkspartei in Hessen	40
7.1 Ein Kommunist als erster Spitzenkandidat - Pit Metz und der Schießbefehl	40
7.2 Programmatische und personelle Mitgift der DKP	41
7.3 Willi van Ooyen - ein harmloser „Friedensaktivist“?	44
7.3.1 Geschichte der DFU	44
7.3.2 Die Finanzierung der DFU durch die SED	45
7.3.3 Aktivitäten nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur	48
7.3.4. Fazit	48
7.4 Die anderen Mitglieder der Landtagsfraktion	48
7.4.1 Janine Wissler, stellv. Fraktionsvorsitzende	48
7.4.2 Marjana Schott, PGF	49
7.4.3. Hermann Schaus, Landtagsvizepräsident	50
7.4.4 Barbara Cardenas Alfonso	50
7.4.5 Ulrich Wilken	51
7.5 Hilfe aus den „etablierten“ Strukturen der neuen Länder	51
8. Zusammenfassung	52

1. Einleitung

Der bisherige Umgang mit der Linkspartei in der Öffentlichkeit war stark von ihren wiederholten Namenshäutungen und dem medialen Auftreten ihrer Führungspersonen geprägt. Wir sehen darin einen der beiden Gründe, die den Alt-Kommunisten zu einem Imagewandel weg von der totalitären Staatspartei SED hin zu einer scheinbar normalen politischen Partei verholfen hat. Die vorliegende Dokumentation dient dem Zweck, die wahren Ziele der Linkspartei offenzulegen und den oberflächlichen Eindruck von einer „normalen“ Partei zu widerlegen. In bemerkenswertem Kontrast zu manch vorschnellem Kommentar wird auf erschreckende Weise sichtbar, dass die Partei seit 1990 inhaltlich keinen Millimeter von ihrem Ziel der Restauration des Sozialismus und der „Systemüberwindung“ abgerückt ist. Diesen radikalen Kern hat die PDS als Erbschaft der SED bewahrt und im Juni dieses Jahres erfolgreich in die Linkspartei verpflanzt. Sie wird diese Identität auch in Zukunft nicht ablegen, sondern wie ihren Augapfel hüten.

Mit der Gründung der Linkspartei am 16. Juni 2007 als Zusammenschluss aus Linkspartei.PDS und WASG ist es das insgesamt vierte Mal, dass sich die Nachfolger der SED einen neuen Namen gegeben haben. Neu ist allerdings die Offenheit, mit der die Vertreter der Linkspartei zur Schau tragen, dass sie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft überwinden wollen. Es war der heutige Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky, der am 15. Juni 2007, am Tag vor der Vereinigung der beiden Parteien, den Blick fest in die Kameras der anwesenden Presse richtete und verkündete:

„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE - wir stellen die Systemfrage.“¹

So offen hatte noch keine im Deutschen Bundestag vertretene Partei angekündigt, die Ordnung unseres Gemeinwesens überwinden zu wollen. Die CDU ist der festen Überzeugung, dass angesichts des Erstarkens der extremen Linken alle demokratischen Partei-

¹ Lothar Bisky, Rede auf der 3. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS, 15. Juni 2007, in: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view_html/zid35922/bs1/n0

en dazu aufgefordert, ja geradezu verpflichtet sind, die Auseinandersetzung mit der Linkspartei intensiver als bislang zu führen. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Freiheit es wert ist, verteidigt zu werden. Die Christlich Demokratische Union will mit dieser Dokumentation einen Beitrag dazu leisten.

Neben der Reduzierung der Linkspartei auf ihre Führungspersonen sehen wir aber noch einen zweiten Grund, der zum Anwachsen des Linksradikalismus in Deutschland geführt hat. Das zunächst noch heimliche Kokettieren, später dann schamhafte Tolerieren und schließlich offene Koalieren von SPD und PDS hat der Linkspartei in den Augen mancher Bürgerinnen und Bürger das ‚Gütesiegel‘ der Unbedenklichkeit beschert und damit gleichfalls den Blick auf jenen unbändigen Willen verstellt, mit dem die Linke unsere Verfassungsordnung radikal überwinden will. Mit dieser schrittweisen Hofierung, die die Linkspartei durch die SPD erfahren hat, wurde sie für breitere Bevölkerungsgruppen überhaupt erst wählbar. Teilen der SPD dämmert es jedoch inzwischen, dass dies wenig vorausschauend war. In dem Maße nämlich, in dem die Warnungen der CDU vor einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei als billige Parteitaktik diffamiert wurden, wurde die PDS aufgewertet und damit zwangsläufig gestärkt. Wie klein der Raum mittlerweile ist, den die Linkspartei der SPD noch zu überlassen bereit ist, können die Sozialdemokraten jetzt schwarz auf weiß nachlesen. In einem aktuellen Strategiepapier des frisch gewählten Vorsitzenden der Linksfraktion im sächsischen Landtag, André Hahn, wird folgende Rollenverteilung erwogen: „Die SPD [müsste] bei einem entsprechenden Wahlergebnis bereit sein, in eine von der LINKEN geführte Regierung einzutreten.“²

Die CDU stützt diese Dokumentation – neben Auszügen aus wissenschaftlichen Gutachten unabhängiger Institutionen und Presseberichten – mehrheitlich auf Programmaussagen und Interviewäußerungen führender Politiker der Linken. Wir nehmen die Linkspartei beim Wort und hegen die Hoffnung, dass alle demokratischen Parteien und insbesondere die Medien dies ebenfalls tun.

² Strategie der Linksfraktion bis zu den Wahlen 2009 und darüber hinaus. Diskussionspapier des Vorsitzenden der Linksfraktion im sächsischen Landtag, André Hahn, vom 10. Juli 2007.

2. „Freiheit durch Sozialismus“: Die Linkspartei und die grundgesetzliche Ordnung

Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hat die Linkspartei bis heute kein positives Verhältnis entwickelt. Im Gegenteil: Sie lehnt die bestehende Ordnung ab. In ihrem aktuell gültigen Grundsatzprogramm legt sich die Linkspartei fest: „Die Politik der Linkspartei.PDS soll dazu beitragen, ... [die] Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern ... Sozialistische Politik ... zielt heute auf die ... Umgestaltung von Eigentums- und Machtstrukturen ... Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine Politik ein, die ... auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt.“³ Wie sehr die Partei auch bei der Ablehnung der grundgesetzlichen Demokratie in programmatischer Erstarrung verharrt, zeigt folgender Satz: „In der Linkspartei.PDS ... haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse ... zu überwinden.“⁴ Nahezu wortgleich formulierte die Partei dies bereits in ihrem Grundsatzprogramm zehn Jahre zuvor.⁵

Der Wille der Linkspartei, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu überwinden, drückt sich nicht nur in ihren Grundsatzprogrammen aus. Auch ihre führenden Parteivertreter gaben und geben dies unverblümt zu. Die PDS zielte nicht nur in den ersten Jahren nach 1990 auf eine tief greifende Umgestaltung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie; sie hat dieses Ziel immer noch vor Augen. Auch in diesem Punkt bleiben sich die Alt-Kommunisten treu, ist von dem angeblichen Wandel der Partei weit und breit keine Spur zu sehen. Die folgenden Aussagen sind chronologisch geordnet und sprechen eine eindeutige Sprache:

³ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 8ff.

⁴ Ebd., S. 54.

⁵ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993. Dort hieß es: „In der PDS haben ... Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen...“

- „Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik gehöre abgeschafft, dem sage ich... ‚Er hat Recht‘.“⁶
- „Die PDS ist im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, dass sich wirkliche soziale Gerechtigkeit und ökologische Umgestaltung innerhalb der herrschenden Strukturen herstellen lassen. Deshalb wollen wir zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft kommen.“⁷
- „Die PDS ist eine sozialistische Partei und steht in gesellschaftlicher Opposition, das ist unser Verständnis zu dem kapitalistischen System.“⁸
- „Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS hat] nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.“⁹
- „Die neue Linke ist eine Bewegung zur demokratischen Erneuerung... Wir sind die Kraft, die die Systemfrage stellt.“¹⁰
- „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – stellen die Systemfrage.“¹¹
- „Wir haben gesagt, aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein. Wir bleiben Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir in die Zukunft schauen ... Und deshalb brauchen wir insofern einen Systemwechsel, da hat Lothar recht.“¹²
- „... weil wir die einzige Partei sind, die die Systemfrage aufwirft...“¹³
- „Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung, einen demokratischen Sozialismus... Die Linke verändert die Republik.“¹⁴

Wer ungeachtet dieser seit Jahren und bis heute ohne Änderung vorgetragenen Aussagen den Linksradiكالen den Status einer „normalen demokratischen Partei“ zuerkennen will, der verkennt nicht nur den langen Schatten, den die SED auf diese Partei wirft, sondern

⁶ Interview von Helmut Holter mit Antenne Mecklenburg-Vorpommern am 19. Juni 1994. (Holter sollte den vorgegebenen Satz vervollständigen.)

⁷ Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Abgeordnetengruppe im Deutschen Bundestag, in: Neues Deutschland vom 13./14. Mai 1995.

⁸ Helmut Holter, Arbeits- und Sozialminister und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, in: ZDF-Morgenmagazin vom 3. November 1998.

⁹ Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in: Junge Welt vom 30. März 2000.

¹⁰ Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf dem WASG-Parteitag am 25. März 2007 in Dortmund (autorisierte Mitschrift von Fanny Zeise und Jan Maas).

¹¹ Rede des Vorsitzenden der Linkspartei/PDS, Lothar Bisky, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS vom 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹² Schlusswort des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS am 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹³ Rede des Linksparteivorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE am 16. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹⁴ „Wir empfangen täglich Signale“. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Berliner Zeitung vom 16. Juli 2007.

der verabschiedet sich auch selbst Stück für Stück von unserer grundgesetzlichen Ordnung. Auch der Verweis auf die Beteiligung der Linkspartei an Wahlen bzw. Regierungen und ihre dadurch angeblich erbrachte „Systemkonformität“ befreit keinen aufrechten Demokraten von der Notwendigkeit, sich von dieser radikalen Partei klar und unmissverständlich abzugrenzen. Dies ergibt sich auch aus einem Grundsatzpapier der Partei. In ihm wird eindeutig festgelegt, dass die Beteiligung der Linkspartei am demokratischen Willensbildungsprozess Teil ihrer Strategie zur Überwindung der bestehenden Ordnung ist. So heißt es dort:

„Die PDS [steht] in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland... Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung ... oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS ... Selbst dann also, wenn die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, ... würde dies ... ihren Oppositionscharakter in Bezug auf die herrschenden Verhältnisse nicht beeinträchtigen ... Einig sind wir uns dahingehend, dass die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“¹⁵

Dieses Papier wurde in Reden immer wieder bekräftigt,¹⁶ seine Kernaussage auch im gegenwärtig gültigen Grundsatzprogramm festgeschrieben.¹⁷ Demnach hat die Linkspartei zur bundesdeutschen Demokratie lediglich ein instrumentelles Verhältnis entwickelt.¹⁸ Wie die folgenden Aussagen belegen, gibt es in ihr auch Stimmen, die sogar gewaltsame Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht prinzipiell ausschließen. Nicht zuletzt dieser Aspekt untermauert den radikalen Charakter dieser Partei.

¹⁵ Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.

¹⁶ So zitierte beispielsweise die damalige PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer in ihrer Rede auf dem Parteitag der Berliner PDS am 14./15. Juli 2001 aus dem Grundsatzpapier der Partei fast wörtlich: „Die PDS steht in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ... Es geht um mehr Widerstand gegen die herrschende Politik ... Die Frage, ob sich eine PDS-Fraktion innerhalb von Parlamenten in die Opposition, Tolerierung oder Koalition begibt, berührt nicht das Selbstverständnis der Partei.“

¹⁷ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 6. Dort heißt es: „Die Linkspartei.PDS steht stets vor der Aufgabe zu sichern, dass ihre Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive mit ihren strategischen Zielen übereinstimmt.“

¹⁸ In der FAZ vom 30. Juni 2001 machte Judith Dellheim, Mitglied des PDS-Bundesvorstandes, kein Hehl daraus: „Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen können nicht die Rahmenbedingungen umstürzen, aber sie müssen benutzt werden, um Opposition gegen die Herrschenden und das herrschende Gesellschaftssystem zu stärken.“ Und Winfried Wolf, PDS-MdB, bekräftigte dies im Marxistischen Forum Nr. 32/33 vom September 2000: „Die Parlamente sind unser Spielbein. Unser Standbein muss die außerparlamentarische Bewegung und Aktion sein.“

- „Eine Partei oder Organisation, die eine Zielstellung, wie sie die PDS hat, ernsthaft durchsetzen will, muss sich ... alle revolutionären Mittel offen halten. Je nach Herrschaftsform ... kann das politischer Generalstreik oder sogar Einsatz bewaffneter Gewalt bedeuten.“¹⁹
- „Der politische Übergang zur klassenlosen Gesellschaft ... kann vielfältige Formen annehmen. Er muss sich nicht unbedingt gewaltsam vollziehen.“²⁰
- Wir halten auch „globale Krisen von solcher Schärfe (für) vorstellbar, ... dass im klassischen Sinne revolutionär die alten Herrschaftssysteme gestürzt werden müssten.“²¹
- „Die PDS muss durchaus einen umstürzlerischen (subversiven) Charakter entwickeln, und ihre Bravheit überwinden ... und das in unverschämter Offenheit und Öffentlichkeit...“²²
- „Da wir wissen, dass der Sozialismus sich ohne weiteres, wie aus der Pistole geschossen, nicht durchführen lässt, sondern nur dadurch, dass wir in einem hartnäckigen Klassenkampf auf wirtschaftlichem und politischem Boden von der bestehenden Ordnung kleine Reformen erreichen, um uns wirtschaftlich und politisch immer besser zu stellen und die Macht zu erhalten, endlich der heutigen Gesellschaft das Genick zu brechen, sind unsere Minimalanforderungen nur auf die Gegenwart zugeschnitten. Wir akzeptieren alles, was man uns gibt, aber fordern müssen wir das ganze politische Programm.“²³

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kam 2006 zu folgender Einschätzung:

„Auf der Basis von Programm und Statut wirken nach wie vor offen extremistische Kräfte innerhalb der Partei. Weiterhin arbeitet sie – zum Teil in festen Strukturen – mit in- und ausländischen Linksextremisten zusammen.“²⁴

¹⁹ Junge GenossInnen. Zeitschrift des Landesvorstandes der PDS Brandenburg, vom 13. November 1993.

²⁰ Programmatische Erklärung der Kommunistischen Plattform in der PDS, Februar 1994.

²¹ Strategiepapier „PDS – eine neue sozialistische Partei in Deutschland“, in: DISPUT, Nr. 19/1995 vom 1. Oktoberheft.

²² André Brie: „Wie subversiv soll denn die PDS sein?“, in: Neues Deutschland vom 11. Januar 1997.

²³ Zustimmungende Zitierung von Rosa Luxemburg in. DISPUT vom Januar 2006, S. 10

²⁴ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 145.

3. Sozialismus und Populismus – die Programmatik der Linkspartei

Genauso wie ihre Strategie ordnet sich auch das Programm der Linkspartei ihrem Ziel der Einführung des Sozialismus unter. Im Mittelpunkt steht die Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese wird von der Partei dafür gezielt klassenkämpferisch als „kapitalistisches System“ negativ aufgeladen und der „demokratische Sozialismus“ als angeblich bessere Alternative angepriesen. Dreh- und Angelpunkt des Sozialismus ist die Eigentumsfrage, d. h. die Verteilung materieller Güter. Die Linkspartei strebt ihre möglichst gleiche Verteilung an, unabhängig davon, wer diese Güter erwirtschaftet. So legt sie in ihren Gründungsdokumenten fest:

„Um dieses Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen ... zu erreichen, setzen wir uns ein ... für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede...“²⁵

Weitgehende materielle Gleichheit ist somit ein zentraler Wert für die Linkspartei. Weil dies so ist, hat sie für diejenigen, die vorankommen und mehr erreichen wollen, für die hart und fleißig arbeitenden Menschen, für die Leistungsträger unserer Gesellschaft keine Antworten zu bieten. Sie stellen die Mehrheit in unserem Land. Mit ihnen kann die Linkspartei nichts anfangen.

Bevor die Linkspartei jedoch das Eigentum anderer Leute großzügig verteilen kann, muss sie es zunächst „vergesellschaften“ bzw. verstaatlichen. Die Linken lassen dabei oftmals bewusst offen, in welchem Ausmaß und in welcher Form sie Enteignungen vornehmen wollen. Ihre Festlegungen sind allerdings derart weit gefasst, dass sich darunter so gut wie alles subsumieren lässt. So heißt es im aktuellen Grundsatzprogramm der Partei: „Wir halten an der ... Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest...“²⁶ Und auch in den Gründungsdokumenten der Linkspartei kommen die umfassenden Verstaatlichungsgelüste der Partei zu Ausdruck, wenn sie schreibt: „Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an ... Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über al-

²⁵ Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.

²⁶ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 7.

le Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“²⁷ Relativ konkret wurde die Partei in ihrem Bundestagswahlprogramm 2005. Danach wird praktisch kein Lebensbereich mehr der privaten Regelung überlassen:

„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind Leistungen, die ... nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden (dürfen). Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“²⁸

Auch die freien Medien sollen nach dem Willen der Linkspartei verstaatlicht werden. Ihre Unabhängigkeit ist der Partei seit langem ein Dorn im Auge. So forderte die PDS bereits 1993, dass „der Einfluss der Medienkonzerne eingeschränkt, die Privatisierung öffentlicher Medien gestoppt ... wird“.²⁹ Diese Position hat sich inzwischen auch Lafontaine zueigen gemacht, als er 2005 seine Pläne für die Zukunft der Medienlandschaft offenbarte: „Die Überführung der Privatsender in öffentlich-rechtliche Trägerschaft wäre mein Herzenswunsch. [...] Ein Fortschritt wäre schon eine Regulierung dergestalt, dass der Gesetzgeber fernsehfremde Tage einführt.“³⁰ Kürzlich bekräftigte er: „Wir brauchen ... eine Demokratisierung der Medien... Eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein.“³¹

In ihren umfassenden Verstaatlichungsplänen kommt das tiefe Misstrauen zum Ausdruck, das die Linken seit jeher gegenüber dem Menschen hegen. Alles Schlechte erwarten sie vom Einzelnen, alles Gute dagegen vom Staat: Er soll alles richten. Darauf bezogen und beziehen sich auch stellvertretende Bundesparteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete:

- „Unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.“³²
- „Also der Staat ist immer mit von der Partie. Und die Privatwirtschaft soll doch nicht so tun, als ob sie es ohne ihn könnte ... Von einer bestimmten Größenordnung an geht das wirklich

²⁷ Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.

²⁸ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

²⁹ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993.

³⁰ Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 15. November 2005.

³¹ Oskar Lafontaine, Bundestagsfraktionsvorsitzenden der Linken, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Bad Doberan am 3. Juni 2007.

³² Diether Dehm, von 1999 bis 2003 stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender, in: BZ vom 14. Juni 2001.

nicht mehr ohne einen Staat, eine Einrichtung, die über den betriebswirtschaftlichen Tellerrand herauszuschauen in der Lage ist.“³³

Ähnlich planwirtschaftlich formuliert die Partei auch in ihrem aktuell gültigen Grundsatzzprogramm, in dem es hierzu heißt: „Die Wirtschaft muss mit Hilfe eines ... staatlichen Rahmens ... nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen gelenkt werden.“³⁴ So restriktiv und staatsgläubig sich die Linkspartei in Eigentums- und Wirtschaftsfragen gibt, so freizügig gibt sie sich bei der Gewährung vermeintlicher sozialpolitischer Wohltaten. Generell fordert sie, „dass öffentliche und soziale Leistungen ausgebaut werden – in Schulen und Hochschulen, Pflege-, Betreuungs- und Kultureinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr und im Umweltschutz“.³⁵ Ohne Rücksicht auf kommende Generationen und die Entwicklung des Staatshaushaltes sollen dafür „die öffentlichen Investitionen und andere Ausgaben ... mindestens um jährlich 40 Milliarden Euro angehoben werden“.³⁶ Mit dieser exorbitanten Steigerungsrate ist die Belastungsgrenze der öffentlichen Hand aus Sicht der Linkspartei keineswegs erreicht. So sollen nach ihrem Willen gleichzeitig auch die „öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen ... zunächst auf fünf Prozent sowie langfristig auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden..., gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder [geschaffen werden und] das Kindergeld ... von 154 auf 250 Euro erhöht werden“.³⁷ Für Jugendliche wird eine „ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen“ vorgesehen, für Erwachsene ein „Rechtsanspruch auf Lebens begleitetes Lernen, flankierende Maßnahmen durch Gesetzgebung, Tarifvereinbarung und Weiterbildungsfonds“ gefordert.³⁸

Um diese milliardenschweren Vorhaben zu realisieren, ist es nach Meinung der Linkspartei keineswegs notwendig, länger und härter zu arbeiten. Im Gegenteil: Wie die folgenden Auszüge aus ihren Programmen zeigen, ist alles möglich bei gleichzeitiger Reduzierung sowohl der Wochen-, als auch der Lebensarbeitszeit. Bei vollem Lohnausgleich und einem „gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto für ein Voll-

³³ Herbert Schui, MdB, DIE LINKE, in: DLF Information am Morgen vom 21. Februar 2007.

³⁴ Grundsatzzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 29.

³⁵ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

³⁶ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

³⁷ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

³⁸ Ebd.

zeitarbeitsverhältnis im Monat“ werden die 30-Stunden-Woche und der Renteneintritt mit 60 Jahren angestrebt.³⁹

- Die „entscheidende Bedingung für die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit ist eine Wirtschaftspolitik, die neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze schafft ... Auf dieser Grundlage gewinnt die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit größte Bedeutung ... Flexible tarifliche Vereinbarungen zur generellen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und in der fernerer Perspektive deren Ausweitung zur 30-Stunden-Woche sind wesentliche Schritte zur Vollbeschäftigung neuer Art.“⁴⁰
- „Die Einkommen der Menschen müssen steigen, die Arbeitszeiten kürzer werden.“⁴¹
- „Wir streben eine Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, Wahlarbeitszeiten, erleichterte Sabbatjahre und Freistellung für gesellschaftspolitische Arbeit und andere Arbeitsformen an ..., ohne dass die Einkommen sinken.“⁴²
- Wir lehnen „das Heraufsetzen der Altersgrenze für den Rentenbezug ab. Wir streben als untere Versicherungsgrenze eine Rente mit Grundbetrag von gegenwärtig monatlich 800 Euro an.“⁴³
- „Wir streben das Renteneintrittsalter ab 60 Jahre an, ohne Abschläge.“⁴⁴

Wie der umfangreiche sozialpolitische Leistungskatalog bei gleichzeitig sinkendem Arbeitsvolumen finanziert werden soll, bleibt völlig unklar. Die Vorschläge, die die Linkspartei hierzu unterbreitet, folgen dem Muster: „Geld muss da geholt werden, wo es sich häuft...“⁴⁵ Wer wie hart dafür gearbeitet hat, spielt keine Rolle. Konkret schlägt die Partei vor:

„Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Es soll wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden, die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften ist zu erhöhen.“⁴⁶

Der Ruf nach Wiedererhebung der Vermögenssteuer und nach einer deutlich erhöhten Erbschaftssteuer zählt zu den Lieblingsforderungen der Linkspartei. Ihr potentiell es Aufkommen wollen die Alt-Kommunisten gleich doppelt und dreifach ausgeben. Parallel zu den oben genannten milliardenschweren Eingriffen in die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 36.

⁴¹ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

⁴² Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

⁴³ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

⁴⁴ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

⁴⁵ Sahra Wagenknecht, in: Welt am Sonntag vom 17. Juni 2001.

⁴⁶ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

möchten ihre Vertreter dieses Geld je nach persönlicher Interessenlage auch für familienpolitische Maßnahmen oder zur Senkung des Solidarzuschlags verwenden.

So tritt die haushaltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Gesine Löttsch, dafür ein, den „Solidaritätszuschlag ... ab 2008 schrittweise um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr“⁴⁷ zu senken und schlägt als „Ausgleich für eine Absenkung ... unter anderem ... eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und ... die Wiedereinführung der Vermögenssteuer“⁴⁸ vor.

Der saarländische Landesverband der Linkspartei fordert zur gleichen Zeit die „bundesweite Einführung eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehaltes ..., [das] kein[en] Ersatz für ein Erwerbseinkommen [darstellt] ... Das Geld erhält die Person, welche die Fürsorge- und Erziehungsarbeit hauptsächlich leistet ... Für jedes Kind bis zum 20. Lebensjahr werden folgende Bruttobeträge gezahlt: ... im ersten Lebensjahr des Kindes: 1.560 € ... im zweiten und dritten Lebensjahr ... 960 € [und] vom vierten bis zum 20. Lebensjahr ... 480 €.“⁴⁹ Kostenpunkt nach Aussage von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen: „Brutto 116 Milliarden Euro.“⁵⁰ Zur Finanzierung der Erziehungsgehaltes schlägt Christa Müller, Mitglied im kommissarischen Landesvorstand der saarländischen Linkspartei, u. a. „die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer“ vor.⁵¹

Die Alt-Kommunisten wollen damit ein und denselben Euro dreimal ausgeben. Schon Adam Riese wusste, dass das nicht geht. Zwei von drei Euro wären nur über Schulden zu finanzieren. Diese Luftbuchungen zeigen, dass die Linkspartei selbst nicht weiß, wie sie ihre populistischen Forderungen bezahlen kann. Anstelle solider Finanzpolitik würde der rasante Weg in die Staatsverschuldung beschritten werden. Die Programmatik der Linken ist von weiteren Widersprüchen gekennzeichnet.

Anders als die Linkspartei propagiert, zielt ihr Programm keineswegs darauf ab, lediglich große und international tätige Konzerne kräftig zur Kasse zu bitten. Auch für die kleinen und mittleren Unternehmen und viele Beschäftigte will sie die Steuern stark erhöhen. In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2005 stellt sie folgende Forderung auf:

⁴⁷ „Soli schrittweise senken!“ Interview mit Gesine Löttsch, in: Super illu online vom 7. August 2007.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ „Das sozialversicherungspflichtige Erziehungsgehalt“, in: http://pds-saar.de/Positionen/Positionen_Linkspartei/Familien/familien.html (Referenzdatum: 1. August 2007).

⁵⁰ „Familie macht glücklich“. Streitgespräch zwischen Ursula von der Leyen und Christa Müller, in: Der Spiegel vom 30. Juli 2007.

⁵¹ Ebd.

„Bei der Lohn- und Einkommenssteuer ... [soll] der Eingangssteuersatz ... 15 Prozent betragen ... Dann soll der Steuersatz allmählich (linear-progressiv) bis zu einem Spitzensteuersatz von 50 Prozent ansteigen. Dieser soll auf die Einkommensteile oberhalb 60.000 Euro erhoben werden ... Wir wollen ... die Abschaffung des Ehegattensplittings...“⁵²

Eine 50-prozentige Steuerquote auf alle Einkommen über 60.000 Euro wäre gegenüber heute eine Erhöhung des Steuersatzes um fast 20 Prozent. Dies träfe vor allem den Mittelstand und viele Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft, ihnen hat die Linkspartei programmatisch nichts zu bieten. Darüber hinaus bleibt es das Geheimnis der Linkspartei, aus welchen Gründen international tätige Großkonzerne bei deutlich steigenden Steuern und drohender Verstaatlichung nicht ins Ausland abwandern sollten und damit dem ohnehin unrealistischen Finanzierungskonzept der Partei im wahrsten Sinne des Wortes einen ‚Strich durch die Rechnung‘ machen würden. Realistischerweise bliebe auch hier dann nur noch der Marsch in eine ungebremschte Schuldenpolitik als letzter Ausweg übrig. Dass die Linkspartei ungeachtet der Finanzlage der öffentlichen Haushalte darin keineswegs eine Sackgasse sieht, verdeutlicht folgende Aussage ihres aktuellen Grundsatzprogramms: „Die Verringerung der Staatsquote ist ... kein Ziel der Linkspartei.PDS.“⁵³ Diese finanzpolitische Verantwortungslosigkeit der Linkspartei brachte kürzlich ein prominentes Parteimitglied selbst auf den Punkt. André Brie sagte:

„Wir stellen Forderungen und denken zu wenig darüber nach, welche realistischen Lösungsmöglichkeiten es gibt. Wir sind in der Gefahr, eine reine Protestpartei zu werden.“⁵⁴

Diese Selbsteinschätzung ist zwar richtig, greift allerdings zu kurz. Sie blendet aus, dass das Programm der Linkspartei nicht losgelöst von ihrem strategischen Ziel der Einführung des Sozialismus betrachtet werden kann. Mit ihren maßlosen sozialpolitischen Forderungen gebärdet sich die Partei vordergründig als vermeintliche Verteidigerin des angeblich unterdrückten ‚kleinen Mannes‘, hintergründig gehört aber auch dies zu den Methoden sozialistischer Versuche der „Systemüberwindung“. Indirekt gibt die Linkspartei dies auch zu:

- „All diese Forderungen setzen eine Gesellschaft voraus, ... in der Großindustrie und Banken sowie Grund und Boden nicht mehr privatkapitalistisch, sondern gesamtgesellschaftlich verwaltet werden. Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen sind unabdingbar.“⁵⁵
- „Als Sozialistische Partei müssen wir die systemimmanenten Grenzen des ‚modernen Kapitalismus‘ aufzeigen, also die historische Notwendigkeit seiner Überwindung.“⁵⁶

⁵² Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

⁵³ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 32.

⁵⁴ „Denken in Schwarz-Weiß“. Interview mit André Brie, in: Der Spiegel vom 30. Juli 2007.

⁵⁵ Sahra Wagenknecht, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48/1994.

Mit unbezahlbaren sozialen Wohltaten will die Partei die Soziale Marktwirtschaft systematisch überlasten, um auf diese Weise den Beweis führen zu können, dass diese Ordnung nichts taugt und durch ein neues „System“ ersetzt werden muss. Durch das bloße Benennen von vermeintlichen oder tatsächlichen Problemen und Ungerechtigkeiten soll suggeriert werden, dass der Sozialismus in der Lage wäre, Abhilfe zu schaffen. Inhaltlich geht es der Linkspartei also nicht um realisierbare Lösungen innerhalb der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern um ihre Sprengung mittels unfinanzierbarer Forderungen.

Einen ähnlich radikalen Kurswechsel wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik strebt die Linkspartei auch in der Außenpolitik an. Auch hier werden Feindbilder aufgebaut und die Realität verbogen. Das außenpolitische Feindbild der Linkspartei sind die USA, die den Linken traditionell als Hort des Kapitalismus gelten. Das Urteil der Linkspartei über einen der engsten Verbündeten der Bundesrepublik fällt pauschal und einseitig aus. In der Präambel ihres aktuellen Grundsatzprogramms schreibt sie:

„Die USA-Regierung verfolgt mit ihrer imperialistischen Politik, mit politischer und wirtschaftlicher Erpressung und mit Aggressionskriegen das geostrategische Ziel einer weltweiten Vorherrschaft. Wir, Sozialistinnen und Sozialisten, Mitglieder der Linkspartei.PDS, wollen am Widerstand gegen diese Politik teilnehmen...“⁵⁷

Dass die USA einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus geleistet haben, ist der Partei, die ansonsten keinen Anlass auslöst, zum Kampf gegen den „Faschismus“ aufzurufen, keine Silbe wert.

Ihr dezidierter Antiamerikanismus führt die Linkspartei an die Seite autoritärer und diktatorischer Staaten. So plante ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine im Frühjahr 2006 eine Reise in den Iran. Ende August 2007 besuchte er Kuba. Bewohner dieses Landes versuchen seit Jahren auf teils abenteuerlichen Wegen und unter Einsatz ihres Lebens der Armut und Unfreiheit Kubas zu entkommen. Die politische Opposition wird von Fidel Castro und jetzt seinem Bruder seit fast 50 Jahren systematisch unterdrückt. Das Europäische Parlament verurteilte deshalb kürzlich erneut dort erfolgte „Inhaftierungen, die die elementarsten Menschenrechte, insbesondere die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu politischen Zwecken, verletzen.“⁵⁸ Oskar Lafontaine hingegen will davon offen-

⁵⁶ Erklärung des „Rates der Alten beim Parteivorstand der PDS“ zur programmatischen Debatte in der Partei, zitiert nach: „Im Zweifel gegen das ‚herrschende System‘“, in: FAZ vom 30. Juni 2001.

⁵⁷ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 1.

⁵⁸ Entschließung des Europa-Parlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung, Brüssel und Abstimmung – 2. Februar 2006.

sichtlich nichts wissen. Seine Bilanz über Kuba fällt ungebrochen positiv aus: „Die Wirtschaft hat sich ... gut entwickelt... Die Menschenrechtsfrage [wird] wichtigtuerisch instrumentalisiert.“⁵⁹ Eine solche Haltung kann nur als zynisch gewertet werden.

Neben dem kubanischen Diktator Castro huldigt die Linkspartei vor allem den süd-amerikanischen Neo-Sozialisten Hugo Chávez (seit 1999 venezolanischer Staatspräsident) und Evo Morales (seit 2006 bolivianischer Staatspräsident).⁶⁰ Chávez verfolgt das Ziel, die Verfassung Venezuelas so zu ändern, dass er „bei den nächsten Wahlen ... für weitere sieben Jahre und danach für beliebig viele weitere Amtszeiten gewählt werden kann“.⁶¹ Mit anderen Worten: Seine Amtszeit soll möglichst erst mit seinem Tod enden. Die Beerdigung politischer Freiheiten geht auch in Venezuela einher mit dem Ende der Meinungsfreiheit. Gegenwärtig versucht Chávez den regierungskritischen Fernsehsender RCTV mundtot zu machen, indem er ihm die Verlängerung seiner Sendelizenz verweigert.⁶² Das alles spielt für Lafontaine offensichtlich keine Rolle, wenn er erklärt: Wir „bewundern ... die Entscheidungen von Chávez in Venezuela“.⁶³ Die Venezolaner teilen Lafontaines stürmische Begeisterung für Chávez nicht. Sie lehnten seine Pläne am 2. Dezember 2007 mehrheitlich ab.

Das fest gefügte außenpolitische Feindbild der Alt-Kommunisten lässt Parteivertreter Solidaritätserklärungen mit angeklagten Kriegsverbrechern abgeben und erwiesene Völkermorde leugnen. So unterzeichnete etwa die Spitzenkandidatin (Listenplatz 2) der PDS/WASG in Bremen für die Bundestagswahl 2005, Antonie Brinkmann, einen Aufruf des „Internationalen Komitees für die Verteidigung von Slobodan Milosevic“. Darin heißt es: Wir fordern die „unverzügliche Freilassung von Slobodan Milosevic! Sofortige Einstellung der Verfolgung von Slobodan Milosevic und aller jugoslawischen Patrioten und Soldaten! Inhaftierung der wirklichen Kriegsverbrecher, d.h. der NATO-Führer...“⁶⁴ Und die gleiche Antonie Brinkmann leugnete den Massenmord der Serben an den Albanern in Kosovo, als sie darauf angesprochen erwiderte: „Von welchen Massenmorden reden Sie? Das ist einfach Unsinn.“⁶⁵ Mit dieser ungeheuerlichen Positionierung ist Brinkmann in der Linkspartei

⁵⁹ „Die Menschenrechtsfrage wird wichtigtuerisch instrumentalisiert“, Interview mit Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 1. September 2007.

⁶⁰ Vgl. hierzu Oskar Lafontaine: „Mit Chávez für die Freiheit“, in: Welt am Sonntag vom 8. Juli 2007.

⁶¹ „Chávez lässt seine Wiederwahl ermöglichen“, in: FAZ vom 17. August 2007.

⁶² Vgl. „Sozialismus mit Fernbedienung – Chávez auf allen Kanälen“, in: Der Spiegel online vom 29. Mai 2007.

⁶³ Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE in Bad Doberan am 3. Juni 2007.

⁶⁴ „Freiheit für Slobodan Milosevic! Hände weg von Jugoslawien! Aufruf des Internationalen Komitee für die Verteidigung von Slobodan Milosevic.“

⁶⁵ Antonie Brinkmann, in: Radio Bremen Eins, Meldung vom 1. August 2005.

keineswegs isoliert. Sie kann beispielsweise auf den Besuch Gregor Gysis verweisen, der sich im Frühjahr 1999 mit dem serbischen Diktator Milosevic in Belgrad getroffen hat.

Neben dem blinden Antiamerikanismus und seinen erschreckenden Folgen bildet der Isolationismus die zweite Hauptkonstante in der Außenpolitik der Linkspartei. Entgegen ihrem andernorts gerne vorgetragenen Anspruch und der Tradition linker Parteien, internationalistisch zu sein, streben die Alt-Kommunisten den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und die Auflösung dieses erfolgreichen Sicherheitsbündnisses an. Wie die folgenden Auszüge aus Programmen unterschiedlichen Datums deutlich machen, herrscht auf diesem Politikfeld bei der Linkspartei ebenfalls bis in die Wortwahl hinein völliger Stillstand. Programmatische Weiterentwicklung auch hier Fehlanzeige! 1993 plädierte die PDS in ihrem Europawahlprogramm: „Wir sind ... für die militärische Auflösung von WEU und NATO.“⁶⁶ Zehn Jahre später liest man bezogen auf die NATO die gleiche Forderung im Grundsatzprogramm der PDS: „Wir wollen, dass ... die NATO aufgelöst ... wird.“⁶⁷ Und die Gründungsdokumente der Linkspartei vom März 2007 setzen diese Kontinuität fort: „Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden.“⁶⁸

Der Isolationismus der Linkspartei stellt jedoch mit der Westbindung nicht nur einen Grundpfeiler erfolgreicher bundesdeutscher Nachkriegspolitik in Frage, sondern gefährdet auch Deutschlands außenpolitische Handlungsfähigkeit. Weil sie sich friedensstiftenden bzw. friedenserhaltenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr unter UN-Mandat verweigert,⁶⁹ kann auch die Not leidende Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsgebieten nicht mit der Hilfe der Linkspartei rechnen. Ein hochrangiges Parteimitglied gestand in diesem Zusammenhang einmal ein: „Die PDS hat trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt. Die Fehler der Vergangenheit sind nicht überwunden worden ... Es gibt in der Partei keine Bereitschaft die Individualität von politischen Menschenrechten zu akzeptieren ... Wenn diese Linie sich fortsetzt, sind wir auf dem Rückweg zur SED.“⁷⁰ Ein Kampf für die weltweite Durchsetzung von Bürgerrechten ist deshalb mit

⁶⁶ Europawahlprogramm der PDS, November 1993.

⁶⁷ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 25.

⁶⁸ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

⁶⁹ In PDS-Grundsatzprogramm, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, heißt es auf S. 27: „Die Linkspartei.PDS lehnt ... weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten.“

⁷⁰ „Die PDS hat kein Verhältnis zu Menschenrechten“. Interview mit André Brie, in: Der Spiegel online vom 1. März 2006.

der Partei, die in Sonntagsreden gerne „Freiheit durch Sozialismus“ predigt, nicht zu führen.

4. Beifall für die Linkspartei von der NPD

Die programmatischen Schnittmengen und strategische Vorgehensweise von Linkspartei und NPD gleichen sich auf frappierende Weise. Übereinstimmungen lassen sich feststellen beim Geschichtsrevisionismus und Selbstverständnis der Parteien, bei der Forderung nach „Systemüberwindung“, beim Antiamerikanismus, bei Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und in der Strategie. Selbst die Wortwahl ähnelt sich. Rechts- und Linksradikale stehen sich näher, als viele Wähler ahnen. Um auch am linken Rand Stimmen abschöpfen zu können, verwendet die NPD immer häufiger die linksradikale Terminologie und gibt sich als antikapitalistische Partei aus. DIE LINKE und NPD sind „zentralistisch und autoritär“ gegliedert.⁷¹ Beide hegen in der Außenpolitik die gleichen Feindbilder: USA und Israel. Beide stricken scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme. Schuld sind immer die anderen: die etablierten Parteien, die Fremden, die Kapitalisten, die Imperialisten, die USA oder Israel. Radikale Forderungen und falsche Versprechungen überdecken die eigene inhaltliche Schwäche.

Sowohl der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt als auch der Co-Vorsitzende der LINKEN, Oskar Lafontaine, treten als Demagogen und Populisten auf. Sie artikulieren die Protesthaltung und Unzufriedenheit ihrer Anhänger und rufen auf zur Abwahl bzw. zum Sturz der freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Verfassungsordnung. Sie verdrehen und verschweigen Tatsachen, leugnen historische Fakten und würden Deutschland, läge es denn in ihrer Macht, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich nach außen hin abschotten.

⁷¹ Mathias Döpfner: „Nationaler Sozialismus“, in: Die Welt vom 10. Juli 2007.

5. Von der SED zur Linkspartei

5.1 Die Partei und ihre Vorsitzenden

Zwischen der DDR-Staatspartei SED und der Linkspartei gibt es eine eindeutige Kontinuität. Das Verbindungsglied heißt PDS. Deren Geschichte beginnt mit dem Rücktritt der SED-Parteiführung um Egon Krenz und der Neuwahl eines Vorstandes auf dem ersten von zwei Sonderparteitagen. Am 9. Dezember 1989 wurde Gregor Gysi zum letzten SED-Parteivorsitzenden gewählt, eine Woche später erfolgte die Umbenennung in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 warf die Partei das schwer diskreditierte Kürzel SED endgültig über Bord und hieß bis 2005 PDS. Am 17. Juli 2005 änderte die Partei ihren Namen ein drittes Mal und nannte sich fortan Linkspartei.PDS. Am 16. Juni 2007 trat die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) der Partei bei, die sich seitdem Linkspartei bzw. DIE LINKE nennt. Mit diesen wiederholten Namenshäutungen versuchen die Altkommunisten, das belastende Erbe der SED wie eine lästige Fliege abzuschütteln.

Seit 1990 standen der Partei drei bzw. vier Vorsitzende vor: Gregor Gysi (1990-1993), Lothar Bisky (1993-2000), Gabriele Zimmer (2000-2003) und abermals Lothar Bisky, der seit 2007 den Vorsitz zusammen mit Oskar Lafontaine ausübt.

Gregor Gysi wird am 16. Januar 2008 60 Jahre alt, ist von Beruf Rechtsanwalt und trat 1967 in die SED ein. Von 1989 bis 1993 amtierte er als Vorsitzender der SED/PDS. Im Februar 1990 appellierte Gysi an die internationale jüdische Gemeinschaft, durch massive finanzielle Hilfe den Wiedervereinigungsprozess aufzuhalten. Dabei warnte er, dass ein vereinigtes Deutschland „schlecht für die Welt“, aber besonders schlimm für Juden sei.⁷² Von März bis Oktober 1990 war Gysi Mitglied der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer. Zwischen 1990 und 2002 sowie seit 2005 war bzw. ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. 1990 bis 1998 war er Vorsitzender der PDS-Bundestagsgruppe, von 1998 bis 2000 und seit 2005 stand bzw. steht er der PDS bzw. der LINKEN als Fraktionsvorsitzender vor. 2001 bis 2002 war Gysi Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Im Januar 2002 gab er sein Debüt als Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des

⁷² James M Dorsey: "Party chief asks Jews to oppose German unity", in: The Washington Times vom 21. Februar 1990.

Landes Berlin, ein Amt, von dem er schon im Juli 2002 nach nur wenigen Monaten wieder zurücktrat.

Der damalige Berliner SPD-Vorsitzende und Senator für Stadtentwicklung, Peter Strieder, fasste Gysis Rücktrittsgrund folgendermaßen zusammen: „Er [Gysi] wollte sich nicht den Mühen der Ebene unterziehen“⁷³. Und die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier kommentierte: „Statt als unfähiger Wirtschaftssenator mit schwefelnder Vergangenheit mehr und mehr von Medien filetiert zu werden als sozialistischer Phrasendrescher ..., gibt er den Rücktritt aus Gewissensgründen...“⁷⁴

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – kurz Birthler-Behörde – erstellte mehrere Gutachten bzw. Stellungnahmen zur möglichen Stasi-Verstrickung Gregor Gysis:

- „Die bisher in der Behörde des Bundesbeauftragten [damals noch Gauck-Behörde] aufgefundenen ... Dokumente mit Hinweisen über die Weitergabe von Informationen über oppositionelle Bürger der DDR durch den Rechtsanwalt Dr. Gysi an das Ministerium für Staatssicherheit zeigen deutlich ..., dass langjährige Kontakte bestanden zwischen Dr. Gysi und der Hauptabteilung XX, der Diensteinheit, die im Gesamtrahmen des MfS die Federführung bei der ‚vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit‘ in der DDR hatte ... Für das MfS wurde er [Dr. Gysi] ... immer mehr zu einer wichtigen Person bei ‚der Bekämpfung des politischen Untergrundes‘ in der DDR. Die aufgefundenen Unterlagen legen den Schluss nahe, dass Dr. Gysi als anwaltlicher Vertreter von oppositionellen Bürgern die Interessen des MfS mit durchzusetzen half und mandantenbezogene Informationen an das MfS weitergab... In den Jahren 1979 und 1980 hat Dr. Gysi ausführliche Informationen über seine Mandanten Dr. Rudolf Bahro und Prof. Robert Havemann an das MfS übermittelt ... Vor allem die von Dr. Gysi in Bezug auf die ‚operative‘ Bearbeitung von Rudolf Bahro gezeigte ‚Zuverlässigkeit‘ und ‚hohe Einsatzbereitschaft‘ ... nahm das MfS zum Anlass, ihn als IM-Kandidaten zu registrieren, was aus der Existenz der IM-Vorlaufakte deutlich wird. Als vorläufiger Deckname wurde von MfS-Mitarbeitern ‚Gregor‘ gewählt ... Die Gesamtheit des vorliegenden Materials lässt darüber hinaus den Schluss zu, dass bei Dr. Gysi in Bezug auf seine Zusammenarbeit mit dem MfS eine ‚Einsatzrichtung‘ ..., eine bestimmte Auftragsstruktur ... und offensichtlich auch die Bereitschaft, personenbezogene Informationen zu liefern, gegeben war. Eine solche Bereitschaft ist im Rahmen der ‚operativen Bearbeitung‘ von Personen durchaus ein Wesenszug der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS ... In der ... Stellungnahme wird auch die von Dr. Gysi ... selbst gebrauchte These widerlegt, dass die Decknamen ‚Gregor‘, ‚Notar‘ oder ‚Sputnik‘ lediglich Bezeichnungen für eine Sammlung von Informationen seien, die zwar

⁷³ „Gregor Gysi tritt zurück. Trittin und Volmer: Vorwürfe haltlos“, in: FAZ vom 1. August 2002.

⁷⁴ Freya Klier: „Gregor Gysis großer Schwindel. Der PDS-Popstar nutzt die Chance zum Absprung“, in: Focus vom 5. August 2002.

einen bestimmten Sachverhalt betreffen, aber aus verschiedenen Quellen stammten. Denn tatsächlich waren ‚Gregor‘, ‚Notar‘ oder ‚Sputnik‘ Decknamen für ein und dieselbe Person, die abgestimmt mit dem MfS handelte, Kontakte zu operativ interessanten Personen besaß und solche Informationen lieferte, die nur von dieser Person selbst stammen konnten...“⁷⁵

- Die „Unterlagen belegen, dass Dr. Gysi von 1978 bis 1989 inoffiziell mit der HA XX/OG bzw. XX/9 zusammengearbeitet hat. In dieser Zeit lieferte er mandantenbezogene Informationen an das MfS. Er hat sich mit seinen Führungsoffizieren Lohr bzw. Reuter sowohl in seiner Privatwohnung als auch in der konspirativen Wohnung ‚Ellen‘ getroffen. Zwischen Dr. Gysi und der HA XX/OG bzw. XX/9 hat ein dauerhaftes Verbindungssystem bestanden. Seine inoffizielle Tätigkeit hat sich nicht in der Informationslieferung erschöpft. Gegenüber seinen Führungsoffizieren entwickelte er selbst Vorschläge hinsichtlich der Einflussnahme des MfS auf seine Mandanten. Dr. Gysi hat in Planungen des MfS als verfügbar und einsetzbar gegolten. Die inoffizielle Tätigkeit Dr. Gysis ist vom MfS ausweislich so genannter Operativgeldabrechnungen mehrfach durch Präsente und Zuwendungen belohnt worden. Die in der gutachterlichen Stellungnahme vom 26. Mai 1995 enthaltenen Interpretationen wurden bestätigt und mussten nicht nachträglich revidiert werden.“⁷⁶

Angesichts dieser Expertisen stellte der Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung „eine inoffizielle Tätigkeit des Abg. Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen fest“.⁷⁷ Als Begründung wurde angegeben: „Der 1. Ausschuss ist nach sorgfältiger Prüfung und Bewertung der beim Bundesbeauftragten aufgefundenen Dokumente und der zahlreichen Stellungnahmen des Abg. Gysi zu der Überzeugung gekommen, dass Dr. Gysi in der Zeit von 1975 bis 1989 in verschiedenen Erfassungsverhältnissen beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) aktiv erfasst war. Dr. Gysi hat in dieser Zeit nachweislich bis 1986 unter verschiedenen Decknamen dem MfS inoffiziell zugearbeitet ... Das Ziel dieser Tätigkeit unter Einbindung von Dr. Gysi war die möglichst wirksame Unterdrückung der demokratischen Opposition in der DDR.“⁷⁸

Stützte sich die Mehrheit des Bundestagsausschusses bei der Bewertung des Falles somit auf Gutachten einer unabhängigen Bundesbehörde, so spielten derartige Expertisen

⁷⁵ Gutachten der BStU zu Gregor Gysi für Bundestagsausschuss, Az.: 11635/92 Z, Gutachterliche Stellungnahme vom 26. Mai 1995 zu in der Behörde des Bundesbeauftragten aufgefundenen Unterlagen, die mit Dr. Gregor Gysi im Zusammenhang stehen und Dokumentenanhang. Vorgelegt entsprechend dem Auftrag des Deutschen Bundestages, Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 9. Februar 1995.

⁷⁶ Ergänztender Bericht der BStU vom 13. März 1997 zur „Gutachterlichen Stellungnahme“ vom 26. Mai 1995 zu in der Behörde des Bundesbeauftragten neu aufgefundenen Unterlagen, die mit Dr. Gregor Gysi im Zusammenhang stehen und Anhang.

⁷⁷ BT-Drs. 13/10893 (Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, 1. Ausschuss, zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi gemäß § 44 b Abs. 2 Abgeordnetengesetz, Zusammenfassung und wesentliche Ergebnisse, S. 49.)

⁷⁸ Ebd., S. 49f.

für Gregor Gysi offensichtlich keine große Rolle. Für ihn war das „durchgeführte Überprüfungsverfahren gemäß § 44b Abgeordnetengesetz ... von Beginn bis zum Ende ein politisches Verfahren“.⁷⁹ Rigoros erklärte Gysi, dass er „zu keinem Zeitpunkt inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet“ hatte.⁸⁰ Dieser letzte Satz Gregor Gysis würde allerdings eine offizielle Zusammenarbeit seinerseits mit dem MfS nicht ausschließen. Für die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley ist das Urteil über Gysi jedenfalls gesprochen: „Dieser Kerl faselt vom Sozialismus und will doch in Wirklichkeit nur die SED-Diktatur und seine eigene Stasi-Verstrickung schön reden.“⁸¹

Als Gysi das Amt des PDS-Fraktionsvorsitzenden im Herbst 2000 abgab, folgte ihm Roland Claus nach. Claus wurde am 18. Dezember 1954 in Hettstedt geboren und trat 1978 in die SED ein. In der DDR bekleidete er zwischen 1976 und 1989 unterschiedliche Funktionen in der FDJ. 1989 war Claus der letzte 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle gewesen. Als PDS-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt von 1991 bis 1997 führte er die SED-Erben 1994 in die Tolerierung einer Minderheitsregierung aus SPD und Bündnis90/Die Grünen („Magdeburger Modell“). Am 9. November 2006 stellte der Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung „mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder eine inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Roland Claus für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen fest“.⁸²

Ähnlich wie bei Gregor Gysis Nachfolger als PDS-Bundestagsfraktionsvorsitzender wird auch bei seinem Nachfolger als PDS-Parteivorsitzender, Lothar Bisky, über mögliche Stasi-Verstrickungen diskutiert. Bisky wurde am 17. August 1941 in Zollbrück (Pommern) geboren und wuchs in Schleswig-Holstein auf. 1959 siedelte er in die DDR über, 1963 trat er in die SED ein. Bisky ist Medienwissenschaftler. Von März bis Oktober 1990 war er Mitglied der letzten DDR-Volkskammer, von 1990 bis 2005 Mitglied des brandenburgischen Landtages. Dort führte er von 1990 bis 2004 die PDS-Fraktion an, bevor er von 2004/05 als Landtagsvizepräsident amtierte. Außerdem war Bisky zwischen 1992 und 1994 Vorsitzender des so genannten Stolpe-Untersuchungsausschusses. Nach seiner Wahl in den Deut-

⁷⁹ Ebd., S. 51. Stellungnahme des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi vom 29. Mai 1998 zur Feststellung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 8. Mai 1998 im Rahmen des gegen ihn durchgeführten Überprüfungsverfahrens gemäß § 44b Abgeordnetengesetz.

⁸⁰ Ebd., S. 68.

⁸¹ Süddeutsche Zeitung vom 11. Juli 2001.

⁸² BT-Drs. 16/3392 (Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, 1. Ausschuss, zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Roland Claus gemäß § 44c Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes (AbgG), Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, S. 1.)

schen Bundestag gewann Bisky zwar gegen Gesine Löttsch eine fraktionsinterne Kampf-
abstimmung um die Nominierung für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten. Bei der an-
schließenden Wahl erhielt er aber in vier Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit. In
den Medien wurde über den amtierenden Vorsitzenden der Linkspartei folgendes berich-
tet:

- „In der Birthler-Behörde sind neue Dokumente über Bisky aufgetaucht: eine IM-Karteikarte und Vermerke über Berichte, die er geliefert hat. Nimmt man diese mit früher entdeckten Dokumenten zusammen, spricht alles dafür, dass Bisky Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) war ... Erste Vorwürfe gegen Bisky gab es schon 1995. Damals wurde die IM-Akte seiner Frau gefunden, in der ein ‚IM-Vorgang des Ehemannes‘ erwähnt ist. Damals dementierte Bisky: ‚Zu keinem Zeitpunkt war ich IM.‘ Ende Juni hat die CIA die so genannten ‚Rosenholz-Daten‘ für die Forschung freigegeben ... Ein klares De-
menti gibt es von Bisky heute nicht mehr. Das ‚registrierte Leben‘ des Lothar Bisky ist das
eines Inoffiziellen Mitarbeiters. In der HVA-Personenkartei gibt es ein Kärtchen, das Biskys
Namen trägt, eine IM-Registriernummer, den Decknamen ‚Bienert‘. 1966 wurde es ange-
legt ... Die HVA hatte offenbar bemerkt, dass aus dem Mann mal etwas werden könnte.“⁸³
- „Nach Rückgabe der ‚Rosenholz‘-Datei aus den USA entdeckten die Rechercheure der Be-
hörde zwei IM-Karteikarten. Demzufolge war Bisky für die Jahre 1966 bis 1970 unter dem
Decknamen ‚Bienert‘ als IM und seit 1987 als Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit
(GMS) unter dem Tarnnamen ‚Klaus Heine‘ bei der DDR-Auslandsspionage registriert. Ein
GMS entspricht nach Behördenangaben dem Status eines IM.“⁸⁴

Mit Ausnahme des neuen Co-Vorsitzenden Oskar Lafontaine ist die politische Sozi-
alisation der bisherigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden von PDS bzw. Linkspartei reprä-
sentativ für die Masse der Parteibasis. Gegenwärtig zählt die Partei nach eigenen Angaben
rund 72.000 Mitglieder. Mit einem Anteil von ca. 54.600 Mitgliedern kommen mehr als 2/3
aus den neuen Bundesländern bzw. aus Berlin.⁸⁵ Die Mehrheit dieses Teils der Mitglied-
schaft stammt aus der SED. Sie sind in organisatorischer und ideologischer Hinsicht Träger
der Partei. Dies bestätigt Günter Schabowski, der der Partei fast ein halbes Jahrhundert
angehört hatte und sie deshalb kennt wie kaum ein anderer: „Die Mehrheit der Mitglieder
kommt aus der SED und ist in Nostalgie gefangen. Das ist die Folie, auf der der vermeintli-
che Wunderknabe Gregor Gysi herumturnt.“⁸⁶

Den früheren SED/PDS-Mitgliedern stehen seit dem Beitritt der WASG zur PDS de-
ren Anhänger gegenüber. Da diese sich lediglich als ‚wahre‘ Sozialdemokraten begreifen,

⁸³ Toralf Staud: „Die zwei Leben des Genossen B.“, in: Die Zeit vom 31. Juli 2003.

⁸⁴ „Die Sache mit IM Bienert“, in: Stern vom 20. Oktober 2005.

⁸⁵ Vgl. DIE LINKE. Pressedienst, Presseinformation zur Partei DIE LINKE vom 16. Juni 2007 zur Mitgliederzahl.

⁸⁶ Günter Schabowski, ehemaliges Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und früherer erster
Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin, in: Der Spiegel vom 9. Juli 2001.

ist ihnen der Gedanke des „Systemwechsels“ fremd. Beim Aufeinanderprallen dieser Meinungen hat sich die PDS durchgesetzt, denn sie hat den für sie unveräußerlichen Grundkonsens des „demokratischen Sozialismus“ im marxistischen Sinn in den Gründungsdokumenten der Linkspartei verankert. Wie zu PDS-Zeiten wird er von der Partei auch unter ihrem neuen Namen mit einem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest begründet:

„Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.“⁸⁷

Kenner des Kommunistischen Manifests wissen, dass nach Karl Marx die freie Entwicklung aller erst nach der Revolution möglich ist. Mit der Festschreibung dieses Grundverständnisses hat die PDS in der Linkspartei die „Systemfrage“ gegen die Bedenken der früheren WASG offen gehalten. Jenseits tagespolitischer Auseinandersetzungen hat sie damit deutlich gemacht, dass sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch den „demokratischen Sozialismus“ ersetzen will. Eine solche „Transformation“ ist für DIE LINKE keine politische Richtungsentscheidung, die je nach wechselnden Mehrheitsverhältnissen wieder umkehrbar wäre, sondern ein endgültiger Zustand. Sie will die sozialistische Gesellschaft.

5.2 „Es war nicht alles schlecht“: Geschichtsrevisionismus der Linkspartei

Bis heute ist im Denken der Partei der „Anspruch auf das Wahrheitsmonopol“ höchst lebendig.⁸⁸ Nur bei vereinzelt Mitgliedern zeigen sich erste Zweifel, wie beispielsweise beim Europa-Abgeordneten der LINKEN, André Brie: „Die meisten Menschen wissen es besser. Die reine linke Lehre hat es immer leichter. Nur mit den Widersprüchen und realen Bedingungen der Politik hat sie oft nichts zu tun.“⁸⁹ Instrumente der allmächtigen Lehre⁹⁰ sind die Relativierung und Verharmlosung der im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen sowie die Gleichsetzung von SED-Unrechtsregime mit dem freiheitlich-demokratischen System der Bundesrepublik. Die Geschichtsklitterung ist gewollt, ihre Ergebnisse sind erschreckend:

⁸⁷ Programmatistische Eckpunkte. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund. Im Kommunistischen Manifest ist allerdings nicht von einem „transformatorischen“, sondern von einem „revolutionären“ Prozess die Rede.

⁸⁸ André Brie: „Die Linke und die Welt im Zeitalter der Globalisierung“, in: Sächsische Zeitung vom 5. September 2007.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Vgl. ebd.

So wird der Unrechtscharakter des „Arbeiter- und Bauernstaates“ geleugnet und die DDR zu einer legitimen – weil „antifaschistischen“ – Alternative zur Bundesrepublik erklärt. Nach dem gleichen Muster wird der 17. Juni 1953 als „Konterrevolution“ interpretiert, der Mauerbau als „friedenssichernde Abwehrmaßnahme“ umgedeutet und die von Millionen Deutschen gewollte Wiedervereinigung zu einer grotesken Fratze verzerrt, bei der eine auf einer ‚höheren Entwicklungsstufe‘ stehende DDR in einer ‚feindlichen Übernahme‘ der ‚reaktionären‘ Bundesrepublik „angeschlossen“ wurde.⁹¹ Zu dieser Geschichtsverdrehung und -verfälschung gesellt sich die Vertuschung historischer Tatsachen.

Obgleich die Parteiführung der SED-PDS besser und früher als die meisten Menschen in der DDR um den unmittelbar bevorstehenden ökonomischen Bankrott des Landes wusste, weben ihre Erben eifrig an der Legende einer angeblich prosperierenden ostdeutschen Volkswirtschaft, die vom gnadenlosen westdeutschen „Klassenfeind“ als unliebsame Konkurrenz ‚platt‘ gemacht wurde. Wie die folgenden Auszüge aus einem 1989 für die engste SED-Parteiführung angefertigten streng vertraulichen Dokument belegen, handeln die Alt-Kommunisten wider besseres Wissens:

„Die Feststellung, dass wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält ... einer strengen Prüfung nicht stand ... Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich ... nicht bewährt, da ökonomische und Preis-Markt-Regelungen ausblieben. [...] Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück ... Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet [kurz NSW] ist ... auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt ... Der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie [hat sich] ... auf 53,8 % erhöht, im Bauwesen ... auf 67 %, im Verkehrswesen ... auf 52,1 % und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft ... auf 61,3 % ... Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag [der SED] wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW ... Das bedeutet, dass die Sozialpolitik ... nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte ... In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahmen in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so dass die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt ... Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, dass die Schuldendienststrategie ... nicht mehr als 25 % betragen sollte ... Die DDR hat ... 1989 eine Schuldendienststrategie von 150 % ... Wenn der Anstieg des ‚Sockels‘ verhindert werden soll, ... [ist] eine Reduzierung der Konsumtion um 25-30 % erforder[lich] ... Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen ... sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirt-

⁹¹ So merkte Sahra Wagenknecht als damaliges Mitglied des PDS-Parteivorstandes an: „Die so genannte Wende war im Kern eine Gegenrevolution ... “ „Ein klarer Rückschritt“. Interview mit Sahra Wagenknecht, in: Der Spiegel vom 26. Dezember 1994.

schaft einzugreifen [und] der Reprivatisierung von Unternehmen ... verbunden ... Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich [Hervorhebung im Original] ... Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten ... Auch wenn alle diese Maßnahmen ... durchgeführt werden, ist ... die Zahlungsfähigkeit der DDR ... nicht sicherbar ... *Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.*⁹²

Trotz ihrer umfassenden Kenntnis der katastrophalen Wirtschaftslage der DDR versuchte die PDS-Führung die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern nicht als Resultat des gescheiterten Sozialismus, sondern als Folge der deutschen Einheit darzustellen. So meinte Gregor Gysi: „Aus der Erfahrung mit dem Anschluss der DDR wissen wir, dass dieser Weg zur Vernichtung der gesamten wirtschaftlichen Potentiale führt.“⁹³ Mit solchen Sätzen will die Parteiführung vom Versagen ihrer Vorgänger ablenken und die Verantwortung für die Konsequenzen der SED-Politik anderen in die Schuhe schieben.

Ganz ähnlich verfährt die Partei, wenn es um die DDR als Ganzes geht. Hierzu schrieb die PDS in ihrem Parteiprogramm von 1993:

„Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen...“⁹⁴

Während die Bundesrepublik damit in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt wird, erfährt die diktatorische Herrschaftsstruktur der DDR keinerlei Erwähnung. Im Gegenteil, sie wird beschönigend als „demokratische Veränderung“ bezeichnet. Für Sarah Wagenknecht steht jedenfalls fest: Die DDR war „nicht undemokratischer [als die Bundesrepublik] ... Auch die Bundesrepublik ist in ihrer Substanz nicht demokratisch.“⁹⁵ Wie sehr sich die PDS diesem grotesken Zerrbild verpflichtet fühlt, wird deutlich, wenn man das auch für die Linkspartei aktuell gültige PDS-Grundsatzprogramm von 2003 heranzieht. Fast wortgleich werden die Formulierungen aus dem Jahre 1993 dort wiederholt und bekräftigt.⁹⁶ Von

⁹² Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vom 27. Oktober 1989 (so genannter „Schürer-Bericht“). Das Papier entstand im Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz. Damit sollte ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR vorgelegt werden. Kursive Hervorhebung durch den Verfasser.

⁹³ Gregor Gysi, Ingolstädter Manifest der PDS, 18. Februar 1994.

⁹⁴ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993.

⁹⁵ Sahra Wagenknecht, PDS-Bundesvorstandsmitglied und Sprecherin der Kommunistischen Plattform, in: Welt am Sonntag vom 17. Juni 2001.

⁹⁶ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 51.

Veränderung der PDS bzw. der Linkspartei kann deshalb keine Rede sein. Die folgenden Positionierungen belegen das verstellte Bild der Partei von der DDR zusätzlich:

- „Im Vergleich zur BRD war die DDR in jeder Phase ihrer Entwicklung – selbst noch in ihrem ärgsten Niedergang – das friedlichere, sozialere, menschlichere Deutschland. Wir haben daher keinerlei Anlass, uns ... für unsere Herkunft ... zu entschuldigen.“⁹⁷
- „Wir werden der These vom ‚Unrechtsstaat‘ widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzuspochen...“⁹⁸
- „Die DDR [war] das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer Geschichte bisher geschaffen haben ... [Bis 1956 waren] Konterrevolutionäre Restaurationsversuche in einzelnen osteuropäischen Staaten ... ohne Ausnahme abgewehrt worden ... Erich Honecker [gebührt] unser bleibender Respekt...“⁹⁹

Auch bei der Beurteilung des Staatsicherheitsdienstes der DDR wird erkennbar, welches Weltbild in den Köpfen der Parteiführung verankert ist. Während die Bürger der DDR schon mutig die Stasi-Zentralen stürmten, hofierte der heutige Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, noch ungeniert den unmenschlichen Spitzelapparat. Damals äußerte er: „Durch die starke Diskreditierung des Amtes [für nationale Sicherheit, Ex-Stasi] ist nach meiner Meinung ... eine Auflösung erforderlich ...“¹⁰⁰ Hier wird Gysis Blick auf den Repressions- und Unterdrückungsapparat der SED sichtbar: Nicht die Funktion der Stasi an sich lieferte für ihn den Grund zu ihrer Auflösung, sondern allein ihre „Diskreditierung“ in den Augen der DDR-Bürger. Das folgende Zitat bestätigt Gysis positives Urteil über die Stasi: „Wir wissen ..., dass viele Genossen dieses Ministeriums stets pflichtbewusst und ehrlich die ihnen erteilten Aufträge ... erfüllt haben.“¹⁰¹

Die Rechtfertigung des Mauerbaus und das Leugnen des Schießbefehls ist ein weiteres Beispiel für die unerträgliche Geschichtsklitterung der PDS/Linkspartei. Obwohl ihre Selbstschussanlagen gegen die DDR-Bürger gerichtet waren und die Grenzsoldaten auf Flüchtlinge schossen, die die Unterdrückung durch das SED-Regime gegen die Freiheit der Bundesrepublik eintauschen wollten, wird dieses augenfälligste Symbol des gescheiterten Sozialismus als „friedenssichernde Abwehrmaßnahme“ gegen „den Westen“ gerechtfertigt. Denn nichts anderes ist doch gemeint, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes 1995

⁹⁷ Sahra Wagenknecht, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48/1994.

⁹⁸ Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.

⁹⁹ Günther Müller: „Sahras rote ‚Wahrheiten‘“. Rezension zu Sahra Wagenknecht: Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Bonn 1995, in: Bayernkurier vom 18. März 1995.

¹⁰⁰ Gregor Gysi: Zur Formierung einer modernen Partei des demokratischen Sozialismus, in: Lothar Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 63.

¹⁰¹ Ebd.

schrieb, dass der Mauerbau eine Maßnahme „zur Grenzbefestigung ... [war], die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende“ setzte.¹⁰²

Derartige Äußerungen sind weder Einzelmeinungen, noch sind sie auf einen frühen Zeitraum der Parteientwicklung begrenzt. So fand 1999 das seinerzeitige PDS-Vorstandsmitglied Michael Benjamin lobende Worte für den Mauerbau, der in seinen Augen „eine völkerrechtlich zulässige und ... angemessene Maßnahme“¹⁰³ war. 2001 rechtfertigte auch der damalige stellvertretende Parteivorsitzende Peter Porsch Stacheldraht und Schießbefehl: „Die Mauer hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Niemand wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigten.“¹⁰⁴ Und Gabriele Zimmer, damals PDS-Vorsitzende, pflichtete ihrem Stellvertreter bei: „Es geht nicht darum, Abbitte zu leisten.“¹⁰⁵

Als Markus Wolf, ehemaliger Stellvertreter von Stasi-Chef Erich Mielke, im November 2006 verstarb, betrauernten ihn der Berliner Linksparteivorsitzende Klaus Lederer und die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau mit den Worten: „Er ging aufrecht durch sein Leben“.¹⁰⁶ Auch darin zeigt sich die Leugnung von Schuld durch die SED-Erben. Die unerträgliche Geschichtsklitterung der Alt-Kommunisten setzt sich bis heute fort. Jüngster Beleg ist die Debatte um den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze:

„Zögern sie nicht mit der Anwendung der Schusswaffe, auch dann nicht, wenn die Grenzdurchbrüche mit Frauen und Kindern erfolgen, was sich die Verräter schon oft zunutze gemacht haben“.¹⁰⁷

Obwohl spätestens jetzt auch in der Zeitung Jeder schwarz auf weiß nachlesen kann, dass es an der innerdeutschen Grenze den Befehl der DDR-Oberen gab, auf wehrlose Menschen zu schießen, streiten die SED-Erben weiterhin alles ab. Die folgenden Zitate verdeutlichen dabei in besonderer Weise die ungebrochene Kontinuität zwischen SED und Linkspartei:

- „Es hat einen ... Schießbefehl nicht gegeben.“¹⁰⁸
- „Für mich ist nicht belegt, dass es einen generellen Schießbefehl gab.“¹⁰⁹

Seite an Seite verhöhnen damit der letzte SED-Chef und der erste Vorsitzende der Linkspartei die Opfer des unmenschlichen Grenzregimes. Auch der erste Spitzenkandidat der Linkspartei in Hessen, Peter Metz, scheute sich im August 2007 nicht davor, den Schießbe-

¹⁰² Wagenknecht: Antisozialistische Strategien.

¹⁰³ Michael Benjamin, in: „PDS-Politiker lobt Mauerbau“, in: Bild-Zeitung vom 24. Januar 1999.

¹⁰⁴ Peter Porsch, in: Tageszeitung vom 14. Juni 2001.

¹⁰⁵ Gabriele Zimmer, in: Philip Grassmann, „Die PDS wird sich für Mauerbau nicht entschuldigen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 2001.

¹⁰⁶ „PDS würdigt Spionage-Wolf als ‚aufrecht‘“, in: Bild-Zeitung vom 20. November 2006.

¹⁰⁷ „Neue Debatte über DDR-Vergangenheit. Schießbefehl-Dokument in Magdeburg entdeckt. Schüsse auch auf Kinder erlaubt“, in: FAZ vom 13. August 2007.

¹⁰⁸ Egon Krenz, letzter Generalsekretär des ZK der SED, in: Bild-Zeitung vom 13. August 2007.

¹⁰⁹ Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei, in: Bild am Sonntag vom 26. August 2007.

fehl an der innerdeutschen Grenze mit dem Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten in Afghanistan gleichzusetzen.¹¹⁰ Doch aller Abwiegelei und allem Schönreden zum Trotz lässt sich Wahrheit nicht verbergen. Archive und Zeitzeugen sprechen eine eindeutige Sprache:

- „Auf Deserteure ist das Feuer sofort zu eröffnen, d.h. ohne Anruf und Warnschuss. Auf Flüchtlinge, die sich der Festnahme durch Flucht in die Bundesrepublik zu entziehen versuchen, dürfen nach einem Warnschuss gezielte Schüsse abgegeben werden.“¹¹¹
- „Nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen.“¹¹²
- „An der Mauer galt selbstverständlich der Schießbefehl. Er wurde jeden Morgen bei der Vergatterung verlesen.“¹¹³
- „Natürlich haben auch die Mitglieder des Politbüros gewusst, dass Leute an der Grenze umgekommen sind.“¹¹⁴

Die Linkspartei, die sonst so viel Wert auf ihre angebliche „Ostkompetenz“ legt, will einfach nicht wahrhaben, wie menschenverachtend die Partei- und Staatsführung der DDR mit ihrer eigenen Bevölkerung umging. Die Erbschaft der SED lässt sich eben nicht bewältigen, indem man einfach die Türschilder auswechselt. Neben Bisky hofiert auch Gregor Gysi die früheren Stützen der SED-Staatspartei. Sein Auftritt im Januar 2007 vor Ex-Stasi-Mitarbeitern, der zunächst vom Fraktionssprecher der LINKEN, Hendrik Thalheim, geleugnet wurde,¹¹⁵ zeigt einmal mehr: Alt-Kommunisten und Kommunisten mögen den Namen ihrer Partei häufiger wechseln als manch einer sein Unterhemd, das überaus lebendige SED-Erbe in der Linkspartei lässt sich dadurch nicht übertünchen. Ein früheres Mitglied der

¹¹⁰ „Metz Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 26. August 2007.

¹¹¹ Sogenannter „Schießbefehl“ vom 14. September 1961, abgedruckt in: „Biskys Fehlschuss. Warum die Äußerungen des Vorsitzenden der Linkspartei zum DDR-Schießbefehl falsch sind“, in: Die Welt vom 29. August 2007.

¹¹² Redebeitrag Erich Honeckers auf der Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates am 3. Mai 1974, abgedruckt in: ebd.

¹¹³ Richard Hebstreit, ehemaliger Grenzsoldat, in: „Der Schießbefehl wurde jeden Morgen neu erteilt“, in: BZ vom 14. August 2007.

¹¹⁴ Interview Friedbert Meurer mit Günter Schabowski, dem ehemaligen Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und früheren ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin, in: DLF Information am Morgen vom 14. August 2007.

¹¹⁵ Im Januar 2007 hatte Gregor Gysi eine Rede gehalten vor den Mitgliedern der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR). ISOR-Mitglieder zählten nach Angaben des Vereins auch zu den Gästen des Fusionsparteitages von WASG und Linkspartei.PDS Mitte Juni 2007. Vgl. hierzu Armin Görtz: „Kritik an Gysis Auftritt bei Stasi-Veteranen. Linke bestätigen zögernd Rede vor Alt-Kadern“, in: Leipziger Volkszeitung vom 16. August 2007.

Parteiführung machte daraus auch gar keinen Hehl, als er kürzlich sagte: „Es gibt eine große Schnittmenge zwischen SED-PDS von 1990 und der Linkspartei von heute“.¹¹⁶

Ein früheres WASG-Mitglied hält diese Schnittmenge inzwischen offensichtlich für zu groß. Peter Marekfa, ehemaliger Ortsvereinsvorsitzender der Linkspartei Saarbrücken/St. Johann und Ex-Schatzmeister des Kreisvorstands Saarbrücken, trat kürzlich aus der Linkspartei aus.¹¹⁷ Die Linke ist für ihn eine „Neuaufgabe der SED, von Berlin gesteuert“.¹¹⁸ Die Fusion der WASG mit den SED-Erben bezeichnet er als „feindliche Übernahme“¹¹⁹. Und schließlich: „Mit Leuten, die für die Mauertoten mitverantwortlich seien, habe er [Marekfa] nichts gemein“.¹²⁰ Auch der hessische Landtagskandidat der Linkspartei Karl-Klaus Sieloff warnt inzwischen vor der Wahl der eigenen Partei, hinter der Sektierer stünden, die von der untergegangenen DDR träumten.¹²¹

Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Marianne Birthler liegt deshalb völlig richtig, wenn sie schreibt: „Am Beispiel der Diskussion um den Mauerbau wird deutlich, wie sehr die PDS auf ihr rückwärtsgewandtes Milieu Rücksicht nehmen muss.“¹²² Weil es die Linkspartei bis heute an einer eindeutigen und klaren Verurteilung des Mauerbaus fehlen lässt, hat das Urteil von Marianne Birthler nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Die Linkspartei verharmlost noch immer die brutale Diktatur in der DDR. Auch an dieser Stelle zeigt sich erneut: Wer der PDS/Linkspartei grundsätzlichen Wandel bescheinigt, will oder kann die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen.

5.3 „Kommunistische Plattform“ und radikale Sektierer in der Linkspartei

Die Kommunistische Plattform (KPF) konstituierte sich am 30. Dezember 1989. Sie wurde von Kommunisten innerhalb der SED-Nachfolgepartei SED/PDS als eigenständiger Zusammenschluss gegründet und ist heute innerhalb der LINKEN aktiv. Ihre Forderungen bestehen in der Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung und der Errichtung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Die Ewiggestrigen in der KPF träumen noch

¹¹⁶ Wolfram Adolphi, ehemaliger Parteivorsitzender PDS-Berlin, in: Lars von Törne, „Die PDS als Ostpartei wär’ längst erledigt“, in: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Linke;art270,2328219> (Referenzdatum: 12. September 2007).

¹¹⁷ Vgl. „Inzwischen auch 50 Austritte bei neuer Linken“, in: Saarbrücker Zeitung vom 8. September 2007.

¹¹⁸ Peter Marekfa, in: ebd.

¹¹⁹ Ders., in: ebd.

¹²⁰ Vgl. ebd.

¹²¹ „Linker warnt vor links“, in: Focus, 14. Januar 2008

¹²² Marianne Birthler, in: Tagesspiegel vom 3. Juli 2001.

immer in Anlehnung an den „Historischen Materialismus“ von der sozialistischen Revolution und vom Bruch mit dem Kapitalismus.¹²³

Der Kommunistischen Plattform stand Lothar Bisky Jahre nach dem Ende der DDR noch positiv gegenüber: „Ich bin froh, dass es die Kommunistische Plattform gibt. Sie ist ... sehr aktiv und eine wichtige Kraft. Ich bin auch ständig im Gespräch mit ihr ... Ich habe überhaupt keine Lust, mich von der Kommunistischen Plattform innerhalb der PDS in irgendeiner Weise abzugrenzen.“¹²⁴

Bekanntestes Gesicht der KPF ist ihre Sprecherin Sahra Wagenknecht. Sie war 1989 in die SED eingetreten und seit 1991 Mitglied des PDS-Parteivorstands. Nach einem Richtungsstreit verließ sie den Parteivorstand, bevor sie im Jahr 2000 erneut in das Gremium gewählt wurde. Seit 2004 ist Wagenknecht Abgeordnete im Europa-Parlament. Auch im 21. Jahrhundert setzt Sahra Wagenknecht weiterhin auf den Klassenkampf. Noch immer verteidigt sie die DDR als „ihr Land“, noch immer bezeichnet sie die Mauer „als notwendiges Übel“.¹²⁵ Die deutsche Einheit wird von der KPF strikt abgelehnt. Für den 3. Oktober 2007 kündigte die Kommunistische Plattform deshalb eine Gegenveranstaltung in Brandenburg an.¹²⁶ Die Ablehnung der deutschen Einheit geht einher mit der Glorifizierung der sogenannten „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

¹²³ Vgl. Patrick Moreau/Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 121.

¹²⁴ Interview Lothar Bisky, in: „Unsere Zeit“ vom 5. Februar 1993.

¹²⁵ Vgl. Petra Schnitt: „Die Schöne und die reine Lehre“, in: Stern vom 30. März 1995.

¹²⁶ Vgl. Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform in den nächsten Monaten. Beschluss der 2. Tagung der 13. Bundeskonferenz in Berlin vom 14. April 2007, in: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente/view_html?zid=35534&bs=1&n=2 (Referenzdatum: 11. September 2007).

6. Lafontaine und die Linkspartei

6.1 Lafontaine und der Populismus: „Fremdarbeiter“

Die Linkspartei gibt sich vorzugsweise weltoffen und tolerant. Sie propagiert die „internationale Solidarität der Arbeiterklasse“ und will gegen die weltweite „Ausbeutung aller lohnabhängig Beschäftigten“ ankämpfen. Zu ihrem Selbstverständnis zählt sie den strikten Schutz der Rechte sozial Schwacher und von Minderheiten. Über sich selbst schreibt die Linkspartei in ihrem Wahlprogramm 2005 voller Stolz: „Dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, streiten wir für eine bessere Gesellschaft. Eine, in der ... Fremde nicht länger fremd ... bleiben.“¹²⁷ Und weiter: „Diskriminierungen jeglicher Art sind menschenunwürdig... Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung...“¹²⁸ In ihrem Grundsatzprogramm lehnt die Partei „jede Form von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus strikt ab“.¹²⁹

Gegen diesen Grundsatz hat Oskar Lafontaine in Wort und Schrift mehrfach verstoßen. Von ihm vorgetragene Positionen sind unvereinbar mit den offiziell von der Linkspartei beanspruchten Grundwerten. Würden sich die Alt-Sozialisten an ihre eigenen Grundsätze halten, dann dürften sie Oskar Lafontaine überhaupt nicht zum Partei- und Fraktionsvorsitzenden wählen, sie müssten ihn sogar aus der Partei ausschließen. Stattdessen aber hat die Linkspartei Oskar Lafontaine auf den Schild gehoben und damit seine ausländerfeindlichen Parolen übernommen. Auf einer Kundgebung in Chemnitz am 14. Juni 2005 sagte Lafontaine: „Der Staat ist verpflichtet..., zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“¹³⁰ In welche Fußstapfen Lafontaine mit seiner Wortwahl tritt, ist in der einschlägigen Enzyklopädie des Nationalsozialismus nachzulesen. Zum Stichwort Fremdarbeiter heißt es dort: „Bezeichnung für während des Zweiten Weltkrieges ange-

¹²⁷ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ PDS-Grundsatzprogramm, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 24.

¹³⁰ Rede Oskar Lafontaines während einer Kundgebung am 14. Juni 2005 in Chemnitz.

worbene oder nach Deutschland verschleppte Arbeitskräfte...“¹³¹ Selbst Gregor Gysi hat mit Lafontaines Äußerung große Probleme: „Ich fand seine Formulierung unglücklich...“¹³²

Lafontaines Wortwahl war indes kein ‚Ausrutscher‘, sondern spiegelt seine Einstellung wider. In seiner Publikation aus dem Jahr 2005 „Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft“ warf Lafontaine folgende Frage auf: „Welche kulturelle Identität soll Europa letztlich am Ende dieses Jahrhundert haben? Das Einwanderungsland USA wird bereits in fünfzig Jahren keine weiße Mehrheit mehr haben.“¹³³ Zur Qualifikation von Zuwanderern fällt Oskar Lafontaine ein abwertendes Pauschalurteil: „Zuwanderer haben in der Regel keine besonders guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sie sind vielfach abhängig von sozialen Leistungen. Isolation, Drogenkonsum, Aggression ... seien die unmittelbaren Folgen.“¹³⁴ Oskar Lafontaines Fischen am rechten Rand ist auch keineswegs neu, denn er schürte schon früher hemmungslos eine mit Sozialneid gepaarte Ausländerfeindlichkeit.

Ende November 1989 forderte Lafontaine, man solle den Deutschen in der DDR „nicht den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen“.¹³⁵ Außerdem sprach er in diesem Zusammenhang von angeblichen „Prämien für das Weggehen“¹³⁶ und von „finanziellen Anreize[n], die unser soziales Netz den Bürgern“ aus der DDR biete.¹³⁷ Eine ähnliche Wortwahl benutzten kurz zuvor die Republikaner, die das Schreckensbild einer „mit Kopfgeldangeboten provozierte[n] Vertreibung Hunderttausender aus ihrer Heimat“ an die Wand malten.¹³⁸ Und ebenfalls während der Wendezeit in der DDR betrieb Lafontaine gezielt Stimmungsmache, als er sagte, dass „unsere sozialen Sicherungssysteme immer mehr ins Schleudern geraten, weil jeder, der als Aus- oder Übersiedler ... [komme], automatisch Zugriff auf sie“ habe.¹³⁹ Auch damit befand sich Lafontaine wieder in der Gemeinschaft mit den Rechtsradikalen, denn diese warnten mit der Aussage „Und da meinen wir, einfach einen Damm hinhalten zu müssen, denn sonst werden wir in dieser Flut ertrinken“ vor Überfremdung.¹⁴⁰

¹³¹ Peter Widmann: „Fremdarbeiter“, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml und Hermann Weiß (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1998, S. 470f.

¹³² „Eine veränderte SPD ist unser Partner.“ Interview mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, in: Stern vom 30. Juni 2005.

¹³³ Oskar Lafontaine: Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2005, S. 200.

¹³⁴ Ebd., S. 232f.

¹³⁵ Oskar Lafontaine, in: Die Welt vom 27. November 1989.

¹³⁶ Presseservice der SPD vom 24. November 1989.

¹³⁷ Oskar Lafontaine, in: Bild-Zeitung vom 4. Dezember 1989.

¹³⁸ „Der Republikaner“ vom April 1989.

¹³⁹ Oskar Lafontaine, in: Bild-Zeitung vom 4. Dezember 1989.

¹⁴⁰ Franz Schönhuber, Rede auf dem Bundesdelegierten-Parteitag der Republikaner in Dinkelsbühl am 3. Dezember 1988.

Es verwundert deshalb nicht, dass 1990 bei einer Umfrage 74 Prozent der Anhänger der rechtsradikalen Partei „Republikaner“ die Frage „Glauben Sie, dass er (Lafontaine) ein guter Bundeskanzler wäre“ mit „Ja“ beantworteten.¹⁴¹ Heute hängt sich Oskar Lafontaine das Bild des früheren SPD-Bundesvorsitzenden Willy Brandt in sein Büro und dokumentiert damit seinen Anspruch, dessen politisches Erbe anzutreten. Dabei vergisst er offenbar, dass es gerade Brandt war, der seine rechtsradikalen Tendenzen und charakterlichen Schwächen schon früh erkannte und deshalb ironisch über Lafontaine urteilte: „Eine gelungene Mischung aus Napoleon und Mussolini.“¹⁴² Andere SPD-Mitglieder bestätigten Brandts Einschätzung: „Oskar Lafontaine (ist) der kleine Diktator in der Partei.“¹⁴³ Die Linkspartei wusste also genau, wen sie sich da zum Partei- und Fraktionsvorsitzenden erkor.

Die Auftritte des Spitzenkandidaten und einstigen SPD-Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine lockten bislang neben enttäuschten Sozialdemokraten vor allem Neonazis an.¹⁴⁴ Auf seinen Gebrauch des Begriffs „Fremdarbeiter“ bei einer Kundgebung im Juni 2005 wird weiter unten noch hingewiesen. Die NPD applaudierte heftig. „Fremdarbeiter stoppen! Arbeit für Deutsche“ hieß es auf einem Wahlplakat der Partei. Wie nah sich Linkspartei und NPD bereits 2005 waren, zeigte sich auch daran, dass sich junge Neonazis hinter einem Banner der Linkspartei mit der Aufschrift „Hartz IV stoppen!“ versammelten und den linken Demonstranten folgten.¹⁴⁵

6.2 Lafontaines Israelfeindlichkeit und der „Antifaschismus“ der Linken

Wie sieht es nun mit dem von den Linken beschworenen „Antifaschismus“ aus? Steht dieser Begriff wenigstens für eine politische Haltung, die aus der deutschen Geschichte die richtigen Lehren gezogen hat? Für die Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie und Diktatur mit allen Konsequenzen? Wohl kaum. Der Antifaschismus der Linkspartei steht

¹⁴¹ Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Magazins „Stern“ vom 18. Januar 1990.

¹⁴² Äußerung Willy Brandts über Oskar Lafontaine, zitiert nach Daniel Friedrich Sturm: „Die Freude währte nicht lange“, in: Die Welt vom 21. Juli 2007.

¹⁴³ Ulrich Maurer, in: Stern vom 2. August 1990. Heute ist Maurer dem „Parteidiktator“ Lafontaine als „Aufbauhelfer West“ und als parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion zu Diensten.

¹⁴⁴ Vgl. Alwin Schröder: „Im Visier von braunen Brigaden“, in: Der Spiegel online vom 24. Juni 2005.

¹⁴⁵ Vgl. Arne Boecker: „Oskar Lafontaine und die Linken. Des Redners bunte Truppe“, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 2005.

ganz in der Tradition des Antifaschismus der DDR-Staatspartei.¹⁴⁶ Die SED instrumentalisierte den Begriff und legitimierte damit nicht nur ihre Herrschaft, sondern sprach sich auch von den Verbrechen des Nationalsozialismus mit dem Argument frei, ‚Kommunisten seien ja schließlich die ‚ersten Opfer‘ der Nationalsozialisten gewesen‘.

Die DDR hat sich weder zur Verantwortung für den Holocaust bekannt, noch den Staat Israel anerkannt. Mehr noch: Sie hat sogar palästinensische Terroristen ausgebildet und finanziert. In dieser Kontinuität erkennt DIE LINKE auch heute das Existenzrecht Israels nicht an, sondern relativiert und konditioniert dieses Recht, wo sie nur kann. Permanent übt Oskar Lafontaine fundamentale Kritik an der Politik Israels. Er übersieht dabei geflissentlich den erklärten Willen des Iran und des Irak unter Saddam Hussein, den jüdischen Staat zu vernichten.

Anfang 2006 plante Lafontaine eine Reise in den Iran: „Wir wollen den Standpunkt der Iraner im Original kennen lernen ... Es gibt einen Korrekturbedarf auch bei der deutschen Politik. Eine Politik, die zur Grundlage hat, dass die einen Staaten Atomwaffen besitzen dürfen, die anderen aber nicht, kann keinen Erfolg haben.“¹⁴⁷ Um den Standpunkt des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad kennen zu lernen, bedarf es keiner Reise nach Teheran. Er ist auch in hiesigen Tageszeitungen nachzulesen: „Was Israel angeht – die können sich einen anderen Ort suchen.“¹⁴⁸ Der iranische Staatspräsident leugnet den Holocaust und will Israel vernichten. Wer trotzdem bewusst die Nähe zu Ahmadinedschad sucht und aufgrund dessen antijüdischen Positionen einen ‚Korrekturbedarf bei der deutschen Politik‘ sieht, muss sich den Vorwurf der Israelfeindlichkeit gefallen lassen.

Indem sich Lafontaine mit ausgewiesenen Antisemiten austauschen will, konterkariert er den einstigen Anspruch der Linkspartei, gegen jeden Antisemitismus zu sein.¹⁴⁹ Mit diesen gezielten Tabubrüchen ist er keineswegs allein, sondern handelt erneut im Bündnis mit Unterstützern aus der Partei. Seine Äußerungen fallen also innerhalb der Linkspartei

¹⁴⁶ Vgl. zur Diskussion um die Kontinuität des SED-Antifaschismus in der PDS: Werner Müller: Bruch oder Kontinuität? SED, PDS und ihr „Antifaschismus“, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg/Basel/Wien 2002, S. 363-376; Viola Neu: Strategische Bedeutung des „Antifaschismus“ für die Politik der PDS, in: ebd., S. 396-405.

¹⁴⁷ Cordula Eubel/Matthias Meisner: „Wir haben an Schwung verloren“. Interview mit Oskar Lafontaine, in: Tagesspiegel vom 22. April 2006.

¹⁴⁸ „Irans Präsident stellt erneut Existenzrecht Israels infrage“, in: Die Welt vom 6. August 2007.

¹⁴⁹ Im Wahlprogramm 2005 hatte die Linkspartei.PDS formuliert: „Rechtsextremismus, Neonazismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz ... nagen an den Grundlagen der Demokratie“. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

auf fruchtbaren Boden.¹⁵⁰ Einer von Lafontaines eifrigsten Helfershelfern ist der Bundestagsabgeordnete und außenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Norman Paech. Für ihn ist die „Anerkennung Israels im Jahre 1948 durch die USA und die europäischen Staaten eine [lediglich] begründbare [keine begründete!] Entscheidung“.¹⁵¹ Zudem kann „die Frage des Existenzrechts [Israels] ... nur am Ende eines Verhandlungsprozesses stehen“,¹⁵² bis dahin sei dieses Recht lediglich eine „verbale Erhöhung“¹⁵³. Und der „Kern aller Konflikte“ ist für ihn nicht der erklärte Vernichtungswille militanter islamistischer Fundamentalisten gegenüber Israel, sondern die „völkerrechtswidrige Besatzung und teilweise Annexion palästinensischen Territoriums“.¹⁵⁴ Es folgen weitere Aussagen von Norman Paech:

- Die Frage, ob der Boykott gegen die israelfeindliche Hamas aufgehoben werden sollte, beantwortet Paech mit „Ja, natürlich.“¹⁵⁵
- Die Aktionen der Israelis bezeichnet Paech indirekt als ein „Programm der Vergeltung, der Rache und des Terrors...“¹⁵⁶
- „Israel [geht] derzeit mit einem unzulässigen Vernichtungskrieg gegen Milizen und Bevölkerung im Libanon vor.“¹⁵⁷
- Die Politik Israels hat „immer wieder den Weg zum Frieden verschüttet ... und (muss) deshalb immer wieder in Krieg münden...“¹⁵⁸

Zu Lafontaine und Paech gesellt sich mit Wolfgang Gehrcke ein weiterer Mandatsträger der Linkspartei. Gehrcke ist Obmann der Bundestagsfraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und vertritt ebenfalls Positionen mit antiisraelischer Stoßrichtung. Im Sommer 2006 reist er in den Libanon, wo er mit Vertretern der radikal-islamischen Hisbollah zusammentraf und erklärte:¹⁵⁹ „Das Vorgehen Israels gegenüber Libanon ist völkerrechtswidrig.“¹⁶⁰ Auch Gehrcke blendete die historische Dimension des Nahost-Konfliktes mit drei

¹⁵⁰ Die innerhalb der Linkspartei vorhandene Israelfeindlichkeit wird auch wissenschaftlich thematisiert. Vgl. hierzu Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002 und Robert Nachama: Des Antisemitismus neue Kleider: Zum Antizionismus in der PDS, in: Streit vom November 2002.

¹⁵¹ Newsletter 6/2006, in: www.norman-paech.de/index.php?id=297.

¹⁵² Netzeitung vom 24. März 2007.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Website von Norman Paech: www.norman-paech.de/index.php?id=293&type=98; (Referenzdatum: 23. Juli 2007.)

¹⁵⁵ „ Hamas-Boykott aufheben“. Interview mit Norman Paech, in: Junge Welt vom 2. Juni 2007.

¹⁵⁶ Rede Norman Paechs zum Antikriegstag 2006 auf der DGB-Gedenkveranstaltung, Friedhof „Jammertal“ Salzgitter.

¹⁵⁷ „Deutsche Soldaten in Israel nicht denkbar“. Interview Christian Rath mit Norman Paech, in: Tageszeitung vom 26. Juli 2006.

¹⁵⁸ Rede Norman Paechs zum Ostermarsch in Hamburg vom 9. April 2007.

¹⁵⁹ Vgl. hierzu den Artikel: „Die Unsicherheit wächst“ Der PDS-Abgeordnete Wolfgang Gehrcke war im Libanon“, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. Juli 2006.

¹⁶⁰ „Bundesregierung macht sich mitschuldig“. Interview mit Wolfgang Gehrcke, in: Neues Deutschland vom 21. Juli 2006.

Angriffskriegen gegen Israel komplett aus, als er 2003 sagte, „dass Israel von Irak die Einhaltung von UN-Resolutionen fordert, sich aber selber an keine einzige hält“.¹⁶¹

Doch nicht nur aus der Bundestagsfraktion, sondern auch aus der Partei sind antiisraelische Töne zu hören. Zum Beispiel von Christine Buchholz, die als Mitglied der radikal-sozialistischen Organisation „Linksruck“ und als WASG-Bundesvorstandsmitglied zur Linkspartei fand. Sie beurteilt den Nahostkonflikt wie folgt: „Auf der einen Seite steht die israelische Regierung, die viel internationale Rückendeckung hat ... Israel führt Krieg auch im Interesse der USA, für die die Zerschlagung der Hisbollah nur ein kleiner Teil ihres Planes der Neuordnung und Kolonisierung des Nahen und Mittleren Ostens ist ... Auf der anderen Seite stehen ... die Hisbollah ... und die internationale Antikriegsbewegung. Das ist die Seite, auf der auch ich stehe.“¹⁶² Buchholz ist seit Juni 2007 Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand der Linkspartei und betreut dort die Bereiche Frieden/Abrüstung und internationale Politik. Indem sie sich auf die Seite der Hisbollah schlägt, unterstützt Buchholz auch deren erklärten Vernichtungswillen gegenüber Israel. Die Wahl und das Aufgabengebiet von Buchholz zeigen, dass derartige Positionen in den Reihen der Altsozialisten mehrheitsfähig sind.

Angesichts dieser von Lafontaine in der Linkspartei durchgesetzten Positionen mit antiisraelischem Tenor, ist es nur allzu berechtigt, dass der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, den Linksradiكالen „Hass und Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat“ vorwirft.¹⁶³ Berechtigt ist ebenfalls, dass Michael Fürst, der langjährige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Niedersachsen, in Oskar Lafontaine einen „Rattenfänger“ sieht, „den man insofern ernst nehmen muss [als er] mit radikal-populistischen Versuchen ... auf Wählerfang“ geht.¹⁶⁴

Welche Sympathisanten Lafontaine dabei für die Linkspartei bereits gewonnen hat, ist selbsterklärend, verfolgt man die Solidaritätserklärung des NPD-Generalsekretärs Peter Marx: „Lafontaine vertritt außenpolitisch lupenreine und völlig authentische NPD-Positionen: ... Lösung der Konflikte im Nahen Osten durch politische Eindämmung des Aggressionsstaates Israel ... Wer weiß, vielleicht sieht Deutschland schon in ein paar Jahren

¹⁶¹ „Frieden sofort – auch mit Saddam“. Interview mit Wolfgang Gehrcke, in: Frankfurter Rundschau vom 5. April 2003.

¹⁶² „Im Krieg muss sich die Linke positionieren.“ Interview Rüdiger Göbel mit Christine Buchholz, in: Junge Welt vom 15. August 2006.

¹⁶³ Dieter Graumann: „Altes Gift in neuen Schläuchen“, in: Tagesspiegel vom 22. Juni 2007.

¹⁶⁴ „Altes Gift in neuen Schläuchen“, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 21. Juli 2007.

gemeinsame Aktionen der NPD mit dem antiimperialistischen Flügel der Linken...“¹⁶⁵ Zu-
mindest in der Wortwahl sind sich beide Parteien bereits heute zum Verwechseln ähnlich.
Der Spiegel schreibt hierzu: „Oft zitieren sie [gemeint sind NPD-Landtagsabgeordnete]
auch den Vormann der Linken, Oskar Lafontaine, er macht es ihnen leicht mit seinen nati-
onalistischen und anti-israelischen Ausfällen.“¹⁶⁶ Und der ehemalige BDI-Präsident Hans-
Olaf Henkel geht sogar noch einen Schritt weiter, wenn er schreibt: „Nehmen Sie aus sei-
nen [Adolf Hitlers] antikapitalistischen Verschwörungstiraden den Begriff ‚Jude‘ weg und
Sie haben die Sprache, die heute Lafontaine spricht.“¹⁶⁷

Alle diese Beispiele machen eines deutlich: Rechts- und Linksradikalismus in Ges-
talt von NPD und Linkspartei berühren und verschränken sich. Die Wahlkämpfer der
Linkspartei haben laut Harald Bergsdorf diese Tatsache längst erkannt: „Aus unseren
Wahlanalysen ... wissen wir, dass sich eine nicht unerhebliche Zahl der Wähler mit der Erst-
stimme für die PDS und mit der Zweitstimme für die NPD entschieden hat.“¹⁶⁸ Auch dies
ist ein Grund, weshalb die Linkspartei unter Lafontaines Führung es mit ihren eigenen
propagierten Grundsätzen des „Antirassismus“ und des „Antisemitismus“ nicht so genau
nimmt. Wenn die Linksradikalen in unserem Land deshalb in Zukunft wieder einmal zum
„Kampf gegen rechts“ aufrufen, so meinen sie konsequenterweise damit auch den Kampf
gegen sich selbst.

¹⁶⁵ Äußerung von Marx, zitiert nach: „Solidarität mit Oskar Lafontaine“, Statement des NPD-Pressesprechers
Klaus Beier, Berlin vom 21. Juni 2007.

¹⁶⁶ Gunther Latsch: „Extremisten. Beten mit Neonazis“, in: Der Spiegel vom 6. August 2007.

¹⁶⁷ Hans-Olaf Henkel, in: „Wir sind auf dem Weg in den Neosozialismus“, in: Schweriner Volkszeitung vom
19. September 2007.

¹⁶⁸ Harald Bergsdorf: „Brauner Hass auf rotem Humus“, in: Die Welt vom 5. Mai 2007.

7. Die Linkspartei in Hessen

Dank Lafontaines Ausstrahlung auf ein Bevölkerungsspektrum jenseits der traditionell geringen Zahl der Linkspartei-Wähler in den westdeutschen Bundesländern hat sich die Linkspartei nach mehreren gescheiterten Anläufen zum Ziel gesetzt, in die westdeutschen Landesparlamente einzuziehen. Dies gelang erstmalig am 13. Mai 2007 bei der Bürgerschaftswahl in Bremen. Danach zog sie auch in die Landtage von Hessen und Niedersachsen, sowie in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Dass es sich bei der vermeintlich jüngsten Partei in Wirklichkeit um eine Ansammlung frustrierter Sozialdemokraten, früherer Gewerkschaftsfunktionäre und langjähriger Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bzw. aus deren Umfeld handelt, versucht die Partei geschickt zu überspielen. Wie eng die tatsächlichen personellen Verbindungen zwischen DKP und der hessischen Linkspartei sind, zeigte sich besonders an der Personalie Pit Metz, dem zeitweiligen Spitzenkandidaten der Linkspartei in Hessen.

7.1 Ein Kommunist als erster Spitzenkandidat - Pit Metz und der Schießbefehl

Obwohl der Vorstand der Linkspartei ursprünglich einen anderen Kandidaten, den früheren hessischen DGB-Funktionär Dieter Hooge, für die Spitzenposition bei der hessischen Landtagswahl vorgesehen hatte, entschied sich die Mehrheit der Parteitagsdelegierten für Metz, bekennender Kommunist und lange Jahre Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, aus der er erst 1996 austrat.

Dass Pit Metz zum Teil reinrassige DKP-Positionen vertrat, war den Delegierten des Gründungsparteitags der hessischen „Linken“ nicht nur bewusst, es war der Grund, weswegen sie Metz in das Spitzenamt beförderten. Metz war bekannt dafür, dass er DDR-getreue Positionen vertrat und auch den ‚Systemwechsel‘ in der Bundesrepublik Deutschland anstrebte.¹⁶⁹ Durch seine Rede auf dem Parteitag machte er zudem deutlich, wie wenig er zwischen der heutigen Bundesrepublik und der DDR zu unterscheiden gewillt war. Mit dem Vorwurf des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch konfrontiert, Nachfolgepartei der SED zu sein, die für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze die Verantwortung trug, antwortete Metz: „Wenn du wirklich etwas gegen den Schießbefehl tun willst, dann mache deinen Einfluss auf Franz-Josef Jung geltend.“ Schließlich, so Metz, sei

¹⁶⁹ Vgl. Pitt von Bebenburg: „Ich betrachte mich immer noch als Kommunisten“, in: Frankfurter Rundschau vom 28. August 2007.

der Bundesverteidigungsminister dafür verantwortlich, dass Bundeswehrsoldaten in Afghanistan Gebrauch von der Schusswaffe machten.¹⁷⁰

Trotz Metz' geschmacklosem Vergleich des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze mit dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan befand Gregor Gysi, Metz sei ein netter „anständiger Kerl“.¹⁷¹ Mit seinem Vergleich brachte Metz ein Denken zum Ausdruck, das auch der Parteivorsitzende der LINKEN, Lafontaine, teilt. Er rückte den Bundeswehreinsatz in Afghanistan in die Nähe von Terrorismus.¹⁷² Erst nachdem der Druck der zu Recht entsetzten Öffentlichkeit zu groß wurde, verzichtete Metz am 5. September 2007 auf seine Kandidatur auf Listenplatz 1.¹⁷³ Gleichwohl ist er von seiner Wahlkreisandidatur in Marburg für die Wahlen zum hessischen Landtag am 27. Januar nicht zurückgetreten und hat dort (erfolglos) kandidiert.

7.2 Programmatische und personelle Mitgift der DKP

Mit der Personalie Pit Metz erschöpfte sich keineswegs die Verflechtung von Altkommunisten und der LINKEN in Hessen. Auch andere Mitglieder der hessischen Linkspartei, darunter auch eine Reihe von Listen- und Direktkandidaten für die Wahlen zum hessischen Landtag weisen Verbindungen zum politischen Spektrum der äußersten Linken auf: Karin Masche, Listenplatz 11 und Direktkandidatin in Fulda, war ebenfalls DKP-Mitglied. Konstantinos Papoutsakis, Listenplatz 12, war Mitglied der Kämpferischen Sozialistischen Partei Griechenlands. Hartmut Bohrer, Direktkandidat in Wiesbaden, war Spartakus- und DKP-Mitglied. Volker Kaphingst, Kandidat in Schwalm-Eder, war ebenso DKP-Mitglied wie Horst Zanger, Kandidat in Hersfeld-Rotenburg und Dietmar Schnell, Direktkandidat in Vogelsberg. Nicht zuletzt auch die neu gewählte Landtagsabgeordnete Frau Cardenas Alfonso, auf die noch unten näher eingegangen werden wird, war in den 80er Jahren Mitglied der DKP.

Sogar aus den eigenen Reihen der LINKEN wurde deren kommunistische Ausprägung bestätigt. Mitten im hessischen Landtagswahlkampf warnte der Direktkandidat der Linkspartei

¹⁷⁰ „Metz Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 26. August 2007.

¹⁷¹ „Gregor Gysi: Metz ist ein ‚anständiger Kerl‘“, in: Süddeutsche Zeitung online vom 6. September 2007.

¹⁷² Vgl. Oskar Lafontaine über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, in: ARD-Talkshow „Sabine Christensen“ vom 20. Mai 2007.

¹⁷³ Vgl. Mechthild Küpper: „Metz beugt sich der Kritik“, in: FAZ vom 6. September 2007.

tei im Lahn-Dill-Kreis, Karl Klaus Sieloff, in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Focus die Öffentlichkeit vor der Wahl seiner eigenen Partei - ein wohl einmaliger Vorgang in der jüngeren politischen Geschichte Hessens. Damit wurden alle Befürchtungen über Personal, Politik und Programm der Linkspartei in Hessen bestätigt. Sieloff berichtete dem Focus in einem am 14. Januar 2008 veröffentlichten Interview, in seinem Kreisverband hätten inzwischen „unverbesserliche Alt-Kommunisten das Sagen“. Sieloff wörtlich: „Wir haben in Hessen jetzt eine Kaderorganisation, die jede unliebsame Diskussion abwürgt.“¹⁷⁴ Sieloff warnte zudem die deutsche Öffentlichkeit vor den Täuschungen der eigenen Parteiprogrammatik. Dahinter stünden „Sektierer, die von der untergegangenen DDR träumen.“ Für ihn sei der Zusammenschluss seiner WASG mit der ehemaligen PDS ein schwerer Fehler gewesen.¹⁷⁵

Wie realitätsfern das Denken von Metz und vieler seiner ehemaligen DKP-Kollegen, die heute für die Linkspartei sprechen, noch immer ist, zeigt ein Blick in das DKP-Programm vom 8. April 2006. Die Deutsche Kommunistische Partei, Nachfolgerin der 1956 verbotenen KPD und westdeutscher Ableger der SED, tritt auch heute noch für die klassenlose kommunistische Gesellschaft an. In ihrem Programm finden sich Aussagen wie „Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt.“¹⁷⁶ Der Untergang des Kommunismus in der Sowjetunion und in Mittel- und Osteuropa wird als „die bisher tiefste, bis heute nicht überwundene Niederlage für die internationale Arbeiterbewegung, für alle progressiven Kräfte, ja sogar für die bürgerliche Aufklärung“ gewertet.¹⁷⁷ Über die Herrschaft der SED in der DDR schreibt das Programm der DKP:

„Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der SED der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. Vier Jahrzehnte lang war in einem Teil Deutschlands die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt. Die Befreiung vom Faschismus hatte dem deutschen Volk günstige Möglichkeiten für die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland eröffnet. Allerdings wurde diese Chance in konsequenter Weise nur im östlichen Teil, in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, genutzt.“¹⁷⁸

¹⁷⁴ „Linker warnt vor links“, in: Focus, 14. Januar 2008.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, in: <http://www.dkp-online.de/programm/>

¹⁷⁷ Ebd.

¹⁷⁸ Ebd.

Hier zeigt sich, welche geistige Nähe zwischen dem verworrenen Geschichtsbild der DKP und dem Geschichtsrevisionismus der Linkspartei herrscht. Darüber hinaus ist dem DKP-Programm und der Ideologie der Linkspartei der Wille gemeinsam, die Bundesrepublik Deutschland von Grund auf zu verändern. Die Politik der DKP auf dem Weg zum Sozialismus ist dabei von vorneherein auf ein Bündnis mit der Linkspartei ausgelegt:

„In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtswicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.“¹⁷⁹

Auch die für diesen „Kampf um die gesellschaftliche Alternative“ einzuleitenden Schritte gleichen den programmatischen Vorschlägen der Linkspartei. Ebenso wie die Linkspartei tritt die DKP offen für Verstaatlichungen privatwirtschaftlicher Unternehmen ein:

„Ohne antimonopolistische Eingriffe werden entsprechende Reformen und die erforderliche tief greifende Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentliche Haushalte, von den reichen zu den armen Ländern nicht möglich sein.

Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes solche und andere antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.

Der wesentliche Schritt muss die Überführung der Banken und Versicherungskonzerne sowie der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne in anderen strategischen Wirtschaftsbereichen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum sein.“

¹⁷⁹ Ebd.

Der „Kampf um gesellschaftliche Alternativen“, also der Kampf um die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in eine sozialistische Gesellschaft, ist dabei nichts anders als die von der Linkspartei offen gestellte „Systemfrage“. Beide Parteien stellen auf diese Weise unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Frage.

7.3 Willi van Ooyen - ein harmloser „Friedensaktivist“?

Die Nähe zu DKP und SED ist in der hessischen Linkspartei auch nach dem Verzicht von Peter Metz auf die Spitzenkandidatur fest verankert. Auch der neue Spitzenkandidat der hessischen Linkspartei, Willi van Ooyen, stand über Jahre mit kommunistischen Gruppen in Verbindung. Van Ooyen war von 1976 an zunächst hessischer Landesgeschäftsführer der kommunistisch geprägten Deutschen Friedensunion (DFU), seit 1984 dann deren Bundesgeschäftsführer, und war über mehr als ein Jahrzehnt einer der maßgeblichen Organisatoren der so genannten „Friedensbewegung“.

7.3.1 Geschichte der DFU

Die Deutsche Friedensunion ist eine im Jahr 1960 auf Initiative des SED-Politbüros gegründete Partei gewesen, die nach dem Verbot der KPD durch das BVerfG im Jahr 1956 die kommunistischen und sozialistischen Kräfte in der BRD unter einem pazifistischen Deckmantel vereinen sollte. Am 17. Dezember 1960 fand in Stuttgart die Gründungsversammlung statt. Zu den Mitbegründern gehörten u.a. der Bund der Deutschen, die Vereinigung unabhängiger Sozialisten, der Deutsche Klub 1954, der Fränkische Kreis und mehrere als Ersatzorganisationen der KPD fungierende Gruppen. Die DFU war dementsprechend stark kommunistisch geprägt. Neben SED-nahen Kadern aus dem SDS, der Anti-Atomtod-Bewegung und der illegalen KPD betätigte sich auch eine Reihe linkspazifistischer Christen in der Partei. Programmatisch wandte sich die Partei gegen das Wettrüsten, vertrat eine neutralistische Politik und forderte militärische Abrüstung und eine Entspannung der Konfrontation der Blöcke, alles mit dem Ziel der einseitigen Schwächung der BRD gegenüber dem Ostblock. Die SED bezeichnete die DFU 1961 folgerichtig als einzige demokratische Partei Westdeutschlands. Zu den Gründern gehörten u.a. Prof. Renate Riemack, die Pflegemutter von Ulrike Meinhof, Karl Graf von Westphalen und Klara Maria Faßbinder, die auch dem Präsidium angehörten. Die Mitgliederzahl ging von 1961 bis in die 80er Jahre von rund 12.000 auf ca. 1000 zurück.

Erstes Nahziel der Partei war der Einzug in den Bundestag 1961. Der Wahlkampf wurde vom damaligen konkret-Herausgeber Klaus Rainer Röhl, dem damaligen Partner und zeitweiligen Mann von Ulrike Meinhof, organisiert, der in Absprache mit der SED v.a. mit den Motiven der Spitzenkandidatin Prof. Dr. Renate Riemeck und Albert Schweitzer warb. Die DFU scheiterte jedoch mit nur 1,9 Prozent deutlich an der 5-Prozent-Hürde. Das Ergebnis war auch für neutrale Beobachter unerwartet schlecht und wurde vor allem mit dem kurz vor der Bundestagswahl erfolgten Bau der Berliner Mauer erklärt.

Die politische Anleitung der DFU erfolgte durch die SED und ab 1968 auch durch die neu gegründete DKP. So heißt es in einer Information der Westabteilung des Zentralkomitees "über die weitere Tätigkeit der Deutschen Friedensunion in der BRD" vom Juli 1975: "Das Präsidium der DKP nahm in seiner Sitzung vom 2. Juli 1975 eine Information über die weitere Tätigkeit der DFU zur Kenntnis und gab Empfehlungen vor allem in Richtung auf die stärkere Herausarbeitung des spezifischen Charakters dieser Vereinigung."¹⁸⁰ Und in einer anderen Notiz der Westabteilung für das Politbüromitglied Albert Norden wird mitgeteilt: "Das beiliegende Memorandum der DFU entstand aus einem Material, welches auf unsere Anregung vom [SED-Institut] IPW erarbeitet und dem Parteivorstand der DKP als Handreichung übergeben wurde."¹⁸¹

Im Jahr 1984 gab die DFU den Status einer politischen Partei auf und bezeichnete sich nur noch als „Politische Vereinigung“. Sie beteiligte sich in den folgenden Jahren an der Friedensliste, die auch zahlreiche aus der DFU kommende Kandidaten bei Wahlen aufstellte. Es überrascht nicht, dass mit dem Ende der Herrschaft der SED auch die öffentlichen Auftritte der Deutschen Friedens Union zu Ende gingen. Die SED hatte ihre Zahlungen an die DFU mit dem Ende der DDR eingestellt.

7.3.2 Die Finanzierung der DFU durch die SED

Es ist davon auszugehen, dass die SED die DFU während der gesamten Dauer ihres Bestehens nicht nur gelenkt und maßgeblich beeinflusst hat, sondern dass sie auch den weitaus

¹⁸⁰ Westabteilung, Information über die weitere Tätigkeit der Deutschen Friedensunion in der BRD vom 25. Juli 1975, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/ IV AB2./2.028/ 8, vgl. auch: Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 240.

¹⁸¹ Hausmitteilung von Karl Wildberger, Westabteilung der SED, an Albert Norden vom 18. November 1974, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/ IV B2./2.08/ 7.

überwiegenden Teil ihrer Geldmittel direkt von der SED und deren Politbüro erhalten hat. Dafür gibt es folgende Indizien:

7.3.2.1 Notizen eines SED-Politbüromitglieds

Nach Notizen des Politbüromitglieds Albert Norden aus dem Jahr 1973 unterstützte die DDR die DFU jährlich mit knapp 5 Millionen DM¹⁸², also einem wirklich beachtlichen Betrag, der weit über den sonstigen Einnahmen der DFU gelegen haben dürfte.

7.3.2.2 Nachweis durch einen Untersuchungsausschuss des Bundestages

Aus dem Abschlussbericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages geht eindeutig hervor, dass im Jahr 1989 hohe Geldbeträge an die DFU gezahlt wurden und diese Geldbeträge insbesondere zur Bezahlung der hauptamtlichen Mitarbeiter der DFU gedacht waren.¹⁸³ In den Unterlagen des Ausschusses findet sich ein Brief des westdeutschen DKP-Vorsitzenden Herbert Mies vom September 1989, in dem er sich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung in Höhe von 64,5 Mio. DM für das Jahr 1989 an Erich Honecker als den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED wendet.¹⁸⁴ Der Brief ist übrigens von Herrn Honecker persönlich mit dem Vermerk „Einverstanden“ abgezeichnet worden.¹⁸⁵ Insgesamt belief sich die Finanzierung der DKP und anderer kommunistisch geprägter Organisationen im Jahr 1989 nach einem ebenfalls in den Ausschussunterlagen enthaltenen „Bericht über die Struktur und Aufgaben der Abteilung Verkehr“ auf jährlich sogar über 70 Mio. DM¹⁸⁶, also eine wirklich erstaunlich große Geldsumme. Die DFU erhielt davon 1989 3,1 Millionen DM zweckgebunden für „31 Mitarbeiter“¹⁸⁷, also durchschnittlich 100.000.- DM pro hauptamtlichen Funktionär. Die Hauptaufgabe der Abteilung Verkehr des ZK der SED war es übrigens, nach dem Verbot der KPD

¹⁸² Geheime Notiz aus dem Büro des SED-Politbüromitglieds Albert Norden aus dem Jahr 1973, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/ IV B2./2.028/ 5, Bl. 34, vgl. auch: Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 240.

¹⁸³ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 278ff., Dokument Nr. 34 im Anlageband I des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 305, Dokument Nr. 604 im Anlageband III des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600.

¹⁸⁴ Dokument Nr. 604 im Anlageband III des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 305.

¹⁸⁵ a.a.O.

¹⁸⁶ Dokument Nr. 34 im Anlageband I des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 308.

¹⁸⁷ Dokument Nr. 34 im Anlageband I des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 305.

1956 die im Untergrund weiter fortbestehenden Nachfolgeorganisationen der KPD und andere nahe stehende Organisationen wie die DFU finanziell zu unterstützen.¹⁸⁸

7.3.2.3 Willi van Ooyens eigene Aussagen

Die einzige bislang bekannte Aussage van Ooyens findet sich im Verfassungsschutzbericht des Bundes aus dem Jahr 1989, der ihn mit einem Statement in der Bremer Ausgabe der taz vom 29. November 1989 zitiert: „Durch die Entwicklung in der DDR ist eine entscheidende Finanzquelle überraschend versiegt.“¹⁸⁹ Diese Aussage wird untermauert von einem ebenfalls im Verfassungsschutzbericht 1989 zitierten Brief des DFU-Landesverbandes Bremen an seine Mitglieder, in dem es heißt: „Nun ist es an den Tag gekommen, dass die DFU zu rund 80 Prozent von Geldern aus der DDR abhängig war. Das haben uns unsere politischen Gegner immer vorgehalten, wir sind dieser angeblichen Verleumdung immer mit Entschiedenheit entgegengetreten [...] Der Vorwurf besteht, wir seien in den vergangenen Jahren nichts anderes als die bezahlten Vorposten der SED gewesen.“¹⁹⁰

7.3.2.4 Bewertung der vorliegenden Quellen

Es gibt nach den vorliegenden Dokumenten keinerlei vernünftige Zweifel daran, dass die DFU auch maßgeblich durch die SED finanziert worden ist und dass die DFU im Gegenzug auch von der SED ideologisch beherrscht und gesteuert worden ist. Nicht nur, dass es keinerlei Anhaltspunkte gibt, die Echtheit der Dokumente aus der Anlage des Untersuchungsausschussberichts des Bundestages in Zweifel zu ziehen, es erscheint auch schlechthin ausgeschlossen, dass eine Organisation, die maßgeblich von der SED finanziert worden ist, sich unabhängig ihr gegenüber verhalten haben soll.

Dass Willi van Ooyen die Zahlungen weder angenommen noch verwaltet haben will, wie er in letzter Zeit bekundet hat¹⁹¹, ist eine in höchstem Maße unglaubliche Aussage. Erstens hat er selbst 1989 in der „taz“ eingeräumt¹⁹², dass erhebliche Zahlungen an die DFU aus der DDR kamen, und zweitens wird er als Bundesgeschäftsführer aller Wahrscheinlichkeit

¹⁸⁸ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 278ff.

¹⁸⁹ Verfassungsschutzbericht des Bundes 1989, S. 39, S. 95.

¹⁹⁰ a.a.O.

¹⁹¹ „Welt vom 6. März 2008, „Koch muss weg, da gibt es bei uns kein Wackeln“, http://www.welt.de/politik/article1767167/Koch_muss_weg_da_gibt_es_bei_uns_kein_Wackeln.html.

¹⁹² zit. nach Verfassungsschutzbericht des Bundes 1989 a.a.O.

auch mit dem Geld der SED bezahlt worden sein und darüber hinaus Gelder an die Landesverbände verteilt haben. Berücksichtigt man auch noch, dass die DFU damals nur noch ca. 1.000 Mitglieder hatte und damit nennenswerte Mitgliedsbeiträge nicht mehr eingegangen sein dürften, erscheint es bei der Summe der Einnahmen ausgeschlossen, dass er nicht vom Geld der SED bezahlt worden ist.

7.3.3 Aktivitäten nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur

Auch nach 1990 war van Ooyen politisch aktiv: Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist er derzeit Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel, der vom hessischen Verfassungsschutz als linksextremistisch beeinflusst eingestuft wird.¹⁹³ Aus seinen extrem linken politischen Ansichten nie einen Hehl gemacht: „Ich bin Marxist, und die Bezeichnung Kommunist ist für mich kein Schimpfwort.“¹⁹⁴ Einer anderen Zeitung gegenüber betonte er im Dezember 2007: „Ich habe mich nie von Kommunisten abgegrenzt.“¹⁹⁵

7.3.4. Fazit

Willi van Ooyen war in der Zeit des Kalten Krieges ein von der SED-Diktatur bezahlter kommunistischer Agitator, dessen Ziel die nachhaltige Destabilisierung der Demokratie in der BRD gewesen ist und maßgeblich mitverantwortlich dafür, dass die Mitglieder der Friedensbewegung sich nicht für den Frieden, sondern für den Sieg des Ostblocks gegen die Nato-Staaten eingesetzt haben.

7.4 Die anderen Mitglieder der Landtagsfraktion

7.4.1 Janine Wissler, stellv. Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler, die Stellvertreterin Willi van Ooyens in der Landtagsfraktion, ist nicht nur ehemaliges Mitglied der letztes Jahr aufgelösten trotzkistischen Vereinigung „Linksruck“ gewesen, sondern auch Gründungsmitglied der Nachfolgeorganisation „marx 21“, die innerhalb der Linken für einen internationalen Marxismus wirbt und die den Klassenkampf

¹⁹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Rhein-Main Zeitung, 27. September 2007

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Die Welt kompakt, 17. Dezember 2007

der Arbeiterklasse in Reinkultur fordert.¹⁹⁶ Sie ist damit das Mitglied der neuen Fraktion, das am offensivsten nach wie vor für kommunistische und verfassungsfeindliche Parolen steht und das Mitglied in einer Organisation ist, die ganz Eindeutig linksextrem ist. Die Zitate aus der Gründungserklärung von „marx 21“ lassen keinen Interpretationsspielraum offen.¹⁹⁷ Sie ist 26 Jahre alt und studiert noch, war aktives attac-Mitglied und ist aus den Jusos Frankfurt, die nicht in dem Ruf stehen, konservativ zu sein, ausgeschlossen worden, da sie im Verdacht stand, die Jusos kommunistisch zu unterwandern. Interessant ist, dass Frau Wissler eigentlich Probleme mit einer Wahl Ypsilantis zur Ministerpräsidentin haben müsste, da ihre Organisation „marx 21“ eine Regierungsbeteiligung auch als „Magdeburger Modell“ kategorisch mehrfach ausgeschlossen hat¹⁹⁸.

7.4.2 Marjana Schott, PGF

Die neu gewählte parlamentarische Geschäftsführerin Marjana Schott ist bis zur Gründung der Linken politisch nicht aktiv in Erscheinung getreten, ist aber bereits seit letztem Jahr stellv. Landesvorsitzende ihrer Partei. Der PDS war sie laut ihrer Homepage 2002 beigetreten. Sie ist nach eigener Auskunft zunächst Buchhändlerin gewesen, danach hat sie nach einem Studium der Sozialpädagogik im öffentlichen Dienst gearbeitet und ist freiberufliche Insolvenzverwalterin und Schuldnerberaterin beim Verein SinN e.V., über den es keine Kenntnisse hinsichtlich extremistischer Bestrebungen gibt. Die Aussage auf ihrer Homepage: „Der verächtliche Umgang dieses Systems mit dem „Kostenfaktor Mensch“ macht mich wütend.“ lässt darauf schließen, dass sie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht positiv gegenübersteht, sonst würde sie von unserem Staat nicht abfällig als „System“ sprechen.¹⁹⁹ Ihre Ablehnung unserer Demokratie wird auch deutlich in folgendem Satz: „Ich will nicht die DDR. Aber auch nicht unsere Verhältnisse. Ich will was dazwischen.“²⁰⁰

¹⁹⁶ vgl. Selbstauskunft von Frau Wissler auf der Homepage der LINKEN-Fraktion Hessen, http://www.linksfraktion.die-linke-hessen.de/component/option,com_contact/task,view/contact_id,4/Itemid,243/ (17. April 2008).

¹⁹⁷ Vgl. nur die „Gründungserklärung“ vom 1. September 2007, <http://marx21.de/content/view/194/93/>, den Artikel vom 3. September 2007, „DIE LINKE am Scheideweg“, <http://marx21.de/content/view/183/32/> oder einen Artikel vom 25. Februar 2008, „DKP-Debatte: DIE LINKE sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“, <http://marx21.de/content/view/340/32/> (alle nachgewiesen am 17. April 2008).

¹⁹⁸ „Nein zum ´Magdeburger Modell´“, <http://marx21.de/content/view/335/32/> (17. April 2008).

¹⁹⁹ www.marjana-schott.de.

²⁰⁰ „Welt“ vom 5. März 2008, Artikel „So will die Linke das Geld neu verteilen“, http://www.welt.de/politik/article1759105/So_will_die_Linke_das_Geld_neu_verteilen.html (17. April 2008).

7.4.3. Hermann Schaus, Landtagsvizepräsident

Hermann Schaus ist Gewerkschafter seit mehreren Jahrzehnten, er ist 52 Jahre alt und seit 27 Jahren hauptamtlich bei ötv, später ver.di und mittlerweile Landessprecher ver.di Hessen. Er kommt aus der SPD und ist daher bislang extremistisch nicht aufgefallen, der Austritt erfolgte 1993 wegen des Asylkompromisses und des „Großen Lauschangriffs“. Er hat später die WASG mitgegründet. Schaus hat sich allerdings an einer Wahlanalyse der trotzkistisch-linksextremistischen Gruppierung „marx 21“ beteiligt (zusammen mit seiner Fraktionskollegin Wissler), so dass er offenbar keine Probleme sieht, sich vom offen marxistischen Spektrum abzugrenzen.²⁰¹

7.4.4 Barbara Cardenas Alfonso

Frau Alfonso ist das einzige Mitglied der Linksfraktion, das mal Mitglied der DKP war (in den 80er Jahren). Vorher war sie 1969 bei der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), die hauptsächlich Kriegsdienstverweigerer beraten haben, und in den 1970ern Mitglied im Marxistischen Studentenbund Spartakus, die sich neben ihrem Kampf gegen die Demokratie auch dem Kampf gegen Berufsverbote gewidmet hatten. 1993 war sie zunächst bei Bündnis 90/Die Grünen, dann bei der PDS. Später gründete sie eine PDS-nahe Dietzenbacher Liste (DL) und vertrat diese im Stadtparlament, dort ist sie aber laut Aussagen der dortigen CDU kaum aufgefallen.

Frau Alfonso hat nur eine bemerkenswerte Aussage getätigt, die aber sehr nachhaltig beschreibt, wes Geistes Kind sie ist: Sie möchte Fidel Castro möglichst bald kennen lernen, da „er trotz relativer Armut des Staates und der Isolationspolitik der USA den Menschen bis heute ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem zur Verfügung stellt (bei uns ist es umgekehrt), [...] und weil Fidel immer ein visionärer Sozialist geblieben ist, der gegen jede Form von Ungerechtigkeit gekämpft hat“²⁰². Sie sieht also die menschenverachtende Diktatur auf Kuba als Musterbeispiel für einen Staat an und sieht die Verhältnisse in Deutschland demgegenüber als Problem an. Auch Frau Alfonso muss man daher als überzeugte Kommunistin ansehen.

²⁰¹ Artikel vom 18. Februar 2008, "Den außerparlamentarischen Widerstand stärken", <http://marx21.de/content/view/339/32/> (17. April 2008).

²⁰² hr-online.de, Fragebogen zur Landtagswahl 2008.

7.4.5 Ulrich Wilken

Ulrich Wilken, der Landesvorsitzende der LINKEN in Hessen, ist seit seinen politischen Anfängen 1982 links von der SPD gewesen. Als Gründungsmitglied der Demokratischen Sozialisten (DS) (von zwei SPD-MdB gegründet vor allem gegen den NATO- Doppelbeschluss) und Generalsekretär der deutschen Sektion der Christen für den Sozialismus von 1985 bis 1987, die einen sektiererischen Sozialismus insbesondere für Südamerika vertraten, hat er angefangen, 2000 erfolgte dann der Eintritt in die PDS.

Über die normale populistische Rhetorik der LINKEN sind aber von ihm keine Aussagen bekannt, die von Interesse wären.

7.5 Hilfe aus den „etablierten“ Strukturen der neuen Länder

Wie schon in der Presse berichtet wurde, leistet beim Aufbau der Fraktion „Die Linke“ im Hessischen Landtag erfahrenes Personal der Partei aus Sachsen-Anhalt Unterstützung. Rüdiger Ettingshausen (53) aus Halle (Saale), früher Lehrer für Geschichte und Staatsbürgerkunde, und seit der Wende Fraktionsgeschäftsführer der PDS/Linkspartei/Die Linke im Magdeburger Landtag.

Nun leistet er in seiner Freizeit (Urlaub) "Entwicklungshilfe" im Wiesbadener Parlament, indem er die dortige Linksfraktion mit aufbaut. Er betont, dies sei kein politisches Amt. Er kümmere sich um die Organisation, was vom Kauf von Büroklammern bis zur Anstellung von Mitarbeitern und zur Frage reiche, ob man einen Vizepräsidenten bekomme.

Laut seiner eigenen Aussage habe es in Hessen anfangs Befürchtungen gegeben, der Mann aus Magdeburg könne mehr im Sinn haben als Personal und Büroklammern. "Einige dachten, dass ich eine politische Linie vorgeben will", sagt Ettingshausen. "Aber da halte ich mich raus." Indem er Urlaub genommen habe, wolle die Linke Vorwürfen entgegen gehen, mit Steuergeldern aus Sachsen-Anhalt werde die Linke in Hessen aufgebaut. Die Kosten übernehme (aber) die Bundespartei „Die Linke“, soll Herr Höhn, Linksparteichef in Sachsen-Anhalt, betont haben.

8. Zusammenfassung

Die Partei „Die LINKE“ ist die Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die für 40 Jahre menschenverachtende Diktatur in der DDR die Verantwortung trägt. Es besteht in personeller wie in organisatorischer Hinsicht eine direkte Kontinuität von der SED über die PDS zur Partei „Die LINKE“. In den westdeutschen Bundesländern hat die PDS durch Fusion mit der WASG zusätzlich ehemalige Mitglieder der verfassungsfeindlichen DKP und anderer linksextremistischer Splittergruppen aufgenommen.

Weil ihre Führung die alte SED nahtlos weiterführte und eine Auflösung verhinderte, fehlt bis heute ein klarer Trennungsstrich zum Unrecht der sozialistischen Diktatur. In unerträglicher Geschichtsklitterung rechtfertigen führende Vertreter der LINKEN die Mauer, verharmlosen den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze und verhöhnern damit die Opfer der SED-Diktatur.

Die aus der SED-Nachfolgepartei PDS hervorgegangene Partei „Die LINKE“ verharret in strikter Ablehnungshaltung zur bundesdeutschen Demokratie. Ungeachtet der taktisch motivierten Beteiligung an Wahlen und Regierungen verfolgt die Partei unverändert das Ziel eines „Systemwechsels“. „Die LINKE“ strebt damit nach einer anderen Gesellschaft und einem anderen Staat. Sie gehört nicht zu den Parteien des demokratischen Grundkonsenses und will auch nicht dazugehören.

Auf programmatischer Ebene tut sich die Partei „Die LINKE“ durch hemmungslosen Sozialpopulismus hervor. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen steht ein überbordender Sozialstaat mit exorbitanten Transferleistungen. Fragen nach der Finanzierbarkeit werden dabei ausgeblendet. Höhere Steuern und Abgaben, rasant steigende Staatsverschuldung und damit höhere Erblasten für kommende Generationen wären die unausweichlichen Folgen ihrer Politik. Eine solche Politik macht arm – erst die Bürger, dann den Staat. Armut aber ist nicht sozial. Nicht „Freiheit durch Sozialismus“, wie die LINKE behauptet, sondern Armut und Unfreiheit durch Sozialismus sind die Konsequenzen ihrer Programmatik.

Die LINKE in Hessen gehört zu den am weitesten einem linksextremen Spektrum zuzuordnenden Landesverbänden. Angesichts der beschriebenen Häufung von Kandidaten mit eindeutig marxistischem und kommunistischem Hintergrund, insbesondere der Fraktionsvorsitzende van Ooyen und seine Stellvertreterin Wissler, erscheint es ausgeschlossen, in der hessischen Linkspartei etwas anders als eine marxistisch-kommunistische Partei zu sehen, die demokratiefeindliche Ziele verfolgt. Man könnte es auch so beschreiben: Die LINKE in Hessen ist in ideologischer Hinsicht eine Nachfolgepartei der DDR-gläubigen DKP, die sich personell durch Mitglieder der SED-Nachfolgepartei PDS ergänzt.

Dass die hessische SPD mit dieser Gruppe von Alt-Kommunisten und Jung-Trotzkisten lieber zusammenarbeiten möchte, als mit einer demokratischen Volkspartei wie der CDU, ist angesichts der Vielzahl der zutiefst verstörenden programmatischen wie persönlichen Aussagen kaum nachvollziehbar – aber Realität.

Anhang 1

Zitatensammlung

von und über die Partei „Die LINKE“,

ihre Vorgängerparteien PDS und „Linkspartei.PDS“

sowie von verbündeten Gruppierungen des linksextremen Spektrums.

Inhalt

I. Systemwechsel	II
II. Mittel des „Systemwechsels“: Zwischen Apo und Revolution	IV
1. Revolution und „neue Kampfformen“	IV
2. PDS/LINKE als „außerparlamentarische Opposition“	V
III. Programmziele: Sozialismus und Sozialpopulismus.....	VI
1. Enteignungspläne	VI
2. Ausbau des Wohlfahrtsstaats	VII
IV. Geschichtsklitterung	VIII
V. Strategische Bündnispartner im linksextremen Spektrum	X
1. Bündnispartner DKP	X
2. Bündnispartner Linksruck/marx21	XI

I. Systemwechsel

PDS zum „Systemwechsel“

„Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik gehöre abgeschafft, dem sage ich...
 ‚Er hat Recht‘.“¹

„Die PDS ist im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, dass sich wirkliche soziale Gerechtigkeit und ökologische Umgestaltung innerhalb der herrschenden Strukturen herstellen lassen. Deshalb wollen wir zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft kommen.“²

„Die PDS ist eine sozialistische Partei und steht in gesellschaftlicher Opposition, das ist unser Verständnis zu dem kapitalistischen System.“³

„Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS hat] nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.“⁴

Die LINKE zum „Systemwechsel“

„Die neue Linke ist eine Bewegung zur demokratischen Erneuerung... Wir sind die Kraft, die die Systemfrage stellt.“⁵

¹ Interview von Helmut Holter, Arbeits- und Sozialminister und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 1998 – 2006, mit Antenne Mecklenburg-Vorpommern am 19. Juni 1994. (Holter sollte den vorgegebenen Satz vervollständigen.)

² Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Abgeordnetengruppe im Deutschen Bundestag, in: Neues Deutschland vom 13./14. Mai 1995.

³ Helmut Holter (Fn. 1), in: ZDF-Morgenmagazin vom 3. November 1998.

⁴ Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in: Junge Welt vom 30. März 2000.

⁵ Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf dem WASG-Parteitag am 25. März 2007 in Dortmund (autorisierte Mitschrift von Fanny Zeise und Jan Maas).

„Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – stellen die Systemfrage.“⁶

„Wir haben gesagt, aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein. Wir bleiben Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir in die Zukunft schauen ... Und deshalb brauchen wir insofern einen Systemwechsel, da hat Lothar recht.“⁷

„... weil wir die einzige Partei sind, die die Systemfrage aufwirft...“⁸

„Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung, einen demokratischen Sozialismus... Die Linke verändert die Republik.“⁹

⁶ Rede des Vorsitzenden der Linkspartei/PDS, Lothar Bisky, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS vom 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

⁷ Schlusswort des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS am 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

⁸ Rede des Linksparteivorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE am 16. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

⁹ „Wir empfangen täglich Signale“. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Berliner Zeitung vom 16. Juli 2007.

II. Mittel des „Systemwechsels“: Zwischen Apo und Revolution

1. Revolution und „neue Kampfformen“

„Eine Partei oder Organisation, die eine Zielstellung, wie sie die PDS hat, ernsthaft durchsetzen will, muss sich ... alle revolutionären Mittel offen halten. Je nach Herrschaftsform ... kann das politischer Generalstreik oder sogar Einsatz bewaffneter Gewalt bedeuten.“¹⁰

„Der politische Übergang zur klassenlosen Gesellschaft ... kann vielfältige Formen annehmen. Er muss sich nicht unbedingt gewaltsam vollziehen.“¹¹

Wir halten auch „globale Krisen von solcher Schärfe (für) vorstellbar, ... dass im klassischen Sinne revolutionär die alten Herrschaftssysteme gestürzt werden müssten.“¹²

„Die PDS muss durchaus einen umstürzlerischen (subversiven) Charakter entwickeln, und ihre Bravheit überwinden ... und das in unverschämter Offenheit und Öffentlichkeit...“¹³

„... Im Sinne dieser uralten Definition der Demokratie ist unser repräsentatives System in Deutschland in der Krise ... Die Demokratie ist in der Krise. Deshalb brauchen wir in Deutschland eine demokratische Erneuerung! Wir wollen dabei mithelfen, wir, DIE LINKE in Deutschland! ... Wir müssen über unsere Kampfformen nachdenken. Ich sage deshalb: Wir müssen neue Kampfformen entwickeln.“¹⁴

¹⁰ Junge GenossInnen. Zeitschrift des Landesvorstandes der PDS Brandenburg, vom 13. November 1993.

¹¹ Programmatische Erklärung der Kommunistischen Plattform in der PDS, Februar 1994.

¹² Strategiepapier „PDS – eine neue sozialistische Partei in Deutschland“, in: DISPUT, Nr. 19/1995 vom 1. Oktoberheft.

¹³ André Brie: „Wie subversiv soll denn die PDS sein?“, in: Neues Deutschland vom 11. Januar 1997.

¹⁴ Rede Lafontaine auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE am 16.6.2007, autorisierte Fassung.

2. PDS/LINKE als „außerparlamentarische Opposition“

„Die PDS [steht] in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland... Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung ... oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS ... Selbst dann also, wenn die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, ... würde dies ... ihren Oppositionscharakter in Bezug auf die herrschenden Verhältnisse nicht beeinträchtigen ... Einig sind wir uns dahingehend, dass die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“¹⁵

„Wir als antikapitalistische Jugendgruppe lehnen den Parlamentarismus zwar ab, weil er Stellvertreterlogik produziert und lediglich als Kasperletheater zur Legitimation kapitalistischer Verhältnisse dient. Linke Politik wird unserer Meinung nach vor allem auf der Strasse gemacht. Das heißt nicht, dass wir nicht die Vorteile einer starken sozialen Oppositionspartei schätzen würden.“¹⁶

„Wenn man etwas verändern will, braucht man den Druck von der Straße. Deshalb ist die Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit für uns ja so wichtig.“¹⁷

„90 Prozent unserer Arbeit muss außerparlamentarisch sein, zehn Prozent kann in den Parlamenten stattfinden.“¹⁸

¹⁵ Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.

¹⁶ [solid] 36 – die sozialistische Jugend Kreuzberg im Mai 2006 im Internetportal indymedia.

¹⁷ Willi van Ooyen im Interview mit der FAZ vom 17.02.2008.

¹⁸ Janine Wissler, Stellv. Fraktionsvorsitzende „Linke“ im Hessischen Landtag, laut „Junge Welt“ vom 11.02.2008.

III. Programmziele: Sozialismus und Sozialpopulismus

1. Enteignungspläne

„Unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.“¹⁹

„Also der Staat ist immer mit von der Partie. Und die Privatwirtschaft soll doch nicht so tun, als ob sie es ohne ihn könnte ... Von einer bestimmten Größenordnung an geht das wirklich nicht mehr ohne einen Staat, eine Einrichtung, die über den betriebswirtschaftlichen Tellerrand herauszuschauen in der Lage ist.“²⁰

„All diese Forderungen setzen eine Gesellschaft voraus, ... in der Großindustrie und Banken sowie Grund und Boden nicht mehr privatkapitalistisch, sondern gesamtgesellschaftlich verwaltet werden. Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen sind unabdingbar.“²¹

„Als Sozialistische Partei müssen wir die systemimmanenten Grenzen des ‚modernen Kapitalismus‘ aufzeigen, also die historische Notwendigkeit seiner Überwindung.“²²

„Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformativen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.“²³

¹⁹ Diether Dehm, von 1999 bis 2003 stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender, in: BZ vom 14. Juni 2001.

²⁰ Herbert Schui, MdB, DIE LINKE, in: DLF Information am Morgen vom 21. Februar 2007.

²¹ Sahra Wagenknecht, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48/1994.

²² Erklärung des „Rates der Alten beim Parteivorstand der PDS“ zur programmatischen Debatte in der Partei, zitiert nach: „Im Zweifel gegen das ‚herrschende System‘“, in: FAZ vom 30. Juni 2001.

²³ Programmatische Eckpunkte. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund. Im Kommunistischen Manifest ist allerdings nicht von einem „transformativen“, sondern von einem „revolutionären“ Prozess die Rede.

2. Ausbau des Wohlfahrtsstaats

Die „entscheidende Bedingung für die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit ist eine Wirtschaftspolitik, die neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze schafft ... Auf dieser Grundlage gewinnt die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit größte Bedeutung ... Flexible tarifliche Vereinbarungen zur generellen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und in der fernerer Perspektive deren Ausweitung zur 30-Stunden-Woche sind wesentliche Schritte zur Vollbeschäftigung neuer Art.“²⁴

„Die Einkommen der Menschen müssen steigen, die Arbeitszeiten kürzer werden.“²⁵

„Wir streben eine Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, Wahlarbeitszeiten, erleichterte Sabbatjahre und Freistellung für gesellschaftspolitische Arbeit und andere Arbeitsformen an ..., ohne dass die Einkommen sinken.“²⁶

Wir lehnen „das Heraufsetzen der Altersgrenze für den Rentenbezug ab. Wir streben als untere Versicherungsgrenze eine Rente mit Grundbetrag von gegenwärtig monatlich 800 Euro an.“²⁷

„Wir streben das Renteneintrittsalter ab 60 Jahre an, ohne Abschläge.“²⁸

„Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Es soll wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden, die Erbschaftsteuer auf große Erbschaften ist zu erhöhen.“²⁹

²⁴ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 36.

²⁵ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

²⁶ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

²⁷ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

²⁸ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

²⁹ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

IV. Geschichtsklitterung

„Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen...“³⁰

„Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der SED der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. Vier Jahrzehnte lang war in einem Teil Deutschlands die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt. Die Befreiung vom Faschismus hatte dem deutschen Volk günstige Möglichkeiten für die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland eröffnet. Allerdings wurde diese Chance in konsequenter Weise nur im östlichen Teil, in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, genutzt.“³¹

„Im Vergleich zur BRD war die DDR in jeder Phase ihrer Entwicklung – selbst noch in ihrem ärgsten Niedergang – das friedlichere, sozialere, menschlichere Deutschland. Wir haben daher keinerlei Anlass, uns ... für unsere Herkunft ... zu entschuldigen.“³²

„Wir werden der These vom ‚Unrechtsstaat‘ widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzusprechen...“³³

„Die DDR [war] das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer Geschichte bisher geschaffen haben ... [Bis 1956 waren] Konterrevolutionäre Restaurationsversuche in einzelnen osteuropäischen Staaten ... ohne Ausnahme abgewehrt worden ... Erich Honecker [gebührt] unser bleibender Respekt...“³⁴

³⁰ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993.

³¹ Ebd.

³² Sahra Wagenknecht, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48/1994.

³³ Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.

³⁴ Günther Müller: „Sahras rote ‚Wahrheiten‘“. Rezension zu Sahra Wagenknecht: Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Bonn 1995, in: Bayernkurier vom 18. März 1995.

„Für mich ist nicht belegt, dass es einen generellen Schießbefehl gab.“³⁵

³⁵ Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei, in: Bild am Sonntag vom 26. August 2007.

V. Strategische Bündnispartner im linksextremen Spektrum

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kam 2006 zu folgender Einschätzung:

„Auf der Basis von Programm und Statut wirken nach wie vor offen extremistische Kräfte innerhalb der Partei. Weiterhin arbeitet sie – zum Teil in festen Strukturen – mit in- und ausländischen Linksextremisten zusammen.“³⁶

Frage: „Halten Sie es für richtig, dass auf der Liste der „Linken“ in Westdeutschland DKP-Mitglieder kandidieren dürfen?“

Willi van Ooyen: „Ich halte es für richtig, dass die „Linke“ sich für alle Positionen aus dem linken Spektrum öffnet, um eine möglichst Streitigere Debatte über die Perspektiven zu ermöglichen.“³⁷

1. Bündnispartner DKP

„Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt.“³⁸

„In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfte-

³⁶ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 145.

³⁷ FAZ vom 17.02.2008.

³⁸ Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, in: <http://www.dkp-online.de/programm/>, 8. April 2006.

verhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.“³⁹

„Ohne antimonopolistische Eingriffe werden entsprechende Reformen und die erforderliche tief greifende Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentliche Haushalte, von den reichen zu den armen Ländern nicht möglich sein.

Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes solche und andere antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.

Der wesentliche Schritt muss die Überführung der Banken und Versicherungskonzerne sowie der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne in anderen strategischen Wirtschaftsbereichen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum sein.“⁴⁰

2. Bündnispartner Linksruck/marx21

„Wo linke Parteien Regierungsverantwortung übernahmen oder eine Tolerierungspolitik betrieben, wurden sie zu linken Feigenblättern von Kürzungsregierungen oder zu Krisenverwaltern maroder Kassen.“⁴¹

„Ein Linksbündnis aus WASG und PDS kann eine starke parlamentarische Opposition dagegen werden, die Linke nachhaltig stärken und den Widerstand auf der Straße und in den Betrieben beflügeln. [...] Das Linksbündnis aus WASG und PDS ist eine bitter nötige Alternative – unter der Voraussetzung, dass sie Teil eines außerparlamentarischen Widerstandes gegen die kommende Regierung wird. [...] Um die Gewerkschaften wieder kampfkraftiger zu machen, ist der Bruch mit der SPD nötig.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Linksruck, Juli 2005; <http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/publikationen/download/argumente7vision.pdf.de>; kürzlich zitiert in: Das Tabu muss fallen, in: Spiegel, 25.02.2008.

[...] Daher bleibt die Debatte um eine radikale Veränderung der Machtverhältnisse und die Überwindung des Kapitalismus für jeden linken Ansatz, der dauerhafte Veränderung anstrebt, aktuell.“⁴²

„Wir fordern eine radikale Umverteilung von oben nach unten.“⁴³

„Eine Bundestagsfraktion allein wird den Sozialabbau nicht stoppen. Nur eine Bewegung auf der Straße und in den Betrieben kann die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern. Dabei kann eine linke Fraktion eine wichtige Rolle spielen.“⁴⁴

„Eine Regierungsbeteiligung auf der Grundlage der heutigen Kräfteverhältnisse lehnen wir ab. Die Linke kann das Kapital schlagen, wenn Massenbewegungen bereit und in der Lage sind, die herrschende Klasse zu enteignen und den bestehenden, undemokratischen Staatsapparat durch Organe der direkten Demokratie zu ersetzen. Als Orientierungspunkte dienen die Errungenschaften der Pariser Kommune, wie sie Marx beschrieb: Uneingeschränkte Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit der Abgeordneten und sämtlicher hoher Beamter. [...] Der Kapitalismus kann nicht durch Parlamentsabstimmungen überwunden werden. Das Parlament täuscht über die realen Machtverhältnisse hinweg.“⁴⁵

„ [...] Unser Einzug in die Landtage von Hannover und Wiesbaden führt noch nicht zu einer Veränderung der Politik. Daher sollten wir ‚triumphalistische‘ Einschätzungen vermeiden. Wir verstehen darunter die Tendenz, unseren Wahlerfolg zu überschätzen in seinen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse allgemein und auf die Sozialdemokratie im Besonderen. Triumphalistisch sind solche Sätze wie: *‚Das Soziale hat wieder Gewicht‘* oder *‚Die Linke verändert das Land‘* aus diversen Wahlauswertungen und Stellungnahmen. Die große Mehrheit, nämlich 75 Prozent der Bevölkerung, sagt, dass die Linkspartei *‚zwar keine Probleme löst, nenne aber die Dinge beim Namen.‘* (dimap Deutschland-Trend). [...]. Eine linke Parlaments-

⁴² Christine Buchholz und **Janine Wissler** schreiben im Juli 2005 unter dem Titel „Die Vision einer neuen Linkspartei mit Leben füllen“ (Linksruck, Juli 2005; http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/publikationen/download/argumente7_vision.pdf).

⁴³ Linksruck online, 17.08.2005; www.sozialismus-von-unten.de.

⁴⁴ Linksruck online, 17.08.2005; www.sozialismus-von-unten.de.

⁴⁵ marx21-Gründungserklärung, politische Leitsätze:

fraktion muss sich daran messen, ob sie der Mobilisierung außerparlamentarischer Kämpfe, des Klassenkampfes von unten gegen den Klassenkampf von oben, nutzt. Wenn sich der parlamentarische Linksruck nicht niederschlägt in einem Aufschwung außerparlamentarische Kämpfe, dann ist DIE LINKE als Regierungspartei unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen dabei eher ein Hindernis. [...]. Wirkliche Sozialreformen, die den Namen verdienten, gab es nie ohne große gesellschaftliche Bewegungen und Kämpfe, ohne eine nachhaltige Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, den wir aber schon jetzt mit dem Aufbau der Kampagnen und Aktivitäten zu Mindestlohn, Truppenrückzug, Privatisierung etc. beschreiten können. Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, eine linke Partei könne nur in der Regierung mitgestalten.“⁴⁶

⁴⁶ Wahlanalyse von **Janine Wissler, Hermann Schaus** und Volkhard Mosler vom 18.02.2008 (http://marx21.de/index2.php?option=com_content&task=view&id=339&pop=1&page=0&Itemid=32).

Anhang 2

Biographische Daten und Zitate
der Abgeordneten der Fraktion „Die LINKE“
im Hessischen Landtag

Inhalt

A. Willi van Ooyen	III
1. Biographische Daten.....	III
2. Mitgliedschaften und Mitarbeit	IV
3. Zitate	IV
B. Dr. Ulrich Wilken	VI
1. Biographische Daten.....	VI
2. Mitgliedschaften und Mitarbeit	VI
3. Zitate	VII
C. Barbara Cárdenas Alfonso.....	VIII
1. Biographische Daten.....	VIII
2. Mitgliedschaften und Mitarbeit	VIII
3. Zitate	IX
D. Hermann Schaus	IX
1. Biographische Daten.....	IX
2. Zitate	X
E. Janine Wissler	XI
1. Biographie	XI
2. Zitate	XI
F. Marjana Schott	XV
1. Biographische Daten.....	XV
2. Zitate	XV

A. Willi van Ooyen

1. Biographische Daten

(Quelle: <http://www.willi-van-ooyen.de/>)

Persönliche Daten

Geboren am 23. Februar 1947 in Weeze am Niederrhein (als Ältester von 7 Kindern).

Seit April 1972 verheiratet, zwei erwachsene Söhne (Jan, 27 Jahre und Frank, 24 Jahre).

Einige Stichpunkte zum Lebenslauf

1953 – 1962 Volksschule, 1962 – 1965 Lehre als Elektro-Installateur bei der Deutschen Bundesbahn, seit dem 2. April 1962 Mitglied der Gewerkschaft (zunächst GdED, dann ÖTV und heute Ver.di). Seit 1966 Teilnahme an den Ostermärschen (Unterbrechung 1969 – 1979), 1969 Kriegsdienstverweigerung, 1970 – 1972 Zivildienst, in dieser Zeit Sprecher der "Bundeszentrale der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" in Düsseldorf, Organisation des 1. bundesweiten Streiks der Zivildienstleistenden im April 1971. 1972 – 1976 Studium (Abschluss mit Auszeichnung: Geschichte und Pädagogik) in Frankfurt.

Parallel (1972) Mitglied im Bundesvorstand des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, nach der Fusion (1974) ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen. Verantwortlich für verschiedene Aktionen (Vietnam, Chile, gegen Berufsverbote, deutsch-französische Seminare zu sozialen und Friedensthemen). Ab 1976 Landesgeschäftsführer, ab 1984 Bundesgeschäftsführer der Deutschen Friedens-Union, in dieser Zeit: seit 1980 Organisation des wiederbelebten Ostermarsches, "Krefelder Appell", Mitorganisator der großen „Friedensaktionen“ der 80er Jahre, der Konferenzen gegen Berufsverbote.

Ab 1990 (bis 1996) Organisation des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in Frankfurt (ab 1992 als Geschäftsführer der Werkstatt Frankfurt e. V.). Ein weiterer persönlicher Schwerpunkt war und ist die Sozialforumsbewegung; über das Büro der Friedens- und Zukunftswerkstatt wird der Kontakt zum Weltsozialforum, den europäischen Sozialforen und die Organisation der Sozialforen in Deutschland und für das zweite Sozialforum in Hessen organisiert. Seit 1997 Abteilungsleiter (Prokurist, Pädagogischer Leiter) der "Praunheimer Werkstätten gGmbH" in Frankfurt am Main. In den letzten Monaten: Mitarbeit in der Koordination der Anti-G-8 – Proteste, der Sommeruniversität der Friedensbewegung (19. – 21. Juli 2007 in Oberhof), Vorbereitung der Kampagne für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan (am 15. September 2007 in Berlin) und der Vorbereitung des 2. Sozialforums vom 18. – 21. Oktober 2007 in Cottbus.

2. Mitgliedschaften und Mitarbeit

(Quelle: <http://www.willi-van-ooyen.de/>)

- Anti-Nazi-Koordination
- Bewegung gegen Berufsverbote
- Denkfabrik, Frankfurt am Main
- Friedens- und Zukunftswerkstatt
- Friedensratschlag, Mitwirkung im Sprecherkreis des Bundesausschuss Friedensratschlag
- Initiative für einen Politikwechsel
- Inter Red (Kuba Solidarität)
- Ostermarsch
- Sozialforumsbewegung
- Sozialpolitische Offensive

3. Zitate

„Wir sind nicht Opposition um unserer selbst willen. Der Punkt ist doch, dass wir unsere politischen Ziele umgesetzt sehen wollen. Große Koalition heißt Stillstand – und das heißt: keine Veränderungen an Hartz IV und der Agenda 2010, das heißt kein Mindestlohn, das heißt Festhalten an Kochs Plänen für ein US-Hauptquartier in Wiesbaden.“

Oertel, Gabriele: „Es geht um Inhalte“. Fragen an Willi van Ooyen.

In: Neues Deutschland, 29.01.2008.

„eines hat Willi van Ooyen doch schon mitbekommen – dass die Mehrheit der Parteimitglieder [...] in der ehemaligen DDR festsetzt. [...] ‚Denen fehlt ein gesunder Hang zur Anarchie‘, findet van Ooyen, und ‚die haben eine völlig andere Vorstellung von Diskussionskultur‘.“

Delekat, Thomas: „Kochs schlimmster Albtraum.“

In: Welt, 24.01.2008.

„sueddeutsche.de: Sie selbst sagen, der Verfassungsschutz beobachtet Sie seit fast 40 Jahren. Ärgern Sie sich darüber?

van Ooyen: Nicht mehr. Allerdings halte ich diese ganze Bespitzelung und den Verfassungsschutz für völlig überflüssig. Er dient nur als Repressionsinstrument, um Meinungen aus der Welt zu schaffen und Verdächtigungen auszusprechen. Ich werde seit 40 Jahren ohne jeden Grund beobachtet, das ist unnötige Geldverschwendung. Meine politischen Positionen habe ich immer öffentlich gemacht, die kann jeder überall nachlesen.“

Schäfer, Schäfer: Willi van Ooyen. „Roland Koch ist ausländergefeindlich.“

In: Süddeutsche.de, 15.01.2008.

„sueddeutsche.de: Sie sind Spitzenkandidat der hessischen Linken, treten aber nicht in die Partei ein. Warum?

van Ooyen: Ich halte es für wichtig, eine Verbindung zu den außerparlamentarischen Initiativen zu halten, denn selbst wenn wir in den Landtag kommen, können wir unsere Politik nicht alleine durchsetzen. Dazu brauchen wir die vielen sozialen Bewegungen, die unsere Politik außerhalb des Parlaments vertreten.“

Schäfer, Schäfer: Willi van Ooyen. „Roland Koch ist ausländergefeindlich.“

In: Süddeutsche.de, 15.01.2008.

„Für mich ist Roland Koch ein schießwütiger Gewalttäter.' Koch sei 'ein zentraler Kriegstreiber im Afghanistan-Krieg'.“

Bebenburg, Pitt von: Linken-Spitzenkandidat bezeichnet Roland Koch als „Gewalttäter.

http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1271276

„Ich bin Marxist, und die Bezeichnung Kommunist ist für mich kein Schimpfwort.“

Euler, Ralf: Willi van Ooyen. Der nette Kommunist von nebenan.

In: FAZ.net, 27.09.2007.

„Der neue Spitzenkandidat sagte, er sehe in seiner Nominierung die Chance, die ‚außerparlamentarischen Kräfte mit einzubeziehen'. [...] Er bezeichnet sich als ‚oppositionellen Geist'.“

Linke meldet „Chaos beendet“.

In: Frankfurter Rundschau, 10.09.2007.

„Gefragte ob er sich als Kommunist sehe, antwortete van Ooyen: ‚Ich sehe mich in der Tradition der französischen Revolution.'“

Hickmann, Christoph: Willi van Ooyen Kandidat der Linken in Hessen mit Nähe zur SPD. In:

Süddeutsche Zeitung, 10.09.2007

B. Dr. Ulrich Wilken

1. Biographische Daten

Quelle: <http://www.ulrichwilken.de/content2/ichstellemichvor/index.html>

Geb. 1958 in Oberhausen/Rheinland

Freiberuflicher Arbeitswissenschaftler

Seit 1980 in Frankfurt am Main, heute im Nordend;

mit einigen internationalen Unterbrechungen z.B. Palmerston North (Neuseeland), Sydney (Australien), London (Großbritannien), Ankara (Türkei)

Ausbildung

Volksschule, Gymnasium, 1978 Abitur in Essen

Zivildienst im Katholischen Jugendamt Essen

Studium der Soziologie, Politologie, Pädagogik und Philosophie an den Universitäten Frankfurt am Main und Marburg (Schwerpunkte: Betriebssoziologie, empirische Sozialforschung und Erwachsenenbildung)

1986 Diplom in Soziologie

1993 Promotion zum Dr. phil. in Pädagogik an der Universität Marburg

Dissertation zum Thema Handlungsorientierte Bildungsarbeit

2. Mitgliedschaften und Mitarbeit

Quelle: <http://www.ulrichwilken.de/content2/ichstellemichvor/index.html>

Gründungsmitglied Demokratische Sozialisten (DS), Mitgliedschaft bis zur Auflösung 1990

1985 – 1987 Generalsekretär der deutschen Sektion der Christen für den Sozialismus

2000 Eintritt in die PDS

2001 – 2003 Kreisvorsitzender Frankfurt am Main

Delegierter zum Gründungskongress (Rom) und 1. regulären Kongress (Athen) der Europäischen Linkspartei (EL)

seit 2003 Landesvorsitzender PDS/LINKE

Mitglied bei Ver.di

3. Zitate

Zum Verhältnis zwischen Linkspartei und DKP: „Ulrich Wilken meint, dass es keine Kraft ‚links von uns‘ geben darf und sieht Debatten über die DDR mit DKPlern gelassen entgegen.“

Reinecke, Stefan: Die Chaoten sind da.

In: Tageszeitung, 06.02.2008

„Der Soziologe und promovierte Pädagoge befürwortet eine Börsenumsatzsteuer von 0,1 Prozent. Gewinne findet er notwendig, ‚damit der Laden läuft‘. [...] Wilken hält nichts davon Managergehälter zu begrenzen. Viel wichtiger ist ihm der gesetzliche Mindestlohn. Die Mahnung, dadurch würden Jobs vernichtet, glaubt er nicht: ‚Busse werden weiter fahren, und der Flughafen wird weiter betrieben werden. Es wird nur etwas teurer.‘ Da die Menschen mehr verdienten, könnten sie das aber bezahlen.“

Nienhaus, Lisa / Weiguny, Bettina: Links ist, wenn die Reichen zahlen.

In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 03.02.2008

„Wir wollen alle Ein-Euro-Jobs in öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Stellen umwandeln, für die ein Mindestlohn von 8,44 Euro gilt. Solange die Hartz-Gesetze auf Bundesebene nicht zurückgenommen werden, müssen wir dies in einem Landesprogramm tun. Dafür brauchen wir pro Stelle übrigens nur maximal 300 Euro monatlichen Zuschuß. Mit Aufwendungen von 35 Millionen Euro jährlich könnten alle Ein-Euro-Job-Bezieher eine entsprechende Beschäftigung erhalten. Die 35 Millionen Euro jährlich sind Bruttokosten. Durch Einsparungen beim Arbeitslosengeld II und bei weiteren Bedürftigkeitsleistungen in den Haushalten belaufen sich die Nettokosten maximal auf 20 Millionen Euro.“

Düperthal, Gitta: „In Hessen geht es richtig um was.“

In: Junge Welt, 21.01.2008.

Zu seinem Beitritt in die hessische PDS: „Bei denen habe ich keine Sehnsucht nach der SED festgestellt.“

Holl, Thomas: Bloß kein Chaos. Die Linksfraktion in Hessen.

In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2008.

„Derzeit wird im hessischen Wahlkampf Druck ausgeübt, um Kritiker prekärer Arbeitsbedingungen zum Schweigen zu bringen. Wie finden Sie das?“

Es ist ungeheuerlich, daß Bürgerinnen und Bürger in der Ausübung ihrer demokratischen Rechte behindert werden. Es ist ja mittlerweile gerichtsbekannt, daß die Hartz-Gesetze nicht nur schlechte Gesetze, sondern auch noch schlecht gemacht sind. Daß wir uns gegen eine noch schlechtere Umsetzung wehren, ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht. Und wir werden darauf hinwirken, diese Gesetze wieder abzuschaffen – gegen allen Widerstand. Wir lassen uns dabei nicht mundtot machen.“

Düperthal, Gitta: „In Hessen geht es richtig um was.“

In: Junge Welt, 21.01.2008.

C. Barbara Cárdenas Alfonso

1. Biographische Daten

Quelle: <http://www.die-linke-hessen.de/cms2/index.php?menuid=114&reporeid=150>

Persönliche Daten

53 Jahre alt (davon seit knapp 30 Jahren mit meinem Mann Ricardo aus Kolumbien verheiratet), 2 erwachsene Kinder, die in Frankfurt und Erfurt studieren. Ich bin Diplompsychologin und Diplompädagogin, arbeite freiberuflich als Fortbildnerin und Supervisorin überregional für pädagogische Träger und Einrichtungen.

Seit ich politisch denken kann, denke ich links: Mit 15 habe ich in der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-IDK) Kriegsdienstverweigerer beraten. In den 70ern war ich Mitglied im Marxistischen Studentenbund Spartakus und vertrat die Interessen der Studenten in der gewerkschaftlich-orientierten (GO-) Fachschaft u. a. gegen die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (das die Drittelparität abschaffte und damit den Hochschullehrern eine sichere Mehrheit gab) und gegen die Berufsverbote.

In den 80er Jahren bin ich in die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eingetreten, nach ein paar Jahren habe ich sie wieder verlassen.

Seit 1993 lebe ich in Dietzenbach und habe dort an Sitzungen der Grünen/Bündnis 90, später an Sitzungen der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in Egelsbach teilgenommen, - bis zur Gründung der Dietzenbacher Liste (DL), einer linken Wählervereinigung, die sich v. a. durch die gemeinsame kommunalpolitische Arbeit von Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund auszeichnet. Für die DL bin ich seit April dieses Jahres als Stadtverordnete im Parlament.

2. Mitgliedschaften und Mitarbeit

Quelle:

www.hr-online.de; http://de.wikipedia.org/wiki/Barbara_C%C3%A1rdenas_Alfonso

Politische Ämter/Sonstige Tätigkeiten:

Barbara Cárdenas Alfonso kandidierte für die Kommunalwahl 2006 für die Dietzenbacher Liste (DL).

Bei der Landtagswahl in Hessen 2008 wurde sie über die Landesliste in den Hessischen Landtag gewählt.

„In den 80er Jahren bin ich in die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eingetreten, nach ein paar Jahren habe ich sie wieder verlassen.“

(Vgl. <http://www.die-linke-hessen.de/cms2/index.php?menuid=114&reporeid=150>)

Cárdenas war in den 1970er Jahren Mitglied im Spartakus-Bund.

(Vgl. <http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1201191989521.shtml>)

3. Zitate

„Hinter dem Programm aber steht nicht nur eine unberechenbare Basis. Da steht auch Barbara Cárdenas, deren parlamentarische Erfahrung sich auf wenige Monate in der Dietzenbacher Stadtverordnetenversammlung beschränkt und beim Mittagessen in einem Dönerladen darum bittet, ihr Fragen zur Bildungspolitik zustellen. Das sei ihr Spezialgebiet. Frau Cárdenas erklärt dann, dass die Gymnasien in der Gemeinschaftsschule aufgehe sollten, verbunden mit dem Hinweis, dass es in Finnland einst eine ‚historische Situation‘ gegeben habe, in der das möglich gewesen sei. ‚Vielleicht ergibt sich das ja hier auch, dass eine historische Situation entsteht.‘“

Hickmann, Christoph: Rot in Not.

In: Süddeutsche Zeitung, 17.01.2008.

D. Hermann Schaus

1. Biographische Daten

Persönliches

- geboren in Worms
- gelernter Kfz-Mechaniker, Berufstätigkeit, Studium an der Verwaltungsfachhochschule Frankfurt (Dipl.-Verwaltungswirt)
- ab 1980 Gewerkschaftssekretär bei der ötv Frankfurt, ab 1982 Geschäftsführer der ötv-Kreisverwaltung Lahn-Taunus, ab 1994 Geschäftsführer der ötv-Kreisverwaltung Darmstadt, ab 2006 Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Südhessen, ab 2007 Grundsatzreferent und Landessprecher von ver.di Hessen
- verheiratet, zwei Kinder

Politisches

- seit 1972 SPD- und Gewerkschaftsmitglied (IG Metall)
- 1993 Austritt aus der SPD wegen Asylkompromiss und „Großem Lauschangriff“
- 2004 Gründungsmitglied der WASG Hessen (Pressesprecher)
- 2006 hessischer Vertreter im Länderrat der WASG
- 2006 Wahl in den Kreistag des Hochtaunuskreises
- Gründungsmitglied der Partei Die Linken in Hessen und dort im Übergangsvorstand

- Außerdem Mitglied bei attac, bei Pro Asyl, des Rosa Luxemburg Forums für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V. und Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Hessen e.V. (von linken Kommunalpolitikern 2006 gegründet)

2. Zitate

Schaus sagt über seinen politischen Schwerpunkt in der Partei: „Ich zähle mich zur sozialistischen Linken.“ (www.die-linke-hessen.de)

Auf die Frage, was er für seinen Wahlkreis erreichen möchte: „Für eine gerechte Behandlung von ALG-II-Empfängern, ohne Wohnungsschnüffelei, (...)“ (www.hr-online.de)

„(...) wir treten an, die ungerechte Steuerpolitik der vergangenen Jahre zu beheben und eine gerechte Verteilung der Lasten vorzunehmen.“ (www.kandidatenwatch.de)

Auf die Frage, wie er Sozialismus definiert: „Wie ich Sozialismus verstehe kann ich Ihnen leider in dieser Antwort nicht erläutern. Ich gehöre der WASG an, die im Gegensatz zur ehem. PDS, dazu noch keine entwickelten Diskussionen geführt hat. Ich finde es allerdings wichtig, dass wir eine breite öffentliche Debatte darüber führen, ob denn der ‚Sieg‘ des Kapitalismus über das Gesellschaftssystem der osteuropäischen Staaten, der letzte Stand gesellschaftlicher Entwicklung sein kann. Ich selbst trete für einen starken Staat ein, der die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft ausgleicht und in allen Bereichen der Daseinsvorsorge tätig ist. Die ‚totale Freiheit‘, wie sie derzeit propagiert wird erachte ich als unsozial!“ (29.08.2005; www.kandidatenwatch.de)

„Es muss auf jeden Fall vermieden werden, dass eine verschärfte Wettbewerbssituation zwischen den Kommunen stattfindet, da dies eine gefährliche Steuerspirale nach unten auslösen würde.“ (19.08.2005; www.kandidatenwatch.de)

Bei der Vorstellung Schaus' für die Bundestagswahl 2005 finden sich folgende zwei Sätze, die in Anführungszeichen gesetzt sind: „'Wo das große Geld regiert müssen sich die ‚kleinen Leute‘ zusammen tun und für ihre Interessen offensiv eintreten.'“ und „'Der Allparteienkoalition des Kapitals im Bundestag treten wir gemeinsam entschieden entgegen.'“ (www.wen-waehlen.de)

„Mobbing ist ein immer weiter um sich greifendes Problem. Durch die geringe Zahl der Arbeitsplätze führt die ständige (vermeintliche) Konkurrenz unter den Arbeitnehmern/innen zu einer vermehrten Ausgrenzung von einzelnen Personen.“ (07.01.2008; www.mobbing-web.de)

„Roland Koch baut seinen Wahlkampf bewusst auf Fantasie-Erzählungen auf. (...) Koch ist der Ministerpräsident der Reichen und Superreichen, deren Interessen er ausschließlich vertritt, während er ohne Skrupel bei Sozial- und Bildungsausgaben kürzt.“ (12.12.2007; linkszeitung.de)

E. Janine Wissler

1. Biographie

(Quelle: http://www.linksfraktion.die-linke-hessen.de/component/option,com_contact/task,view/contact_id,4/Itemid,243/)

zur Person:

Jahrgang: 1981, Familienstand: ledig, Wohnort: Frankfurt, Beruf: Studentin

Politische Vita:

Mitglied im Bundes-Parteivorstand der LINKEN, Mitglied im Landesvorstand der

LINKEN in Hessen, Mitglied bei verdi

Unterstützerin des marxistischen Netzwerks marx21

ehemal. Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der WASG Hessen

Ab 2001 bei attac aktiv, von 2001 bis 2004 eine der SprecherInnen von attac Frankfurt

2. Zitate

„90 Prozent unserer Arbeit muss außerparlamentarisch sein, zehn Prozent kann in den Parlamenten stattfinden.“ (Gitta Düperthal: Ziel: Bodenhaftung behalten, in: junge Welt, 11.02.2008)

„Allein vom Alter her habe ich keinen Bezug zu K-Gruppen der siebziger Jahre oder zur DDR. Das System dort habe ich auch nicht als Sozialismus empfunden.“ (Thomas Holl: Bloß kein Chaos, in: FAZ, 31.01.2008)

„Wo linke Parteien Regierungsverantwortung übernahmen oder eine Tolerierungspolitik betrieben, wurden sie zu linken Feigenblättern von Kürzungsregierungen oder zu Krisenverwaltern maroder Kassen.“ (Linksruck, Juli 2005; <http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/publikationen/download/argumente7vision.pdf.de>; kürzlich zitiert in: Das Tabu muss fallen, in: Spiegel, 25.02.2008)

Wissler bezeichnet sich selbst als „Unterstützerin des marxistischen Netzwerks marx21“. (www.die-linke-hessen.de)

Auf die Frage, was sie für ihren Wahlkreis erreichen möchte: „Eine starke und sichtbare Linke aufbauen, die in den Stadtteilen verankert ist und die politische Alternative von links aufzeigen kann, bevor die radikale Rechte vermeintliche Antworten gibt.“ (www.hr-online.de)

„Wir brauchen nicht nur andere Konzepte und Ideen, wir müssen auch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse grundlegend ändern, um diese durchsetzen können. Deshalb arbeitet Die Linke aktiv in sozialen Bewegungen mit und baut diese mit auf.“ (www.hr-online.de)

Auf die Frage, wen sie einmal kennenlernen möchte: „Hugo Chavez und Evo Morales, um mit ihnen über den Sozialismus im 21. Jahrhundert zu diskutieren.“ (www.hr-online.de)

„Die etablierten Parteien machen Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung (...).“ (www.du-machst.de)

„Politische Aktivität in der Linken erfordert Wut auf die herrschenden Verhältnisse und Hoffnung, diese verändern zu können.“ (www.du-machst.de)

„Wir fordern eine radikale Umverteilung von oben nach unten.“ (Linksruck online, 17.08.2005; www.sozialismus-von-unten.de)

„Um auf den stagnierenden Weltmärkten weiter Profite zu machen, treiben Bosse und Regierungen weltweit die Menschen ins Elend. Lohnkürzungen, Rationalisierungen, Privatisierungen, die Zerschlagung sozialer Errungenschaften: Was wir als ‚Globalisierung‘ erleben, ist Klassenkampf von oben.“ (Linksruck online, 17.08.2005; www.sozialismus-von-unten.de)

„Eine Bundestagsfraktion allein wird den Sozialabbau nicht stoppen. Nur eine Bewegung auf der Straße und in den Betrieben kann die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern. Dabei kann eine linke Fraktion eine wichtige Rolle spielen.“ (Linksruck online, 17.08.2005; www.sozialismus-von-unten.de)

Wahlanalyse von **Janine Wissler, Hermann Schaus** und Volkhard Mosler vom 18.02.2008 (http://marx21.de/index2.php?option=com_content&task=view&id=339&pop=1&page=0&Itemid=32):

„Das hessische Wahlresultat war auch eine Absage an Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Roland Koch hat eine schwere Niederlage erlitten, die CDU-Rechte ist dadurch in die Krise geraten.“

„Unser Wahlergebnis ist ein großer Erfolg für die Linke in Deutschland. Aber noch haben wir nichts verändert. Unser Einzug in die Landtage von Hannover und Wiesbaden führt noch nicht zu einer Veränderung der Politik. Daher sollten wir ‚triumphalistische‘ Einschätzungen vermeiden. Wir verstehen darunter die Tendenz, unseren Wahlerfolg zu überschätzen in seinen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse allgemein und auf die Sozialdemokratie im Besonderen. Triumphalistisch sind solche Sätze wie: *„Das Soziale hat wieder Gewicht“* oder *„Die Linke verändert das Land“* aus diversen Wahlauswertungen und Stellungnahmen. Die große Mehrheit, nämlich 75 Prozent der Bevölkerung, sagt, dass die Linkspartei *„zwar keine Probleme löst, nenne aber die Dinge beim Namen.“* (dimap Deutschland-Trend)“

„(...) so wäre es eine trügerische Hoffnung zu glauben, dass der bloße Einzug der Linken in den hessischen Landtag schon zu einem Politikwechsel im Sinne der Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Rentner und Studenten führen würde.“

„Eine linke Parlamentsfraktion muss sich daran messen, ob sie der Mobilisierung außerparlamentarischer Kämpfe, des Klassenkampfes von unten gegen den Klassenkampf von oben, nutzt. Wenn sich der parlamentarischen Linksruck nicht niederschlägt in einem Aufschwung außerparlamentarische Kämpfe, dann ist DIE LINKE als Regierungspartei unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen dabei eher ein Hindernis.“

„Wirkliche Sozialreformen, die den Namen verdienen, gab es nie ohne große gesellschaftliche Bewegungen und Kämpfe, ohne eine nachhaltige Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, den wir aber schon jetzt mit dem Aufbau der Kampagnen und Aktivitäten zu Mindestlohn, Truppenrückzug, Privatisierung etc. beschreiten können. Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, eine linke Partei könne nur in der Regierung mitgestalten.“

Im Magazin marx21, Ausgabe 2, September 2007 (<http://marx21.de/content/view/179/43/>) führen **Janine Wissler** und Volkhard Mosler unter der Überschrift „Koch muss weg. 10 Thesen zur Landtagswahl in Hessen 2008“ aus:

„Der Landtagswahlkampf der LINKEN muss so geführt werden, dass die Masse der Betroffenen uns als politische Kraft erfährt, die den Widerstand gegen die neoliberale Kapitaloffensive zusammen mit allen relevanten gesellschaftlichen Kräften organisieren will.“

„Deshalb darf es in Wiesbaden nicht zu einer Regierungsbeteiligung kommen, in der die Linke zum Erfüllungsgehilfen der neoliberalen Offensive verkommt und sei es nur, um ‚Schlimmeres zu verhindern‘.“

„Der Wahlkampf in Hessen ist zunächst durch eine aggressive konservative Rechte unter Roland Koch und durch eine links gewendete hessische SPD unter Ypsilanti geprägt. Roland Koch versteht sich als Vorkämpfer seiner Klasse wie kein anderer Spitzenpolitiker des konservativen Lagers. Er ist unser Sarkozy im Wartestand. Und er ist bereit, jederzeit die rassistische Karte zu ziehen, wenn die Umfragewerte es ‚erforderlich‘ machen sollten.“

„Das Anti-Koch-Lager ist eben nicht durch SPD und Grüne vertreten, weil beide Parteien die Logik der neoliberalen Standortpolitik im globalen Kapitalismus längst verinnerlicht haben.“

„Das heißt für den Wahlkampf in Hessen: Wir greifen Koch und die CDU mitsamt ihrem liberalen Anhängsel FDP frontal an, wir müssen in der Tat die besten Anti-Koch-Kämpfer sein und die links gewendete SPD, bzw. das rot-grüne Lager nicht als Verbündete sondern als zweiten Feind behandeln, den wir aber nicht frontal sondern von der Seite angreifen. Von der Seite angreifen heißt: Ihre Opposition gegen Koch als halbherzig und verlogen kritisieren, als unglaublich entlarven. SPD und Grüne haben mehr mit Koch und der CDU gemeinsam, als sie im Wahlkampf zugeben werden. (...) So werden wir jenen Wählern, die Koch hassen und im Stimmzettel ein Mittel sehen, ihn wegzukriegen, zurufen, dass wir die einzige Partei sind, die sich konsequent gegen Koch und Kapital stellt, dass wir die einzige Garantie dafür sind, dass Koch nicht nur abgewählt wird - was wir selbstverständlich tun werden und auch klar ankündigen müssen - sondern dass dann auch eine andere Politik, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und des Umweltschutzes, eingefordert wird. Nicht nur durch eine starke Linksfraktion im Landtag, sondern vor allem durch die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch aktiven Widerstand der Betroffenen außerhalb des Parlament.“

„Wir dürfen die Definitionshoheit des Begriffs ‚Sicherheit‘ nicht Roland Koch und der CDU überlassen. Sicherheit das heißt für die Massen der Bürger: Sicherheit vor willkürlichen Entlassungen, Sicherheit vor sozialem Abstieg, Sicherheit für eine zukunftsfähige Ausbildung der Kinder, Sicherheit bei Krankheit, im Alter und Arbeitsunfähigkeit vor sozialem Abstieg. Die Sicherheit Roland Kochs heißt: mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr, mehr Tote und Verletzte auch deutscher Soldaten, die Sicherheit Roland Kochs heißt mehr Leukämiefälle durch Atomkraftverstrahlung, die Sicherheit Roland Kochs heißt Sicherheit der Unternehmer, frei von Kündigungsschutzrechten heuern und feuern zu können usw. Der Afghanistankrieg ist Kochs offene Flanke: Terrorismusbekämpfung sein Hauptthema – also warum nicht die Bundeswehr zurückholen und so die Terrorismusgefahr wesentlich einschränken.“

Christine Buchholz und **Janine Wissler** schreiben im Juli 2005 unter dem Titel „Die Vision einer neuen Linkspartei mit Leben füllen“ (Linksruck, Juli 2005; http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/publikationen/download/argumente7_vision_.pdf.de):

„Ein Linksbündnis aus WASG und PDS kann eine starke parlamentarische Opposition dagegen werden, die Linke nachhaltig stärken und den Widerstand auf der Straße und in den Betrieben beflügeln.“

„Nur mit einer linken Alternative zur Agenda-Politik von Merkel und Schröder kann der Aufstieg der Nazis gestoppt werden.“

„Der Hauch von Weimar, der durch Deutschland weht, hat zum Erstarken der Nazis geführt. Am rechten Rand versuchen sie, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung auf ihre Mühlen zu lenken.“

„Das Linksbündnis aus WASG und PDS ist eine bitter nötige Alternative – unter der Voraussetzung, dass sie Teil eines außerparlamentarischen Widerstandes gegen die kommende Regierung wird.“

„Um die Gewerkschaften wieder kampfkraftiger zu machen, ist der Bruch mit der SPD nötig.“

„Bei aller Kritik an der Geschichte der PDS: Die Gleichsetzung von SED und PDS ist nicht haltbar.“

„Die WASG wurde nicht als Selbstzweck gegründet. Sie wurde gegründet, um eine Situation zu beenden, in der die Mehrheit ohne politische Vertretung dasteht, während ihre Lebensinteressen mit Füßen getreten werden.“

„Die zunehmende wirtschaftliche Instabilität führt dazu, dass jede soziale Errungenschaft immer stärkeren Attacken von Unternehmerseite ausgesetzt ist. Daher bleibt die Debatte um eine radikale Veränderung der Machtverhältnisse und die Überwindung des Kapitalismus für jeden linken Ansatz, der dauerhafte Veränderung anstrebt, aktuell.“

F. Marjana Schott

1. Biographische Daten

(Quelle: www.marjana-schott.de)

Lebenslauf:

Ausbildung und beruflicher Werdegang

- 1992-2002 Sozialpädagogin beim Landkreis Kassel
allgemeiner sozialer Dienst des Jugendamtes

- seit 2003 freiberufliche Schuldnerberaterin beim Verein SinN e.V.

- 2002 Eintritt in die PDS

- 2003 Gründungsmitglied des Vereins Selbständige in Not e.V.

- 2005- stellvertretende Landesvorsitzende der Linkspartei.Hessen
16.07.2007

- 2007 Gründungsmitglied und im Sprecherinnenrat von Lisa-Hessen, der Linke Sozialistische
Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der Partei DIE LINKE.

- seit 2007 stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes
der Partei DIE LINKE. in Hessen

- seit 2008 Mitglied des Hessischen Landtags,
Parlamentarische Geschäftsführerin und sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Unstimmigkeiten in Zeitungsberichten zu ihrer politischen Vergangenheit vor der PDS, keine Angabe dazu in ihrem offiziellen Lebenslauf:

- Sie sei Anhängerin der Grünen gewesen, bevor sie in die PDS eintrat. (Oliver Hoischen: Koch-Wähler müssen draußen bleiben, in: FASZ, 03.02.2008)
- Sie sei nach eigenen Angaben vor dem Eintritt in die PDS politisch nicht engagiert gewesen. (Detlef Esslinger/Jens Schneider: Von der FDP zur Linken, in: SZ, 30.01.2008)

2. Zitate

„Die Politik der letzten 5 Jahre war für mich: Verrat an den Menschen in diesem Land.“
(17.01.2008; www.nh24.de)

Die Politik der nächsten 5 Jahre wird für mich: der Kampf darum – und ich fürchte es wird ein Kampf – dieses Land wieder lebens- und liebenswert zu machen.“ (17.01.2008; www.nh24.de)

„Wem ist unsere Regierung verpflichtet – der Bevölkerung oder doch eher der Wirtschaft, die große Spenden in Parteikassen fließen lässt und Politiker auf ihren Lohnlisten stehen hat?“ (www.marjana-schott.de)

„Der verächtliche Umgang dieses Systems mit dem ‚Kostenfaktor Mensch‘ macht mich wütend.“ (www.marjana-schott.de)

„Wir alle (versuchen) unsere Arbeitskraft zu verkaufen um unser Leben zu finanzieren. Gehört dazu auch der Verkauf unserer Körper? Ein solches Verhältnis der Geschlechter zueinander ist geprägt von Macht und Macht bestimmt sich über das Kapital. Wie definiert sich die Macht des Kapitals? Wer die notwendigen Mittel besitzt kann kaufen was der Markt anbietet – Dazu gehört auch: Männer kaufen Frauen. Klarer kann sich die Fratze des Kapitalismus und des Patriarchats nicht zeigen.“ (Schott auf einem el fem-Seminar zum Thema „Gewalt und Patriarchat am 6./7. Oktober 2006 in Triest im Workshop „Prostitution“; <http://www.marjana-schott.de/pres003.htm>)

„Ich will nicht die DDR. Aber auch nicht unsere Verhältnisse. Ich will was dazwischen.“ „Welt“ vom 5. März 2008, Artikel „So will die Linke das Geld neu verteilen“, http://www.welt.de/politik/article1759105/So_will_die_Linke_das_Geld_neu_verteilen.html.

Anhang 3:

Auszug aus Bundestagsdrucksache 12/7600: Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 Grundgesetz.

Darin:

- Bericht über die Finanzierung kommunistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland durch die SED
- Kopie des Haushaltsplans des ZK der SED für das Jahr 1989 mit Ausweisung von Mitteln u.a. für die DFU
- Kopie eines Briefes des westdeutschen DKP-Vorsitzenden an Erich Honecker aus dem Jahr 1989 mit Bitte um finanzielle Unterstützung (abgezeichnet von Erich Honecker)

Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes *)

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes wird zur Kenntnis genommen.

Bonn, den 27. Mai 1994

Der 1. Untersuchungsausschuß

Friedrich Vogel (Ennepetal)
Vorsitzender

Joachim Gres
Dr. Andreas von Bülow
Berichterstatter

Arno Schmidt (Dresden)

Andrea Lederer
Berichterstatterinnen

Ingrid Köppe

*) Eingesetzt durch den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 6. Juni 1991 – Drucksachen 12/654, 12/662

und dort mäßig bestraft, wiederum einen schweizerischen Firmenmantel für die Untreuetaten zur Verfügung." (Schmidt, Uwe, „Regierungs- und Vereinigungskriminalität – OK-Strukturen aufgezeigt an Lagengebilde und Fallbeispielen“, Kriminalistik, 1993, H. 8-9, 525-526, 532)

f) Übernahme des Außenwirtschaftsrechts

Im Rahmen der Währungsunion wurde der innerdeutsche Warenverkehr mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in großem Umfang liberalisiert. Zu diesem Zeitpunkt führte die DDR ein eigenes Ausfuhrkontrollsystem ein, das weitgehend mit dem Ausfuhrkontrollrecht der Bundesrepublik Deutschland identisch war. Die Liste der zu kontrollierenden Güter wurde von der DDR uneingeschränkt übernommen. Das Außenwirtschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland wurde ab dem 3. Oktober 1990 auf das Gebiet der früheren DDR ausgedehnt.

7. Zusammenfassung

Ohne Embargoverstöße und die illegale Beschaffung westlicher Technologie wäre die Mikroelektronik in der DDR auf einem wesentlich niedrigeren Niveau geblieben. So schätzten Experten aus dem Kombinat Mikroelektronik Erfurt 1987, daß die Einführung eines 16-Bit-Mikroprozessorsystems im Kombinat Mikroelektronik ohne Unterstützung des MfS nicht möglich gewesen wäre (Dokument-Nr. 566).

Der Import von Embargogütern schuf überhaupt erst die Voraussetzungen, die Mikroelektronik in der DDR zu entwickeln.

Mit einer Medienkampagne feierte die DDR-Regierung im September 1988 die Übergabe der ersten in der DDR hergestellten 1-Megabit-Speicherschaltkreise und würdigte sie als „wichtige Arbeitsetappe zur Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitags“. Intern war allerdings durchaus bekannt, daß Höchststromimplanter für die Massenproduktion von 1-Megabit-Chips nicht in der DDR produziert wurden. (Vgl. mehrere Beiträge in: Neues Deutschland vom 13. September 1988; Der Megabitspeicher und seine Wirkungen über den Tag, in: Neues Deutschland vom 14. September 1988.)

Trotz Umgehung der Embargobestimmungen gelang es der DDR nicht, eine rentable Mikroelektronikindustrie aufzubauen. „Die Investitionen in die Mikroelektronik erwiesen sich als ein Milliardengrab“, stellte der Politikwissenschaftler Hans-Hermann Hertle daher fest und berief sich auf eine Analyse des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, vom 30. Oktober 1989, in der es, bezogen auf Güter der Mikroelektronik, heißt: „Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Z. ein Mehrfaches des internationalen Standes. Ihr Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR und im Export muß gegenwärtig mit über 3 Mrd. Mark der DDR pro Jahr gestützt werden.“ (Hertle, Hans-Hermann, Staatsbankrott – der ökonomische Untergang des SED-Staates, Deutschland-Archiv, 1992, Bd. 10; Schürers Krisen-Analyse, Deutschland-Archiv, 1992, Bd. 10, S. 1113)

Offene Fragen

Im Rahmen der Beweiserhebung konnte eine Reihe wichtiger Fragen nicht geklärt werden. Insbesondere wurden die Fragen nicht beantwortet, ob und falls ja, in welcher Form die folgenden ehemaligen Außenhandelsbetriebe selbst Embargoware beschafften: F. C. Gerlach, AHB Elektrotechnik Export-Import, AHB Industrieanlagen-Import (IAI) und AHB WMW sowie der AHB des Kombinats Carl Zeiss Jena, der dem Kombinatdirektor Wolfgang Biermann unterstand.

Der Untersuchungsausschuß konnte auch die Frage nicht hinreichend beantworten, welche Rolle die BIEG bei der Beschaffung von Embargowaren spielte, und in welchem Ausmaß das Unternehmen Alveco (Helmut Joseph) an der Abwicklung der Finanzierung beteiligt war. Ebenfalls noch unbeantwortet ist die Frage, in welcher Höhe Embargoware für die Akademie der Wissenschaften eingeführt wurde. Klärungsbedürftig ist auch die Frage, welche Rolle die staatseigene DDR-Spedition Deutrans beim Transport von Embargoware in die DDR spielte. Außerdem bleibt offen, ob die DDR mit anderen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe bei der Beschaffung von Embargowaren zusammengearbeitet hat.

II. Unterstützung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Die Tätigkeit des Bereichs Kommerzielle Koordinierung hatte nicht nur Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, sie spielte auch eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit den politischen Aktivitäten der SED in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Die zu diesem Sachverhalt vor den Untersuchungsausschuß geladenen Zeugen verweigerten entweder unter Hinweis auf § 55 StPO jegliche Aussage oder konnten oder wollten zur Aufklärung nicht beitragen. Dazu gehörten auch die Zeugen Herbert Mies und Kurt Fritsch. Der ehemalige DKP-Vorsitzende Herbert Mies und das für die Finanzen der Partei bis 1990 zuständige Mitglied des Präsidiums und Sekretariats des DKP-Parteivorstandes, Kurt Fritsch, hätten den besten Überblick über die Geldströme haben müssen, die von der SED an die DKP und in deren Vorfeldorganisationen geflossen sind. So liegt dem Untersuchungsausschuß zu den Finanzierungsabsprachen ein Schreiben von Mies an Honecker vom September 1989 vor, in dem Mies um finanzielle Unterstützung in Höhe von 64 Mio. DM bat. In diesem Schreiben wies er u.a. darauf hin, daß „die Frage der Finanzierung völlig neu zu durchdenken“ sei und „neue Vorstellungen für die Legalisierung der solidarischen Zuwendungen an uns“ entwickelt werden müßten. Er dankte zugleich Honecker für die bisherige solidarische Unterstützung, „auch und vor allem für die Hilfe im zurückliegenden Jahr“. (Dokument-Nr. 604) Neben der direkten Finanzierung der DKP aus der DDR mit Hilfe des Bereichs Kommerzielle Koordinierung hatten eine wesentliche Funktion dabei die kommunistischen Wirtschaftsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die aus der DDR vom Bereich Kom-

merzielle Koordinierung zusammen mit der SED gesteuert wurden.

1. Indirekte Finanzierung über kommunistische Wirtschaftsunternehmen

Der Untersuchungsausschuß war bei der Beweiserhebung bezüglich der indirekten Finanzierung der DKP über kommunistische Wirtschaftsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland vor allem auf die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) angewiesen. Zumindest seit 1971 beobachtete das BfV kommunistische Wirtschaftsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich. Im Zuge dieser Beobachtungen erfaßte das BfV 1982 im einzelnen folgende Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland:

- Chemo-Plast Im- und Export GmbH, Berlin
- Deutsche Handelsgesellschaft West-Ost mbH & Co KG Nachf., Berlin
- Hansa-Tourist, Hamburg - Heska-Druck GmbH, Hamburg
- Richard Ihle GmbH, Hamburg
- Intema, Gesellschaft für technischen Handel und Marktberatung mbH, Essen
- Interschiff-Schiffahrtsagentur GmbH, Hamburg
- Intex Im- und Export GmbH, Berlin
- Intrac Industrievertretungen und Maschinenhandel AG, Berlin
- Inwaco Internationale Waren-Controll GmbH, Hamburg
- Kommandit Gesellschaft West-Ost, Hamburg
- Macom GmbH, Essen
- Melcher GmbH, Elmshorn
- Noha Handelsgesellschaft mbH, Bochum
- Omnia Handelsgesellschaft mbH, Düsseldorf
- Plambeck & Co, Neuss Rheinland
- Plast-Elast Chemie Handelsgesellschaft mbH & Co KG, Essen
- Werner Scheffler GmbH, Hamburg
- Gerhard Wachsen Im- und Export GmbH, Berlin
- WAN-Warimex Industrie-Anlagen und Maschinen Vertriebsgesellschaft mbH, Berlin
- West-Ost Touristik Reisedienst GmbH & Co, Essen
- Wittenbecher & Co, Essen
- Wittenbecher & Co Handelsgesellschaft mbH, Berlin

Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland standen nach Feststellungen des BfV folgende Unternehmen unter Anleitung aus der DDR:

- Angiolux S.A., Luxemburg
- Anstalt Befimo, Vaduz/Liechtenstein

- Anstalt Hanseatic, Vaduz/Liechtenstein
- Anstalt Infino, Vaduz/Liechtenstein
- Anstalt Polyindustrie, Vaduz/Liechtenstein
- Befisa S.A., Lugano/Schweiz
- Etablissement Monument, Vaduz/Liechtenstein
- Friam B.V., Haarlem/Niederlande
- Imog B.V., Rotterdam/Niederlande
- Interholding Haarlem B.V., Haarlem/Niederlande
- Intrac S.A., Lugano, Pambio Noranco/Schweiz
- Redel N.V., Curacao/niederl. Antillen
- Refinco Etablissement, Vaduz/Liechtenstein
- Rexim S.A., Lugano, Morcote/Schweiz
- Unisped Anstalt, Vaduz/Liechtenstein.

Nach den Erkenntnissen des BfV waren die kommunistischen Wirtschaftsunternehmen mit Verbindungen in die DDR unter Steuerung durch die ZK-Abteilung Verkehr unter Leitung von Joseph Steidl bzw. Julius Cebulla und unter Steuerung durch das Ministerium für Außenhandel tätig. Dabei waren dem BfV in diesem Zusammenhang nicht nur die Namen Dr. Schalck-Golodkowski, Waltraud Lisowski und Manfred Seidel bekannt; es vermutete auch entsprechende Verbindungen zum Ministerium für Staatssicherheit.

Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten waren den Beobachtungen zufolge Geschäfte im Ost-West-Handel, Speditionsgeschäfte, insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr, der Handel mit Presseerzeugnissen und Reiseagenturgeschäfte mit den Hauptzielgebieten „sozialistische und kommunistische Staaten“. Ebenso wurden wichtige DKP-genutzte Immobilien gehalten.

Die DDR mußte sich bei Gründung, Erwerb und Unterhalt der gesteuerten Unternehmen im Hintergrund halten, da es ihr nach dem Militär-Regierungsgesetz Nr.53 nicht erlaubt war, in der Bundesrepublik Deutschland Eigentum zu halten oder wirtschaftlich tätig zu werden. Aus diesem Grund wurde der Einfluß auf die gesteuerten Unternehmen verdeckt. Die Tätigkeit der Unternehmen war dabei im wesentlichen auf die Erwirtschaftung von Devisen für die DDR bzw. den Bereich Kommerzielle Koordinierung ausgerichtet. Teile der über diese Unternehmen erwirtschafteten Devisen kamen indirekt der DKP zugute, indem DKP-Mitglieder Arbeitsplätze in den gesteuerten Unternehmen fanden, die gesteuerten Unternehmen Aufträge mit Hilfe der DDR erhielten, die Gewinne der Unternehmen so gesteuert wurden, daß möglichst wenig Steuern anfielen, Geldspenden an die DKP vorgenommen oder Bargeldtransaktionen durch ausgewählte Firmenangestellte verdeckt wurden. Der Untersuchungsausschuß konnte im Zuge seiner Beweiserhebung einige Beispiele für derartige Konstruktionen näher nachvollziehen:

Provisionen

Für die Anbahnung und Vermittlung von Geschäften verlangten sog. DDR-Vertreterfirmen Provisio-

nen. Diese Provisionen waren für die Händler in der Bundesrepublik Kosten und konnten gewinn- und damit steuermindernd geltend gemacht werden. Bei der Festsetzung der Provisionen wurde vom Bereich Kommerzielle Koordinierung darauf geachtet, daß die Provisionshöhe einer Betriebsprüfung durch die Finanzbehörden der Bundesrepublik Deutschland standhielt. Die Provisionen stellten in der Dienstleistungsbilanz einen Dienstleistungsexport der DDR dar, der die „innerdeutsche Zahlungsbilanz“ für die DDR-Seite verbesserte. Im Gegenzug konnte die DDR dann Waren- oder Dienstleistungen aus der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des innerdeutschen Handels auf Basis von Verrechnungseinheiten beziehen.

Andererseits waren die Gehälter der Geschäftsführer der westdeutschen Händler, z. B. der sog. Parteifirmen in der Regel an die Höhe der erwirtschafteten Gewinne gekoppelt, d.h. die Geschäftsführer erhielten durch Anwendung der aus dem Bereich Kommerzielle Koordinierung vorgegebenen Provisionsregelung weniger Gehalt. Da die Geschäftsführer jedoch oft in enger Beziehung zur DDR oder DKP standen, sollten diese Gehaltsverluste zumindest teilweise kompensiert werden. Die Geschäftsführer erhielten deshalb aus den Provisionen zusätzliche Prämien, die sie zum Teil an die Abteilung Verkehr des ZK der SED oder als Spenden an die DKP weiterleiten mußten (vgl. Erster Teilbericht, BT-Drucksache 12/3462, Dokument-Nr. 150, S. 1156).

Steuerliche Kürzungsansprüche im innerdeutschen Warenverkehr

Der Warenaustausch zwischen den beiden deutschen Staaten wurde durch das Berliner Abkommen besonders begünstigt. Zu diesem Zweck wurden im Umsatzsteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland Kürzungsansprüche festgelegt. Beim Bezug von Waren aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland betrug der Kürzungsanspruch des Importeurs 11% des tatsächlich bezahlten Warenwertes (bei Lebensmitteln 5,5%); bei Lieferungen in die DDR wurde die zu entrichtende Mehrwertsteuer von 14% auf 7% (bei Lebensmitteln und Druckerzeugnissen von 6% auf 3%) ermäßigt (Dokument-Nr. 605). Daher konnten die Waren aus der DDR wegen des im Vergleich zum Ausland geringeren Steuersatzes billiger bezogen werden, was die Kosten für die abnehmenden Unternehmen senkte und bei Wiederverkäufen Wettbewerbsvorteile darstellte.

Zahlungsziele

Bei der Beschaffung von Waren im innerdeutschen Handel traten gesteuerte Unternehmen als Käufer gegenüber den aus der Bundesrepublik Deutschland und dem westlichen Ausland auf und übernahmen die Bezahlung der Rechnungen mit den üblichen Zahlungszielen. Ihrerseits gewährten diese gesteuerten Unternehmen den Endabnehmern in der DDR allerdings weitaus längere Zahlungsziele. Diese Praxis kam einer Kreditvergabe durch die gesteuerten Unternehmen nahe und vergrößerte so den Kreditrahmen der DDR in der Bundesrepublik Deutschland, ohne in der offiziellen Statistik als Verschuldung der

DDR ausgewiesen zu werden. Dadurch wirkte die Kreditwürdigkeit der DDR besser als sie tatsächlich war.

Konventionalstrafen

Lieferungen seitens der gesteuerten Unternehmen in die DDR wurden auf einen bestimmten Termin vereinbart, mit der Koppelung an eine hohe Vertragsstrafe im Falle der Nichteinhaltung des Liefertermins. Zweck dieser Konventionalstrafe war dabei nicht, Anreiz für die pünktliche Lieferung zu sein, sondern ihre Bezahlung war von Anfang an vorgesehen und der vereinbarte Liefertermin entsprach realiter dem Zahlungstermin für die Konventionalstrafe. Das Warengeschäft wurde quasi unabhängig von der Konventionalstrafen-Vereinbarung durchgeführt oder sogar unterlassen, so daß es sich de facto um verdeckte, gewinnmindernde Geldtransfers der gesteuerten Unternehmen in die DDR handelte.

Scheinarbeitsverhältnisse

Unter Scheinarbeitsverhältnissen bei gesteuerten Unternehmen beschäftigte Personen waren in Wirklichkeit zu großen Teilen oder ausschließlich für die DKP tätig. Ihre Gehälter für diese Scheinarbeitsverhältnisse überstiegen in der Regel diejenigen für die hauptamtliche Tätigkeit in der DKP bei weitem und kamen letztlich der DKP zugute. Beispiele waren führende Mitglieder des DKP-Vorstandes bzw. deren Mitarbeiter, die bei West-Berliner gesteuerten Unternehmen offiziell beschäftigt waren, aber schon aufgrund des Wohnsitzes und der Tätigkeit in DKP-Gruppen im Bundesgebiet dort nicht tätig sein konnten. Im Fall der Chemo-Plast Handelsgesellschaft mbH handelte es sich zum Beispiel um: Heinz-Jürgen Nieth, Mitarbeiter des DKP-Vorstandes, Gerda Mies, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP in Rheinland-Westfalen, Hans-Jürgen Kölling, Kraftfahrer des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies.

Im genannten Fall wurde nach einer Betriebsprüfung bei der Fa. Chemo-Plast im Jahre 1982 gegen den Geschäftsführer ein Steuerstrafverfahren eingeleitet. Es wurde gegen ihn ein Strafbefehl in Höhe von 300 Tagessätzen zu je 300,- DM, insgesamt also 90.000,- DM, erlassen. Nachdem der Beschuldigte ursprünglich einen Antrag auf Stundung der Zahlung des Strafbefehls gestellt hatte, hat er den Betrag dann jedoch kurz nach Rechtskraft des Strafbefehls in voller Höhe bezahlt. Der Untersuchungsausschuß hat nicht feststellen können, ob dem Beschuldigten der Betrag von seiten Dritter erstattet worden ist. Als Folge kam es in der revidierten Fassung der sog. Internen Ordnung von 1983 zur Aufnahme einer Regelung, nach der fingierte Arbeitsverhältnisse zwischen DKP-Funktionären und sog. Parteifirmen dahingehend überprüft werden sollten, ob die Funktionäre tatsächlich Arbeitsleistungen in den Betrieben erbrachten. Andernfalls sollten sie aus den Arbeitsverhältnissen entlassen werden.

Insgesamt waren dem BfV im Jahr 1982 50 Scheinarbeitsverhältnisse bekannt. Die durchschnittliche Vergütung betrug 80.000,- DM pro Jahr, d.h. mindestens

vier Mio. DM jährlich allein wurden für solche Anstellungsverhältnisse gezahlt.

Immobilienutzung und Finanzierung von Bauvorhaben

Nach Erkenntnissen des BfV wurden der DKP die von ihr genutzten Immobilien zu einem sehr günstigen Mietpreis überlassen. Die Immobilieneigentümer waren in der Regel liechtensteinische Gesellschaften unter Einfluß oder Beherrschung der DDR bzw. des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (z.B. die Rexim S.A.), so daß die Begleichung der Mietforderungen vom BfV in Frage gestellt wurde. Die Bereitstellung billiger Immobilien war ein Mittel der indirekten Unterstützung der DKP.

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung wurde auch zur Finanzierung von Bau- und Renovierungsvorhaben der DKP herangezogen. So informierte der Leiter der ZK-Abteilung Verkehr, Julius Cebulla, Waltraud Lisowski darüber, daß Mittel für Renovierungsarbeiten nach dem Auszug der DKP-Zeitung „UZ“ aus dem Gebäude des DKP-Vorstandes in Düsseldorf benötigt würden. Er gab vor, wie diese Gelder zu verbuchen seien, bzw. bestimmte, daß ein Teil schwarz und in bar über die Abteilung Verkehr an den Vermögensverwalter der DKP bei der Rexim (Lothar Quast) übergeben werden sollte, ein anderer Teil auf ein Arbeitskonto der Rexim unter der Titelvorgabe „Investitionskosten für Liegenschaft Düsseldorf“ zu überweisen sei (Dokument-Nr. 606). Dies wurde von Waltraud Lisowski Dr. Schalck-Golodkowski zur Bestätigung vorgelegt. Die Bestätigung erfolgte umgehend, auch für eine wenig später geforderte Verdoppelung des bar zu übergebenden Schwarzgeldbetrages (Dokument-Nr. 607).

Dagegen wurden gegenüber der DKP-Druckerei Plambeck & Co., Druck- und Verlagserzeugnisse GmbH, Neuss, die Mietforderungen der Anstalt Monument, der die von Plambeck genutzten Gebäude gehörten, sehr streng gehandhabt. Auch als sich die Plambeck in Finanznot befand und mangels Aufträgen nur noch Teile der Gebäude tatsächlich nutzte, wurde trotz Anfrage keine Mietzinsänderung vorgenommen. Als Plambeck nicht mehr in ausreichender Höhe liquide Mittel zur Verfügung hatte, um die aufgelaufenen Mietrückstände zu zahlen, wurde ihr lediglich eine Stundung gewährt. Dies könnte ein Indiz für eine mehr an wirtschaftlicher Effizienz orientierte Führung durch die Anstalt Monument bzw. deren Eigentümer sein. Es wäre denkbar, daß der Konkurs der Plambeck langfristig absehbar war und man wenigstens Teile der Forderungen noch eintreiben wollte. Durch die Stundung konnte die Plambeck damals vorerst weiterbestehen. So wurden zum einen die Arbeitsplätze dort gesichert, u.a. für die DKP-nahen Mitarbeiter, zum anderen der Bestand der DKP-Druckerei überhaupt.

Druckerzeugnisse

Das Unternehmen Plambeck & Co, Druck- und Verlagserzeugnisse GmbH, Neuss, die die kommunistische Tageszeitung „UZ“ herstellte, arbeitete bei dieser Zeitung mit großen Verlusten. Diese wurden aller-

dings über Quersubventionierung innerbetrieblich weitgehend ausgeglichen, weil bei der Herausgabe von „Messemagazinen“ zu Messen in der DDR Gewinne erwirtschaftet wurden. Diese Gewinne resultierten aus dem Verkauf von Anzeigen an westliche Unternehmen, die sich davon eine bessere Position bei Vertrags-Verhandlungen mit der DDR erhofften bzw. davon ausgingen, daß die Beteiligung an Messemagazinen oder bestimmten anderen Publikationen von der DDR-Seite als Voraussetzung für Geschäftsabschlüsse erwartet wurde. Durch Unterstützung und Förderung der Messemagazine für Messen in der DDR konnten der Plambeck gewinnbringende Aufträge gesichert und die Kompensation der Verluste aus der Produktion der „UZ“ ermöglicht werden. Somit trug das Anzeigengeschäft über die Messemagazine – bezahlt vorwiegend von Westunternehmen – Deckungsbeiträge zur Finanzierung der Zeitung der Kommunistischen Partei bei, die sonst die DKP selbst hätte leisten müssen.

Nach den inzwischen vervollständigten Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses hat sich die im zweiten Teilbericht des Ausschusses (vgl. Zweiter Teilbericht, BT-Drucksache 12/3920, S. 60) geäußerte Vermutung, das Unternehmen Plambeck habe der DKP als „Geldwaschanlage“ gedient, nicht bestätigt.

Das Unternehmen Plambeck rechnete zwar Druckleistungen in höherem Umfang bzw. zu höheren Preisen als marktüblich ab, dies diente jedoch vorwiegend dazu, das Volumen der finanziellen Unterstützung seitens der DKP für den Druck der „UZ“ begrenzt zu halten.

Abführung von Gehalts- oder Gewinnanteilen

Geschäftsführer oder „befreundete“ Personen in lukrativen Positionen hatten Teile der von ihnen bezogenen Vergütungen direkt oder indirekt an gesteuerte Unternehmen bzw. die Parteien DKP und SED abzuführen. Entgelte für die Übertragung von Gesellschaftanteilen, insbesondere im Rahmen der Umstrukturierung mit Ersatz von Personengesellschaften durch juristische Personen, mußten ebenfalls z.T. wieder in gesteuerte Unternehmen eingebracht oder abgeführt bzw. gespendet werden. Eine enge Zusammenarbeit existierte zwischen dem VEB Deutrans und der Spedition Ihle GmbH. Die Ihle konnte nicht nur über Transportfahrzeuge der Deutrans verfügen, sondern gewährte der Deutrans auch eine Rückvergütung von 25% des Bruttospeditionsgewinnes aus Deutrans-Aufträgen. Außerdem spendete der Ihle-Gesellschafter Karl Heinsohn mindestens einmal einen größeren Betrag an die DKP.

Im Jahr 1980 brachte Heinsohn 350.000,- DM in den neugegründeten Marx-Engels-Stiftung e.V. ein, der nach der Beschreibung des BfV „fest in Händen der DKP“ war, die mit Herbert Mies, Dr. Richard Stumpf und Dr. Erwin Siemantel den Vorstand des Vereins stellte. Analog wurde bei Wittenbecher verfahren: Den Erlös für den Verkauf seiner Wittenbecher-Anteile an die Chemoplast (1977) mußte der ehemalige Gesellschafter Georg Gattel z.T. in Anteile das Unternehmen Plambeck investieren, z.T. in den besagten Marx-Engels-Stiftung e. V. einbringen.

Neben der Koordinierungsfunktion für die kommunistischen Wirtschaftsunternehmen, die der Bereich Kommerzielle Koordinierung wahrnahm, wurde Dr. Schalck-Golodkowski nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses im Jahr 1976 im Auftrag von Josef Steidl herangezogen, um Spenden für den Wahlkampf der DKP zu beschaffen. Zu diesem Zweck wurden Spendenschecks der DKP im Wert von insgesamt 500.000,- DM mit der Bitte um Verkauf an ausländische Geschäftspartner an Dr. Schalck-Golodkowski übergeben. Nach weniger als vier Wochen hatte Dr. Schalck-Golodkowski alle Spendenschecks verkauft und darüber hinaus noch weitere Überweisungen und Spendenzusagen erhalten. Insgesamt waren von Dr. Schalck-Golodkowski 631.450,- DM mobilisiert worden, obwohl sich im Vorfeld die meisten angesprochenen westdeutschen Unternehmen geweigert hatten, offen an die DKP zu spenden, da in der Vergangenheit nach derartigen Vorgängen häufig Betriebsprüfungen erfolgt seien und das BfV Druck ausgeübt habe, um diese Spenden zu verhindern (Dokument-Nr. 608).

2. Direkte Finanzierung der DKP aus der DDR

a) Rolle des Bereichs Kommerzielle Koordinierung

Die Rolle des Bereichs Kommerzielle Koordinierung bei der direkten Finanzierung der DKP bestand zum einen darin, als Mittler bei Bartransaktionen zwischen Geldkurieren, der ZK-Abteilung Verkehr und der DKP zu fungieren. Zum anderen bestand die Rolle des Bereichs Kommerzielle Koordinierung darin, Mittel in den Valutahaushalt der SED einzubringen, aus dem die DKP massive Zuwendungen erhielt. Der als solcher nachgewiesene, direkte Beitrag des Bereichs Kommerzielle Koordinierung umfaßte 1984 ca. 14,5 Mio. VM, für 1989 waren explizit noch 4 Mio. VM eingeplant (Dokument-Nr. 537). Außerdem wurden aus dem Fonds der ZK-Abteilung Verkehr, der beim Bereich Kommerzielle Koordinierung verwaltet wurde, regelmäßig Barmittel in DM in Millionenhöhe von dem Mitarbeiter der ZK-Abteilung Verkehr, Friedel Trappen, abgeholt, die aus dem sog. Disponiblen Parteifonds entnommen wurden.

Nach Angaben Dr. Schalck-Golodkowskis betrug der Finanzbeitrag, den der Bereich Kommerzielle Koordinierung direkt für die DKP zur Verfügung stellte, jährlich 16 bis 17 Mio. DM.

Im Finanzplan der DKP, der von der Abteilung Verkehr des ZK der SED erstellt wurde, war der Finanzbeitrag des Bereichs Kommerzielle Koordinierung als Fonds II ausgewiesen. Dieser umfaßte für den Plan 1990 vom 13. Oktober 1989 insgesamt 15,25 Mio. DM (Dokument-Nr. 611). Diese Summe für den Plan 1990 wurde dann, nach dem Fall der Mauer in Berlin, nachverhandelt und in Absprache mit dem bei der DKP für Finanzen zuständigen Kurt Fritsch am 20. November 1989 auf 7,5 Mio. DM herabgesetzt (Dokument-Nr. 612). Diese Ausgaben wurden ebenfalls aus dem sog. Disponiblen Parteifonds finanziert (Dokument-Nr. 613).

Die Mittel des sog. Disponiblen Parteifonds wurden nach einem festen Schlüssel auf bestimmte Positionen verteilt:

1. Die ZK-Abteilung Verkehr erhielt jährlich 12 Mio. DM.
2. Die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe verfügte pro Jahr über 4 Mio. DM.
3. Für Druckaufträge und zur Stützung der Druckerei Plambeck und der Heska-Portuguesa waren jährlich 4–6 Mio. DM vorgesehen.

Die Auszahlungen erfolgten entweder aus dem Konto 584 über die Abteilung Verkehr des ZK oder über die Barkasse von Dr. Schalck-Golodkowski, der das Geld vorher vom Konto 584 abheben ließ. Diese Barkasse wurde von Inge Wilkening geführt.

Da die Ausgaben aus dem sog. Disponiblen Parteifonds weitgehend festgelegt waren und die zugewiesenen Einnahmen über diesen geplanten Ausgaben lagen, entwickelte sich im Laufe der Zeit ein „Guthaben-Sockel“, aus dem zweimal Sonderausgaben finanziert wurden: Im Jahr 1980 wurden 250 Mio. DM für „Polenhilfe“ entnommen, im Herbst 1989 wurden von SED-Generalsekretär Krenz aus dem damaligen Bestand von ca. 100 Mio. DM Ausgaben für „Sonderimporte“ in Höhe von 35 Mio. DM verfügt.

In einem Vermerk an Dr. Schalck-Golodkowski informierte Waltraud Lisowski über die Einnahmen- und Ausgabenpläne 1988 für den sog. Disponiblen Parteifonds (Dokument-Nr. 613). Danach setzten sich die Einnahmen ausschließlich aus Abführungen der sog. Parteifirmen und Zinserträgen zusammen. Die Ausgaben umfaßten neben den oben genannten Positionen 250.000 DM an das Reisebüro Hansa-Tourist und vier Mio. DM an Ausgaben für die Unternehmen im sog. NSW. Außerdem waren Abführungen an das Konto 0628 in Höhe von elf Mio. DM sowie eine Abführung an Julius Cebulla, ZK-Abteilung Verkehr, von 300.000 DM eingeplant. Daraus resultierte ein Gewinn von über 16 Mio. DM.

b) Rolle der ZK-Abteilung Verkehr

Die Einnahmen der ZK-Abteilung Verkehr wurden in erster Linie dazu verwendet, die DKP zu unterstützen. Friedel Trappen sagte in diesem Zusammenhang aus, daß die DKP ohne die Unterstützung durch die SED nicht hätte existieren können. Nach seiner Einschätzung sei sie zu mehr als 80% von der SED subventioniert worden.

Nach Erkenntnissen des BfV war erwiesen, daß die ZK-Abteilung Verkehr als „Bargeldübergabeorganisator“ auftrat, der aus den sog. Parteifirmen über die Simpex GmbH und den Bereich Kommerzielle Koordinierung eingenommene Bargelder an Geldkuriere aushändigte. Einige der Geldkuriere seien zumindest zeitweilig aus dem Kreis der Geschäftsführer der sog. Parteifirmen rekrutiert worden. Die Kuriere lieferten das Geld bei der DKP ab, von wo es dann weiterverteilt wurde. Nur wenige Funktionäre hätten diesen Geldweg gekannt (Dokument-Nr. 614–615). Die Geldkuriere wurden intensiv vom BfV beobachtet.

In der Bundesrepublik Deutschland erschienen zu diesem Thema immer wieder Presseartikel, die in der DDR „erhebliche Unruhe“ auslösten. In einem Fall wurden die Geschäftsführer der sog. Parteifirmen an-

geblich einzeln bei Josef Steidl, Hans-Joachim Springmann, Dr. Schalck-Golodkowski und Waltraud Lisowski vorgeladen. Das System der Geldkuriere zur Überbringung von Bargeld an die DKP lief jedoch weiter und wurde weiterhin über die ZK-Abteilung Verkehr gesteuert.

Die Finanzplanung der Abteilung Verkehr des ZK der SED wurde in erster Linie durch den Bedarf der DKP bestimmt. Zwischen den Verantwortlichen der DKP und der Abteilung Verkehr gab es jedes Jahr im November Beratungsgespräche, nach deren Verlauf der Finanzbedarf der DKP für das folgende Jahr durch den Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies, beantragt wurde. Dieser wurde über die Abteilung Verkehr an den Generalsekretär der SED weitergeleitet und von diesem bestätigt. Die DKP wurde jährlich zumindest in den Jahren von 1987-1989 konstant mit 69.366.000,-DM von der SED unterstützt.

Außerdem wurden die DKP-Druckereien Heska, Heska Portuguesa und die Druckerei Plambeck durch die ZK-Abteilung Verkehr subventioniert. Jährlich wurde ein Betrag in Höhe von 800.000 DM an das DDR-Unternehmen Interwerbung gezahlt, der Exportaufträge an diese Druckereien vergab. Da die Preise der Druckereien über den Weltmarktpreisen lagen, wurde die Preisdifferenz durch Zuzahlung an das Unternehmen Interwerbung ausgeglichen. Auch das Unternehmen Rapid wurde auf diese Weise subventioniert.

Außer der DKP wurden von der ZK-Abteilung Verkehr keine kommunistischen Parteien im westlichen Staaten regelmäßig unterstützt. Für die finanzielle Unterstützung der SEW in Berlin (West) war die Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe, für alle anderen kommunistischen Parteien und Organisationen die Abteilung „Internationale Beziehungen“ des ZK der SED, die von Gunter Reitner geleitet wurde, zuständig.

c) Rolle der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe

Der über die ZK-Abteilung Verkehr mit SED-Generalsekretär Honecker abgestimmte Finanzbedarf der DKP wurde von der Abteilung Verkehr als Bedarfsmeldung an den Abteilungsleiter Finanzen und Parteibetriebe des ZK, Heinz Wildenhain, weitergegeben und mußte von diesem in den Haushaltsplan der SED aufgenommen werden. Neben der Finanzierung über Heinz Wildenhain gab es in der Disposition noch vier weitere Punkte, die die ZK-Abteilung Verkehr betrafen, aber nicht im Haushaltsplan der SED ausgewiesen wurden und weitgehend aus Finanztransfers des Bereichs Kommerzielle Koordinierung finanziert wurden.

Die ZK-Abteilung Finanzen und Parteibetriebe verwaltete seit 1988 die Hauptkasse der SED. Außerdem wurden in der Abteilung die Belege für die Abteilung Wirtschaftsbetriebe und für befreundete Parteien im Ausland archiviert. Wildenhain hatte mit der Planaufstellung und -durchführung sowie der Finanzkontrolle in der SED die Funktion eines Parteischatzmeisters.

Einmal pro Jahr bekam Heinz Wildenhain von Dr. Schalck-Golodkowski eine Abrechnung über die sog.

Parteifirmen (Dokument-Nr. 616). Diese wurde formal geprüft und Dr. Schalck-Golodkowski entlastet.

Für den neuen SED-Generalsekretär Krenz wurde 1989 in der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe ein Übersichtspapier angefertigt, das die Verflechtung zwischen SED und dem Bereich Kommerzielle Koordinierung darstellte (Dokument-Nr. 616). Hierin wurde als Parteivermögen nicht nur Vermögen der SED bezeichnet, sondern auch Vermögen anderer kommunistischer Parteien, das z.T. vom Bereich Kommerzielle Koordinierung verwaltet wurde. Nach Dr. Schalck-Golodkowski fielen darunter das Stammkapital von 15 Holdingunternehmen, 13 sog. Parteifirmen, einer Treuhandfirma sowie Immobilien, Kreditvergaben und sonstige Kapitalbeteiligungen von insgesamt 53 Mio. DM, die nicht im Vermögen des ZK ausgewiesen waren. Des weiteren wurden als nicht direkt zugeordnete Vermögensteile der Partei diverse Bankbestände genannt, aus deren Erträgen in Höhe von 60 Mio. VM der Unterhalt der Abteilung Verkehr bestritten wurde (12 Mio. DM zur Weiterleitung an DKP-Zeitung „UZ“, 4 Mio. DM an die DKP selbst, 0,5 Mio. an Abteilung Verkehr selbst). Ebenso kamen aus den Erträgen der Bankeinlagen elf Mio. DM, die an das Nummernkonto 628 DHB (Seidel) übergingen (Dokument-Nr. 616). Der konkrete Verbleib der restlichen 7,5 Mio. DM ausgewiesener Ausgaben und der nach Verwendung nicht bezeichneten 26 Mio. VM wurde in diesem Bericht nicht thematisiert.

Obwohl die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe unter Heinz Wildenhain die Finanzen der SED regelte und in ihrem Finanzplan u.a. auch ein Posten für die DKP auswies, war für die Beziehungen der SED zum Bereich Kommerzielle Koordinierung und zur DKP die ZK-Abteilung Verkehr zuständig.

Heinz Wildenhain war in Planung und Verwendung der Finanzmittel dem Sekretariat des ZK der SED gegenüber rechenschaftspflichtig (Dokument-Nr. 617). Die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe war u.a. verantwortlich für (Dokument-Nr. 618):

1. Ausarbeitung des Gesamtfinanzplanes der Partei; Vorlage des Gesamtfinanzplanes beim ZK der SED;
2. Bestätigung der Jahresfinanzpläne der Abteilungen des ZK;
3. Kontrolle und Durchführung der Jahresfinanzpläne, Verwaltung, Nachweisführung und Abrechnung des Parteivermögens einschließlich Schlußfolgerungen;
4. Gesamtplanung der materiellen Fonds, Abstimmung der Planvorschläge und Wahrnehmung der Funktion des Fondsträgers 7775

[Der Fonds 7775 wurde dem Sonderbedarfsträger SED im Rahmen der Planwirtschaft der DDR zugewiesen. Er umfaßte den Bedarf für Partei und Parteibetriebe und wurde von der Staatlichen Plankommission in die Jahrspläne aufgenommen. Für die Abteilung Verkehr war der Fonds 7776 eingerichtet, der selbstständig und unabhängig vom Fonds 7775 abgewickelt wurde. Allerdings

wurden die Ausgaben der Abteilung Verkehr für die Trägerschaft von Ferienheimen oder Schulen unter dem Fonds 7775 subsumiert, da es sich um Parteibetriebe im Sinne von Dienstleistungsbetrieben handelte.];

5. Erstellung von Investitionsplänen;
6. Erarbeitung von Richtlinien für die Finanzwirtschaft;
7. Mitarbeiterführung;
8. Leitung und Kontrolle der Parteibetriebe (u.A. der OEB Fundament (Dokument-Nr. 619), Genex);
9. Leitung und Kontrolle der Parteieinrichtungen;
10. Anleitung und Kontrolle der gesellschaftlichen Organisationen.

Der Abteilungsleiter Finanzen und Parteibetriebe war rechtlich der Vertreter des ZK in Fragen der Finanzwirtschaft. Die Abteilung war mit 50 Stellen ausgestattet, davon 18 „politische Mitarbeiter“, drei Sektorenleiter (Parteibetriebe; Planung und Bilanzierung; Finanzplanung und Rechnungswesen). Die Abteilungsleitung war ebenfalls eine politisch besetzte Funktion (Dokument-Nr. 619).

Die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe bzw. deren Leiter Heinz Wildenhain führte mehrere Valuta-Nummernkonten bei der Deutschen Handelsbank AG, darunter 546 „Fauna“; 644 „Rose“; 655 „Flora“; 825 „Athena“; 848 „Alm“; 942 „Paris“, deren Kontostände am 31. Dezember 1989 insgesamt ca. 120 Mio. VM betrugen (Dokument-Nr. 533). Die Nummernkonten 655 „Flora“ und 848 „Alm“ wurden der Genex GmbH zugeordnet und von der PDS mit der Abtretung der Gesellschafteranteile im Januar 1990 an die Genex bzw. die Treuhandanstalt übertragen (Dokument-Nr. 536). Von der SED-Nachfolgepartei PDS wurde nach deren eigenen Angaben noch im Januar 1990 ein Betrag von 4,7 Mio. VM von dem PDS-Konto 644 DHB „Rose“ aufgrund alter Verpflichtungen „im Rahmen der internationalen Solidarität der SED“ abgebucht (Dokument-Nr. 536).

Heinz Wildenhain soll außerdem über Aktien der ORVAG AG, Baar/Zürich, Wert ca. fünf Mio. DM, und der Corefina Anstalt, Balzers/Schweiz, Wert ca. 20 Mio. DM, aus dem Bestand seines Vorgängers Karl Raab verfügt haben. Kontaktmann war Wolfgang Langnitschke. Teile der Inhaberaktien der ORVAG und der Corefina seien durch Weisung des damaligen Generalsekretärs noch bis im Herbst 1989 verkauft und die Erlöse im Ausland eingesetzt worden. Zu den von Wildenhains Abteilung betreuten Unternehmen gehörte auch das Druckhaus Norden in Berlin (West).

Die Anteile von Wildenhain und Werner Würzberger an der Panorama DDR GmbH wurden auf Veranlassung des Treugebers SED-PDS unentgeltlich an die Gesellschaft selbst abgetreten. Der Geschäftsführer Friedrich Boetzel wurde als treuhänderischer Verwalter des Stammkapitals eingesetzt. Die Gesellschaft wurde am 17. April 1990 umfirmiert in „Detoura Information und Werbung GmbH“ und der veränderte Gesellschaftszweck am 27. April 1990 in das Handelsregister eingetragen.

Weiterhin fungierte Heinz Wildenhain mit Werner Würzberger seit 1972 als Gesellschafter der Zimex

GmbH, die von der Zentrag als Dach der Druckbetriebe in der DDR verwaltet wurde. Die Vermögenswerte der Zimex wurden am 17. Mai 1990 an drei VEB übertragen.

Im Zuge der Veränderungen in der DDR im Herbst 1989 ließ Heinz Wildenhain laut Aussage von Edith Karkutsch vor der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin am Tag nach der Maueröffnung, am 10. November 1989, mehrere Säcke Archivgut zur „Verkollierung“ wegbringen. Im Vordergrund stand die Vernichtung derjenigen Akten, die auf die Verwendung von Geldern für befreundete Parteien hingen.

3. Kenntnisse der Bundesregierung

Die Bundesregierung hatte über das Bundesamt für Verfassungsschutz sehr früh Kenntnisse über die sog. Parteifirmen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese wurden intensiv beobachtet, weil sie als eine mögliche Finanzquelle für die DKP betrachtet wurden. Was die Beziehungen zu Einrichtungen innerhalb der damaligen DDR betrifft, war das BfV darauf beschränkt, die regelmäßigen Kontakte der Geschäftsführer der sog. Parteifirmen zu beobachten und aus diesen Informationen auch Rückschlüsse auf die Strukturen in der DDR-Führung zu ziehen.

Der erste dem Untersuchungsausschuß vorliegende Bericht zu den kommunistischen Wirtschaftsunternehmen aus dem Jahr 1971 umfaßt allerdings nur eine Aufzählung der Unternehmen. Ein erster allgemeiner Bericht, in dem auf die Strukturen in der DDR und ihre Verflechtung mit Unternehmen oder Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland eingegangen wurde, stammt aus dem Jahr 1976. Dort heißt es: „Nach dem bisherigen Erkenntnisstand tragen die den wirtschaftlichen Interessen der DDR dienenden Unternehmen zur Finanzierung der DKP insofern bei, als sie leitenden Parteifunktionären gut dotierte Positionen bieten und gelegentlich der DKP auch Spenden zukommen lassen, während die DKP-Finanzierung unmittelbar durch das ZK der SED erfolgt. In diesem Rahmen sind die beiden Druckereien und die beiden Holdinggesellschaften direkte Instrumente des ZK der SED für die materielle Unterstützung des Apparates der DKP – im Falle Heska auch für die Unterstützung der Portugiesischen Kommunistischen Partei.“

Ebenfalls thematisiert wurde die Verflechtung der damals bekannten 24 kommunistischen Wirtschaftsunternehmen untereinander sowie der Einsatz von Stroh Männern zur Verdeckung der SED/DDR-Einlagen bzw. -Anteile und die Steuerung aus dem Ministerium für Außenhandel der DDR.

Im Bericht aus dem Jahr 1983 wird als konkrete Zahl ein Betrag in Höhe von 60 Mio. DM genannt, mit dem die DKP durch die SED unterstützt wurde, und daneben „beträchtliche Summen über die gesteuerten Unternehmen zufließen“, die, als „Betriebsausgaben“ getarnt, die Firmengewinne schmälern und damit zu einer Verminderung der an sich anfallenden Steuerzahlungen führen“. In diesem Bericht wird auch die Praxis der Parteispenden aus Gehalt oder Gewinnan-

teilen und auf die finanzielle Unterstützung der DKP durch die Abteilung Verkehr des ZK der SED eingegangen. Es wurde allerdings noch angenommen, daß die Simplex GmbH eine Tarnorganisation der ZK-Abteilung Verkehr sei, der aufgrund des sinkenden Geschäftserfolges der gesteuerten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland Waltraud Lisowski vom Ministerium für Außenhandel als „Beraterin und Kontrolleurin“ zugewiesen worden sei. Danach sollte Waltraud Lisowski die kaufmännische Leitung der Unternehmen unterstehen, während die ZK-Abteilung Verkehr in Absprache mit der DKP für die Besetzung der Geschäftsführungsfunktionen zuständig sein sollte.

Es lagen außerdem Erkenntnisse vor, daß die Geschäftsführer auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durch das MfS beobachtet wurden. Dies bestätigte sich im nachhinein. Dem Untersuchungsausschuß wurde Material zu einem operativen Vorgang „Basis“ des MfS bekannt, dessen Ziel u.a. die Beobachtung von Funktionsträgern in sog. Parteifirmen in der Bundesrepublik Deutschland war.

Der Bericht des BfV aus dem Jahr 1983 wurde durch den Bundesnachrichtendienst (BND) im wesentlichen bestätigt. Der BND präziserte die Steuerungsstellen in der DDR als „Abteilung Verkehr in Zusammenarbeit mit der Kommerziellen Koordinierung (KOKO) im Ministerium für Außenhandel der DDR“. Dem BND war ebenfalls bereits bekannt, daß der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, Dr. Schalck-Golodkowski, zumindest ehemaliger Mitarbeiter des MfS war, worin ein maßgeblicher MfS-Einfluß auf den Bereich Kommerzielle Koordinierung gesehen wurde. Der BND hatte einen Maßnahmenkatalog gegen die gesteuerten Unternehmen erstellt und mit dem Rücklauf zum BfV-Bericht 1983 an das BfV gegeben.

In einem Vermerk des BfV vom 17. September 1990 wurde klargestellt, daß die Gelder zur Unterstützung der DKP in Höhe von ca. 70 Mio. DM jährlich über die gesteuerten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland erwirtschaftet wurden. Es wurde auf den Verdacht hingewiesen, daß einzelne Unternehmen dieses Unternehmensbereichs auch nach den Veränderungen in der DDR des Jahres 1989 noch Anleitung durch die SED/PDS erfuhren (Dokument-Nr. 621). Im Oktober 1991 wurde vom BfV in einem Bericht über einige ehemalige Unternehmen des Bereichs Kommerzielle Koordinierung darauf hingewiesen, daß es bei diesen Unternehmen zu Umfirmierungen, Käufen, Verkäufen und Neugründungen auf Veranlassung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung bzw. dessen Nachfolgeorganisationen kam, mit dem Ziel, SED/PDS-Eigentum zu „privatisieren“ und damit dem Zugriff der Treuhandanstalt zu entziehen (Dokument-Nr. 622).

III. Versorgung der Politbüro-Siedlung Wandlitz

Die Versorgung der Staats- und Parteiführung der DDR mit westlichen Konsumgütern, mit Wohn- und Wochenendhäusern, mit Krediten, Geschenken und Kraftfahrzeugen hob sich von der allgemeinen Mangellandschaft und -versorgung ab und war von An-

fang an besonders geregelt und organisiert. Bereits im Februar 1953 hatte Otto Grotewohl, Mitvorsitzender der SED und Ministerpräsident von 1949 bis 1964, einem Antrag an das Politbüro der SED handschriftlich hinzugefügt, daß für die Bewohner des Regierungsviertels Pankow im Norden Berlins eine gesonderte „Lebensmittel-Versorgung“ eingerichtet werden sollte. (Zit.n. Armin Mitter u. Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S.35.) Ihren Höhepunkt erreichte die Sonderversorgung und Privilegierung der DDR-Partei- und Staatsführung, die 1960 ihren Wohnsitz von Pankow in die sog. Waldsiedlung Wandlitz verlegte, als sich Ende der 70er Jahre der Bereich Kommerzielle Koordinierung der Valutafinanzierung und der Beschaffung der Waren für den Versorgungsbetrieb Wandlitz annahm. Die Sonderversorgung der DDR-Politelite stand in eklatantem Widerspruch zu dem von ihr immer wieder propagierten Gedanken der 'sozialistischen Gleichheit', auf den sie die DDR-Gesellschaft verpflichtete. Deshalb war es kein Wunder, daß im Herbst 1989 – als diese Sonderversorgung bekannt wurde – die Politbürosiedlung Wandlitz zum verhaßten Symbol für Amtsmissbrauch und Privilegienwirtschaft in der DDR wurde. Kaum ein anderes Ereignis sorgte Ende 1989 mehr als die Gerüchte und Nachrichten um Wandlitz für gerechtfertigte Aufregung und Empörung in der ostdeutschen Bevölkerung. „Wandlitz“ und das darin zum Ausdruck kommende System der Sonderbetreuung, Privilegierung und Abschottung der Machtelite der DDR von der Bevölkerung läßt sich nicht nur auf eine durch Korruption und Amtsmissbrauch ausgelöste Verschiebung im Machtgefüge der DDR, auf den Mißbrauch der Macht- und Vertrauensstellung zurückführen. Die Sonderversorgung und die abgeschottete Lebensführung der Machtelite war vielmehr eine Konsequenz eines Systems, das keine Einschränkung der Parteiherrschaft und keine demokratischen Kontrollmechanismen kannte. Wie bereits der Ausschuß der Volkskammer der DDR zur Untersuchung von Korruption und Amtsmissbrauch (der sog. Toeplitz-Ausschuß) herausfand, der von November 1989 bis zu den ersten demokratischen Wahlen in der DDR im März 1990 tagte, hatte eine systematische Vorteilsgewährung in den verschiedensten Institutionen der DDR stattgefunden, in der NVA, in den sog. Massenorganisationen, in den Gewerkschaften und nicht zuletzt im Staats- und Parteiapparat. (Bericht des Zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht, in: Volkskammer der DDR, 9. Wahlperiode, Drucksachen und Sonderdrucke, Drucksache Nr. 78. Volker Klemm: Korruption und Amtsmissbrauch in der DDR, Stuttgart 1991)

Die Beweiserhebung des Untersuchungsausschusses zur Sonderversorgung der Staats- und Parteiführung der DDR in Wandlitz und zur Rolle, die dem Bereich Kommerzielle Koordinierung dabei zukam, umfaßte zunächst die Auswertung von Akten des Politbüros des ZK der SED und der Staatsanwaltschaft der DDR sowie der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin. Ferner zog der Untersuchungsausschuß die

Struktur und Aufgaben der Abteilung Verkehr

Die Abteilung Verkehr war früher dem Genossen Hermann Matern und danach dem Generalsekretär unterstellt. Das ergab sich aus den Kampfbedingungen der KPD/DKP und SED/SED und der daraus resultierenden materiellen und finanziellen Unterstützung der Parteien durch die SED. Dies erforderte die Schaffung des Betriebes "Deutscher Kraftverkehr Grünau" (DKV) und die "Phönix Druckerei und Verlag" in der Abteilung Verkehr.

Es erfolgt eine eigene Planung und Bereitstellung der materiellen und finanziellen Mittel. (Regierungsaufträge)

In der Abteilung Verkehr sind 245 Mitarbeiter beschäftigt, davon 215 Genossen 30 Parteiloze 10 Mitarbeiter

Zur Dokumentation des Zentralkomitees gehören davon

Alle anderen sind beim Deutschen Kraftverkehr Grünau (DKV) und der Druckerei Phönix tätig.

Alle Mitarbeiter sind parteimäßig und gewerkschaftlich beim ZK der SED in einer Grundorganisation organisiert. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem ständigen Kontakt zur BRD und Berlin (West). Die politisch-ideologische und fachliche Anleitung und Kontrolle der Abteilung erfordert eine straffe einheitliche Aufgabenstellung und Führung

der Kollektive durch die Abteilungs-, Partei- und Gewerkschaftsleitung. Dadurch ist eine einheitliche parteiliche Anleitung der Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen innerhalb unserer Grundorganisation gewährleistet.

Struktur der Abteilung

- 1 Abteilungsleiter
- 2 stellvertretende Abteilungsleiter
- 3 Sektorleiter
- 3 Politische Mitarbeiter
- 1 Kadersachbearbeiterin
- 2 technische Mitarbeiterinnen

Sektoren und Bereiche

Sektor Gekosthäuser	110 Mitarbeiter
Sektor Fahrdienst	21 "
Bereich Werkstatt/Handwerker	20 "
Sektor Betreuung/Reisebüro	12 "
Sektor Planung u. Finanzen	3 "
Sektor Archiv	8 "
Sektor Phönix Druckerei	49 "
Bereich Simtex	5 "
Bereich UZ/Wahrheit	4 "
Bereich Transport	1 "

Parteiorganisation

Stärke der Grundorganisation: 204 Genossen
- aufgeteilt in 5 APO und 10 Parteigruppen.

Das CKStehaus "Hermann Matern", Tabarz, ist eine eigene Grundorganisation und wird durch die Kreisleitung Gotha angeleitet. (15 Mitarbeiter, davon 13 Genossen)

Aufgabenstellung der Abteilung

1. Betreuung und Unterstützung der Bruderparteien bei ihren Aufenthalten in der DDR
(DKP, SEM, DKKP, KPG, PKP, IKP)

- Urlaubsaufenthalt

- Unterbringung in Heimen der Abt. Verkehr, den Heimen des Zentralkomitees und der Bezirksleitungen.

- Übernahme aller Fahrten durch den Fahrdienst der

Abteilung Verkehr

- Gewährleistung eines reibungslosen Grenzübertritts und Aufenthaltes in der DDR - Funktion des Reisebüros im Haus des Reisens -

- Medizinische Betreuung und Kuren

- Regierungskrankenhaus, VP-Krankenhaus, Poliklinik des ZK

- Heil- und prophylaktische Kuren

- Betreuung von Studiendelegationen und Konsultationen mit Fachabteilungen des ZK

- Ausgestaltung von Tagungen und Beratungen

- Veterandelegationen der DKP und SEM in eigener

Verantwortung der Abteilung Verkehr

- Ständige Verbindung zwischen Parteivorstand der DKP/SEM

zum ZK der SED (Post, Kurierdienst)

- Unterstützende Tätigkeit bei dem Besuch der Parteischule "Franz Mehring" in Biesdorf in Zusammenarbeit mit der

Abt. IPW

- Bereitstellung von Fahrzeugen für Delegationen und

- ZK-Mitglieder bei Fahrten in die BRD und Berlin (West).

- Bereitstellung und Organisation aller Unterlagen und

Mittel für Bahn- und Flugreisen für Genossen der Bruderparteien in das Ausland.

- Finanzielle Ausstattung der Genossen der Bruderparteien

beim Aufenthalt in der DDR sowie Bereitstellung der

finanziellen Mittel bei Reisen nach der BRD und Berlin

(West) für Genossen im Auftrag des Generalsekretärs und

entsprechend den Beschlüssen des Politbüros.

2. Interne Tätigkeit für die DKP und SEM

Archiv: - Archivierung aller Kaderunterlagen der DKP

und der SEM und ihre Bereitstellung für die

Kaderarbeit des Parteivorstandes.

Für die DKP wird diese Arbeit bereits mit Hilfe

eines Computers realisiert.

Die Einrichtung eines Computerkabinetts für die

SEM in der Klosterstraße ist in Vorbereitung.

- Archivierung aller Unterlagen der Zentralen

Schiedskommission

- Bereich Finanzen der DKP (Juse Reimann)

000138

6

Es bestehen zur Zeit 14 Firmen in der BRD, Westberlin, Holland und Italien.

Alle Gewinne wurden bis 1983 auf das Konto 614 überwiesen. Danach erfolgte die Überweisung an den Bereich Kommerzielle Koordinierung des MAH (Schalok).

Die Veränderung dieser Verfahrensweise erfolgte auf Grund einer Weisung des Genossen Mittag (Anlage Ordnung)

Die Veränderung des Kontostandes bis zum heutigen Tage ist nur aus anteiligen Tantiemen der Geschäftsführer und Sinsen zurückzuführen.

Kontostand:

Simpex

Vertretergesellschaft

- Abschluß von Vorträgen mit Parteibetrieben in der BRD und Berlin (West) und Außenhandelsbetrieben der DDR für die Unterstützung der DKP und anderer Bruderparteien.
- Politisch-ideologische Betreuung, Zusammenarbeit und kadernmäßige Unterstützung der Geschäftsführer.
- Durchführung von politischen Schulungen und Veranstaltungen
- Ausstattung mit den notwendigen Reisedokumenten und Zollkontrollbefreiungen.

000137

5

Transport - Die für die DKP bereitgestellten Mittel in Höhe von 64.650.000 DM werden an den Parteivorstand, die Bezirksvorstände, Parteiverlage und Druckerei weitergeleitet.

Dafür werden eingesetzt:

- ausgewählte Kader aus den parteieigenen Firmen,
- ausgewählte Genossen der DKP (meist Ehepaare) als Kurier,
- Überweisungen auf der Grundlage von Anzeigenverträgen und Druckaufträgen für die Verlage und die Druckerei sowohl durch DDR-Einrichtungen als auch über Werbeeinrichtungen von Bruderparteien

(zur Zeit nur noch KPtsch und BKP, nachdem Sendungen über Ungarn und VRP eingestellt werden mußten)

Büro für UE (Redakteur, Mitarbeiter)

Büro für "Die Wahrheit" (Redakteur, Mitarbeiter)

3. Materielle Unterstützung der Bruderparteien durch parteieigene Firmen

Die Geschäftstätigkeit der Firmen ist ausschließlich den Zielen untergeordnet, die erwirtschafteten finanziellen Mittel dem disponiblen Fonds der SED zur Verfügung zu stellen. Daraus wurde vor allem die Finanzierung der DKP durchgeführt.

- Einstellung von Genossen der DKP zur Finanzierung der Unterstüttung; zur Zeit Unsicherheit durch politische Verhältnisse in der Partei.
- Einberufung in den Kurierdienst

Emil S.P.A.

- Finanzielle Unterstützung der IKP und KPG durch Außenhandels-geschäfte.

Zu diesem Zweck erfolgte 1974 die Gründung dieser gemeinsamen Firma.

- Finanzielle Unterstützung 1988 für die IKP ca. 1 Mio DM KPG ca. 60.000 DM

Messemagazin international

- 1 Genosse für politische und inhaltliche Gestaltung

Druckereien

- Plambeck & Co. - DKP-Druckerei
- HESKA-Portuguesa - PKP-Druckerei (Eigentum der DDR) (Treuhänder: Rapid CSSR, Infino Schweiz)

Über Bereitstellung von Druckaufträgen für die DDR (Interwerbung und Zimex) werden die Bruderparteien finanziell unterstützt.

Druckleistungen für die DDR: Plambeck & Co. 3,5 Mio DM HESKA-Portuguesa 3,0 Mio DM

Durch Rapid CSSR, Agpol VR Polen werden weitere Druckaufträge bereitgestellt. (Ungarn eingestellt)

Über Wirtschaftsverträge zwischen Interwerbung, Rapid CSSR, Bulgarreklame Bulgarian und Agpol Polen sowie Vereinigte Verlagsgesellschaft (VVG) werden für Inserate und Werbung ca. 14 Mio DM eingesetzt. Dies sind direkte Solidaritätsleistungen der DDR für die DKP.

4. Phönix Druckerei und Verlag

Gehört zur Abteilung zur Herstellung von Druckerzeugnissen für die KPD/DKP.

Die Druckerei Phönix garantiert durch ihre Einbindung in die Abteilung alle Anforderungen an Verschwiegenheit, Disziplin und Wachsamkeit.

Produktionsprofil

- Herstellung von Druckunterlagen für den Parteiapparat
- Verlagsproduktion für den Parteiapparat, Verlag für Agitations- und Anschauungsmittel, Altberliner Verlag,

Diets Verlag

- Prospekt- und Werbedruck einschließlich stromvertraulicher Drucksachen.

Seit 1987 wurden auf dieser Basis jährlich über 5 Mio Mark Warenproduktion mit einem Bruttogewinn von über 1 Mio Mark hergestellt und dem Parteiapparat zur Verfügung gestellt.

Es besteht die Möglichkeit, die Druckerei Phönix zur Durchführung von Kooperationen mit der Druckerei Plambeck & Co. und HESKA Portuguesa zur Einsparung von Valutamittel zu nutzen.

000141

9

Auf Grund der technologischen Ausrüstung dieser Druckereien besteht die Notwendigkeit, für die Satzherstellung Fremdarbeiten durchführen zu lassen.

Dadurch werden die Betriebskosten erhöht und die Gewinne verringert.

Diese Fremdarbeiten könnten durch die Druckerei Phönix

übernommen werden, "

Herstellung des Satzfilmes (auch fremdsprachige Texte);

reproduktionsfertige Filme für Bildsatz;

Durchführung der notwendigen Scanner-Arbeiten in Kooperation.

Die ersten Druckerzeugnisse wurden in Kooperation mit

Plambeck & Co. bereits hergestellt. (Muster)

Gegenwärtig werden im Jahr 1989 noch 5 Aufträge in

Satzkooperation realisiert.

Dieser Prozeß der Kooperation zwischen Plambeck und

HESKA-Portuguesa mit der Druckerei Phönix hat 1989

begonnen und ist ausbaufähig zur Einsparung von

Valutamittel.

000142

Betr.: Konto 614

Das Konto 614 wurde ursprünglich zur Finanzierung der SED und zu Solidaritätswochen angelegt.

Auf Grund einer Festlegung des Genossen Mittag wurden die Überweisungen auf dieses Konto eingestellt und gingen an den Bereich Kommerzielle Koordinierung des MAH (Gen.Schalck).

Von diesem Zeitpunkt an sind Zugänge nur noch durch anteilige Tantiemen der Geschäftsführer und durch Zinsen erfolgt.

Ausgehend von der derzeitigen Entwicklung ist es meines Erachtens erforderlich, hinsichtlich der Gewinne der Parteien in der BRD, Berlin (West), Italien und den Niederlanden eine Veränderung in dem Sinne herbeizuführen, daß diese Beträge wieder auf das Konto 614 zugunsten der Partei überwiesen werden.

Als in Polen z.B. die derzeitige Veränderung abzusehen war, ist auch die PVAP dazu übergegangen, durch Gründung von Parteien betrieben eine bessere finanzielle Basis für die Partei zu schaffen.

	Stand 30.9.1989	Stand 18.10.1989
Laufendes Konto	DM 5.036.330,27	5.066.330,27
als Festgeld angelegt	DM 60.900.000,00	
laufendes Konto	US \$ 225.931,77	
als Festgeld angelegt	US \$ 960.000,00	
laufendes Konto	holl.Gulden 158.472,89	

Grundlage des Berichtes sind die uns zugänglichen Unterlagen und die von der SED geleistete solidarische finanzielle Unterstützung.

Die Situation ist nach meiner Kenntnis so, daß exakte Angaben über hauptamtliche Mitarbeiter, die zur Linie der Partei stehen, über Austritte oder Übertritte zu den "Erneuerern" nicht möglich sind, da sie ständig verändert werden. Es existiert kein genauer Überblick.

Alle einzuleitenden Maßnahmen sind nur in Verbindung mit dem Vorsitzenden der DKP oder einem von ihm benannten Genossen des Parteivorstandes möglich.

Der Verantwortliche im Parteivorstand für Finanzen ist der Genosse Kurt Fritsch.

I. Hauptamtliche Mitarbeiter der DKP

1. Parteivorstand (einschl. technische Kräfte)

Bezirk: Niedersachsen

Der Vorsitzende, Hennip und sein Stellvertreter gehören zu den "Erneuerern"

Seer 24

Rheinland-Pfalz 24

Der 1. Bezirksvorsitzende, Dieter Dörfinger, gehört zu den "Erneuerern"

Schleswig-Holstein 19

Hessen 37

Ein Drittel gehört zu den "Erneuerern"

Hamburg 31

Alle hauptamtlichen Mitarbeiter gehören zu den "Erneuerern"

Rheinland-Westfalen 50

8 Kreise von 17 gehören zu den "Erneuerern"

Ruhr-Westfalen 68

die Kreise Duisburg und Dortmund gehören zu den "Erneuerern"

2

16

Bremen
alle hauptamtlichen Mitarbeiter gehören zu den "Erneuerern"

32

Baden-Württemberg

25

Nordbavarn

25

Südbavarn

Die hierfür zur Verfügung gestellten Solidaritätsmittel betragen 30,5 Mio DM jährlich. Gegenwärtig werden auch die "Erneuerer" aus diesen Mitteln bezahlt.

2. Solidaritätsmittel werden u.a. auch gegeben für die

VVN 28 Mitarbeiter 2,3 Mio

DFU 31 Mitarbeiter 3,1 Mio

andere Organisationen

und Stiftungen

Einzelpersonen, Honorare

ca. 17 Mitarbeiter 4,7 Mio

SDAJ

Elan

Soldat 70 3,7 Mio

MSB Spartakus 1,6 Mio

Junge Pioniere 0,7 Mio

Verbandschule 0,3 Mio

Die SDAJ hat sich von den "Erneuerern" getrennt und befindet sich im Neuaufbau.

11. Die Druckerei Plambeck & Co. wurde nach Gründung der DKP als GmbH angekauft.
1987 wurde der Betrieb in Druckerei Plambeck & Co. und die Vereinigte Verlagsgesellschaft "VVG" geteilt. Die "VVG" fungiert als Tochtergesellschaft der Druckerei Plambeck.

1. Der Jahresumsatz der Druckerei Plambeck erreicht ca. 27,0 Mio, davon ca.
 - 46 % Druckaufträge der VVG
 - 26 % " von den DDR-Betrieben Zinnex und Interwerbung sowie VII (UDSSR)
 - 13 % " von weiteren der DKP zugehörenden Verlagen, wie Pahl-Rugenstein, Brückenverlag, Nachrichten u.a.
 - 9 % " von Organisationen der Partei auf Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Betriebsebene
 - 7 % " sonstige Kundenaufträge aus der BRD

Die Druckerei Plambeck verfügt z.Z. über 230 Mitarbeiter, davon 145 Arbeiter.

Die Personalkosten und Sozialleistungen betragen für die Druckerei 13,8 Mio DM.

2. Die Vereinigte Verlagsgesellschaft "VVG" verlegt die UZ, die Marxistischen Blätter, Erzeugnisse des Weltkreisverlages, das Messensmagazin international sowie die Auflage von Büchern.
Die VVG hat 120 Mitarbeiter, davon ca. 42 Redakteure und 15 technische Angestellte in der Redaktion.
Die Personalkosten und Sozialleistungen betragen für die VVG 6,2 Mio DM.

In der VVG vertreten nach einer verbindlichen Aussage U die Mitarbeiter der Druckerei nicht die Linie der Partei.

Neben der VVG bestehen weitere Partei-Verlage wie

Pahl-Rugenstein	12 Mitarbeiter
Deutsche Volkszeitung	26 "
Röderberg-Verlag	8 "
Nachrichten	8 "
Redaktion "Praxis"	3 "
Progress-Press-Agentur	17 "
Agentur Contour	3 "
Organshaft (Pena-Verlag, Unidoc, Weltkreis)	34 "
Messensmagazin	29 "
Brückenverlag	163 "
Marxistische Blätter	14 "

An Solidaritätsleistungen erhalten die Verlage jährlich insgesamt 22,5 Mio DM.

u.a.	VVG	12.5 Mio
	Pahl-Rugenstein	5.2 "
	Brückenverlag	3.1 "
	Nachrichtenverlag	0.5 "
	Plänenverlag	0.9 "
	Unidoc	0.2 "

Uns ist bekannt, daß aus dem Sonderfonds der Partei weitere Mittel an die Verlage gezahlt werden.

Des weiteren beziehen die Verlage von der DDR Bücher mit einem Rabatt von 50 - 70 %, die sie mit Gewinn verkaufen. Dieser Rabatt wurde ursprünglich für politische Literatur gewährt. Heute handelt es sich weniger um politische, sondern in der Mehrzahl um Fachliteratur und Belletristik.

Die Verlage lassen eine Vielzahl von Druckschriften anfertigen, die entweder überhaupt nicht oder nur in geringen Stückzahlen verkauft und zum Teil nicht einmal verteilt werden.

III. 1. Zur Erhöhung der Effizienz der Druckerei und VVG ist eine strenge Rationalisierung von Druckerei und Verlag durchzuführen.

Von den Mitarbeitern, die gegen ihre eigene Partei, gegen die Republik und die SED arbeiten, muß man sich trennen sowohl in der Druckerei als auch im Verlag der VVG und den Redaktionen der übrigen Verlage. Zum Beispiel läßt der Inhalt der Deutschen Volkszeitung erkennen, daß die verantwortlichen Redakteure und Mitarbeiter nicht mehr die Linie der Partei vertreten. Artikel und Veröffentlichungen sind gegen die Partei und unsere Republik gerichtet.

Der Chefredakteur, Franz Sommerfeld, ist bereits ausgeschieden.

Die Druckerei ist personell überbesetzt, die Fachkräfte angeworben wurden, um ursprünglich eine Wochenendausgabe der UZ zu drucken, die bis heute nicht erschienen ist. Die Auflage der UZ wird auf 18.000 geschätzt.

Es ist notwendig, einen strengen Maßstab an das Erfordernis der Auflage von Zeitschriften, Broschüren und Büchern zu legen, um die Kosten der Verlage und Druckaufträge zu verringern.

2. Der Geschäftsführer der Druckerei und der Vereinigten Verlagsgesellschaft, Genosse Mallmann, ist ein treuer Genosse, aber allein nicht in der Lage, eine Reduzierung der Kosten des Betriebes und der VVG durchzuführen. Das Juristenbüro Herbert Lederer und Michels, beides gute Genossen, sollten juristische Beratung bei der Entlassung sowie der Verringerung des Personalbestandes geben und die daraus entstehende Problematik wie Sozialabgaben, Abfindungen u.ä. regeln.

IV. Das Parteivermögen an Grundstücken, Gebäuden sowie die technischen Einrichtungen der Druckerei Plambeck sind gegen jegliche juristische Eingriffe auch seitens der "Erneuerer" gesichert.

In den Bezirken und Kreisen sind jedoch technische Geräte und Ausrüstungen, einzelne Druckmaschinen, Computer u.ä. vorhanden, die die "Erneuerer" für sich zu reservieren versuchen. Es gibt Hinweise, daß Diebstähle von Computern in den Bezirke- und Kreisvorständen passieren oder Geräte einfach verschwinden.

Im Bezirksvorstand Hamburg werden Überlegungen angestellt, die dort vorhandenen Druckmaschinen einer Gesellschaft zu übertragen, die als GmbH mit den Gesellschaftern Thomas Fürste, Heino Hoffmann und Peter Kress firmiert. Diese "Erneuerer" versuchen, sich damit Parteieigentum anzueignen. Über diese Entwicklung in Hamburg habe ich am 27.9. den Parteivorstand informiert.

Es ist zu prüfen, das in den Bezirken und Kreisen vorhandenes Vermögen an Gerätschaften einer zu gründenden unabhängigen Gesellschaft zu übertragen, die diese Maschinen und Ausrüstungen an die jeweiligen Bezirke- bzw. Kreisvorstände vermietet.

Das Vermögen der DKP (Geldkiste und Einrichtungen) sowie die Plambeck-Druckerei gehören Monement in der Schweiz. Von dort aus besteht Verbindung zum Ministerium für Außenhandel und Genossen Schalck. Für die Heika-Druckerei Portugal fungiert als Eigentümer die CSSR, das Ministerium für Außenhandel und ebenfalls Genosse Schalck. (Infino)

000149

Anlage 1 zum Bericht

V. Finanzplan der DKP für das Jahr 1989

1. Fonds I - Hauptkasse des ZK der SED
2. Fonds II - Staatssekretär für Koordinierung,
Gen. Schalick

Aus dem Fonds I werden folgende Mittel
bereitgestellt:

- | | |
|--|-----------------|
| a) Für Partei, Jugendorganisationen
befreundete Organisationen u.a. | 52.966.000,- DM |
| b) Sonderausgaben für die Wahlen,
Friedensaktionen | 4.400.000,- DM |
| | <hr/> |
| | 57.366.000,- DM |
| | ***** |

Aus dem Fonds II werden bereitgestellt:

- | | |
|--|-----------------|
| a) Tageszeitung UZ | 12.000.000,- DM |
| b) Zuführung für Druckaufträge aus der
DDR für Druckerei Plembeck & Co. | 1.500.000,- DM |
| | <hr/> |
| | 13.500.000,- DM |

Gesamtsumme: 70.866.000,- DM

Deutsche
Kommunistische
Partei



Partei-Vorstand
Präsidium
Fritz-Georg-Straße 79
Postfach 30 07 42
4000 Düsseldorf 30
Telefon (02 11) 48 10 01
Telex 8 584 387
den September 1989

Deutsche Kommunistische Partei | Fritz-Georg-Straße 79 - 4000 Düsseldorf

An den Generalsekretär des ZK der S E D

Lieber Genosse Erich Honecker!

In der Entwicklung der DKP, den mit ihr befreundeten Organisationen, wie die SED, der MSB-Spartakus, die Jungen Pioniere, aber auch im Bündnisbereich der DKP ist eine außergewöhnliche, recht komplizierte Situation entstanden.

Unsere Bemühungen um die Rückführung der Strömung in die legitimen demokratischen Strukturen der Partei und die Erarbeitung gemeinsamer Vorstellungen über den Weg, das Ziel und die Formen der marxistisch-leninistischen Erneuerung der DKP sind abgesehen von einigen Ansätzen bisher noch ohne entscheidende positive Ergebnisse. Die Unsicherheit in allen Teilen der Partei hält an. Nach dem Auszug von 16 Mitgliedern des Parteivorstandes aus dem 7. Plenum Ende August (davon haben 8 Mitglieder ihren Rücktritt aus dem Parteivorstand erklärt), ist die Gefahr von Abspaltungen sehr akut geworden.

Einzelverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Kto.-Nr. 30140418 Parteivorstand DKP
Festbuchkonten: Kto. 608 10-506, Parteivorstand DKP / Düsseldorf Nord

All das, aber auch die weitere Perspektive muß uns veranlassen, die Frage der Finanzierung völlig neu zu durchdenken in Richtung auf:

- Minderung der Ausgaben - vor allem der Personalausgaben;
- weitere gezielte Erhöhung der Einnahmen durch Beiträge und Spenden;
- Umgruppierung der finanziellen Mittel zu Gunsten jährlicher Schwerpunkte mit Hauptzielgruppe Arbeiterklasse;
- Ausarbeitung neuer Kriterien für die Vergabe von Zuwendungen an die SDAJ, den MSB u.a., an Bündnisbereiche und Verlage;
- Entwicklung von neuen Vorstellungen für die Legalisierung der solidarischen Zuwendungen an uns.

Diese neuen Überlegungen, die notwendig sind, sollten wir gemeinsam erarbeiten.

Lieber Genosse Erich Honecker!

Wir sind für die bisherige solidarische Unterstützung sehr dankbar. Auch und vor allem für die Hilfe im zurückliegenden Jahr.

Wir sehen aber sehr wohl, daß auch Ihr allen Grund habt, einige Fragen der finanziellen Zuwendungen neu zu stellen, vor allem was den Umfang der Zuwendungen betrifft.

Wenn wir für das anstehende Jahr 1990 dennoch um Eure Unterstützung in annähernder Höhe des Jahres 1989 bitten, dann vor allem deshalb, weil wir 1990 den außerordentlichen Parteitag, die Bundestagswahlen, Landtagswahlen im Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern, sowie Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein haben.

4,

000152

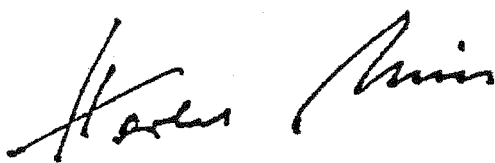
- 3 -

Neben einer Reihe vorgesehener größerer Aktionen im Bereich Frieden und Abrüstung, Antifaschismus, soziale Anliegen entstehen uns zugleich Kosten (Sozialplan) bei der Verringerung des hauptamtlichen Apparates der Partei und auch bei den befreundeten Organisationen.

Das alles in Betracht ziehend möchten wir Dich bitten, doch auch für das kommende Jahr uns eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von 64.650.000 DM zu gewähren. In dieser Summe sind die 12.000.000 DM für die UZ enthalten. Sonderausgaben für Wahlhelfer und größere Aktionen ebenfalls.

Wir hoffen, mit unserer Bitte Verständnis zu finden.

In solidarischer Verbundenheit und kommunistischen Grüßen!



(Herbert Mies)

Vorsitzender der DKP

Eine Analyse und Dokumentation zur Partei „Die LINKE“

„Nicht auf dem Boden der Verfassung“



Nicht auf dem Boden der Verfassung

**Eine Analyse
und Dokumentation
zur Partei
Die LINKE in Hessen**

Teil II – Oktober 2008

erstellt von der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Inhalt

1. Vorwort	3
2. Einleitung.....	4
3. „Freiheit durch Sozialismus“: Die Linkspartei und die grundgesetzliche Ordnung.....	7
4. Sozialismus und Populismus – die Programmatik der Linken	10
4.1 Sozialismus – das zentrale Ziel der Linken.....	10
4.2 Populismus – die teuren Forderungen der Linken.....	13
5. Die Partei und ihre Vorsitzenden	14
6. Linke und NPD – extremistische Parteien mit erstaunlich vielen Gemeinsamkeiten....	16
7. Die Linkspartei in Hessen.....	20
7.1 Ein Kommunist als erster Spitzenkandidat – Pit Metz und der Schießbefehl.....	20
7.2 Zusammenarbeit mit Kommunisten aus der DKP	22
7.3 Der Landesparteitag der Partei „Die LINKE“ Hessen vom 29. bis 31. August 2008..	22
8. Die Landtagsfraktion „Die LINKE“	34
8.1 Informationen zu den einzelnen Abgeordneten	34
8.1.1 Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender	34
8.1.2 Janine Wissler, stellvertretende Fraktionsvorsitzende	42
8.1.3 Marjana Schott, Parlamentarische Geschäftsführerin (PGF)	43
8.1.4 Hermann Schaus, Landtagsvizepräsident.....	43
8.1.5 Barbara Cardenas Alfonso	43
8.1.6 Dr. Ulrich Wilken	44
8.2. Die parlamentarische Arbeit der Fraktion in Ausschüssen u. im Landtagsplenum.	44
8.2.1 Konstituierende Sitzung, 5. April 2008	44
8.2.2 Erster Plenartag am 9. April 2008.....	46
8.2.3 Zweites April-Plenum, 22. bis 24. April 2008	47
8.2.4 Mai-Plenum, 13. bis 15. Mai 2008	49
8.2.5 Juni-Plenum, 3. bis 5. Juni 2008	50
8.2.6 Juni-Sonderplenum, 17. Juni 2008.....	54
8.2.7 August-Plenum, 26. bis 28. August 2008	56
8.2.8 September-Plenum, 23. bis 25. September 2008.....	64
9. Zusammenfassung.....	72
Anhang.....	74

1. Vorwort

Die CDU-Landtagsfraktion hat im April 2008 eine Dokumentation über die Partei „Die LINKE“ in Hessen vorgelegt. Schwerpunkt der Dokumentation lag auf den Aktivitäten der „Linken“ im Wahlkampf und in den 2 Monaten nach der Wahl bis zum 5. April 2008. Der nun vorliegende zweite Teil der Dokumentation beschäftigt sich insbesondere mit der Arbeit der Fraktion „Die LINKE“, aber auch mit den Aktivitäten des Landesverbandes in den letzten Monaten.

Die CDU ist der festen Überzeugung, dass angesichts des Erstarkens der extremen Linken alle demokratischen Parteien dazu aufgefordert, ja geradezu verpflichtet sind, die Auseinandersetzung mit der Linkspartei intensiver als bislang zu führen. Wir als Anhänger der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind entschlossen, unsere Freiheit gegen alle ihre Gegner zu verteidigen. Die Fraktion der Christlich Demokratischen Union im Hessischen Landtag will mit dieser nun in einem zweiten Teil vorliegenden Dokumentation einen weiteren Beitrag dazu leisten.

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag stützt diese Dokumentation – neben Auszügen aus wissenschaftlichen Gutachten unabhängiger Institutionen und Presseberichten – mehrheitlich auf Programmaussagen und Interviewäußerungen führender Politiker der Linken sowie auf die in den Parlaments- und Ausschussprotokollen festgehaltenen Äußerungen.

2. Einleitung

Der bisherige Umgang mit der Linkspartei in der Öffentlichkeit war stark von ihren wiederholten Namenshäutungen und dem medialen Auftreten ihrer Führungspersonen geprägt. Wir sehen darin einen von drei Gründen, die den Alt-Kommunisten zu einem Imagewandel weg von der totalitären Staatspartei SED hin zu einer scheinbar normalen politischen Partei verholfen hat. Die vorliegende Dokumentation dient dem Zweck, die wahren Ziele der Linkspartei offenzulegen und den oberflächlichen Eindruck von einer „normalen“ Partei zu widerlegen.

Die Partei „Die LINKE“ ist nichts anderes als eine mehrfach umbenannte SED. Der jetzige Fraktionsvorsitzende der „Linke“ im Bundestag, Gregor Gysi, war Ende 1989 zum letzten Vorsitzenden der SED und zum Nachfolger von Egon Krenz und Erich Honecker gewählt worden.

In bemerkenswertem Kontrast zu manch vorschnellem Kommentar wird sichtbar, dass die Partei seit 1990 inhaltlich keinen Millimeter von ihrem Ziel der Wiedereinführung des Sozialismus und der „Systemüberwindung“ abgerückt ist. Diese zentrale inhaltliche Botschaft hat die PDS als eine nur umbenannte SED bewahrt und im Juni 2007 erfolgreich unter dem Namen „Linkspartei“ fortgesetzt. Mit der Gründung der Linkspartei am 16. Juni 2007 als Zusammenschluss aus Linkspartei.PDS und WASG ist es das insgesamt vierte Mal, dass sich die Nachfolger der SED einen neuen Namen gegeben haben, die Linke ist damit nichts anderes als eine mehrfach umbenannte SED.

Am 9. Dezember 1989 wurde Gregor Gysi zum letzten SED-Parteivorsitzenden gewählt, eine Woche später erfolgte die Umbenennung in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 warf die Partei das als schwere Belastung empfundene Kürzel „SED“ endgültig über Bord und hieß bis 2005 „PDS“. Am 17. Juli 2005 änderte die Partei ihren Namen ein drittes Mal und nannte sich fortan „Linkspartei.PDS“, im Juni des vergangenen Jahres folgte dann die bislang letzte Namensänderung.

Die Offenheit, mit der die Vertreter der Linkspartei immer wieder erklären, dass sie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft überwinden wollen, wird nicht mehr – wie in den neunziger Jahren – nur intern geäußert, sondern offensiv vertreten. Den Startpunkt dazu setzte

der amtierende Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky, schon am 15. Juni 2007, am Tag vor der Vereinigung der beiden Parteien, als er verkündete:

„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“¹

So offen hatte noch keine im Deutschen Bundestag vertretene Partei angekündigt, die Ordnung unseres Gemeinwesens „überwinden“ zu wollen.

Ein zweiter Grund, der zum Anwachsen des Linksextremismus in Deutschland geführt hat, ist zweifellos das zunächst noch heimliche Kokettieren, später dann schamhafte Tolerieren und schließlich offene Koalieren von SPD und PDS in den goer-Jahren, ob in Magdeburg 1994 oder in Schwerin 1998. Jene Anbiederung hat der Linkspartei in den Augen mancher Bürgerinnen und Bürger das ‚Gütesiegel‘ der Unbedenklichkeit beschert und damit gleichfalls den Blick auf die Entschlossenheit verstellt, mit der die Linke unsere Verfassungsordnung radikal überwinden will. Mit dieser schrittweisen Hofierung, die die Linkspartei durch die SPD erfahren hat, wurde sie für breitere Bevölkerungsgruppen wählbar.

Weiten Teilen der SPD – mittlerweile auch in Hessen – wird allerdings immer mehr deutlich, dass diese Haltung nicht vorausschauend ist. „Rot-rot-grünes Roulette in Hessen wäre [...] kontraproduktiv und wegen des Bruchs eines eindeutig gegebenen Wahlversprechens schädlich“, erklärte vor wenigen Wochen beispielsweise Ypsilantis Amtsvorgänger Gerhard Bökel.²

Der dritte Grund für den Erfolg der Linken liegt in Folgendem begründet: eine geschickte, medienwirksame Verschleierung ihrer wirklichen Ziele: „Sie profitiert vom Unmut über Hartz IV und davon, dass sie unter völlig neuem Etikett firmiert: Im öffentlichen Bewusstsein wird sie kaum noch als SED-Nachfolgepartei wahrgenommen.

¹ Lothar Bisky, Rede auf der 3. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS, 15. Juni 2007, in: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view_html/zid35922/bs1/no

² Gerhard Bökel am 09.09.2008 in: http://www.hronline.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_35183410

³ Viola Neu in: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/2008/9/10/news-75635303/detail.html>

Obwohl sie es de facto weiterhin ist“, meint Parteienforscherin Viola Neu³. Die Linke werde daher mittlerweile als Parteineugründung verstanden, obwohl von der Mitgliederstruktur und dem Programm her es sich im Wesentlichen weiterhin um die alte SED/PDS handele.⁴ Auch der Extremismusforscher Eckhard Jesse sieht das Verhalten Lafontaines und seiner viermal umbenannten Partei als eine politische Strategie an: „Die LINKE sieht Demokratie und Rechtsstaat nicht als politisch neutrale Grundwerte an, sie hat dazu ein überwiegend taktisches Verhältnis“, sagt Jesse.⁵ Die Linken in Westdeutschland seien „von ganz anderem Kaliber“ als die ehemalige PDS aus Berlin. „Die LINKE radikalisiert sich“, so Jesse.

Grund genug, genauer hinzusehen.

⁴ Viola Neu in: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/2008/9/10/news-75635303/detail.html>

⁵ Eckhard Jesse in einem Interview am 19. September 2008 in: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nrz/2008/9/19/news-77636819/detail.html>

3. „Freiheit durch Sozialismus“: Die Linkspartei und die grundgesetzliche Ordnung

Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hat die Linke bis heute kein positives Verhältnis gefunden. Im Gegenteil: Sie lehnt die bestehende staatliche Ordnung ab. In ihrem aktuell gültigen Gründungsdokument legt sich die Linke fest:

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx) [...]Unsere Alternative: [...] Überwindung des Kapitalismus“⁶

Der Wille der Linkspartei, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu überwinden, drückt sich aber nicht nur in ihrem Gründungsdokument aus. Auch ihre führenden Parteivertreter gaben und geben dies offen zu, die folgenden Aussagen sind chronologisch geordnet und sprechen eine eindeutige Sprache:

- „Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik gehöre abgeschafft, dem sage ich ... ‚Er hat Recht‘.“⁷
- „Die PDS ist im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, dass sich wirkliche soziale Gerechtigkeit und ökologische Umgestaltung innerhalb der herrschenden Strukturen herstellen lassen. Deshalb wollen wir zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft kommen.“⁸
- „Die PDS ist eine sozialistische Partei und steht in gesellschaftlicher Opposition, das ist unser Verständnis zu dem kapitalistischen System.“⁹
- „Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS] hat nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.“¹⁰

⁶ „Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke“, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Quelle: http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf

⁷ Interview von Helmut Holter, dem späteren stellv. Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, mit Antenne Mecklenburg-Vorpommern am 19. Juni 1994 (Holter sollte den vorgegebenen Satz vervollständigen).

⁸ Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Abgeordnetengruppe im Deutschen Bundestag, in: Neues Deutschland vom 13./14. Mai 1995.

⁹ Helmut Holter, damals amtierender Arbeits- und Sozialminister und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, in: ZDF-Morgenmagazin vom 3. November 1998.

¹⁰ Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in: Junge Welt vom 30. März 2000.

- „Wir sind die Kraft, die die Systemfrage stellt.“¹¹
- „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – stellen die Systemfrage.“¹²
- „Wir haben gesagt, aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein. Wir bleiben Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir in die Zukunft schauen ... Und deshalb brauchen wir insofern einen Systemwechsel, da hat Lothar recht.“¹³
- „... weil wir die einzige Partei sind, die die Systemfrage aufwirft...“¹⁴
- „Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung, einen demokratischen Sozialismus ... Die Linke verändert die Republik.“¹⁵
- „Wir wollen dieses System nicht modifizieren, wir wollen es überwinden.“¹⁶

Diese Aussagen stehen nicht im Widerspruch zum Gründungsdokument der Partei. In ihm wird eindeutig festgelegt, dass die Beteiligung der Linkspartei am demokratischen Willensbildungsprozess Teil ihrer Strategie zur Überwindung der bestehenden Ordnung ist. So heißt es dort zur Bedeutung der parlamentarischen Arbeit:

„Wir werden Bürgerinnen und Bürger gegen Machtbestrebungen der herrschenden Klasse mobilisieren und uns für eine neue Sammlungsbewegung einsetzen. Politische Kämpfe und Wahlen dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte zu vertreten und Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu gewinnen. Die parlamentarische Arbeit werden wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der Transparenz politischer Prozesse, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht, der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient.“

Mit dem Begriff „herrschende Klasse“ meint die Linke die gewählten führenden Vertreter unseres demokratischen Rechtsstaates. Diese Kernaussage findet sich auch

¹¹ Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf dem WASG-Parteitag am 25. März 2007 in Dortmund (autorisierte Mitschrift von Fanny Zeise und Jan Maas).

¹² Rede des Vorsitzenden der Linkspartei/PDS, Lothar Bisky, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS vom 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹³ Schlusswort des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS am 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹⁴ Rede des Linksparteivorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE am 16. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹⁵ „Wir empfangen täglich Signale“. Interview mit Dietmar Bartsch in: Berliner Zeitung vom 16. Juli 2007.

¹⁶ Jörg Jungmann, Ende August 2008 mit dem besten Ergebnis als Beisitzer in den Landesvorstand der „Linke“ Hessen gewählt, das Zitat stammt aus seiner Vorstellungrede auf dem Parteitag in Lollar.

im Grundsatzprogramm der PDS¹⁷, das über das aktuelle Gründungsdokument der Partei die Linke immer noch Gültigkeit¹⁸ hat.

Die Linke hat zur bundesdeutschen Demokratie lediglich ein instrumentelles Verhältnis entwickelt. Das zeigt auch eine Umfrage der „Welt“, nach deren Ergebnis bei Anhängern der Linke zwei Drittel aller Befragten „weniger“ bis „gar nicht“ mit der bundesdeutschen Demokratie zufrieden seien.¹⁹ Auch führende Mitglieder der Linke in Hessen schließen sogar gewaltsame Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht prinzipiell aus:

Ein wirklicher Politikwechsel wird nur möglich sein, wenn es soziale und politische Kämpfe gibt, wie sie ansatzweise in den Protesten gegen Studiengebühren in Hessen sichtbar geworden sind.²⁰

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kam in ihrem Bericht im Jahr 2006 zu folgender Einschätzung:

„Auf der Basis von Programm und Statut wirken nach wie vor offen extremistische Kräfte innerhalb der Partei. Weiterhin arbeitet sie – zum Teil in festen Strukturen – mit in- und ausländischen Linksextremisten zusammen.“²¹

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht (2007) heißt es, die „Partei in ihrer Programmatik [bekenne sich] weiterhin zu einer extremistischen Ausrichtung“.²²

¹⁷ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 6. Dort heißt es: „Die Linkspartei.PDS steht stets vor der Aufgabe, zu sichern, dass ihre Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive mit ihren strategischen Zielen übereinstimmt.“

¹⁸ Zitat aus dem Gründungsdokument: „Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.“ http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf

¹⁹ WELT vom 6.Juni 2008: http://www.welt.de/politik/article2074034/Vertrauen_der_Buerger_in_die_Demokratie_schwindet.html)

²⁰ Ulrike Eifler und Janine Wissler, „Schlimmer als Koch wäre ein Verrat der LINKEN“, 29. August 2008, Quelle: <http://marx21.de/content/view/551/36/>.

²¹ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 145.

²² Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 135.

4. Sozialismus und Populismus – die Programmatik der Linken

4.1 Sozialismus – das zentrale Ziel der Linken

Die Linke ordnet ihre Taktik und ihre Strategie ihrem Ziel der Einführung des Sozialismus unter. Im Mittelpunkt steht die Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese wird von der Partei dafür gezielt klassenkämpferisch als „kapitalistisches System“ negativ aufgeladen und der „demokratische Sozialismus“ als bessere Alternative angepriesen. Dreh- und Angelpunkt des Sozialismus ist die Eigentumsfrage, d. h. die Verteilung materieller Güter. Die Linkspartei strebt ihre möglichst gleiche Verteilung an, unabhängig davon, wer diese Güter erwirtschaftet. So legt sie in ihrem Gründungsdokument fest:

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, ‚in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist‘ (Karl Marx).“

Jörg Jungmann, vor wenigen Wochen mit dem besten Ergebnis zum Beisitzer im Landesvorstand der Linken gewählt, forderte in seiner Vorstellungsrede:

„Wir wollen dieses System nicht modifizieren, wir wollen es überwinden.“

Dieter Hooge, der ehemalige DGB-Vorsitzende von Hessen und gegen Pit Metz unterlegener Spitzenkandidat im Herbst 2007, der mit einem fast ebenso guten Ergebnis wie Jungmann gewählt wurde, erklärte:

„Antikommunismus ist Hassideologie gegen soziale Gerechtigkeit“

sowie

„Koch, Wagner und Hahn sind keine Demokraten mehr“

Erstes großes Ziel der Linken ist die „Vergesellschaftung“ privaten Eigentums, was nichts anderes als Enteignung bedeutet:

„Ich empfehle Ihnen, einmal einen Blick in die Hessische Verfassung zu werfen: Art. 41 Abs. 1 Nr. 1. Ich weiß nicht, ob Ihnen dieser Artikel auf Anhieb etwas sagt. Ich sage Ihnen das noch einmal. In Art. 41 der Hessischen Verfassung steht wörtlich „Betriebe der Energiewirtschaft“ werden „in Gemeineigentum überführt“. Was ich hier erzähle, ist also kein bodenloser Quatsch, sondern hat die Hessische Verfassung als Grundlage. Im Übrigen habe ich langsam sowieso keine Lust mehr, mir von Ihnen Verfassungsfeindlichkeit vorwerfen zu lassen. [...] DIE LINKE fordert deshalb die Rekommunalisierung privatisierter Stadtwerke. Wir fordern die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche

Hand, denn die Energie muss dem Gemeinwohl dienen. Sie darf aber nicht den Profitinteressen einzelner Konzerne dienen.“

Janine Wissler im Hessischen Landtag am 22. April 2008

Der Verweis auf die Hessische Verfassung ist dabei eine bewusste Irreführung: Art. 41 verstößt gerade gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes und ist daher nichtig. Auch hier polemisiert die Linksfraktion in unseriöser Weise gegen unseren Staat und seine Wirtschaftsordnung.

Die Linken lassen bei Ihren Äußerungen nicht selten bewusst offen, in welchem Ausmaß und in welcher Form sie Enteignungen vornehmen wollen. Ihre Festlegungen sind allerdings derart weit gefasst, dass sich darunter so gut wie alles subsumieren lässt. So heißt es im für die Linke immer noch gültigen²³ Grundsatzprogramm der Partei PDS:

„Wir halten an der ... Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest“²⁴

Und auch in den Gründungsdokumenten der Linkspartei kommen die umfassenden Verstaatlichungspläne der Partei zum Ausdruck:

„Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an [...] Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“²⁵

Relativ konkret wurde die Partei in ihrem Bundestagswahlprogramm 2005. Danach wird praktisch kein Lebensbereich mehr der privaten Regelung überlassen:

„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind Leistungen, die ... nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden (dürfen). Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“²⁶

²³ Vgl. http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf

²⁴ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 7.

²⁵ Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.

²⁶ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

Auch die freien Medien sollen nach dem Willen der Linkspartei verstaatlicht werden. Ihre Unabhängigkeit ist der Partei seit langem ein Dorn im Auge. So forderte die PDS bereits 1993, dass „der Einfluss der Medienkonzerne eingeschränkt, die Privatisierung öffentlicher Medien gestoppt ... wird“.²⁷ Diese Position hat sich inzwischen auch Lafontaine zu eigen gemacht, als er 2005 seine Pläne für die Zukunft der Medienlandschaft offenbarte:

„Die Überführung der Privatsender in öffentlich-rechtliche Trägerschaft wäre mein Herzenswunsch. [...] Ein Fortschritt wäre schon eine Regulierung dergestalt, dass der Gesetzgeber fernsehfremde Tage einführt.“²⁸

Diese Position bekräftigte er nochmals:

„Wir brauchen ... eine Demokratisierung der Medien ... Eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein.“²⁹

André Brie, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Linke, gestand in diesem Zusammenhang einmal ein:

„Die PDS hat trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt. Die Fehler der Vergangenheit sind nicht überwunden worden ... Es gibt in der Partei keine Bereitschaft, die Individualität von politischen Menschenrechten zu akzeptieren ... Wenn diese Linie sich fortsetzt, sind wir auf dem Rückweg zur SED.“³⁰

Brie weiß sehr genau, wovon er spricht, er war von 1990 bis 1999 Leiter des zentralen Wahlbüros der PDS. Außerdem ist er seit fast 40 Jahren politisch aktiv: Sein Eintritt in die SED erfolgte 1969, seit 1970 arbeitete er für das MfS und bekam für seine Tätigkeit die Verdienstmedaille der NVA in Bronze.³¹ Seine Aussagen stehen daher nicht unter dem Verdacht, er wolle der Linken Schaden zufügen.

²⁷ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.–31. Januar 1993.

²⁸ Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 15. November 2005.

²⁹ Oskar Lafontaine, Bundestagsfraktionsvorsitzender der Linken, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Bad Doberan am 3. Juni 2007.

³⁰ „Die PDS hat kein Verhältnis zu Menschenrechten“. Interview mit André Brie, in: Der Spiegel online vom 1. März 2006.

³¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Andre_Brie

4.2 Populismus – die teuren Forderungen der Linken

Das Ziel der Einführung des Sozialismus wird von der Linken nicht immer offen benannt, sondern oft durch populistische Forderungen verschleiert. Die Linken suggerieren einfache Lösungen – z.B.: „Weg mit Hartz IV“ –, ohne die dahinter stehenden Probleme wirklich lösen zu wollen. Die Linke hat viele Wahlversprechen gemacht, deren Einhaltung erhebliche Kosten verursachen würde, und wiederholt erklärt, für sie wäre „ein Haushalt dann ausgeglichen, wenn er für den sozialen Ausgleich“ Sorge.³² Eine erhebliche Erhöhung der Verschuldung würde die Linke für die Realisierung ihrer Projekte billigend in Kauf nehmen.

Allein der Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die geforderten neu zu schaffenden 25.000 Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor und die Umwandlung aller 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse³³ wird nach Berechnungen des Hessischen Innenministeriums und des Sozialministeriums den Haushalt jährlich mit über eine Milliarde Euro belasten.³⁴ Schon die Erfüllung dieser drei Forderungen würde damit das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2011 unmöglich machen. Hinzu kämen die schon beschlossenen Einkommensverbesserungen für Angestellte und Beamte sowie der Ersatz für die abgeschafften Studienbeiträge. Angesichts dieser Zahlen sind die Forderungen der Linken nichts anderes als unseriöse Haushaltspolitik.

Auch der ehemalige Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) äußerte sich kritisch zur Programmatik der Linken:

„Die SPD muss klarstellen, dass die Linke so unsinnige Programme hat, dass man mit ihr nicht koalieren kann!“³⁵

Die Linke weiß, dass ihre Versprechungen nur unter Inkaufnahme eines verfassungswidrigen Haushalts umsetzbar wären. Dass die Linke trotz der Kenntnis der Kosten dieser Forderungen von ihnen nicht ablässt, zeigt den ungebremsten Populismus dieser Partei.

³² „Die Linke – Ein Politikwechsel muss sich an seinen Inhalten festmachen.“ Vom 9. September 2008, Quelle: www.die-linke-hessen.de.

³³ Ebd.

³⁴ Die 25.000 Stellen würden allein ca. 654 Mio. € kosten, Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Sozialministeriums vom 09. September 2008.

³⁵ <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/03/03/spd-meldet-sich-krank/fordert-spd-darf-nichts-mit-linken-machen.html>

5. Die Partei und ihre Vorsitzenden

Seit 1990 standen der Partei vier Vorsitzende vor: Gregor Gysi (1990–1993), Lothar Bisky (1993–2000), Gabriele Zimmer (2000–2003) und abermals Lothar Bisky, der den Vorsitz seit 2007 zusammen mit Oskar Lafontaine ausübt. Zu den Vorsitzenden befindet sich ein ausführliches Kapitel im ersten Teil der Dokumentation vom April 2008³⁶, im Folgenden wird nur auf Äußerungen Lafontaines seit diesem Zeitpunkt eingegangen.

Lafontaine hat insbesondere durch seine verharmlosenden Äußerungen zur Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahr 1946 Aufsehen erregt. So erklärte er auf einer Pressekonferenz, die Linke habe sich „intensiv mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt“, man falle nicht „auf die Propaganda unserer Gegner“ herein.³⁷ Die SPD solle sich zunächst einmal mit ihrer Geschichte auseinandersetzen, die Wahrnehmung der Zwangsvereinigung sei von „völliger Unkenntnis“ geprägt. Nach 1945 hätten auch viele Sozialdemokraten zunächst die Vereinigung der Arbeiterbewegung gewollt, die SED sei „auch freiwillig gegründet worden – von vielen SPD-Funktionären“.

Noch 1996 hatte Oskar Lafontaine in Berlin am Ort der damaligen Zwangsvereinigung von der „Vernichtung der Sozialdemokratie“ durch „Verfolgung, Täuschung und Betrug“ gesprochen:

„Zu keinem Zeitpunkt gab es eine Mehrheit in der ostdeutschen Sozialdemokratie, die eine Vereinigung mit der KPD zu den von der KPD vorgeschlagenen Bedingungen befürwortet hätte.“³⁸

Der Autor des Artikels, Severin Weiland, kommt zu dem Schluss:

„Der Lafontaine von 1996 würde dem von 2008 heftig widersprechen.“³⁹

Auch in Bezug auf das Kapitalvermögen von Familienunternehmen äußerte sich Lafontaine mit deutlichen Worten: "Kann das sein, dass Frau Schaeffler mit ihrem Sohn zehn Milliarden erarbeitet hat? Nein, das kann nicht sein", sagte Lafontaine in

³⁶ Vgl. Dokumentation Teil I, S. 20ff.

³⁷ Severin Weiland, Spiegel Online vom 4. September 2008, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,576200,00.html>

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

der Diskussion mit dem Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins „Capital“, Klaus Schweinsberg.⁴⁰ Das Betriebsvermögen etwa bei Schaeffler hätten über Generationen hinweg vor allem die Arbeitnehmer aufgebaut, zugutekommen würde es aber allein der Eigentümerfamilie, kritisierte Lafontaine. Dies sei ein „grundgesetzwidriges Vorgehen“, da die Verfassung Enteignung – nach Lafontaines Auffassung hier die Enteignung der Arbeitnehmer – verbiete.⁴¹

Anlässlich dieser Forderung erklärte Christine Scheel, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag:

„Lafontaine entpuppt sich als Kommunist, der offensichtlich nichts von Artikel 14 Grundgesetz hält. Dort heißt es: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet“. Es widerspricht jeder marktwirtschaftlichen Logik, erfolgreiches unternehmerisches Handeln durch die Androhung von Enteignung zu bestrafen. Familienunternehmen wachsen durch verantwortungsbewusstes Investieren und Vererben an die nächsten Generationen. Dabei beteiligen viele Unternehmen ihre Beschäftigten am unternehmerischen Erfolg. Auch Betriebsräte und betriebliche Mitbestimmung haben großen Anteil am Erfolg der sozialen Marktwirtschaft. Lafontaine will marktwirtschaftlichen Erfolg mit sozialistischen Allmachtsvorstellungen bekämpfen. [...] Lafontaines Allmachtsvorstellungen gehören in die Mottenkiste der deutschen Geschichte.“⁴²

Der Extremismusforscher Eckhard Jesse sieht Lafontaine dementsprechend als „Radikalen“, welcher die „Oberhand“ in der Partei habe. Er kommt zu dem Fazit:

„Lafontaine radikalisiert sich sozusagen im Wochenrhythmus.“⁴³

⁴⁰ „Welt“ vom 16. September 2008, <http://www.welt.de/politik/article2450765/Oskar-Lafontaine-will-Familienbetriebe-enteignen.html>

⁴¹ Ebd.

⁴² http://www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/249/249573.kommunist_lafontaine_will_schaeffler_und_.html

⁴³ Eckhard Jesse in einem Interview am 19. September 2008 in: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nrz/2008/9/19/news-77636819/detail.html>

6. Linke und NPD – extremistische Parteien mit erstaunlich vielen Gemeinsamkeiten

Die programmatischen Schnittmengen und strategische Vorgehensweise von Linkspartei und NPD gleichen sich auf frappierende Weise. Übereinstimmungen lassen sich feststellen beim Geschichtsrevisionismus und Selbstverständnis der Parteien, bei der Forderung nach „Systemüberwindung“, beim Antiamerikanismus, bei Fremdenfeindlichkeit⁴⁴ und Antisemitismus und in ihren populistischen Forderungen. Selbst die Wortwahl ähnelt sich. Rechts- und Linksextremisten stehen sich näher, als viele Wähler ahnen. Um auch am linken Rand Stimmen abschöpfen zu können, verwendet die NPD immer häufiger die linksradikale Terminologie und gibt sich als anti-kapitalistische Partei aus. DIE LINKE und NPD sind „zentralistisch und autoritär“ gegliedert.⁴⁵ Beide hegen in der Außenpolitik die gleichen Feindbilder: USA und Israel. Beide versprechen scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme. Schuld sind immer die anderen: die etablierten Parteien, die Fremden, die Kapitalisten, die Imperialisten, die USA oder Israel.

Über den richtigen Kurs gegenüber Israel scheiden sich momentan die Geister: Während eine Gruppe um Gysi und die stellv. Bundesvorsitzende Katja Kipping pro-israelisch eingestellt sind, führen andere, wie die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke den streng antizionistischen Kurs der SED fort:

„Ich halte es für legitim, gegen Zionismus zu sein.“⁴⁶

Im Jahr 2006 hatte Jelpke bei einer antiisraelischen Demo vor Hisbollah-Fahnen zu Israels Libanonkrieg sogar gesagt:

„Wer angesichts dieser Massaker und angesichts dieser sinnlosen Zerstörungswut noch einen Hauch von Verständnis für die israelische Politik aufbringt, macht sich zum Mit-täter, zum Komplizen von Mord und Terror.“⁴⁷

⁴⁴ Auf einer Kundgebung in Chemnitz am 14. Juni 2005 sagte Lafontaine: „Der Staat ist verpflichtet ..., zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“

⁴⁵ Mathias Döpfner: „Nationaler Sozialismus“, in: Die Welt vom 10. Juli 2007.

⁴⁶ die taz vom 19. April 2008, Quelle: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/gysis-machtwort-irritiert-genossen/>

⁴⁷ die taz vom 13. Mai 2008, Quelle: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/israel-spaltet-die-linke/?src=SZ&cHash=42fcdb9273>

Bereits bei einer ähnlichen Demonstration im Jahr 2002 bildeten sich bemerkenswerte Allianzen:

„Neben Hisbollah-Anhängern, die ihre Kinder als menschliche Bomben drapierten, schritten Friedensmarschierer, Neonazis und Antirassisten einträchtig nebeneinander.“⁴⁸

Wolfgang Gehrcke, ein über die hessische Landesliste der Linken gewähltes MdB, hat während des Libanonkriegs im Jahr 2006 an einer von palästinensischen Vereinen initiierten und klar antiisraelischen Demo in Berlin teilgenommen. Später richtete er eine Nahostkonferenz aus, zu der der Sprecher der Terrororganisation Hamas, Ghazi Hamad, eingeladen war, aber nicht nach Deutschland einreisen durfte.⁴⁹ Die Linke arbeitet also mit den Verantwortlichen von Selbstmordattentaten zusammen, um das Existenzrecht des Staates Israel zu untergraben.

Im vergangenen Jahr hatte der Zentralrat der Juden in dieser Hinsicht auch Stellung genommen: „Das Gift hat eine neue Plattform“, sagte Dieter Graumann, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, zu den unwiderrufenen Äußerungen führender Politiker der Linken.⁵⁰

Gemeinsamkeiten gibt es zwischen NPD und Linke auch in der Rhetorik: Sowohl der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt als auch der Co-Vorsitzende der LINKEN, Oskar Lafontaine, treten als Demagogen und Populisten auf. Die Ablehnung des EU-Vertrages von Lissabon ist dabei nur eine der vielen Gemeinsamkeiten:

„Da der EU-Reformvertrag nichts anderes ist als die nur in einigen wenigen Details geänderte EU-Verfassung, kann der Versuch der EU-Politiker, sie den europäischen Völkern gegen deren Willen überzustülpen, nur als weiteren Staatsstreich gegen die Souveränität der europäischen Völker bezeichnet werden.“⁵¹

In einem Antrag zum Lissaboner Vertrag hat die Bundestagsfraktion der Linken ihre Kritik fast wortgleich zusammengefasst:

⁴⁸ Vgl. Rafael Seligmann, Berliner Zeitung vom 19. April 2002, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2002/0419/feuilleton/0001/index.html>

⁴⁹ die taz vom 19. April 2008, Quelle: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/gysis-machtwort-irritiert-genossen/>

⁵⁰ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,489884,00.html>

⁵¹ Dr. Müller, stellv. Fraktionsvorsitzender der NPD im Sächsischen Landtag, [http://www.news4press.com/Dr-Mueller-\(NPD\)-%E2%80%9EHorst-Koehler-ist-sein_371218.html](http://www.news4press.com/Dr-Mueller-(NPD)-%E2%80%9EHorst-Koehler-ist-sein_371218.html)

„Inhaltlich stimmt der Vertrag von Lissabon fast vollständig mit den Regelungen des gescheiterten Verfassungsvertrags überein. [...] Der Vertrag von Lissabon ist hinter verschlossenen Türen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürgern hinweg zügig erstellt und durchgesetzt worden.“⁵²

Auch der frühere Weggefährte von Lafontaine, der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen, wirft Lafontaine nationalistisches Verhalten vor:

„Die sogenannte Linke macht gemeinsame Sache mit den Rechten in Europa.“⁵³

Die Berliner „BZ“ machte einen „Zwillings-Test“ und entdeckte umfangreiche Parallelen:

„Zuwanderung

Während Oskar Lafontaine vor "Fremdarbeitern, die Familienvätern die Jobs wegnehmen" warnte, heißt es bei der NPD „Fremdarbeiter stoppen! Arbeit für Deutsche!“

Hartz IV

Die Linkspartei forderte auf Demonstrationen mit dem Spruch „Hartz IV – Armut per Gesetz“ die Abschaffung der Arbeitsmarktreform. Bei der NPD heißt es mit demselben Ziel „Hartz IV – nicht mit mir“.

Globalisierung

„No G8. Menschen vor Profite“ lautete die Linken-Parole gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm. Die NPD machte mit dem Slogan: „Gib 8 – Sozial statt Global“ mobil.

Nahost

Während die NPD die „Eindämmung des Aggressionsstaates Israel“ forderte und sich sogar mit dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad solidarisierte, hetzte Linken-Vorstandsmitglied Christine Buchholz noch 2006, Israel „führe Krieg im Interesse der USA“ und erklärte, die Hisbollah stünde auf der Seite „auf der auch ich stehe“.

Irak/Afghanistan

Die Linke nennt den Irak-Krieg „völkerrechtswidrig“ und will, dass die deutsche Bundeswehr aus Afghanistan abzieht. Auch NPD und DVU nennen den Irak-Krieg "völkerrechtswidrig" und fordern „Deutsche Soldaten raus aus fremden Kontinenten“.

Anti-Amerikanismus

Während die NPD gegen den „Wirtschaftsimperialismus der USA“ hetzt, wettet Lafontaine gegen eine „US-Außenpolitik, die auf Rohstoff-Imperialismus fußt“. ⁵⁴

⁵² Entschließungsantrag vom 23. April 2008 (Drs. 16/8926).

⁵³ Focus vom 28. April 2008, http://www.focus.de/politik/ausland/jo-leinen-ex-minister-rechnet-mit-lafontaine-ab_aid_298061.html

Auch Altkanzler Helmut Schmidt warnt in seinem neuen Buch davor, dass sich Wähler „massenhaft von demokratischen Parteien abwenden“ und auf „populistische Politiker“ hereinfallen:

„Nicht allein die Linkspartei, ebenso die NPD und ähnliche. Es ist ja kein Zufall, dass solche Gruppierungen – linke wie rechte – gerade in den Teilen Deutschlands ihre Wahlerfolge feiern, in denen es den Menschen wirtschaftlich nicht so gut geht. Also vor allem in den sechs neuen Bundesländern.“⁵⁵

Die Gemeinsamkeiten zwischen Linken und der NPD sind nicht zu übersehen. Beide Parteien kämpfen gegen die Ordnung des Grundgesetzes und haben viele inhaltliche Berührungspunkte.

⁵⁴ BZ, 25. Juni 2007, im Internet auch zu finden unter:
<http://www.stern.de/politik/deutschland/Vergleich-Wie-Linkspartei/591743.html>.

⁵⁵ <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/09/14/altbundeskanzler-helmut-schmidt-im-interview/haben-sie-mitleid-mit-kurt-beck-teil-2.html#>

7. Die Linkspartei in Hessen

Die Linke in Hessen ist keineswegs eine Neugründung von sozial eingestellten Menschen, die Reichtum gerecht verteilen wollen und die für gerechte Chancen für alle kämpfen. Dass es sich bei dieser Partei in Wirklichkeit um die umbenannte SED handelt und bei ihren führenden Mitgliedern in Partei und Fraktion um eine Ansammlung von überzeugten Kommunisten, z.B. langjährigen Mitgliedern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), militanten Anarchisten und Sympathisanten der RAF aus der „Roten Hilfe“, Trotzlisten aus dem Netzwerk „Marx 21“⁵⁶ sowie aus frustrierten linken Sozialdemokraten und langjährigen Gewerkschaftsfunktionären, versucht die Partei zu überspielen.

Wie eng die tatsächlichen personellen Kontinuitäten zwischen DKP und der hessischen Linkspartei sind, zeigte sich an der gerade erfolgten Rückkehr von Pit Metz, dem zeitweiligen Spitzenkandidaten der Linkspartei in Hessen, in die Parteispitze Ende August 2008 auf dem Parteitag in Lollar.⁵⁷

7.1 Ein Kommunist als erster Spitzenkandidat – Pit Metz und der Schießbefehl

Obwohl der Vorstand der Linkspartei ursprünglich einen anderen Kandidaten, den früheren hessischen DGB-Funktionär Dieter Hooge, für die Spitzenposition bei der hessischen Landtagswahl vorgesehen hatte, entschied sich die Mehrheit der Parteitage Delegierten für Metz, der bis 1996 Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei war. Metz bekannte sich offen zu seiner politischen Einstellung: „Ich betrachte mich immer noch als Kommunisten“, erklärte er gegenüber der Frankfurter Rundschau.

Dass Pit Metz zum Teil reinrassige DKP-Positionen vertrat, war den Delegierten des Gründungsparteitags der hessischen „Linken“ sehr wohl bewusst. Metz war bekannt dafür, dass er DDR-getreue Positionen vertrat und auch den ‚Systemwechsel‘ in der Bundesrepublik Deutschland anstrebte.⁵⁸ Durch seine Rede auf dem Parteitag

⁵⁶ Vgl. www.marx21.de

⁵⁷ Siehe Kapitel 7.3.

⁵⁸ Vgl. Pitt von Bebenburg: „Ich betrachte mich immer noch als Kommunisten“, in: Frankfurter Rundschau vom 28. August 2007.

machte er zudem deutlich, wie wenig er zwischen der heutigen Bundesrepublik und der DDR zu unterscheiden gewillt war. Mit dem Vorwurf des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch konfrontiert, Nachfolgepartei der SED zu sein, die für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze die Verantwortung trug, antwortete Metz: „Wenn du wirklich etwas gegen den Schießbefehl tun willst, dann mache deinen Einfluss auf Franz-Josef Jung geltend.“ Schließlich, so Metz, sei der Bundesverteidigungsminister dafür verantwortlich, dass Bundeswehrsoldaten in Afghanistan Gebrauch von der Schusswaffe machten.⁵⁹

Trotz Metz' geschmacklosem Vergleich des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze mit dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan befand Gregor Gysi, Metz sei ein netter „anständiger Kerl“. ⁶⁰ Mit seinem Vergleich brachte Metz ein Denken zum Ausdruck, das auch der Parteivorsitzende der LINKEN, Lafontaine, teilt. Er rückte den Bundeswehreinsatz in Afghanistan in die Nähe von Terrorismus. ⁶¹

Erst nachdem der Druck der entsetzten Öffentlichkeit zu groß wurde, verzichtete Metz am 5. September 2007 auf seine Kandidatur auf Listenplatz 1. ⁶² Gleichwohl ist er von seiner Wahlkreiskandidatur in Marburg für die Wahlen zum hessischen Landtag am 27. Januar nicht zurückgetreten und hat dort (erfolglos) kandidiert.

Die völlig unakzeptablen Äußerungen von Herrn Metz haben allerdings nicht dazu geführt, ihn in der Linken für weitere hohe Ämter zu diskreditieren. Sogar die frisch wiedergewählte Landesvorsitzende der Linken, Frau Ulrike Eifler, unterstützte Pit Metz durch eine kämpferische Unterstützungsrede bei seiner Kampfkandidatur um einen Sitz im geschäftsführenden Landesvorstand. Metz wurde daraufhin mit einem guten Ergebnis in das achtköpfige Führungsgremium der hessischen Linken gewählt.

⁵⁹ „Metz Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 26. August 2007.

⁶⁰ „Gregor Gysi: Metz ist ein ‚anständiger Kerl‘“, in: Süddeutsche Zeitung online vom 6. September 2007.

⁶¹ Vgl. Oskar Lafontaine über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, in: ARD-Talkshow „Sabine Christiansen“ vom 20. Mai 2007.

⁶² Vgl. Mechthild Küpper: „Metz beugt sich der Kritik“, in: FAZ vom 6. September 2007.

7.2 Zusammenarbeit mit Kommunisten aus der DKP

Mit der Personalie Pit Metz erschöpft sich allerdings die Verflechtung von Alt-kommunisten und der LINKEN in Hessen nicht. So haben einige Mitglieder der hessischen Linkspartei, darunter auch eine Reihe von Listen- und Direktkandidaten für die Wahlen zum hessischen Landtag, Verbindungen zum politischen Spektrum der äußersten Linken; sie werden umfassend im ersten Teil der Dokumentation dargestellt⁶³. Weitere personelle wie inhaltliche Verflechtungen zwischen DKP und Linke werden im Bericht über den Landesparteitag der Linke Hessen in Lollar vom 29. bis 31. August 2008 deutlich.⁶⁴

7.3 Der Landesparteitag der Partei „Die Linke“ Hessen vom 29. bis 31. August 2008

Am letzten Augustwochenende trafen sich im Bürgerhaus Lollar 184 Delegierte der Linken in Hessen zu ihrem Landesparteitag, bei dem der Landesvorstand neu gewählt wurde und ein Beschluss zum weiteren Verfahren für die Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung getroffen wurde. Der folgende Bericht dokumentiert stichwortartig die wichtigsten Vorkommnisse auf dem Parteitag.

7.3.1 Zitate aus den Reden

Bodo Ramelow, stellv. Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Die LINKE“ im Bundestag, griff den Verfassungsschutz und die Polizei am 29. August in Lollar scharf an. Hintergrund war ein brutaler Überfall rechtsextremer Jugendlicher auf Teilnehmer eines linksradikalen Zeltlagers im Juli 2008. Ramelow warf den Sicherheitsbehörden bewusste Untätigkeit vor:

- Der Verfassungsschutz ignoriere die Gefahr von Rechtsextremen: *„Totschlag wird in Kauf genommen“ „Wo ist der Verfassungsschutz, wenn der braune Mob überall fröhliche Urständ’ feiert?“ (...) „Auf so einen Verfassungsschutz kann ich gern verzichten.“*

⁶³ Vgl. Dokumentation Teil 1, S. 41f.

⁶⁴ Vgl. Kapitel 7.3.

Ebenso nachgewiesen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. August 2008

- *„Koch und sein Kettenhund Bouffier müssen weg.“*

Oskar Lafontaine, Bundesvorsitzender „Die LINKE“ und Fraktionsvorsitzender im Bundestag, erklärte am 30. August in Lollar zu den Vorwürfen, die Linke stehe nicht auf dem Boden des Grundgesetzes:

- *„Wir sind die einzige verfassungstreue Partei, weil wir verfassungswidrige Eigentumsverhältnisse in unserer Republik als Einzige in Frage stellen.“*

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31. August 2008

- *„Von uns wird immer Verlässlichkeit gefordert. Nein, wir fordern von den anderen Verlässlichkeit. Verlässlichkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern und gegenüber den Wahlprogrammen.“*

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31. August 2008

Lafontaine formulierte Bedingungen für Zusammenarbeit mit Rot-Grün: Keine sozialen Kürzungen, kein Personalabbau im öffentlichen Dienst, keine Privatisierungen. Die Linke sei die verfassungstreuere Partei in Deutschland (Hinweis auf Art. 14 Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet“). Die Unternehmenswerte gehörten den Mitarbeitern und nicht den Managern.

Lafontaine erklärt, dass die Wirtschaftsordnung, die die Linke wolle, demokratisch sei. Er spricht sich bei wichtigen Vorhaben für Mitgliederentscheidungen aus, z.B. Tolerierung. Er lehnt die Agenda 2010 strikt ab. Lafontaine wettert gegen Spenden der „Großwirtschaft“, und will „Lobbyisten in der Politik“ in Zukunft verhindern. Lafontaine ruft dazu auf, die gegenwärtigen *„Herrschaftsverhältnisse [zu] brechen“*. Er ruft die Linke auf, keine Fehler zu machen, aber auch keine Grundsätze aufzugeben.

Janine Wissler

Janine Wissler (MdL, stellv. Fraktionsvorsitzende, Unterstützerin des linksextremistisch-trotzkistischen Netzwerks „Marx 21“) postuliert zudem, man wolle *„nicht auf die „Zähbarkeit“ des Kapitalismus, sondern auf dessen Überwindung hinwirken“*.

7.3.2 Beschlüsse

Auszüge aus dem Leitantrag in der am 30. August 2008 beschlossenen Form⁶⁵

„Es gibt gravierende Differenzen zwischen SPD/Grünen und der LINKEN. Wir lehnen die Agend-2010-Politik, die Hartz-Gesetze, die Rente mit 67 und die Bundeswehreinsätze grundsätzlich ab, um nur einige Punkte zu nennen.

[...]

DIE LINKE will die Debatte über einen Politikwechsel nicht auf das Parlament begrenzen, sondern daran mitwirken, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern.

[...]

Für DIE LINKE sind folgende Forderungen zentraler Bestandteil eines Politikwechsels:

Politikwechsel für gute Arbeit und gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums

[...]

- *Investition in einen öffentlichen Beschäftigungssektor zur Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen und Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Stellen;*
- *Wiedereinführung fester Ladenöffnungszeiten;*
- *Hessen-Card, die soziale Vergünstigungen von Land, Kreis und Kommunen bei der Nutzung von öffentlicher Infrastruktur und des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs diskriminierungsfrei bündeln soll; [...]*

Politikwechsel für gleiche Bildungschancen

[...]

- *Keine privatisierten, gewinnorientierten Angebote in der Bildung*

[...]

- *Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgänger in Hessen*

Politikwechsel für Frieden und Umwelt

- *keine Förderung der Verlagerung des Europa-Hauptquartiers der US-Armee nach Wiesbaden aus Landesmitteln*
- *keine Bundeswehrwerbung an Schulen, Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen [...]*

⁶⁵ Quelle: www.die-linke-hessen.de/lv15/partei/landesparteitage/1landesparteitag

- *Stopp des Ausbaus des Flughafens Frankfurt, für ein prinzipielles Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr. Die wirtschaftlich unsinnigen, verkehrspolitisch kontraproduktiven und ökologisch unverantwortlichen Planungen für den Flughafen Kassel-Calden dürfen vom Landtag erst gar nicht genehmigt werden [...]*

Politikwechsel für gesellschaftliche Teilhabe, Demokratie und Mitbestimmung

- *Erhalt und Ausbau des öffentlichen Sektors, keine weiteren Privatisierungen des öffentlichen Eigentums*
- *Rücknahme der Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg [...]*

Politikwechsel aus Hessen in die Bundespolitik

- *Initiierung einer Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer*
- *Initiierung einer Bundesratsinitiative zur Einführung eines Mindestlohnes von mindestens 8,44 €*
- *Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Hartz IV, als ersten Schritt Erhöhung des Regelsatzes auf 435,00 €*
- *Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Rente mit 67*
- *für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan*
- *Unterstützung der Bundesratsinitiative für kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige"*

In der Rede zum Leitantrag erklärt die stellv. Fraktionsvorsitzende im Landtag, Janine Wissler:

„Die LINKE wird Ypsilanti und – trotz Bedenken – ihr Kabinett wählen im November.
Bedingungen: Keine Zustimmung zum Flughafen Frankfurt und Haushalt mit Kürzungen bei Sozialem, Personal und Privatisierungen.“

Der Leitantrag wurde an den Landesvorstand verwiesen, aber Papier mit Eckpunkten wurde als Initiativantrag mit kleinen Änderungen im Bereich Bildung als zentrale Forderung beschlossen, die in Verhandlungen mit SPD und Grünen eingebracht werden sollen.

Sachanträge

- Antrag gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens und zur Einholung eines Rechtsgutachtens zum Planfeststellungsbeschluss, um diesen aufheben zu lassen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Dr. Ulrich Wilken, MdL, Landesvorsitzender: *„Die Sozialdemokraten schätzen industrielle Großprojekte völlig anders ein als wir. Die Stichworte: Die Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden. Wir werden weiter gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens kämpfen. Natürlich wissen wir, dass es bereits das Planfeststellungsverfahren gibt. Das muss aber an einer Stelle wieder aufgemacht werden: Wir wollen ein echtes Nachtflugverbot. Das muss her. Und Kassel-Calden darf nicht gebaut werden.“*⁶⁶

- Antrag zu Preisobergrenzen für Energie-Grundversorgung wird angenommen.
- Antrag, eine Rückführung der Universitätsklinikums Gießen/Marburg in öffentliches Eigentum vorzunehmen, wird angenommen.
- Antrag, die NPD zu verbieten, wird angenommen
- Anträge zu personellen (Jürgen Walter und Personen, die sich ähnlich geäußert haben) wie inhaltlichen Vorbedingungen zur Unterstützung der Wahl von Andrea Ypsilanti bzw. eines möglichen rot-grünen Kabinetts wird zurückgezogen.

Satzungsanträge

Ein Antrag zur Aufrechterhaltung der **Trennung von Amt und Mandat** wurde mit großer Mehrheit abgelehnt (aus organisatorischen Gründen musste über den Antrag vier Mal abgestimmt werden). Damit konnte der wegen der Annahme seines Landtagsmandates zurückgetretene ehemalige Landesvorsitzende der Linken, Dr. Ulrich Wilken, erneut zum Landesvorsitz kandidieren.

⁶⁶ Quelle: Spiegel Online vom 31. August 2008.

7.3.3 Landesvorstandswahlen

Vorsitzender/Vorsitzende

- **Ulrike Eifler** 137 Stimmen, 75,6%
 - o Jg. 1975
 - o Politologin/ Sinologin, M.A.
 - o verheiratet, eine Tochter
 - o Mitglied bei ver.di
 - o Unterstützerin des kommunistisch-trotzkistischen Netzwerkes marx21:⁶⁷ Erklärtes Ziel von „marx21“ (rund 400 Mitglieder) ist die „Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung durch eine Revolution.“⁶⁸

„Massenbewegungen in Rätestrukturen [können] eine demokratische Selbstverwaltung entwickeln, welche in einer Revolution den bestehenden Staatsapparat entmachtet, das Großkapital enteignet und die Grundlage für eine neue Gesellschaftsordnung legt.“⁶⁹
 - o 2005–2007 Mitglied im Landesvorstand der WASG
 - o Seit 2007 Landesvorsitzende DIE LINKE. Hessen

- **Dr. Ulrich Wilken (MdL)** 91 Stimmen, 50,6%

(Gegenkandidat: Ferdinand Hareter, 77 Stimmen, 41 %)

 - o 2005–2007 Mitglied im Landesvorstand der WASG, 49 Jahre, ledig, keine Kinder, konfessionslos
 - o Gründungsmitglied Demokratische Sozialisten 1982 (DS), Mitgliedschaft bis zur Auflösung 1990
 - o 1985–1987 Generalsekretär der deutschen Sektion der Christen für den Sozialismus
 - o Seit 1990 Mitarbeit in der Landes-AG „Betrieb und Gewerkschaft“ der PDS, 2000 Eintritt in die PDS

⁶⁷ www.marx21.de, als linksextremistisch vom Bundesamt für Verfassungsschutz eingestuft, Quelle.

⁶⁸ Verfassungsschutzbericht des Bundes, 2007, S. 163.

⁶⁹ Quelle: „marx21“ Nr. 1, Juni 2007, S. 43.

- o 2001 – 2003 PDS-Kreisvorsitzender Frankfurt am Main
- o Seit 2003 Landesvorsitzender Hessen (erst PDS, dann PDS.Linkspartei, dann Die Linke), hatte am 16. April 2008 sein Amt wegen der Diskussionen um die Trennung von Amt und Mandat niedergelegt⁷⁰
- o Mitglied bei ver.di

Stellvertretende Vorsitzende

- Waltraud Eisenträger-Tomcuk 125 Stimmen, 69,4%
Kommt aus der WASG
- Manfred Coppik 110 Stimmen, 63,9%
Coppik war bis 1983 SPD-MdB, er gründete u.a. mit dem Landesvorsitzenden Dr. Wilken die Demokratischen Sozialisten (DS), eine Partei linker Sozialdemokraten, die sich Anfang der 1980er-Jahre von der Politik der sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) abgewandt hatten. Sie verstand sich als „sozialistische Alternative“ zur SPD.

Schatzmeister

- Peter Vetter 141 Stimmen, 88,7%
Mitinitiator der „Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, Ausschluss aus der SPD 2004 und Gründungsmitglied der WASG

Geschäftsführende LaVo-Mitglieder

- Diana Hupperten 92 Stimmen, 54,1%
Gründungsmitglied der „Linke“
- Gabi Faulhaber 75 Stimmen, 46,5 %
 - o Geboren 1953
 - o Seit 1995 Sonderschullehrerin, Hauptstufenleiterin an einer Schule für Lern- und Erziehungshilfe, nicht verbeamtet wegen Schwerbehinderung

⁷⁰Quelle: <http://www.die-linke-hessen.de/lv15/home/presse/3-pressemitteilungen/66-landesvorsitzender-ulrich-wilken-legt-sein-amt-nieder?d4dad6935f632ac35975e3001dc7bbe8=fe945641ec2e5857203d38cb359fc019>

- o Aktiv in der so genannten „Friedensbewegung“, im Antifaschistischen Bündnis Wetterau und in der GEW
 - o Bis 1991 Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei
 - o Mitglied der Linken seit Januar 2006
- Pit Metz 118 Stimmen, 68,2%
 - o Seit '72 Mitglied in der Deutschen Friedensgesellschaft/ VK
 - o DKP-Mitglied von 1976–96
 - o ab '86 ÖTV- bzw. später ver.di-Vertrauensmann
 - o ab 2002 Mitglied im DGB-Kreisvorstand Marburg, zur Zeit Vorsitzender
 - o ab 2005 Mitglied im DGB-Regionsvorstand Mittelhessen

Pit Metz hatte auf die Frage eines Journalisten, wie er als langjähriges DKP-Mitglied den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze einschätze, am 27. August 2007 geantwortet, viele Länder würden ihre Grenzen militärisch absichern. Außerdem sei der Schießbefehl einer Armee, die in ein fremdes Land einmarschiere, wie dies die Bundeswehr in Afghanistan tue, nicht weniger verwerflich. Daraufhin ist er eine Woche später als Spitzenkandidat zur Landtagswahl zurückgetreten. Pit Metz hatte sich in seiner Vorstellungsrede bei diesem Parteitag zwar von der DDR distanziert, aber nicht vom Kommunismus losgesagt. Zudem hat er sich ausdrücklich gegen die soziale Marktwirtschaft ausgesprochen und aus seiner antikapitalistischen Haltung keinen Hehl gemacht.

Erweiterter Landesvorstand (Frauenliste)

- Stefanie Haenisch 119 Stimmen 73,0%
- Pazhareh Henning-Heidari 112 Stimmen 68,75%
- Martina Walter 92 Stimmen 56,4%
- Emine Pektas 91 Stimmen 55,8%
- Esther Abel 88 Stimmen 53,9%

- Choni Flöther 88 Stimmen 53,9%
- Manuela Schon (Rote Hilfe) 76 Stimmen 46,6%

Manuela Schon hat in ihrer Vorstellungsrede unter donnerndem Applaus für die linksextremistische und zur Revolution aufrufende „Rote Hilfe“ Werbung gemacht und im Anschluss daran Mitgliedsanträge für die Rote Hilfe verteilt (siehe folgendes Foto)



Manuela Schon während des Verteilens der Mitgliedsanträge für die „Rote Hilfe“

Schon erklärte: *„Die Rote Hilfe ist in dieser Gesellschaft notwendig“* und: *„Die Polizei ist auf dem rechten Auge blind.“*

- Inge Sturm 74 Stimmen 45,3%
- Charlotte Ullmann 72 Stimmen 44,1%

Zitat aus ihrer Vorstellungsrede: *„Das Tolerierungskonzept bietet uns die Möglichkeit, die anderen Parteien vor uns her zu treiben.“*⁷¹

⁷¹ Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31. August 2008.

Erweiterter Landesvorstand (Gemischte Liste)

- Jörg Jungmann 89 Stimmen 54,3%
Zitat aus seiner Vorstellungsrede: „*Wir wollen dieses System nicht modifizieren, wir wollen es überwinden.*“
- Dieter Hooge 87 Stimmen 53,0%
Zitat aus seiner Vorstellungsrede: „*Antikommunismus ist Hassideologie gegen soziale Gerechtigkeit*“, „*Koch, Wagner und Hahn sind keine Demokraten mehr*“
- Mehmet Senel 78 Stimmen 47,6%
Zitat aus seiner Vorstellungsrede:
„*Kein Platz mehr für einen so widerlichen Rassisten wie Roland Koch es ist*“
- Achim Kessler 75 Stimmen 45,7%
- Hermann Schaus 75 Stimmen 45,7%
Die Nachrichtenagentur ddp berichtet über einen Wortbeitrag in der allgemeinen Aussprache zum Leitantrag am 30. August 2008:
„Die hessische Linke will den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens noch kippen. Der Landesparteitag im mittelhessischen Lollar beschloss am Sonntag mit großer Mehrheit einen Antrag, ein Rechtsgutachten zur Überprüfung des Planfeststellungsbeschlusses in Auftrag zu geben. „*Ich bin fest überzeugt, dass sich der Beschluss wieder aufklappen lässt*“, sagte der Linkspartei-Abgeordnete und Vizepräsident des Wiesbadener Landtags, Hermann Schaus. Eine neue Landesregierung müsse den Beschluss unbedingt überprüfen. In dem Antrag wird die Landtagsfraktion der Linken aufgefordert, „*alles dafür zu tun*“, um den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu verhindern. Damit unterstreicht die Partei erneut die Bedeutung des Themas, das zum Knackpunkt bei einer Regierungsbildung mit SPD und Grünen werden könnte. Schaus sagte weiter, es gebe „*Hinweise*“, dass der Flughafenbetreiber Fraport „*falsche Zahlen*“ vorgelegt habe, und dass Klagen von Anliegergemeinden gute neue Ansatzpunkte eröffnen könnten.“⁷²
- Lukas Larbig 69 Stimmen 42,1%
- Oliver Nöll (bis 2004 SPD-Mitglied) 67 Stimmen 40,9%
- Jan Schalauske 64 Stimmen 39,0%

⁷² Quelle: <http://www.ad-hoc-news.de/Politik-News/19309822>, ddp-Meldung vom 30. August 2008.

7.3.4 Vom Parteitag beschlossenes Verfahren auf dem Weg zu Rot-Rot-Grün:

- Überweisung des Forderungskataloges (31 Punkte) an den Landesvorstand
- Am 09. September 2008 erstes Gespräch Linke/SPD
- Vor einer möglichen Tolerierung: Mitgliederentscheid

„§ 8 der Satzung des Landesverbandes Hessen

(1) Zu allen politischen Fragen in der Landespartei kann ein Mitgliederentscheid (Urabstimmung) stattfinden. Bei der Frage über die Beteiligung an Koalitionen und die Tolerierung von Minderheitsregierungen auf Landesebene ist ein Mitgliederentscheid Pflicht. Das Ergebnis des Mitgliederentscheids hat den Rang eines Landesparteitagsbeschlusses. Soweit das Parteiengesetz eine Aufgabe zwingend dem Landesparteitag zuweist, hat das Ergebnis des Mitgliederentscheids empfehlenden Charakter.

(2) Der Mitgliederentscheid findet statt

- a) auf Antrag von Kreisverbänden, die gemeinsam 50% der Mitglieder repräsentieren oder
- b) auf Antrag von 20% der Mitglieder des Landesverbandes
- c) auf Beschluss des Landesparteitages oder
- d) auf Beschluss des Landesrates

(3) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder im Landesverband. Der Antrag, über den entschieden wird, ist mit einfacher Mehrheit beschlossen, wenn bei einer Beteiligung von mindestens einem Viertel der Mitglieder eine einfache Mehrheit zustimmt.

(4) Eine Angelegenheit, über die ein Mitgliederentscheid stattgefunden hat, kann frühestens nach Ablauf von zwei Jahren neu entschieden werden.

(5) Im Übrigen gilt die Ordnung der Bundespartei über Mitgliederentscheide.“

7.3.5 Bewertung: „Der Parteitag der zwei Gesichter“

Auf der einen Seite: Befürworter eines sozialen Ausgleichs

Die Linke stellt sich als „unbelastete“ linke Sammlungsbewegung für mehr soziale Gerechtigkeit im „herrschenden Raubtierkapitalismus“ und eine „Demokratisierung der gegenwärtigen reaktionären Gesellschaft“ dar.

- Lafontaine schwört seine Linken auf Rot-Rot-Grün ein, um die SPD nach einer möglichen Wahl nach Belieben erpressen zu können.
- Die Delegierten unterstützen ohne großen Widerstand Lafontaines Kurs – alle kritischen Anträge (Jürgen Walter nicht mitzuwählen bzw. einen umfangreichen Forderungskatalog zu beschließen) sind im Vorfeld entweder zurückgezogen oder weitgehend entschärft worden.
- Dr. Ulrich Wilken wurde als noch eher gemäßigter Linker gewählt, allerdings nur mit 50,6 %. Eine große Minderheit von über 40 % wählt den noch radikaleren Gewerkschafter Ferdinand Hareter.

Auf der anderen Seite: „systemfeindliche“ Verstaatlichungspartei

Die Linke zeigt ihr wahres Gesicht und ihre Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht nur in vielen Reden, sondern auch in der Wahl einiger gefährlicher Linksextremisten, die sich auch nicht von militanten linksextremistischen Gruppen wie der „Roten Hilfe“ distanzieren wollen:

- Die Wahl des bekennenden Kommunisten Pit Metz in den geschäftsführenden Landesvorstand trotz einer Kampfkandidatur mit über Zweidrittelmehrheit ist unter anderem ein Zeichen dafür, dass viele Delegierte der Linken seine kommunistischen Positionen unterstützen. Die volle und ausdrücklich geäußerte Unterstützung von Pit Metz durch die Landesvorsitzende Ulrike Eifler zeigt ebenfalls, dass Pit Metz in der Partei fest verwurzelt ist.
- Auch die Wahl von Manuela Schon ist ein deutlicher Hinweis dafür, dass die „LINKE“ sich auch von verfassungsfeindlichen Organisationen nicht distanzieren möchte und dass eine Organisation wie die „Rote Hilfe“, die dem deutschen Staat die Legitimation abspricht, von einer Mehrheit der Delegierten positiv beurteilt wird.

8. Die Landtagsfraktion „Die LINKE“

8.1 Informationen zu den einzelnen Abgeordneten

Im folgenden Kapitel sind mit Ausnahme von Willi van Ooyen, dessen Biographie wegen des Bekanntwerdens neuer Quellen im Gesamtzusammenhang dargestellt wird, nur die Informationen über die Abgeordneten der Linken aufgeführt, die nicht im ersten Teil der Dokumentation nicht enthalten waren.⁷³

8.1.1 Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender

Der nach dem Rücktritt von Pit Metz zum neuen Spitzenkandidaten der hessischen Linken gewählte Willi van Ooyen ist nach der Landtagswahl zum ersten Vorsitzenden der Fraktion „Die Linke“ gewählt worden. Er gehört bis heute der Partei „Die Linke“ nicht an.⁷⁴

Van Ooyen ist kein Neuling in der Politik. Anfang der siebziger Jahre engagierte sich van Ooyen für die Unterstützung von Wehrdienstverweigerern. Von dieser Zeit an Jahre stand er nicht nur mit kommunistischen Gruppen in Verbindung, sondern kooperierte bis zur Wende 1989/90 sehr eng mit der DKP und auch mit der SED. Sein mittlerweile offenes Engagement für die umbenannte SED, also für die Linke, kann daher als konsequente Fortsetzung seines jahrzehntelangen verfassungsfeindlichen politischen Engagements gesehen werden.

Hauptsächlich engagierte sich van Ooyen für die Deutsche Friedensunion (DFU), eine direkt von der SED gesteuerte und von der DKP angeleitete kommunistische Tarnorganisation. Ziel der DFU war es, die BRD kommunistisch zu unterwandern und zum Sieg der DDR über die BRD beizutragen.

8.1.1.1 zur Person (Biographische Daten)

Van Ooyen war von 1976 an zunächst hessischer Landesgeschäftsführer der DFU, seit 1984 dann deren Bundesgeschäftsführer und spätestens ab 1988 einer von

⁷³ Vgl. Dokumentation Teil I, S. 48ff.

⁷⁴ Siehe auch die eigene Webseite von Willi van Ooyen: www.willi-van-ooyen.de.

drei führenden hauptamtlichen Funktionären der DFU-Spitze. Über ein Jahrzehnt lang war er einer der maßgeblichen Organisatoren der so genannten „Friedensbewegung“, einer kommunistisch unterwanderten und gelenkten Bewegung, die eine einseitige Abrüstung des Westens forderte.

Zudem war er ab 1972 Mitglied im Bundesvorstand des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK), nach der Fusion mit der Deutschen Friedensgesellschaft 1974 ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen.⁷⁵ 1973 ist er Mitorganisator der Weltfriedenskonferenz in Moskau, alle finanziellen Transfers liefen über ein Sonderkonto, das auf seinen Namen eingerichtet worden war.⁷⁶ Ab 1976 Landesgeschäftsführer, ab 1984 Bundesgeschäftsführer der Deutschen Friedens-Union, jedenfalls ab 1988 Mitglied des engsten Führungsgremiums der DFU, der Geschäftsführung des Arbeitsausschusses des Bundesvorstandes. Seit 1980 ist er maßgeblicher Mitinitiator des Ostermarsches, des "Krefelder Appells" gegen den NATO-Doppelbeschluss und Mitorganisator der großen „Friedensaktionen“ der 80er-Jahre. Nach Auflösung der DFU Anfang 1990 Tätigkeit für den DGB und unterschiedliche soziale wie linksradikale Organisationen, nähere Infos unter: www.willi-van-ooyen.de. Aus seinen extrem linken politischen Ansichten hat van Ooyen nie einen Hehl gemacht: *„Ich bin Marxist, und die Bezeichnung Kommunist ist für mich kein Schimpfwort.“*⁷⁷ Der „Welt“ gegenüber betonte er im Dezember 2007: *„Ich habe mich nie von Kommunisten abgegrenzt.“*⁷⁸

8.1.1.2 Die Geschichte der Deutschen Friedens-Union (DFU) –

„Die Freunde Ulbrichts“⁷⁹

Die „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) existierte so lange, wie in Berlin die Mauer stand. Sie ist eine im Jahr 1960 auf Initiative des SED-Politbüros gegründete Partei gewesen⁸⁰, die nach dem Verbot der KPD durch das BVerfG im Jahr 1956 die

⁷⁵ Zum linksextremistischen Charakter der DFG-VK siehe auch das Kapitel 8.2.8.

⁷⁶ Vgl. Teilnehmerliste für das Kontaktgespräch zur Vorbereitung der Weltkonferenz, Bad Godesberg, 12. September 1973, HASTK, Best. 1415, Nr. 558.

⁷⁷ FAZ, 27. September 2007.

⁷⁸ Die „Welt“ kompakt, 17. Dezember 2007.

⁷⁹ „Die Freunde Ulbrichts“ nannte SPD- Pressechef Barsig 1961 die DFU in Anspielung auf die Parteiinitiatoren.

⁸⁰ Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 240.

kommunistischen und sozialistischen Kräfte in der BRD unter einem pazifistischen Deckmantel vereinen sollte. Die DFU wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Willi van Ooyen Ende 1989/Anfang 1990 aufgelöst, van Ooyen war einer von fünf Personen, die mit der Abwicklung vom Bundesvorstand betraut worden waren.⁸¹

Am 17. Dezember 1960 fand in Stuttgart die Gründungsversammlung der Deutschen Friedensunion statt. Zu den Mitbegründern gehörten u.a. der Bund der Deutschen, die Vereinigung unabhängiger Sozialisten und mehrere als Ersatzorganisationen der KPD fungierende Gruppen. Die DFU war dementsprechend nicht nur kommunistisch geprägt, sondern in besonderem Maße DDR-treu und verfolgte die Linie des ZK der SED. Neben SED-nahen Kadern aus dem SDS, der Anti-Atomtod-Bewegung und der illegalen KPD betätigte sich auch eine Reihe linkspazifistischer Christen in der Partei. Programmatisch wandte sich die Partei gegen das Wettrüsten, vertrat eine neutralistische Politik und forderte militärische Abrüstung und eine Entspannung der Konfrontation der Blöcke, alles mit dem Ziel der einseitigen Schwächung der BRD gegenüber dem Ostblock. Die SED bezeichnete die DFU 1961 folgerichtig als einzige demokratische Partei Westdeutschlands.⁸³ Zu den Gründern gehörten u.a. Prof. Renate Riemeck, die Pflegemutter von Ulrike Meinhof. Die Mitgliederzahlen gingen von 1961 bis in die 80er-Jahre von rund 12.000 auf ca. 1000 zurück, schon 1971 schätzte der Verfassungsschutz die Mitgliederzahl nur noch auf unter 3000.⁸⁴

Die DFU beteiligte sich nach Gründung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) 1968 nicht mehr an Bundestagswahlen, 1984 wurde aus der Partei ein Verein. Die DFU konzentrierte sich darauf, aktiv Bündnisse in der Friedensbewegung zu organisieren, wobei ihr mit der 1980 auf den Weg gebrachten „Krefelder Initiative“ (KI) und deren „Krefelder Appell“ gegen den NATO-Doppelbeschluss mit Hunderttausenden Demonstranten der größte Erfolg ihrer Geschichte gelang.

⁸¹ Brief von van Ooyen im Auftrag des Arbeitsausschusses des Bundesvorstandes der DFU an die DFU-Mitglieder aus dem Dezember 1989.

⁸³ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Friedensunion. Zudem bezeichnete das in der DDR erschienene „Meyers Neues Handlexikon“ (Leipzig 1971, Bd. 1, S.214) die DFU offiziell die „*Partei fortschrittlicher Kräfte in Westdeutschland*“, vgl. auch FN 4.

⁸⁴ Bundesverfassungsschutzbericht 1971, S. 88.

Erstes Nahziel der Partei war der Einzug in den Bundestag 1961. Der Wahlkampf wurde vom damaligen konkret-Herausgeber Klaus Rainer Röhl, dem damaligen Partner und zeitweiligen Ehemann von Ulrike Meinhof, organisiert, der in Absprache mit der SED v.a. mit den Motiven der Spitzenkandidatin Prof. Dr. Renate Riebeck und Albert Schweitzer warb. Die DFU scheiterte jedoch mit 1,9 Prozent deutlich an der 5-Prozent-Hürde. Das Ergebnis war auch für neutrale Beobachter unerwartet schlecht und wurde vor allem mit dem kurz vor der Bundestagswahl erfolgten Bau der Berliner Mauer erklärt.

Die politische Anleitung der DFU erfolgte durch die SED und ab 1968 auch durch die neu gegründete DKP. So heißt es in einer Information der Westabteilung des SED-Zentralkomitees „über die weitere Tätigkeit der Deutschen Friedensunion in der BRD“ vom Juli 1975:

„Das Präsidium der DKP nahm in seiner Sitzung vom 2. Juli 1975 eine Information über die weitere Tätigkeit der DFU zur Kenntnis und gab Empfehlungen vor allem in Richtung auf die stärkere Herausarbeitung des spezifischen Charakters dieser Vereinigung.“⁸⁵

Und in einer anderen Notiz der Westabteilung für das SED-Politbüromitglied Albert Norden wird mitgeteilt:

„Das beiliegende Memorandum der DFU entstand aus einem Material, welches auf unsere Anregung vom [SED-Institut] IPW erarbeitet und dem Parteivorstand der DKP als Handreichung übergeben wurde.“⁸⁶

Ein – später zurückgetretener – führender Funktionär vermerkte kritisch, die programmatische Orientierung der DFU habe nicht in Widerspruch zu programmatischen Aussagen der DKP geraten dürfen:

„Die programmatische Orientierung mußte so allgemein gehalten sein, daß sie auf Mitglieder und Adressaten unterschiedlichster weltanschaulicher Herkunft keinen aus-

⁸⁵ Westabteilung, Information über die weitere Tätigkeit der Deutschen Friedensunion in der BRD vom 25. Juli 1975, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/IV AB2./2.028/8, vgl. auch: Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 240.

⁸⁶ Hausmitteilung von Karl Wildberger, Westabteilung der SED, an Albert Norden vom 18. November 1974, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/IV B2./2.08/7.

schließenden Effekt ausübt, zweitens durfte sie nicht in Widerspruch zu programmatischen Aussagen der DKP geraten.⁸⁷

Im Jahr 1984 gab die DFU den Status einer politischen Partei auf und bezeichnete sich nur noch als „Politische Vereinigung“. Sie beteiligte sich in den folgenden Jahren an der Friedensliste, die auch zahlreiche aus der DFU kommende Kandidaten bei Wahlen aufstellte. Es überrascht nicht, dass mit dem Ende der Herrschaft der SED auch die öffentlichen Auftritte der Deutschen Friedens Union zu Ende gingen. Die SED hatte ihre Zahlungen an die DFU mit dem Ende der DDR eingestellt.

8.1.1.3 Die Finanzierung der DFU durch die SED

Die DFU wurde während der gesamten Dauer ihres Bestehens vom ZK der SED mit jährlichen Millionenzahlungen finanziert.

Die DFU gab für 1983 3,18 Mio. DM Einnahmen an; davon seien 81 % Spenden, 14 % stammten aus Mitgliederbeiträgen.⁸⁸ Tatsächlich betrug nach Notizen des Politbüromitglieds Albert Norden schon 1973 die direkte Zuwendung von der SED 3.324.000 DM – inklusive der Gelder für die „Deutsche Volkszeitung“⁸⁹ insgesamt sogar knapp 5 Millionen DM.⁹⁰ In diesem Jahr hatte die DFU allerdings nur 2.173.979 DM Einnahmen in ihrem Rechenschaftsbericht an das Bundestagspräsidium ausgewiesen; davon angeblich 2.010.393 DM Spenden⁹¹, also über 92% der Einnahmen. Die DFU hat damit auch schwer gegen das Parteiengesetz verstoßen und illegale Gelder aus der DDR verwandt, ohne sie zu deklarieren oder zu versteuern.

Aus dem Abschlussbericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages geht eindeutig hervor, dass im Jahr 1989 im Haushaltsplan des ZK der SED hohe Geldbeträge an die DFU ausgewiesen wurden, die zur Bezahlung der hauptamtlichen Mitarbeiter der DFU wie dem Hauptgeschäftsführer

⁸⁷ Wolf-Rüdiger Wilms in der Mitgliederzeitschrift der DFU Baden-Württemberg, „Podium“, Nr. 20, Mai 1989, zit. nach: Verfassungsschutzbericht des Bundes 1989, S. 38 und 95.

⁸⁸ Verfassungsschutzbericht des Bundes 1984, S. 46.

⁸⁹ Tageszeitung, die am Kurs der DKP und der DFU ausgerichtet war, vgl.

http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Volkszeitung.

⁹⁰ Geheime Notiz aus dem Büro des SED-Politbüromitglieds Albert Norden aus dem Jahr 1973, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY 30/ IV B2./2.028/ 5, Bl. 34, vgl. auch: Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 240.

⁹¹ Zit. nach; Schönfeldt, Die DFU, in: Richard Stöß [Hrsg.], Parteienhandbuch, Opladen 1983, S. 871.

Willi van Ooyen gedacht waren.⁹² In den Unterlagen des Ausschusses findet sich zudem ein Brief des westdeutschen DKP-Vorsitzenden Herbert Mies vom September 1989, in dem er sich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung in Höhe von 64,5 Mio. DM für das Jahr 1989 an Erich Honecker als den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED wendet.⁹³ Der Brief ist übrigens von Herrn Honecker persönlich mit dem Vermerk „*Einverstanden, EH*“ abgezeichnet worden.⁹⁴

Insgesamt belief sich die Finanzierung der DKP und anderer kommunistisch geprägter Organisationen im Jahr 1989 nach einem ebenfalls in den Ausschussunterlagen enthaltenen „Bericht über die Struktur und Aufgaben der Abteilung Verkehr“ auf jährlich sogar über 70 Mio. DM.⁹⁵ Die DFU erhielt davon 1989 3,1 Millionen DM zweckgebunden für „31 Mitarbeiter“⁹⁶, also durchschnittlich 100.000,- DM pro hauptamtlichen Funktionär. Die Hauptaufgabe der Abteilung Verkehr des ZK der SED war es übrigens, nach dem Verbot der KPD 1956 die im Untergrund weiter fortbestehenden Nachfolgeorganisationen der KPD und andere nahe stehende Organisationen wie die DFU finanziell zu unterstützen.⁹⁷

8.1.1.4 Die Rolle Willi van Ooyens bei der Finanzierung

Willi van Ooyen hat eine Kenntnis der Finanzierung der DFU durch die SED in den letzten Monaten immer wieder bestritten.⁹⁸ Er hat allerdings in der damaligen Zeit die Frage nach seiner (Finanz-)Verantwortung anders beantwortet. Das Interview mit der Bremer Ausgabe der taz vom 29. November 1989⁹⁹ liegt jetzt erstmals im Wortlaut vor:

„Während Lentz sich das akute Finanzloch der organisierten Friedensbewegung noch mit dem Rückgang beim Aufkleber-Verkauf und im Abrüstungs-Broschüren-Handel zu

⁹² Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 278ff., Dokument Nr. 34 im Anlageband I des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 305, Dokument Nr. 604 im Anlageband III des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600.

⁹³ Dokument Nr. 604 im Anlageband III, 1. Untersuchungsausschuss, 12. WP d. Dt. BT, Drs. 12/7600.

⁹⁴ a.a.O.

⁹⁵ Dokument Nr. 34 im Anlageband I, 1. Untersuchungsausschuss der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 308.

⁹⁶ a.a.O., S. 305.

⁹⁷ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 278ff.

⁹⁸ Quelle: „Welt“ vom 6. März 2008

⁹⁹ taz Bremen vom 29.11.1989, Seite 17.

erklären versucht, sind in der Kölner-Zentrale inzwischen plausible Lösungen des Finanzrätsels zu bekommen. DFU-Präsidiumsmitglied Willi van Ooyen zur taz: "Durch die Entwicklung in der DDR ist eine entscheidende Finanzquelle überraschend versiegt."¹⁰⁰

Auch ein DFU-Brief von van Ooyen aus dem Dezember 1989 weist auf einen großen Geldgeber hin:

„In dieser ohnehin sehr komplizierten Situation hat uns die finanzielle Krise, wesentlich verursacht durch die schlagartige Einstellung bzw. Stornierung fast aller Dauerspendsen, schwer getroffen, dies, zumal die Deutsche Friedens-Union sich und ihre politischen Aktivitäten zu ca. neunzig Prozent aus Spenden finanziert.“¹⁰¹

Diese Aussage wird untermauert von einem im Verfassungsschutzbericht 1989 zitierten Brief des DFU-Landesverbandes Bremen an seine Mitglieder, in dem es heißt:

„Nun ist es an den Tag gekommen, dass die DFU zu rund 80 Prozent von Geldern aus der DDR abhängig war. Das haben uns unsere politischen Gegner immer vorgehalten, wir sind dieser angeblichen Verleumdung immer mit Entschiedenheit entgegengetreten [...] Der Vorwurf besteht, wir seien in den vergangenen Jahren nichts anderes als die bezahlten Vorposten der SED gewesen.“¹⁰²

Der heutige Fraktionsvorsitzende der Linken hat sich damals auch über die Durchführung der Finanztransfers geäußert:

*„Und so ungefähr funktionierten bislang die Zuwendungen des real existierenden Sozialismus an den noch nicht existierenden: Bundesdeutsche Handelsunternehmen im Ost-West-Geschäft investierten – notgedrungen oder gerne – einen Teil ihrer Gewinne in den hiesigen Kampf für den Sozialismus. Wer in der BRD an Krimsekt oder Gorbatschow-Wodka verdienen wollte, hatte vertragsgemäß einen Teil der Rendite an DFU oder DKP auszuschütten. Van Ooyen plaudert damit aus, was in DFU- und DKP-Kreisen bislang allenfalls als Verleumdung hartnäckiger Antikommunisten galt.“*¹⁰³

¹⁰⁰ a.a.O., S. 17

¹⁰¹ Brief von van Ooyen im Auftrag des Arbeitsausschusses des Bundesvorstandes der DFU an die DFU-Mitglieder aus dem Dezember 1989, siehe Anlage.

¹⁰² a.a.O.

¹⁰³ taz Bremen vom 29.11.1999, a.a.O.

Diese Informationen stimmen mit den Unterlagen überein, die über die Finanzierung der DKP erhalten geblieben sind, von der SED finanzierte Handelsunternehmen organisierten den Geldtransfer in den Westen.¹⁰⁴

In der Tageszeitung „Welt“ vom 6. März 2008 behauptet van Ooyen dagegen, er habe von einer Fremdfinanzierung nichts gewusst:

*„Ich war einer der Geschäftsführer der Deutschen Friedensunion. Meine Aufgabe war immer, Politik zu machen und Menschen zu mobilisieren, **für Geldflüsse war ich nicht zuständig.** Wir haben überall gesammelt und alles genommen, was uns angeboten wurde. Bei mir ist nie jemand mit Geld aus der DDR oder Moskau angekommen. Wir hatten aber regelmäßig alle zwei Jahre die Steuerfahndung im Haus, da hätte das auffallen müssen.“¹⁰⁵*

8.1.1.4 Was wusste van Ooyen? – Bewertung der vorliegenden Quellen

Die Aussagen von van Ooyen während der Wendezeit und seine heutigen Erklärungen sind widersprüchlich. Gemeinsam mit den vorliegenden Dokumenten gibt es keine vernünftigen Zweifel, dass die DFU ihre erheblichen Geldmittel von einer anderen Organisation als der SED bekommen haben soll. Auch eine ideologische Steuerung der DFU durch die SED ist hinreichend belegt.

Neben den Dokumenten sprechen auch andere Gründe für eine Anleitung der DFU durch die SED: Worin sollte der Nutzen für die SED bestehen, wenn die DFU eine unabhängige Partei gewesen wäre? Schwer zu beschaffende Westdevisen gaben Ulbricht und Honecker nicht ohne Grund in den Westen zurück.

Nach den eben dargestellten Beweisen erscheint es ausgeschlossen, dass Willi van Ooyen die Zahlungen aus der DDR weder angenommen noch verwaltet haben will, wie er in der „Welt“ bekundet hat. Erstens war er einer von drei Mitgliedern der „Geschäftsführung“ der DFU, gehörte also dem engsten Führungsgremium an. Zweitens hat er selbst 1989 in der „taz“ erklärt, dass erhebliche Zahlungen an die DFU aus der DDR kamen, und drittens profitierte er als Bundesgeschäftsführer nicht nur von den Finanzmitteln der SED, sondern wird darüber hinaus an der Verteilung der Gelder an die Landesverbände beteiligt gewesen sein. Zudem war er als einer von wenigen „Liquidatoren“ mit der finanziellen und organisatorischen Abwicklung der DFU be-

¹⁰⁴ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. WP des Dt. BT, Drs. 12/7600, S. 278ff.

¹⁰⁵ Quelle: „Welt“ vom 6. März 2008

traut worden – er musste also schon vorher Einblick in das Finanzsystem der DFU gehabt haben, sonst hätte man ihn nicht damit betraut. Zudem hat er in der taz ausführliche Infos zum illegalen System der Geldbeschaffung der DFU preisgegeben. Und er hat den entscheidenden Brief unterzeichnet, in dem die bevorstehende Auflösung der DFU in Aussicht gestellt wird.

Van Ooyen hat die hessische Öffentlichkeit über seine Tätigkeit für die DDR hinters Licht geführt: Willi van Ooyen war ein bezahlter so genannter „Einflussagent“ der DDR, dessen Ziel es war, die BRD zu unterwandern, die staatliche Ordnung der BRD zu unterminieren und eine einseitige Abrüstung in Westdeutschland zu erreichen. Er kämpfte für die Ausdehnung des Ostblocks auf Westdeutschland und für den Sieg der Sowjetunion im Kalten Krieg gegen die USA und Westeuropa. Er war ein tatkräftiger Unterstützer der DDR. Zum gleichen Schluss kommt auch der renommierte Extremismusforscher Professor Eckhard Jesse:

„Nehmen Sie Willi van Ooyen, den Fraktionschef der Linken in Hessen. Es heißt immer, er käme aus der Friedensbewegung, was hübsch demokratisch klingt. Tatsächlich war er viele Jahre hauptamtlicher Geschäftsführer der Deutschen Friedensunion, einer Organisation, die von der SED finanziert wurde und folglich verdeckt SED-Positionen vertrat. Van Ooyen hat sich davon nie distanziert.“¹⁰⁶

8.1.1.5 Aktivitäten nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur

Auch nach der Wende war van Ooyen politisch aktiv: So ist er seit mehreren Jahren Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel¹⁰⁷, der vom hessischen Verfassungsschutz beobachtet wird.¹⁰⁸

8.1.2 Janine Wissler, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler, stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion der Linken, ist nicht nur ehemaliges Mitglied der letztes Jahr aufgelösten trotzkistischen Vereinigung „Linksruck“, sondern auch Gründungsmitglied der Nachfolgeorganisation „marx

¹⁰⁶ Eckhard Jesse in: <http://www.derwesten.de/nachrichten/nrz/2008/9/19/news-77636819/detail.html>

¹⁰⁷ <http://www.friedensratschlag.de>

¹⁰⁸ Verfassungsschutzbericht Hessen 2006, S. 102; vgl. auch: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Rhein-Main Zeitung, 27. September 2007

21“¹⁰⁹, die innerhalb der Linken für einen internationalen Marxismus wirbt und die den revolutionären Klassenkampf der Arbeiterklasse fordert.¹¹⁰

Wissler ist wirtschafts- und wissenschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Über ihre offensiv verfassungsfeindliche Haltung geben insbesondere die im Kapitel über die einzelnen Plenarsitzungen nachgewiesenen Äußerungen Aufschluss.¹¹¹

8.1.3 Marjana Schott, parlamentarische Geschäftsführerin (PGF)

Die neu gewählte parlamentarische Geschäftsführerin Marjana Schott ist bis zur Gründung der Linken politisch nicht aktiv in Erscheinung getreten, war aber von 2007 bis vor wenigen Wochen stellvertretende Landesvorsitzende ihrer Partei. Auch hinsichtlich ihrer Person sowie hinsichtlich aller anderen Abgeordneten der Linken wird auf das entsprechende Kapitel über die Landtagsdebatten hingewiesen.¹¹²

8.1.4 Hermann Schaus, Landtagsvizepräsident

Hermann Schaus ist Gewerkschafter seit mehreren Jahrzehnten, er ist 52 Jahre alt und seit 27 Jahren hauptamtlich bei ÖTV, später ver.di und mittlerweile Landesprecher ver.di Hessen. Er ist innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Schaus hat den hessischen Sicherheitsbehörden unterstellt, sie würden bei rechtsextremer Gewalt bewusst untätig bleiben¹¹³.

7.1.5 Barbara Cardenas Alfonso

Frau Alfonso ist das einzige Mitglied der Linksfraktion, das mal Mitglied der DKP war (in den 80er-Jahren). Frau Alfonso ist die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion.

¹⁰⁹ vgl. Selbstauskunft von Frau Wissler auf der Homepage der LINKEN-Fraktion Hessen, http://www.linksfraktion.die-linke-hessen.de/component/option,com_contact/task,view/contact_id,4/Itemid,243/ (17. April 2008).

¹¹⁰ Bundesverfassungsschutzbericht des Bundes 2007, S. 163.

¹¹¹ Siehe Kapitel 8.2.

¹¹² Siehe Kapitel 8.2.

¹¹³ Vergleiche Kapitel 8.2.7.2.

8.1.6 Dr. Ulrich Wilken

Dr. Ulrich Wilken, der seit 2003 nur mit einer kurzen Unterbrechung amtierende Landesvorsitzende der LINKEN in Hessen, ist seit seinen politischen Anfängen 1982 links von der SPD zu verorten gewesen. Als Gründungsmitglied der Demokratischen Sozialisten (DS) war er ein enger Mitstreiter des neuen stellv. Landesvorsitzenden der Linken Manfred Coppik, der erst vor wenigen Wochen in Lollar überraschend gewählt wurde. Coppik und ein weiterer SPD-MdB hatten die DS vor allem als Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss gegründet. Am 30. August 2008 wurde Dr. Wilken mit 50,6 % zum Landesvorsitzenden wiedergewählt. Er hatte seine Funktion nach seinem Einzug in den Landtag am 16. April 2008 bis zum Parteitag in Lollar niedergelegt, da „die Frage nach Trennung von Amt und Mandat in unserer Partei teilweise heftig und strittig diskutiert“ werde.¹¹⁴

Wilkens Wahl zum Landesvorsitzenden gegen den noch weiter links stehenden ehemaligen stellv. Landesvorsitzenden Ferdinand Hareter kann als Richtungsentscheidung der Delegierten der Linken gelten, den Lafontaine'schen Annäherungskurs zur SPD auch in Hessen durchzusetzen. Dr. Wilken macht allerdings aus seiner marxistischen Grundeinstellung auch kein Geheimnis und zitiert auch im Landtag Karl Marx:

„In unserer Sprache heißt das, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes Wesen ist.“¹¹⁵

Dr. Ulrich Wilken am 17. Juni 2008 im Hessischen Landtag

8.2. Die parlamentarische Arbeit der Fraktion in Ausschüssen und im Landtagsplenum

Die Fraktion „Die LINKE“ hat ihre inhaltlichen Positionen in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit deutlichen Worten vertreten. Ein Blick in die Plenarprotokolle zeigt daher häufig sehr anschaulich, welches die Ziele der Linken sind:

8.2.1 Konstituierende Sitzung, 5. April 2008

¹¹⁴ Quelle: <http://www.die-linke-hessen.de/lv15/home/presse/3-pressemitteilungen/66-landesvorsitzender-ulrich-wilken-legt-sein-amt-nieder?d4dad6935f632ac35975e3001dc7bbe8=fe945641ec2e5857203d38cb359fc019>

¹¹⁵ Vgl. fast gleichlautend: Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, S. 385, vgl. ausführlich dazu das Kapitel zur Landtagssitzung am 17. Juni 2008.

Einzigster inhaltlicher Tagesordnungspunkt war an diesem Tag die Entgegennahme einer Erklärung nach Art. 113 Abs. 2 HV durch den Ministerpräsidenten und die dazu gehaltenen Erwiderungen der Landtagsfraktionen.

Willi van Ooyen trug in seiner Jungfernrede vor, was die Linke im Hessischen Landtag bewirken wolle:

„Wir wenden uns gegen jegliche Privatisierung und wollen Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge tatsächlich in öffentlicher Hand behalten. Das gilt für Wasser und Strom, natürlich aber auch für Bildung und Gesundheit.“

Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 5. April 2008

Gleichzeitig stellte er klar, dass der Landtag nur eine untergeordnete Funktion für die Linke hat und dass sie die außerparlamentarische Arbeit als wichtigsten Teil ihrer Arbeit ansieht:

„Wir sehen uns nicht als Stellvertreter der verschiedensten Initiativen und sozialen Bewegungen, sondern wir sind Bestandteil der außerparlamentarischen Bewegung. Auch das ist ein Unterschied zu den Parteien in diesem Landtag. [...] Wir wollen dies im Parlament einbringen, aber wir wollen diese Dinge auch in den außerparlamentarischen Bewegungen, der Friedensbewegung mit vorantreiben. Wir wissen, dass unsere politischen Möglichkeiten in diesem Parlament relativ begrenzt sind. Aber ich glaube, wenn wir Druck entfalten, [...] dann wird sich in diesem Land tatsächlich etwas verändern lassen...“

Willi van Ooyen im Landtag am 5. April 2008

Man will also als Linke durch gezielten „Druck“ auf die Verfassungsorgane versuchen, Entscheidungen zu erreichen, anstatt auf parlamentarischem Weg Mehrheiten zu suchen.

Willi van Ooyen hat mit dieser Rede für seine Fraktion „Die LINKE“ klargestellt, dass Grundgesetz und Hessische Verfassung nur insoweit für sie Geltung haben, wie sie in ihre Ziele passen und dass sie ihren Schwerpunkt bei der außerparlamentarischen Arbeit sehen.

Abschließend redete van Ooyen einem offensiven Antiamerikanismus das Wort:

„Wir gehen davon aus, dass es in Wiesbaden kein neues US-Headquarter geben muss. Gerade dieses Headquarter ist dafür verantwortlich, dass in Abu Ghuraib gefoltert wurde.“

Willi van Ooyen im Landtag am 5. April 2008

8.2.2 Erster Plenartag am 9. April 2008

8.2.2.1 Regierungserklärung von Ministerpräsident Koch

Im Anschluss an die Regierungserklärung von Ministerpräsident Roland Koch sprach für die Fraktion „Die LINKE“ Dr. Ulrich Wilken, der Landesvorsitzende der Linken Hessen. Erster Schwerpunkt seiner Äußerungen war die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln im kommunistischen Sinn:

„Wir müssen in Hessen diese öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen insbesondere in der Energie- und Wasserversorgung, bei Wohnraum, Transport, Verkehr wie auch im Bildungs- und Gesundheitswesen sozial und ökonomisch sinnvoll weiterentwickeln. Dazu brauchen wir Kontrolle über diese Unternehmen.“

Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 9. April 2008

Auch die weiteren Äußerungen Wilkens legten vom wirtschaftspolitischen Programm der Linken beredtes Zeugnis ab:

„Ein Mindestlohn bringt außerdem mehr Geld in Umlauf, auch hier in Hessen, und stärkt damit die kränkelnde Binnennachfrage und damit vor allem die mittelständische Wirtschaft. [...] Auch um bei Bedarf einen sozial gestaffelten Energiepreis einzubringen, damit Arme nicht auch noch in ihren Wohnungen frieren müssen, bedarf es eines politischen Zugriffs auf die Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 9. April 2008

Die Linke redet damit einer grundgesetzwidrigen Enteignung von Unternehmen das Wort. Sie hat sich inhaltlich nicht von der SED losgelöst, die Kontinuität wird auch in der Haushaltspolitik deutlich:

„Wir als LINKE schrecken nicht davor zurück, auch die Verschuldung zu erhöhen, damit wir gerechte Politik machen können.“

Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 9. April 2008

Der Landesregierung unterstellt Wilken, sie wolle privat betriebene Gefängnisse in ihren betriebswirtschaftlichen Interessen an ausreichenden Häftlingszahlen unterstützen:

„Wenn ich ein privates Gefängnis habe, muss die Marktlogik doch sagen: Für dieses private Gefängnis muss ich Nachfrage schaffen. – Das ist eine Politik, die Sie machen wollen?“

Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 9. April 2008

8.2.2.2 Lesung des Gesetzes zur Abschaffung der Studienbeiträge¹¹⁶

Frau Wissler, neugewählte stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linke, betonte wie schon van Ooyen wenige Tage zuvor anlässlich der ersten Lesung des Gesetzes von SPD und Grünen zur Abschaffung von Studiengebühren ihre Ablehnung einer parlamentarischen Demokratie:

Deshalb ist es nötig, dass die Studierendenbewegung und die Gewerkschaften so lange Druck machen und auf die Straße gehen, bis dieses Gesetz endlich gekippt ist.
Janine Wissler im Hessischen Landtag am 9. April 2008

8.2.3 Zweites April-Plenum, 22. bis 24. April 2008

8.2.3.1 Antrag zur Stasi-Überprüfung von Abgeordneten¹¹⁷

Zu dem Antrag zur Stasi-Überprüfung von Abgeordneten sprach der Fraktionsvorsitzende van Ooyen und löste zu Anfang seiner Rede einen Eklat aus:

„Niemand hat so intensiv an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der SED-Geschichte gearbeitet wie die Partei DIE LINKE.“
Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 22. April 2008

Danach unterstellte van Ooyen den hessischen Sicherheitsbehörden, sie seien verantwortlich für den Fortbestand der rechtsextremistischen NPD:

„Was der Verfassungsschutz macht, ist allerdings wirklich unerträglich. Das ist eine Bespitzelung hoch drei. Herr Bouffier, ich bin der Meinung, dass dieser Verfassungsschutz und die Bespitzelung enden ... Ich glaube nämlich, dass wir die politische Auseinandersetzung mit dem Faschismus, den Sie hier immer erwähnen, täglich auf der Straße austragen. Wir wissen, dass die NPD nur durch die Polizei und den Verfassungsschutz am Leben gehalten wird. Das muss man doch einmal sagen. [...]
Man muss doch laut und deutlich sagen dürfen, dass der Verfassungsschutz nicht nur ein Ventil ist, mit dessen Hilfe demokratische Entwicklungsprozesse begleitet werden, sondern dass es wirklich darum geht, dass hier die Beobachtung, die Bespitzelung und damit die Ausgrenzung von Demokraten – ich bezeichne mich als solchen – erfolgen.“
Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 22. April 2008

Diese Unterstellungen hat Willi van Ooyen nicht belegt, sondern nur nach einer Intervention des Innenministers mit weiteren Behauptungen nachgelegt:

„Es geht sicherlich um die NPD-Frage – da bin ich möglicherweise etwas zu schnell an einem Punkt angelangt, wo die gesamte NPD in die Rolle hineinkam. Der öffentliche Auftritt der NPD in Frankfurt war aber beispielsweise nur möglich, weil dies aufgrund des Polizeischutzes tat-

¹¹⁶ Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Sicherstellung von Chancengleichheit an hessischen Hochschulen, Drucks. 17/15

¹¹⁷ Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Drucks. 17/29

sächlich ermöglicht wurde. Darum geht es. Es geht darum, dass wir das NPD-Verbot längst haben könnten, wenn es nicht eine Kooperation mit solchen Spitzen aus dem NPD-Lager geben würde. Das ist der Punkt.“

Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 22. April 2008

Van Ooyen unterstellt den Sicherheitsbehörden eine direkte Zusammenarbeit der Polizei mit den erklärten Verfassungsfeinden der NPD, auch hier zeigt die Linke, welches Bild vom Staat sie hat.

8.2.3.2 Antrag zur Situation in Tibet¹¹⁸

Die in Tibet blutig niedergeschlagenen Demonstrationen für die Einführung von Menschenrechten und mehr Autonomie nutzte Willi van Ooyen für eine Anklage gegen die Situation in den USA:

„Man darf nicht nach rassistischen oder anderen, beispielsweise religiösen Gesichtspunkten, Nationen und Völker bilden. Hier geht es darum, tatsächliche Mitwirkung in allen Bereichen durchzusetzen. Ich meine das nicht nur in Tibet. Ich sehe, wie die CDU und manche in der FDP kleinlaut werden, wenn es sich um andere Gegenden der Welt handelt, die von Menschenrechtsverletzungen genauso betroffen und bedroht sind. Ich denke dabei an Abu Ghraib, ich denke an Guantanamo. Da würde ich gerne Ihre Vokabeln lauter hören.“

Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 22. April 2008

Die zweifellos nicht hinnehmbaren Vorkommnisse in Abu Ghraib und in Guantanamo werden von van Ooyen mit der jahrzehntelangen gewaltsamen Unterdrückung eines ganzen Volkes verglichen und damit die Verbrechen Chinas in Tibet verharmlost.

8.2.3.3 Anträge zur Zukunft der Energiepolitik in Hessen¹¹⁹

Während einer umfassenden Debatte zur Zukunft der Energie- und Umweltpolitik äußerte sich Janine Wissler in bemerkenswerter Offenheit zu den kommunistischen Verstaatlichungsplänen ihrer Partei:

„DIE LINKE fordert deshalb die Rekommunalisierung privatisierter Stadtwerke. Wir fordern die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand, denn die Energie muss dem Gemeinwohl dienen. Sie darf aber nicht den Profitinteressen einzelner Konzerne dienen.“

Janine Wissler im Hessischen Landtag am 22. April 2008

¹¹⁸ Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der Bevölkerung in Tibet, Drucks. 17/34.

¹¹⁹ Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine neue Energie- und Klimaschutzpolitik für Hessen – Drucks. 17/26, gemeinsam mit Drucks. 17/27, 17/67, 17/50, 17/75, 17/78, 17/81.

Die Umsetzung dieser Forderungen ist nichts anderes als eine verfassungswidrige Enteignung, da gegen den Willen der Eigentümer der Unternehmen diese in die öffentliche Hand gebracht werden sollen.

8.2.3.4 Antrag zur Deutschen Bahn¹²⁰

Weitere Äußerungen zur Wirtschaftspolitik fanden sich in der Rede von Hermann Schaus während einer Debatte über die Bahnpolitik:

„Privatisierungen haben sich in den allermeisten Fällen als nachteilig erwiesen. [...] Es ist ein längst bekannter neoliberaler Irrglaube, dass der Markt es schon richten und mehr Verkehr auf die Schienen bringen werde. Das funktioniert nicht. Wettbewerb ist die Parole derer, die neue Monopole bilden wollen. [...] Für uns ist die Privatisierung der Bahn der Diebstahl öffentlichen Eigentums.“
Hermann Schaus im Hessischen Landtag am 24. April 2008

8.2.4 Mai-Plenum, 13. bis 15. Mai 2008

8.2.4.1 Regierungserklärung zum Vertrag von Lissabon¹²¹

In der Debatte über die Regierungserklärung des Europaministers Volker Hoffmann macht Willi van Ooyen deutlich, dass die Linke konsequent eine antieuropäische Politik verfolgt. Er sucht die Gründe für das Scheitern des Vertrags von Nizza bei Marktwirtschaft und insbesondere bei der „Aufrüstungspolitik“:

„Die Gründe dafür waren in erster Linie die Festschreibung einer konsequent neoliberalen Wirtschaftspolitik, welche sich über den Nizza-Vertrag auch im vorliegenden Reformvertrag wiederfindet, aber auch die – dies ist bisher einmalig in einer Verfassung – Verankerung einer Aufrüstungspolitik, die die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet – ich zitiere –, ‚ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern‘ [...] Zu kritisieren ist daran besonders, dass zum ersten Mal in einem europäischen Land die Zusammenführung von Außen- und Verteidigungspolitik erfolgt. Auch das signalisiert, dass hier der Verdacht naheliegt, dass die EU-Politik vornehmlich als Militärpolitik begriffen wird. All dies zusammengekommen, komme ich zu folgenden Schlussfolgerungen: Erstens. [...] Die EU militarisiert sich. [...] Drittens. Mit der inneren und äußeren Militarisierung verliert die Europäische Union zukünftig an Attraktivität als Zivilmacht. Sie wird zu einem hoch gerüsteten Global Player und trägt damit zur Verschärfung weltweiter Konflikte und Spannungen bei.“

¹²⁰ Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Trennung von Netz und Verkehr bei der Bahn, Drucks. 17/80, zusammen mit Drucks. 17/85, 17/90.

¹²¹ „Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend das Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Landes Hessen im Bundesrat anlässlich der Abstimmung über den „Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“, Drs. 17/66.

8.2.4.2 Antrag zur Verlegung des US-Hauptquartiers nach Wiesbaden¹²²

In einer aktuellen Stunde hat die Linke beantragt, über die geplante Verlegung des europäischen US-Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden-Erbenheim zu sprechen. Der Fraktionsvorsitzende van Ooyen stellt dabei die USA als kriegerische Nation da, die mit Hilfe des Wiesbadener Standortes die ganze Welt mit Krieg überziehen will:

„Die US-Armee will mit Hilfe der Hessischen Landesregierung das neue US-Hauptquartier Europa in Wiesbaden errichten. Der Krieg gegen den Terror soll mit der Umstrukturierung optimiert werden. Das ist die Leitlinie. Wiesbaden spielt damit in den Plänen für die künftige globale Kriegslogik der US-Armee eine zentrale Rolle.“

Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 15. Mai 2008

8.2.5 Juni-Plenum, 3. bis 5. Juni 2008

8.2.5.1 Studienbeitragsgesetzabschaffung

In der am 3. Juni stattfindenden 2. Lesung des Gesetzes unterstützte Janine Wissler ausdrücklich auch die von den Studenten begangenen Straftaten, anstatt sich auf die rechtmäßigen friedlichen Proteste zu beziehen:

„Ich erinnere mich noch an die erste Vollversammlung an der Frankfurter Uni, fast auf den Tag genau vor zwei Jahren, zu der Tausende von Studierenden kamen. Im Anschluss zogen wir als Demonstrationszug durch die Innenstadt. Das war der Auftakt für einen Protestsommer, wie in Hessen lange nicht erlebt hat: Kreuzungen wurden blockiert, Bahnhöfe besetzt und Autobahnen lahmgelegt, das Wissenschaftsministerium wurde besetzt.

¹²² Aktuelle Stunde der Fraktion die Linke betreffend Frieden schaffen ohne Waffen! Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden, Drucks. 17/176.

Mehrere bundesweite Studierendendemonstrationen fanden in Hessen statt. Es gab Versuche, diese Bewegung zu kriminalisieren: durch Massenverhaftungen, durch Drohungen, durch unverhältnismäßig harte Urteile.“

Janine Wissler im Hessischen Landtag am 22. April 2008

Am Nachmittag des 5. Juni gab Ministerpräsident Koch eine Erklärung ab, in der er feststellte, dass der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studienbeiträge von Grünen, SPD mit Unterstützung der Linken einen so schweren handwerklichen Fehler enthielt, dass dieser die Verfassungswidrigkeit des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Folge hatte. Die Landesregierung hatte sich daher gezwungen gesehen, Einspruch gegen das Gesetz einzulegen. Daraufhin wurde einstimmig die Einberufung eines Sonderplenums am 17. Juni 2008 beschlossen, um den Antragstellern zu ermöglichen, den Gesetzentwurf doch noch vor der Sommerpause beschließen zu können.

Janine Wissler gab in der anschließenden Debatte ein Plädoyer gegen den Parlamentarismus und für die Herrschaft der Straße ab:

„An dieser Stelle fordere ich alle Studierenden in Hessen auf, weiterhin auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren, um so lange Druck auszuüben, bis diese Landesregierung verstehen wird, dass sie keine Mehrheit mehr hinter sich hat. [...]

Wir werden das in diesem Parlament durchsetzen, notfalls auch außerhalb.“

Janine Wissler im Hessischen Landtag am 5. Juni 2008

Die rechtmäßige Entscheidung von Ministerpräsident Koch, Einspruch gegen das verfassungswidrige Gesetz einzulegen, wird von Frau Wissler damit in sein Gegenteil verkehrt. Dass die Landesregierung sogar die verfassungsrechtliche Pflicht hatte, gegen ein solch fehlerhaftes Gesetz vorzugehen, wird gänzlich weggelassen.

8.2.5.2 Linke fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes¹²³

Hermann Schaus, Landtagsvizepräsident der Linken, hatte im Wiesbadener Kurier vom 21. Mai 2008 erklärt:

„Natürlich wollen wir Änderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit auch eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse [...] Das mag aus Sicht der CDU extremistisch sein, für uns ist es das nicht.“ Auf die Frage, ob die Abschaffung des Verfassungsschutzes in Hes-

¹²³ Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend keine Abschaffung des Verfassungsschutzes, Drs. 17/264.

sen gefordert werde, erklärte Schaus: „Angesichts dessen, wie er agiert und wie er instrumentalisiert wird, ja.“¹²⁴

Um diese Äußerungen im Landtag zur Sprache zu bringen, hat die CDU gemeinsam mit der FDP einen Antrag eingebracht.

Willi van Ooyen erklärte in der Debatte über den Antrag, man wolle nichts anderes, als das Wirtschaftssystem stürzen – das sei aber nicht verfassungswidrig:

„Nach einhelliger Auffassung ist es unstreitig, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung keine bestimmte Wirtschaftsordnung voraussetzt. Sie können das nachlesen. Der Kapitalismus ist kein verfassungsmäßig geschützter Bestandteil unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. [...]

Im Gegensatz zu zahlreichen Politikern der CDU will die Fraktion DIE LINKE Verfassungsartikel nicht verändern oder schleifen.“

Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 05. Juni 2008

Zudem erneuerte er das Bekenntnis zum Marxismus:

„Übrigens hatten wir am letzten Donnerstag eine sehr große Veranstaltung im Frankfurter Gewerkschaftshaus mit über 600 Teilnehmern, wo wir das „Kommunistische Manifest“ gelesen haben. Es war begeisternd, einmal tatsächlich diese Tradition wieder aufleben zu lassen.“

Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 05. Juni 2008

Auch in neuerer Zeit finden sich weitere Aussagen der Linken, die eine Abschaffung des Verfassungsschutzes befürworten, zumindest aber ultimativ die Einstellung der Beobachtung fordern:

Janine Wissler:

„Die Linke“, so erklärte die Abgeordnete auf Anfrage, „lehne den Verfassungsschutz zwar grundsätzlich ab, mache dessen Abschaffung aber nicht zur Bedingung für ein rot-grün-rotes Bündnis.“ Auf die Frage, ob die Linkspartei darauf bestehen werde, dass ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz aufhöre, antwortete Wissler ebenfalls ausweichend: „Die SPD muss sich entscheiden, ob sie mit uns zusammenarbeiten will oder uns für Verfassungsfeinde hält.“ Auf Nachfrage schränkte sie dann wieder ein: „Auch daran werden wir die Wahl Andrea Ypsilantis nicht scheitern lassen.“¹²⁵

Auch Willi van Ooyen ließ an seiner Haltung keinen Zweifel:

¹²⁴ Quelle: Wiesbadener Kurier vom 21. Mai 2008, im Internet auch nachgewiesen unter: <http://www.faz.net/s/Rub5785324EF29440359Bo2AF69CB1BB8CC/Doc~E3B4A1AFB21A1408383D5ADEDD58054EC~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

¹²⁵ FAZ, Ausgabe vom 18. August 2008.

„Wir haben gesagt, wir wollen natürlich auf Dauer, dass der Verfassungsschutz abgeschafft wird. Aber der Einstieg könnte ja sein, dass die Überwachung der Linken jetzt auch eingestellt wird, denn das ist ja nicht ein Zeichen von Vertrauen, wenn man uns gleichzeitig überwachen muss.“¹²⁶

„Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass wir zwar eine bessere Welt brauchen, aber keinen Verfassungsschutz. Wie man ihn abschaffen kann, darüber muss natürlich gestritten werden.“¹²⁷

„Klimatisch ist es schon eine schizophrene Lage, wenn SPD und Grüne von Vertrauen sprechen und dann das geheime Spitzelwesen gegen uns weiterbetreiben.“ Einen Stopp der Beobachtung der Linken könne man sich als Kompromisslösung vorstellen. Auf die Frage, ob diese Variante eine Möglichkeit sei, antwortete van Ooyen: „Das zielt in die richtige Richtung.“¹²⁸

„Für van Ooyen bleibt der Umgang mit dem Verfassungsschutz ein heikler Punkt. „Keiner kann von uns verlangen, dass wir denjenigen die Hand reichen, die uns bespitzeln“, sagte er der „Bild“-Zeitung (16.8.2008). Eine sofortige Abschaffung des Verfassungsschutzes werde man aber nicht fordern, fügte er im „Tagesspiegel am Sonntag“ hinzu (17.8.2008).“¹²⁹

„Man könnte ja mit dem Abbau des Verfassungsschutzes so anfangen, dass man diejenigen, die uns bespitzeln, herausrechnet“.¹³⁰

„Wir werden weiter gegen den Verfassungsschutz sein, aber wir wissen, dass wir ihn mit unseren sechs Stimmen nicht abschaffen können. Aber man könnte zum Beispiel schon man das Personal einsparen, das uns bespitzelt.“¹³¹

Der Landesvorsitzende der Linken Dr. Ulrich Wilken unterstützte seinen Fraktionskollegen:

„Ein Bekenntnis der Linken zum Verfassungsschutz findet Wilken „abstrus“.“¹³²

¹²⁶ Deutschlandfunk, 18.8.2008

¹²⁷ Junge Welt, 18.8.2008

¹²⁸ hr-online, 17.8.08

¹²⁹ Quelle: süddeutsche.de, 17.8.2008

¹³⁰ Ebenda.

¹³¹ HNA, 7.8.08

¹³² Stern.de, 12.8.2008

Die FAZ berichtet ausführlich zu diesem Thema:

„Noch vor einigen Wochen hatte Wilkens Fraktionskollege im Landtag, Hermann Schaus, für die Abschaffung des Verfassungsschutzes plädiert – „angesichts dessen, wie er agiert und wie er instrumentalisiert wird“. Wilken stellte nun klar, dass die Linke den Geheimdienst lediglich reformieren wolle. Derzeit sei der hessische Verfassungsschutz „auf dem rechten Auge blind“ und lasse sich parteipolitisch instrumentalisieren, indem er auf der Beobachtung der Linkspartei beharre. Es sei aber Aufgabe des Parlaments zu entscheiden, was ein Staatsorgan zu tun und zu lassen habe. „Wer zu den Verfassungsfeinden gehöre, muss politisch diskutiert werden, das darf nicht die Behörde selbst entscheiden.“ Die Linke, so Wilken, werde für den Fall einer rot-grünen Minderheitsregierung keine Bedingungen in Sachen Verfassungsschutz stellen.“¹³³

Aus den zahlreichen Äußerungen kann man entnehmen, dass die Linke den Verfassungsschutz vor allem deshalb ablehnt, da er sie rechtmäßig wegen Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beobachtet.

8.2.6 Juni-Sonderplenum, 17. Juni 2008

8.2.6.1 Abschaffung der Studienbeiträge

Janine Wissler erklärte in der abschließenden Lesung im Plenum wiederum, dass sie nicht das Parlament als legitimes Entscheidungsgremium ansehe, sondern die „Straße“:

„Die Abschaffung der Studiengebühren ist nicht der Erfolg dreier Fraktionen im Landtag, sondern ein Erfolg der Studierendenbewegung und zeigt: Wer kämpft, kann gewinnen. Es gab unzählige Demonstrationen und Veranstaltungen. Bahnhöfe wurden besetzt, Autobahnen blockiert; Institute wurden bestreikt.“

Janine Wissler am 17. Juni 2008 im Hessischen Landtag¹³⁴

„Die LINKE wendet sich gegen alle Versuche, die Studierendenbewegung zu kriminalisieren.“
Janine Wissler am 17. Juni 2008 im Hessischen Landtag

¹³³ FAZ, 28.7.2008

¹³⁴ Vgl. auch ihre Rede am 9. April in der 1. Lesung im Landtagsplenum: „Wenn die Studiengebühren kippen, ist das nicht der Erfolg dreier Parlamentsparteien, sondern ein Erfolg der Studierendenbewegung und der Beharrlichkeit der Aktiven. [...] Sollten die Studiengebühren abgeschafft werden, ist das doch auch ein Zeichen, dass es sich lohnt, für seine Rechte einzutreten, dass es sich lohnt, sich zu engagieren, und dass es sich lohnt, auf die Straße zu gehen. Das stärkt doch die Demokratie, weil die Menschen merken, dass sie Einfluss nehmen können und dass Veränderungen von unten möglich sind.“

Dass eine Besetzung einer Autobahn eine Straftat darstellt, verschweigt sie. Eine solche Einstellung zur Rechtsordnung ist von einer Abgeordneten bisher nicht gehört worden.

8.2.6.2 Gedenken an den Volksaufstand gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953¹³⁵

Die Debatte anlässlich des 55. Jahrestages des Volksaufstandes gegen die menschenverachtende SED-Diktatur war ein Musterbeispiel von Verharmlosung, ihr Redner Dr. Wilken verglich den Aufstand vom 17. Juni mit Streiks in Frankreich gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit:

„Sie werden DIE LINKE immer auf der Seite der Menschen finden, die für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen eintreten, kämpfen und, wenn nötig, auch in den politischen Streik treten. Auch das ist Erinnerung an den 17. Juni. Das gilt früher und heute, wie z. B. in Frankreich, und wenn 300.000 streikende Metaller gegen Rente mit 67 auf die Straße gehen. Da vermisse ich Ihre Solidaritätsadresse.“

Dr. Ulrich Wilken am 17. Juni 2008 im Hessischen Landtag

Dieser Vergleich ist nicht nur eine Verharmlosung der SED-Diktatur, er versucht auch die gegenwärtigen demokratischen Verhältnisse in der Republik Frankreich mit der diktatorischen Unterdrückung während der SED-Herrschaft gleichzusetzen. Nur Minuten später erklärt Dr. Wilken, das sich die Linke in der marxistischen Tradition sieht und keinesfalls ihre revolutionären Vorstellungen aufgegeben hat:

„In unserer Sprache heißt das, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes Wesen ist.“¹³⁶

Dr. Ulrich Wilken am 17. Juni 2008 im Hessischen Landtag

8.2.6.3 Flugblatt der Linken und Willi van Ooyen verunglimpft die Bundeswehr¹³⁷

Die Linke hat in einem auf dem diesjährigen Hessentag in Homberg (Efze) eine Beendigung der Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag gefordert und dabei die Bundeswehr mit folgenden Sätzen verunglimpft:

¹³⁵ Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Gedenken an die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953 – Drucks. 17/344.

¹³⁶ Vgl. fast gleichlautend: Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, S. 385.

¹³⁷ Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend keine Verunglimpfung der Bundeswehr – Drucks. 17/349.

„Der Hessentag ist ein Volksfest und keine Rüstungsmesse!“

„Es geht nicht um Frieden, es geht um Vorherrschaft und Macht! Es geht nicht um Sicherheit, sondern um Kontrolle von Ressourcen und Regionen!“

Daraufhin haben CDU und FDP einen Antrag eingebracht, in der die Bundeswehr aufgefordert wird, sich auch weiterhin am Hessentag zu beteiligen. Der Fraktionsvorsitzende van Ooyen hat in der Landtagsdebatte zu diesem Antrag seine Anschuldigungen wiederholt:

„Dazu sagen wir: Sie bereiten das vor, was wir schleichende Militarisierung der Gesellschaft nennen.“

Willi van Ooyen am 17. Juni 2008 im Hessischen Landtag

8.2.7 August-Plenum, 26. bis 28. August 2008

Das Augustplenum stand vor allem unter dem Eindruck der Beteiligung der RAF-Unterstützerorganisation „Rote Hilfe“ an einem Gesetzgebungsverfahren auf Initiative der Fraktion „Die LINKE“.

8.2.7.1 Die „Rote Hilfe“

Die Fraktion „Die LINKE“ hat zur schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der FDP zur Änderung des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (HSOG) (Drs.17/133) die militante und linksextremistische RAF-Sympathisantenorganisation Rote Hilfe benannt.

Die Rote Hilfe ist nach den Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und u.a. auch der SPD-geführten Landesinnenministerien von Bremen und Schleswig-Holstein eine linksextremistische Vereinigung. Die Gruppe unterstützt nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes gewaltbereite Extremisten unterschiedlichster linker Strömungen.

Die Rote Hilfe ist 1975 hauptsächlich auf Initiative der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) entstanden und hat sich insbesondere um Häftlinge gekümmert, die wegen Mordes einsitzen. Die Bundesgeschäftsstelle

sitzt in Göttingen, die Mitgliederzahl beträgt laut Verfassungsschutz ca. 4.500.¹³⁸ Sie unterhält seit kurzer Zeit in Hessen Ortsgruppen in Darmstadt, Gießen und Mainz/Wiesbaden (mit Sitz in Wiesbaden, Adresse: Rote Hilfe, c/o Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden).¹³⁹

Die Ziele der „Roten Hilfe“

Die Rote Hilfe über Ihre Beweggründe:

„Antirepressionsarbeit und Rote Hilfe sind notwendig, um Revolution zu machen und Krieg dem imperialistischen Krieg entgegenzusetzen.“¹⁴⁰

„Die Bundesrepublik Deutschland ist – grob ausgedrückt – ein nationalstaatlich fixiertes, bürgerlich-kapitalistisches Herrschaftssystem, das von unterschiedlichen Unterdrückungsmechanismen (wie Rassismus oder Sexismus) strukturiert und geprägt wird. [...]

Bereits das Blut-und-Boden-Konstrukt eines (deutschen) Volkes, das – als Ganzes – das Recht habe, die „Staatsgewalt auszuüben“, ist so löchrig, dass es als Folie maximal symbolischen Charakter besitzen kann – für jene, die entweder daran glauben oder über die dafür notwendigen Privilegien verfügen.“¹⁴¹

Die Rote Hilfe sagt, „die Stadtguerillabewegung und der staatliche Kampf gegen sie hätten in den 1970er-Jahren das Scheitern des deutschen Rechtsstaats deutlich gemacht: „Heute zeigen dieselben Gefangenen durch ihr unbeugsames Verhalten auch das Scheitern des Repressionsapparates.“¹⁴²

Die Rote Hilfe hat sich seit ihrer Gründung für die verurteilten Straftäter aus der RAF eingesetzt und deren ultimative Freilassung gefordert. Insbesondere das folgende Zitat verdeutlicht die gänzlich fehlende Distanz zur RAF:

„Die Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus der RAF dürfen nicht alleine gelassen werden bei ihren langjährigen Bemühungen und Aktivitäten für die Freiheit der Gefangenen, denn die Gefangenen sind auch ein Teil unserer Bewegung.“¹⁴³

Die rechtskräftig in einem rechtsstaatlichen Verfahren verurteilten Mörder aus der RAF sind in der Diktion der Roten Hilfe „politische Gefangene“, mit denen sie sich „solidarisieren“:

¹³⁸ Quelle: Verfassungsschutzbericht des Bundes 2007, S. 150.

¹³⁹ Quelle: Verfassungsschutzbericht des Bundes 2007, S. 150, Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Hilfe_e.V.

¹⁴⁰ Quelle: http://www.rote-hilfe.de/publikationen/die_rote_hilfe_zeitung/2006/3/die_rote_hilfe_und_der_kampf_ums_ganze

¹⁴¹ Quelle: http://www.rote-hilfe.de/publikationen/die_rote_hilfe_zeitung/2006/3/staatliche_repression

¹⁴² VS-Bericht des Bundes 2007, S. 149.

¹⁴³ Quelle: <http://www.rote-hilfe.de/layout/set/print/layout/set/print/layout/set/print/content/pdf/283>

„Dennoch bleibt die Solidarität mit Menschen, die wegen ihrer politischen Überzeugungen und Aktivitäten im Gefängnis sitzen, ein zentrales Anliegen der Roten Hilfe: Knast ist immer noch der augenfälligste Höhepunkt staatlicher Repression. [...] Wir haben in den vergangenen Monaten erlebt, dass lange Haftstrafen als staatliche Waffe gegen die Linke auch in der BRD keineswegs der Vergangenheit angehören. [...] Die Forderung nach Freilassung der verbliebenen Gefangenen aus der RAF, Christian Klar und Birgit Hogefeld, bleibt ein wichtiges Anliegen der Roten Hilfe, auch wenn sie uns vor Augen führt, dass unser Einfluss viel zu gering ist, um zentrale und berechtigte Ziele beim gegenwärtigen Stand der Kräfteverhältnisse durchsetzen zu können. [...]

Nach mehr als 25 Jahren Knast unter zum Teil härtesten Bedingungen wird der Zweck seiner [Christian Klar, Anm. d. V.] Inhaftierung überdeutlich: Es geht einerseits schlicht um Rache, andererseits darum, einen Menschen in seiner politischen Identität zu brechen und an ihm zu demonstrieren, dass radikale Rebellion zum Scheitern verurteilt sei. Dass Christian bis heute nicht bereit ist, den Kapitalismus zur besten aller möglichen Gesellschaftsformen zu erklären ist der eigentliche Grund, der ihm den Weg aus dem Gefängnis bis heute versperrt.“¹⁴⁴

Die Rote Hilfe unterstützt aus extremistischen Motiven straffällig gewordene Linksextremisten, die wegen eines strafrechtlichen Verdachtes von der Polizei verfolgt werden oder die wegen ihrer extremistischen Bestrebungen vom Verfassungsschutz beobachtet werden müssen, insbesondere Inhaftierte und ehemalige Mitglieder der RAF (u.a. Birgit Hogefeld, Eva Haule und Christian Klar s.u.). Die Rote Hilfe betrachtet die ehemaligen RAF-Mitglieder auch als „Teil unserer Bewegung“¹⁴⁵. Nach der Wiedervereinigung setzte sie sich auch für angeklagte ehemalige SED-Funktionäre und ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ein.

Die Rote Hilfe setzt sich gegen das Verbot der als verfassungsfeindlich und von der Türkei, der EU und den USA als terroristische Vereinigung eingestuft kurdischen PKK und ihrer Nachfolgeorganisation ein und unterstützt deren Rechtshilfefonds „Azadi“ finanziell:

„Die regelmäßige finanzielle Unterstützung an die Gruppe der ‚Angehörigen und Freunde der politischen Gefangenen‘ sowie von ‚Azadi‘, dem separaten Rechtshilfefonds zu Gunsten von Kurden, die in Deutschland wegen Betätigung für die ‚Arbeiterpartei Kurdistans‘ (PKK) bzw. den

¹⁴⁴ Quelle: http://rote-hilfe.de/news/18_maerz_tag_der_politischen_gefangenen

¹⁴⁵ Quelle: http://www.rote-hilfe.de/publikationen/die_rote_hilfe_zeitung/2006/3/30_jahre_stammheim_77_und_kein_ende_der_repression

„Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) oder den „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL) vermeintlich politisch verfolgt werden, wurde aufgestockt.“¹⁴⁶

Sie solidarisierte sich ebenso mit zwei Unterstützern der baskischen Terrororganisation ETA, die in Deutschland und der Schweiz inhaftiert waren, in finanzieller Hinsicht.¹⁴⁷

Die „Rote Hilfe“ in Hessen:

In Darmstadt haben der Kreisverband und die Stadtverordnetenfraktion der LINKE ein gemeinsames Büro zusammen mit der DKP und der Roten Hilfe. Bis vor kurzem hatte auch der Abgeordnete Hermann Schaus sein Büro in dem Gebäude.

Wie oben dargestellt, wurde auf dem Landesparteitag der Linken in Lollar Frau Manuela Schon in den Landesvorstand der Partei Die Linke Hessen gewählt, die aktives Mitglied in der Roten Hilfe ist.

Die Anhörung zum HSOG

Die Linke hat im Juni 2008 für eine schriftliche Anhörung zur Änderung des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HSOG) die Rote Hilfe benannt. Die Rote Hilfe wurde also zu einem Sicherheitsgesetz zu einer Stellungnahme aufgefordert, das polizeiliche Befugnisse regelt – die Rote Hilfe aber die Polizei insgesamt als „Repressionsinstrument“ ansieht und die Polizei als solches abschaffen will und auch als „Bullen“¹⁴⁸ verunglimpft.

Vor Ablauf der Frist für die schriftlichen Stellungnahmen im Rahmen der Anhörung am 15. August 2008 veröffentlichte die Rote Hilfe auf ihrer Internetseite (seit dem 24. Juli 2008) ihre Stellungnahme zur HSOG-Anhörung. Unterzeichner der Stellungnahme ist ein Mitglied des Bundesvorstands der Roten Hilfe, Michael Cszakóczy. Dieser ist nicht nur dem linksextremistischen, sondern sogar dem militanten autonomen

¹⁴⁶ Verfassungsschutzbericht des Bundes 2004, Seite 166, Quelle: http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2004/vsbericht_t_2004.pdf

¹⁴⁷ Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes und mehrerer Länder 2007, und Wikipedia.

¹⁴⁸ Quelle: http://www.rote-hilfe.de/publikationen/die_rote_hilfe_zeitung/2006/3/freilassungskampagne

men Spektrum zuzurechnen. So sagte er auf einer Demonstration gegen die angeblichen „Berufsverbote“ im Öffentlichen Dienst:

„In Deutschland über Faschismus zu reden heißt noch immer, im Haus des Henkers über den Strick zu reden.“¹⁴⁹

Sein Verhältnis zur Gewalt als politischem Mittel erklärte Herr Csaszókóczy wie folgt:

„Militanz ist für uns ein legitimes Mittel im Kampf um Befreiung.' – Eine Distanzierung von diesem Satz kommt für mich schon deshalb nicht in Frage, weil ich das als Verhöhnung aller derjenigen empfinden würde, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben. [...] In diesem Sinne ist Militanz eine bittere Notwendigkeit in einer Zeit, in der bürgerliche und soziale Rechte zunehmend eingeschränkt werden und in der Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft weiter wachsen.“¹⁵⁰

In der Stellungnahme der Roten Hilfe findet sich eine Vielzahl von unwahren Behauptungen, so werden beispielsweise die islamistischen Anschläge vom 11. September 2001 verschwörungstheoretisch erklärt:

„Die Terroranschläge vom 11. September 2001 dienten in der BRD zur Konstruktion einer angeblichen allgemeinen Bedrohungslage. Eine tatsächliche Bedrohung durch islamistische Terroristen vermochten die Behörden der BRD noch in keinem Fall überzeugend darzulegen.“¹⁵¹

Zudem wird von der Roten Hilfe unserem demokratischen Rechtsstaat unterstellt, die Rasterfahndung sei eingerichtet worden, um „politisch aktive Menschen“ zu überwachen und zu erfassen. Auch die immer wieder seit den 70er-Jahren vorgetragene Pauschalkritik an den „Terrorparagrafen“ 129 a und 129 b StGB ist aus der linksextremen Szene altbekannt, es solle damit seitens des Staates „die Kriminalisierung politischer Gruppen“¹⁵² ermöglicht werden. Die gesamte Stellungnahme diskreditiert unseren demokratischen Rechtsstaat und stellt die Legitimität unserer Rechtsordnung in Frage.

¹⁴⁹ Quelle: <http://www.gegen-berufsverbote.de/lib/presseerklaerungen/redemichaz250306.html>, Rede am 25. März 2006 in Karlsruhe.

¹⁵⁰ Quelle: Ebenda.

¹⁵¹ Quelle: <http://rotehilfegreifswald.blogspot.de/2008/07/24/hessen-gutachterliche-stellungnahme-der-roten-hilfe-zur-aenderung-des-hessischen-sicherheits-und-ordnungsgesetzes/>

¹⁵² Quelle: <http://rotehilfegreifswald.blogspot.de/2008/07/24/hessen-gutachterliche-stellungnahme-der-roten-hilfe-zur-aenderung-des-hessischen-sicherheits-und-ordnungsgesetzes/>

Janine Wissler, immerhin stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, sagte, als sie zur Benennung der „Roten Hilfe“ befragt wurde, am 21. August 2008 zu hr-online:

„Wenn jemand [die Rote Hilfe, Anm. d. V.] der Meinung ist, eine Gesellschaft durch eine Revolution zu verändern, dann ist das kein Grund, warum er nicht zum Polizeigesetz reden darf.

sowie

„Die Gruppe hat Erfahrung mit der Polizei.“

und

„Ich finde es wichtig, das Polizeigesetz aus verschiedenen Richtungen zu beleuchten.“¹⁵³

Die CDU hat aufgrund der Äußerungen von Frau Wissler eine Aktuelle Stunde im Landtag am 28. August 2008 abgehalten und einen Antrag gestellt, generell vom Verfassungsschutz beobachtete extremistische Organisationen nicht mehr zu Anhörungen zuzulassen.¹⁵⁴ Im Verlauf dieser Aktuellen Stunde erklärte der Landesvorsitzende der Linken, Dr. Ulrich Wilken:

„Ich möchte noch einmal deutlich machen, warum für uns auch die Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe so extrem wichtig ist. [...]

Die Rote Hilfe hilft uns seit Jahren und Jahrzehnten, unser Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrzunehmen. [...]

Wenn es aber um die Bedingungen des Lebens in diesem Land geht [...], dann treten wir dafür ein, dass die Betroffenen gehört werden.“

Dr. Ulrich Wilken, 28. August 2008, im Hessischen Landtag

Fazit:

Die Rote Hilfe wird zu Recht vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und als linksextremistisch eingestuft. Die Linke arbeitet mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen zusammen, sie selbst verfolgt – partiell jedenfalls – verfassungsfeindliche Ziele. Es ist daher folgerichtig, dass Die Linke die Abschaffung des Verfassungsschutzes bzw. zumindest die Einstellung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz fordert.

¹⁵³ Janine Wissler, stellv. Fraktionsvorsitzende der LINKE, am 21. August im hr, http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_35031692

¹⁵⁴ Aktuelle Stunde betreffend Schutz unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vor revolutionären Zielen der Linkspartei! – Drs. 17/558.

8.2.7.2 Unterstellungen des Landtagsvizepräsidenten Hermann Schaus

Aufgrund von Äußerungen des Landtagsvizepräsidenten Hermann Schaus im Innenausschuss des Landtages am 21. August 2008 hat die Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde zum Thema „Entgleisung des Abgeordneten Schaus schadet dem Ansehen des Landtags“¹⁵⁵ einberufen.

Schaus hatte im Innenausschuss an diesem Tag erklärt, er habe Berichte bzw. Informationen von vor Ort, dass es zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine ganze Reihe von Hinweisen gegeben habe und es offensichtlich so sei, dass der „Hessische Verfassungsschutz mehr wusste, offensichtlich mehr wusste und das nicht zu Konsequenzen und zu einer entsprechenden vorbereitenden, präventiven Unterstützung geführt“ habe.

Schaus hatte also der Polizei und dem Verfassungsschutz sowie dem Innenminister vorgeworfen, trotz positiver Kenntnis absichtlich nichts gegen rechtsextreme Gewalttäter zu unternehmen, die eine linksextremistische Veranstaltung der Jugendorganisation der Linken überfallen hatten. Er erweckte den Eindruck, die Sicherheitsbehörden hätten sich nicht nur als Unterstützer der NPD hervorgetan, sondern auch noch den Tod oder zumindest schwerste Verletzungen unschuldiger Bürger in Kauf genommen.

Daraufhin hatte Innenminister Bouffier Herrn Schaus im Ausschuss aufgefordert, „hier und gleich zu erklären, was der Hessische Verfassungsschutz gegebenenfalls gewusst haben könnte oder sollte und was er unterlassen hat.“ Schaus konnte daraufhin nur erklären, es habe jede Menge Anzeichen und Hinweise, öffentlich wie auch gegenüber öffentlichen Organen, gegeben. Nähere Angaben und Zeugen konnte oder wollte er nicht benennen. Den Beweis für seine ungeheuerlichen Anschuldigungen blieb er damit gänzlich schuldig.

Daraufhin hat die FDP die schon erwähnte Aktuelle Stunde einberufen, in der der Abgeordnete van Ooyen zur Verteidigung der Äußerungen von Hermann Schaus erklärte:

„Die Behauptung, es hätte im Vorfeld keinerlei Hinweise auf aggressiv militante und vernetzte Rechtsextremisten im Schwalm-Eder-Kreis gegeben, ist absurd. Gerade dies wird aber vom Innenminister wie auch vom Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Eisvogel, einmütig behauptet. Sowohl die Berichte der Medien, der Polizei, Hinweise aus der Bevölkerung, Anzeigen wegen Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund, die Aussagen

¹⁵⁵ Drucks. 17/559.

der Zeugen und der Familie des Opfers [...] wie auch die Verfassungsschutzberichte von 2005, Herr Bouffier, weisen nach und lassen überhaupt keinen Zweifel daran, dass sowohl die sogenannte Freien Kräfte Schwalm-Eder als auch ihr offensichtlicher Anführer, der militante NPD-Kader und spätere Attentäter längst hätten bekannt sein müssen. [...]

Ich will doch noch einige grundsätzliche Bemerkungen zum Verfassungsschutz machen. [...] Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat sich ausdrücklich nicht auf eine bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung festgelegt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Offenheit der Wirtschaftsordnung immer wieder betont. Die Transformation und Aufhebung des Kapitalismus, wie sie von allen großen Parteien noch zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahre 1949 gefordert wurde, ist im Rahmen der Verfassung möglich. Die marxistische Gesellschaftsanalyse, die den Kapitalismus als ein System der Ausbeutung, der Entfremdung und des Klassenhasses kritisiert, ist nicht nur weltweit als einer der Grundpfeiler des modernen sozialwissenschaftlichen Diskurses und Denkens anerkannt. Sie hat auch in der wissenschaftlichen und politischen Geschichte Hessens einen hervorragenden Platz.“

Willi van Ooyen, 28. August 2008, im Hessischen Landtag.

8.2.7.3 Behandlung des DDR-Unrechtsregimes in der Schule

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben aufgrund eines besorgniserregenden Ergebnisses einer Studie¹⁵⁶ über die Kenntnisse von Schülern über die ehemalige DDR einen Antrag mit dem Ziel eingereicht, das DDR-Unrechtsregime durch Handreichung für Hessens Lehrerinnen und Lehrer umfassender zu behandeln¹⁵⁷. Auch vor dem Hintergrund, dass die friedliche Revolution der Bürgerinnen und Bürger in der ehemaligen DDR und die daraufhin ermöglichte Wiedervereinigung Deutschlands sich 2009/2010 zum zwanzigsten Male jähren, sollten die Schüler mehr über die SED-Diktatur lernen. Nach Ansicht der antragstellenden Fraktionen ist es Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, den Schülerinnen und Schülern die Geschichte und Funktionsweise des SED-Staates nach aktuellem wissenschaftlichem und didaktischem Kenntnisstand nahezubringen.

In der Debatte über diesen Antrag hat die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Frau Cárdenas, erklärt:

„Keine andere deutsche Partei hat sich daher mit der Geschichte der DDR so intensiv wie die LINKE auseinandergesetzt. [...]

Das ist allerdings etwas ganz anderes als das, dass sich die Partei DIE LINKE hier für die DDR rechtfertigen müsste, wie Sie das von uns womöglich erwarten.

Bereits auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Jahr 1989 hat sich die SED/PDS bei der Bevölkerung der DDR für das von der SED begangene Unrecht entschuldigt und einen Prozess der unwiderruflichen Trennung von der stalinistischen Tradition der SED begonnen.

¹⁵⁶ Ergebnisse und Fragebogen unter:
<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,516534,00.html>

¹⁵⁷ Drucks. 17/461.

Die Geschichte der neuen LINKEN ist daher seit Langem nicht mehr nur die Geschichte der DDR oder die Geschichte der DDR-Bürger. [...]

Wir haben aber sehr wohl ein Interesse daran, dass sich Jugendliche aus Ost und West für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen und unser derzeitiges Gesellschaftssystem nicht als der Wahrheit letzter Schluss begreifen.“

Barbara Cárdenas, 27. August 2008, im Hessischen Landtag.

Die Rednerin distanziert sich ausdrücklich nur von der stalinistischen Tradition der SED – Stalin war aber schon 1953 verstorben. Eine Distanzierung für die 36 Jahre nach Stalins Tod und eine Entschuldigung für die in der DDR von 1953 bis 1989 begangenen Verbrechen, nicht zuletzt den Mauerbau bzw. die Perfektionierung der Be-spitzelung der eigenen Bevölkerung durch die Stasi, erfolgte nicht.

8.2.7.4 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

In der Debatte über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Koch zum Thema Luftverkehr bekräftigte der Fraktionsvorsitzende der Linken van Ooyen, dass man die Flughafengegner vor Ort unterstützen müsse:

„Ich glaube, dass es richtig und wichtig ist, wie wir LINKEN agieren, dass wir den Widerstand vor Ort unterstützen. Dieser Widerstand wächst, und wir glauben, dass sowohl die Mediation als auch ein Eingreifen in das Planfeststellungsverfahren noch bewerkstelligt werden können. Wir werden miteinander ganz ernsthafte Gespräche führen müssen, wie wir diesen Prozess behindern und vor allen Dingen das Nachtflugverbot durchsetzen.“

Willi van Ooyen, 26. August 2008, im Hessischen Landtag zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

8.2.8 September-Plenum

8.2.8.1 Antrag zur Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK)

Am 3. September 2008 berichtete die „Bild“-Zeitung, auf den Internetseiten der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK, Landesverband Berlin-Brandenburg) werde ein Plakat gezeigt, auf dem drei Soldaten

abgebildet seien, die den Sarg eines Kameraden tragen und das die Überschrift trägt: "Schritt zur Abrüstung – Wieder einer weniger".¹⁵⁸



Die CDU im hessischen Landtag hat daraufhin einen Antrag eingereicht, der diese unerträgliche Verhöhnung von Bundeswehrsoldaten verurteilt.

Zudem soll sich der hessische Landtag gegen jede Form der Zusammenarbeit mit der DFG-VK aussprechen und das großartige und unermüdliche Engagement der Bundeswehrsoldaten für die Erhaltung des Friedens und zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung würdigen.

Die DFG-VK stellt sich mit ihrem zynischen Plakat bewusst gegen das Grundgesetz und zeigt, dass sie dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen ist. Dass das Plakat auch Tage nach der öffentlichen Diskussion noch auf den Internetseiten zu sehen war und dass der verantwortliche Landesverband Berlin-Brandenburg der DFG-VK am 3. September in einer Pressemitteilung erklärte, ihr Verband würde „weiter das Unsere dazu beitragen, dem deutschen Militarismus die Ehre zu nehmen und die Wehr-

¹⁵⁸ Quelle: <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/09/04/bundeswehr-ist-entsetzt/ein-plakat-verhoeht-deutschen-soldaten.html>

*kraft zu zersetzen*¹⁵⁹, macht deutlich, dass die menschenverachtende Verunglimpfung von Soldaten der Bundeswehr kein Einzelfall in der DFG-VK ist, sondern die Mehrheitsmeinung bildet. Die DFG-VK erklärte in dieser Pressemitteilung weiter:

„Ehrlos sind Politiker, die Krieg befehlen, aber auch Soldaten, die ihn ohne Not führen. Unser Plakat soll die notwendige Empörung über den Krieg befördern. Es soll einer Gesellschaft, die den permanenten Krieg nach außen als Normalität hinnimmt, den Spiegel vorhalten. Es soll die moralische Unterstützung der Heimatfront für die Truppe erschüttern.“¹⁶⁰

Der Fraktionsvorsitzende der Linken, van Ooyen, ist weiterhin Mitglied der DFG-VK. Er war sogar ab 1972 Mitglied im Bundesvorstand des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) sowie nach der Fusion mit der Deutschen Friedensgesellschaft 1974 ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen¹⁶¹. Auch die Abg. Barbara Cárdenas Alfonso (Fraktion „Die LINKE“) ist weiterhin Mitglied der DFG-VK.

Laut Presseberichten sieht die Partei „Die LINKE“ nicht nur *„keinen Grund [...] die Zusammenarbeit mit der DFK-VK aufzukündigen“* („Bild“-Zeitung, 3. September 2008), sondern ruft zusammen mit der DFG-VK für den 20. September zu Großdemonstrationen in Berlin und Stuttgart auf. Halbherzige Distanzierungsversuche von van Ooyen und des Bundesverbandes der Linken blieben vor dem Hintergrund weiterer enger Zusammenarbeit sowie ununterbrochener Mitgliedschaft gänzlich unglaubwürdig:

„Die Sprecherin des Linken-Vorstandes nannte das Poster [...] gegenüber „Bild“ „nicht akzeptabel“. Van Ooyen sagte, er halte dies für einen „respektlosen Umgang mit dem Leid von Menschen“. Beide sehen aber keinen Grund, wegen des ekligen Hetzplakates die Zusammenarbeit mit der DFK-VK aufzukündigen.“¹⁶²

Aufgrund der engen Tagesordnung wurde der Antrag im September-Plenum nicht aufgerufen.

¹⁵⁹ Presseerklärung der DFG-VK, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Berlin-Brandenburg, Quelle: http://www.bamm.de/presse/Nazi_Morddrohungen.pdf

¹⁶⁰ a.a.O.

¹⁶¹ Quelle: Eigendarstellung auf www.willi-van-ooyen.de

¹⁶² Quelle: <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/09/04/bundeswehr-ist-entsetzt/ein-plakat-verhoeht-deutschen-soldaten.html>

8.2.8.2 Aktuelle Stunde zum Geschichtsverständnis der Linken

Der Landesvorstand der hessischen SPD hatte mit Beschluss vom 3. September 2008 die Linke aufgefordert, ein Bekenntnis zur Verfassung abzugeben¹⁶³:

„Deshalb setzt die Akzeptanz der Unterstützung sozialdemokratischer Regierungspolitik durch die Linkspartei die Vereinbarung voraus, dass dies jederzeit in klarer Anerkennung unserer Verfassungsordnung und unserer parlamentarischen Demokratie und in Abgrenzung zu jeder Form der Unfreiheit und zu Menschenrechtsverletzungen, wie sie z.B. in der DDR u.a. mit Schießbefehl, Stasi-Überwachung und der Einschränkung der Meinungs-, Wahl- und Reisefreiheit praktiziert wurden, steht. Die Linkspartei muss zudem sicherstellen, dass keiner/keine ihrer Landtagsabgeordnete(n) der Stasi zugearbeitet hat.“

Die Abgeordnete Janine Wissler hatte daraufhin zum verbalen Gegenschlag ausgeholt und am 10. September 2008 in der kommunistischen Zeitung „junge welt“ dazu erklärt:

„Wir haben bisher schon mehrfach deutlich gemacht, wie wir zur DDR und zum Grundgesetz stehen, wir brauchen keinen Aufarbeitungsprozeß. Umgekehrt könnten wir ja auch von der SPD fordern, ihre eigenen Fehler aufzuarbeiten. Etwa den, daß heute Millionen Menschen von 350 Euro im Monat leben müssen. Oder dafür, daß die SPD für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich ist.“¹⁶⁴

Aufgrund dieser Äußerungen hatte die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag am 26. September 2008 eine Aktuelle Stunde zum Thema: „‘Die SPD ist für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich’ – der weiteren Geschichtsfälschung durch DIE LINKE Einhalt gebieten“ abgehalten¹⁶⁵. In seiner Rede erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Axel Wintermeyer, unter anderem:

„Darf ich auch an Lafontaine erinnern. Das ist auch einer ihrer Ko-Vorsitzenden. Er erdreistet sich, statt von der Zwangsvereinigung von SPD und KPD, von einem „freiwilligen Zusammenschluss“ zu reden. Meine Damen und Herren, mit dieser Relativierung beleidigt er Zehntausende von aufrechten Demokraten, die in Arbeitslagern landeten oder gar umgebracht wurden, und verhöhnt sie auf das Übelste.“¹⁶⁶

¹⁶³ Seite 3, Beschluss des Landesvorstandes der SPD vom 3. September 2008

¹⁶⁴ Wissler, in: „junge welt“ vom 10. September 2008, <http://www.jungewelt.de/2008/09-10/055.php?sstr=wissler>.

¹⁶⁵ Drucksache des Hessischen Landtags Nr. 17/687 vom 22. September 2008

¹⁶⁶ Stenographischer Bericht des Hessischen Landtags vom 26. September 2008

Zur Behauptung der Linken-Abgeordneten Wissler ergänzte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Tarek Al-Wazir, in der Debatte:

„Ich habe einmal auf die Internetseite der Partei Die Linke geschaut, die ihren Sitz im Karl-Liebknecht-Haus am Rosa-Luxemburg-Platz hat. Auf der Internetseite der Partei Die Linke wird gesagt: „Die Erinnerung an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beiden aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die im Januar 1919 von rechten Freikorpsoldaten ermordet wurde, hat das Jahrhundert der Extreme überlebt.“ Das deutet darauf hin, dass es [die Meinung der Abgeordneten Wissler; Anm. d. Red.] eine zumindest sehr eingeschränkte historische Sicht ist, da gesagt wird, wer nun wirklich für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich ist.“

Mit Blick auf das Geschichtswissen von Frau Wissler führte er weiter aus:

„Frau Wissler, ich habe am Montag, dem „Spiegel“ entnommen, dass in Ihrer Wohnung ein Bücherregal steht, in dem zweieinhalb Reihen durch die dicken blauen Schwarten der Marx/Engels-Gesamtausgabe belegt sind. Sie sagten hierzu, ein theoretisches Fundament sei nun mal in der Politik wichtig. Dem stimme ich ausdrücklich zu. Aber es gibt nicht nur eine Wahrheit; und Geschichte wurde schon immer unterschiedlich interpretiert. Daher glaube ich, dass man sein Geschichtsbild nicht allein den Büchern von Bernd Engelmann sowie Veröffentlichungen im Pahl-Rugenstein-Verlag entnehmen sollte.“

8.2.8.3 Setzpunkt der CDU zum Hüttendorf im Kelsterbacher Wald und dem gebrochenen Verständnis der Linken zum Rechtsstaat

Seit rund drei Monaten halten Aktivisten den Kelsterbacher Wald am Frankfurter Flughafen rechtswidrig besetzt. Auch die Fraktion Die Linke hat illegal eine Holzhütte im so genannten „Hüttendorf“ im Kelsterbacher Wald errichtet und am 23. September angekündigt¹⁶⁷, ein Fraktionsbüro in dieser Hütte am Sonntag, 28. September 2008, im Rahmen einer Einweihungsfeier zu eröffnen.

Auf Grundlage zweier Entschließungsanträge¹⁶⁸ wurden beide Sachverhalte im Rahmen der 17. Plenarsitzung am 24. September im Hessischen Landtag diskutiert. In der Plenardebatte machte Ministerpräsident Roland Koch mit Blick auf die Gespräch von SPD und Grünen zur Bildung einer von der Partei Die Linken geduldeten Regierung deutlich:

¹⁶⁷ Pressemitteilung Fraktion Die Linke, 23. September 2008

¹⁶⁸ Drucksache des Hessischen Landtags Nr. 17/658 vom 16.9.2008 und Drucksache Nr. 17/702 vom 23.9.2008

„Man kann den Rechtsstaat nicht konsequent schützen, wenn man von einer Partei abhängig ist, die den Rechtsstaat nicht konsequent schützen will“.

Während der gemeinsame Entschließungsantrag von CDU und der FDP betreffend „Rechtsstaat duldet keinen Rechtsbruch – Weg des regionalen Dialogs war und ist erfolgreich“ mit Stimmen von SPD, Grünen und Linken abgelehnt wurde, wurde dem dringlichen Entschließungsantrag der CDU betreffend „rechtswidrige Eröffnung des Büros der Fraktion Die Linke im Kelsterbacher Wald“ mit Stimmen der CDU, FDP und SPD zugestimmt. Mit Beschluss des Landtags wird darin der rechtswidrige Bau der Hütte und die angekündigte Eröffnung des Büros der Linken im Kelsterbacher Wald „verurteilt“. Darüber hinaus fordert der Landtag die Fraktion Die Linke auf, diesen „rechtswidrigen Zustand unverzüglich zu beenden“.

Ebenfalls am 24. September 2008 hat der Magistrat der Stadt Kelsterbach als Eigentümer des Waldes die Fraktion Die Linke in einem Schreiben aufgefordert, die „Hütte [...] unverzüglich abzubauen und das Baumaterial zu entfernen“. Dies machte die Stadt Kelsterbach in einer Pressemitteilung am 25. September 2008 öffentlich. In der Pressemitteilung machte die Stadt auch deutlich: Die „Errichtung von festen baulichen Anlagen im Stadtwald kann die Stadt Kelsterbach nicht akzeptieren – gleich zu welchem Zweck“¹⁶⁹. Die Frist zur Räumung und zum Abbau der Hütte wird auf den 26. September 2008 festgelegt, musikalische Veranstaltungen werden der Fraktion Die Linke untersagt¹⁷⁰. -Darüber hinaus stellte die Stadt Kelsterbach klar:

„Weder wurde ein Bauantrag zur Errichtung einer solchen Hütte bei der Stadt Kelsterbach gestellt, noch wurde mündlich oder schriftlich eine solche Hütte angekündigt.“

Damit wird deutlich, dass der Landtagsabgeordnete der Linken und Vize-Präsident des Hessischen Landtags, Hermann Schaus, das Parlament belogen hatte. Schaus hatte in der Plenardebatte vom 24. September 2008 gesagt:

„Es gibt Verabredungen mit der Stadt Kelsterbach über das Camp, und an diese Verabredung halten wir uns. In diesem Rahmen bewegen wir uns auch.“¹⁷¹

¹⁶⁹ Pressemitteilung Stadt Kelsterbach, 25.9.2008

¹⁷⁰ Stenographischer Bericht des Hessischen Landtags vom 25. September 2008

¹⁷¹ Stenographischer Bericht des Hessischen Landtags vom 24. September 2008

Am 25. September 2008 stellten die Fraktionen der CDU und der FDP einen dringlichen Entschließungsantrag betreffend „Abbau des rechtswidrigen „Hüttendorfs“ im Kelsterbacher Wald durch Die Linke“¹⁷², dessen Dringlichkeit jedoch mit Stimmen von SPD, Grünen und Linken verneint wird.

Im Rahmen dieser Debatte stellte Innenminister Volker Bouffier Die Linke in einer Regierungserklärung vor die Wahl:

„Sind Sie bereit, hier jetzt klar und eindeutig zu erklären, dass Sie der Aufforderung der Grundstückseigentümerin nachkommen, räumen und nichts eröffnen, oder setzen Sie auf Konfrontation, auf Eskalation oder Rechtsbruch? Diese Antwort wollen wir heute haben.“¹⁷³

Eine klare Aussage der Linken erfolgte in der Debatte nicht.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung fordern Innenminister Bouffier und der Erste Stadtrat der Stadt Kelsterbach, Manfred Ockel (SPD), am 26. September 2008 von der Linken¹⁷⁴:

„Räumen Sie das illegal errichtete Fraktionsbüro im Kelsterbacher Wald!“

Darin erklärt der Erste Stadtrat Ockel weiter, das Ultimatum zum Abbau der Hütte zu verlängern:

„Der Fraktion wurde eine Nachfrist gewährt. Die Frist für die Räumung endet aber endgültig am 30. September.“

Gleichzeitig machte Stadtrat Ockel deutlich, dass „die für Sonntag geplante Einweihung des Fraktionsbüros nicht stattfinden“ dürfe.

Die Fraktion Die Linke hat nicht nur das Ultimatum der Stadt Kelsterbach zum Abbau der Hütte verstreichen lassen, sondern am Sonntag, 28. September 2008, eine Veranstaltung mit Musik im Hüttendorf des Kelsterbacher Waldes durchgeführt.¹⁷⁵ Der Landtagsabgeordnete der Linken und Vize-Präsident des Hessischen Landtags, Hermann Schaus, war dabei als Redner aufgetreten; anwesend waren darüber hinaus der

¹⁷² Drucksache des Hessischen Landtags Nr. 17/705 vom 25. September 2008

¹⁷³ Stenographischer Bericht des Hessischen Landtags vom 24. September 2008

¹⁷⁴ Pressemitteilung, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, 26. September 2008

¹⁷⁵ Video mit Ausschnitten von der Veranstaltung unter: www.cdu-hessen.de

Landtagsabgeordnete der Linken und Linken-Landesvorsitzende, Dr. Ulrich Wilken, sowie die Linken-Abgeordnete, Barbara Cárdenas.

Im Laufe der Veranstaltung und Rede von Hermann Schaus haben rund ein Dutzend Waldbesetzer die rund zwei Meter entfernt stehende Hütte angehoben und von ihrem Platz weggetragen. Die Hütte wurde dann auf eine Plattform gestellt und in die Baumkronen gezogen. Dies dauert rund eineinhalb Stunden, erfolgte unter Duldung und ohne erkennbares Einschreiten der Mitglieder der Fraktion Die Linke. Vielmehr war die „Entführung der Hütte“ ein ausgeklügelter Plan und von Linken gemeinsam mit den Waldbesetzern inszeniert worden. Die Fraktion die Linke wusste, was mit ihrer Hütte geschehen wird und es „gilt als sicher, dass sie die ‘Entführung’ sogar eingefädelt“¹⁷⁶ hat. Dies macht deutlich, dass bei der Linken nach wie vor kein Einsehen vorhanden ist, sich an Recht und Ordnung zu halten.

¹⁷⁶ Artikel „Neuer Eklat um Hütte im Wald“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. September 2008, <http://www.faz.net>

9. Zusammenfassung

Die Partei „Die LINKE“ ist nichts anderes als eine mehrfach umbenannte SED und trägt für 40 Jahre menschenverachtende Diktatur in der DDR die Verantwortung.

Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Huber hat dazu in der FAZ vom 26. August 2008 richtigerweise erklärt:

„Die Linkspartei ist und bleibt Nachfolgepartei der PDS und damit auch Nachfolgepartei der SED“.

Es besteht in personeller wie in organisatorischer Hinsicht eine direkte Kontinuität von der SED über die PDS zur Partei „Die LINKE“. In den westdeutschen Bundesländern hat die PDS durch Fusion mit der WASG zusätzlich ehemalige Mitglieder der verfassungsfeindlichen DKP und anderer linksextremistischer Splittergruppen aufgenommen. Nur eine Namensänderung macht keine neue Partei.

Weil ihre Führung die alte SED nahtlos weiterführte und eine Auflösung verhinderte, fehlt bis heute ein klarer Trennungsstrich zum Unrecht der sozialistischen Diktatur. Führende Vertreter der Linken verharmlosen die Mauer, den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze und verhöhnern die Opfer der SED-Diktatur.

„Die LINKE“ verharret wie ihre Namensvorgänger PDS und SED in strikter Ablehnungshaltung zum Rechtsstaat. Ungeachtet der taktisch motivierten Beteiligung an Wahlen und Regierungen verfolgt die Partei unverändert das Ziel eines „Systemwechsels“. „Die LINKE“ strebt damit nach einer anderen Gesellschaft und einem anderen Staat. Sie gehört nicht zu den Parteien des demokratischen Grundkonsenses und will auch nicht dazugehören.

Die Fraktion der hessischen Linken und weit überwiegende Teile ihrer Landespartei werden von Linksextremisten unterschiedlichster Ausprägungen – Troztkisten, Marxisten, Leninisten, Anarchisten und vor allem Kommunisten – beherrscht, deren ideologische Differenzen durch ein gemeinsames Ziel in den Hintergrund treten: Einen Systemwechsel weg von einer parlamentarischen Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft und hin zu einem sozialistisch-staatsdirigistischen Bevormundungsstaat zu schaffen, in dem Gleichheit angeblich alles und Freiheit nichts gilt.

Auf programmatischer Ebene tut sich die Partei „Die LINKE“ durch hemmungslosen Sozialpopulismus hervor. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen steht ein überbordender Sozialstaat mit exorbitanten Transferleistungen. Fragen nach der Finanzierbarkeit werden dabei ausgeblendet. Höhere Steuern und Abgaben, rasant steigende Staatsverschuldung und damit höhere Erblasten für kommende Generationen wären die unausweichlichen Folgen ihrer Politik. Armut aber ist nicht sozial. Nicht „Freiheit durch Sozialismus“, wie die LINKE behauptet, sondern Armut und Unfreiheit durch Sozialismus sind die Konsequenzen ihrer Programmatik.

Die LINKE in Hessen gehört zu den am weitesten einem linksextremen Spektrum zuzuordnenden Landesverbänden. Die beschriebene Häufung von Kandidaten mit marxistischem und kommunistischem Hintergrund, insbesondere der Fraktionsvorsitzende van Ooyen und seine Stellvertreterin Wissler, zeigen, dass die hessische Linkspartei nichts anderes als eine marxistisch-kommunistische Partei ist.

Wer ungeachtet dieser seit Jahren und bis heute ohne Änderung vorgetragenen Aussagen den Linksradiكالen den Status einer demokratischen Partei zuerkennen will, der verkennt nicht nur den langen Schatten, den die SED auf diese Partei wirft, sondern der verabschiedet sich auch selbst Stück für Stück von unserer grundgesetzlichen Ordnung.

Auch der Verweis auf die Beteiligung der Linkspartei an Wahlen bzw. Regierungen und ihre dadurch angeblich erbrachte „Systemkonformität“ befreit keinen aufrechten Demokraten von der Notwendigkeit, sich von dieser extremistischen Partei klar und unmissverständlich abzugrenzen. Eine demokratische Wahl macht aus den Abgeordneten der Linken keine Demokraten. Keiner würde die NPD-Abgeordneten in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern für Befürworter unseres Rechtsstaates halten, nur weil sie in den Landtag gewählt worden sind.

Anhang

1. taz Bremen vom 29.11.1989, Seite 17
2. Brief von van Ooyen im Auftrag des Arbeitsausschusses des Bundesvorstandes der DFU an die DFU-Mitglieder aus dem Dezember 1989
3. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Drucksache 12/7600 (Auszug)

Darin:
 - Bericht über die Finanzierung kommunistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland durch die SED
 - Kopie des Haushaltsplans des ZK der SED für das Jahr 1989 mit Ausweisung von Mitteln u.a. für die DFU
 - Kopie eines Briefes des westdeutschen DKP-Vorsitzenden an Erich Honecker aus dem Jahr 1989 mit Bitte um finanzielle Unterstützung (abgezeichnet von Erich Honecker)
4. Artikel „Welt“ vom 6. März 2008
5. Verfassungsschutzbericht des Bundes 1989 (Auszug)



Berufsrevolutionäre arbeitslos: DKP ist pleite

□ SED dreht Geldhahn zu / Hauptamtliche DFU-Friedenskämpfer mit sofortiger Wirkung entlassen

Es lohnt sich nicht mehr, Berufsrevolutionär zu sein. In Budapest sind die Kommunisten am Ende, in Prag ist das ZK in Auflösung begriffen, in Warschau hat die KP die Macht verloren, und der DKP in Bremen geht es auch schon ganz schlecht. Nach dem politischen Bankrott steht die DKP jetzt auch vor der finanziellen Pleite.

Am vergangenen Montag wurden die Bremer DKP -Bezirksvorsitzenden Dieter Gautier und Jürgen Pohlmann ebenso wie die Bezirkssekretäre der übrigen 11 DKP -Landesorganisationen im

Bundesgebiet von der Nachricht überrascht: Die meisten werden die längste Zeit Parteifunktionäre gewesen sein. Bei einer eilig einberufenen Sondersitzung hatte der Düsseldorfer Parteivorstand den verdutzten Funktionären verkündet: Das Geld ist alle. Alle Parteisekretäre wurden angewiesen, vorsorglich die Mietverträge ihrer Parteibüros aufzulösen und die übrigen hauptamtlichen Parteiarbeiter schonend auf ihre Entlassung vorzubereiten. Offizielle Begründung der Düsseldorfer DKP-Gewaltigen: Rückläufige

Mitgliedszahlen, sinkende Beitragsmoral und das reduzierte "Spendenaufkommen aus der internationalen kommunistischen Bewegung". Klartext: Die SED hat Westdeutschlands Kommunisten den Geldhahn zugedreht. Harte Devisen werden in der DDR inzwischen anderweitig gebraucht. Die DKP, so die Devise der großen Bruder-Partei, muß künftig mit eigenen Mitteln sehen, wie sie klar kommt.

Bremens DKP-Vorsitzender Dieter Gautier wollte die bevorstehende Pleite gestern ebenso

wenig kommentieren wie die übrigen Hauptamtler im Bremer Parteivorstand. Klar allerdings ist: Bis Mitte nächsten Jahres wird sich die Mehrheit der 12 hauptamtlichen Bremer Parteiarbeiter nach einem anderen Job umsehen müssen. Aus eigenen Mitteln, so lauten vorsichtige Schätzungen, lassen sich allenfalls zwei oder drei hauptamtliche Kommunisten weiterbezahlen.

Härter noch trifft die Entwicklung in der DDR die mit der DKP "herzlich befreundete" (Pressereferent Ekkehard Lentz) Deutsche Friedensunion. Lentz und der Bremer DFU -Geschäftsführer Dietmar Tinnel sind ab sofort arbeitslos. Schon in der letzten Woche eröffnete das Kölner DFU -Präsidium seinen beiden Bremer Mitgliedern ihre sofortige Entlassung. Während Lentz sich das akute Finanzloch der organisierten Friedensbewegung noch mit dem Rückgang beim Aufkleber-Verkauf und im Abrüstungs-Broschüren-Handel zu erklären versucht, sind in der Kölner-Zentrale inzwischen plausible Lösungen des Finanzrätsels zu bekommen. DFU -Präsidiumsmitglied Willi van Ooyen zur taz: "Durch die Entwicklung in der DDR ist eine entscheidene Finanzquelle überraschend versiegt."

Und so ungefähr funktionierten bislang die Zuwendungen des

real existierenden Sozialismus an den noch nicht existierenden: Bundesdeutsche Handelsunternehmen im Ost -West-Geschäft investierten - notgedrungen oder gerne einen Teil ihrer Gewinne in den hiesigen Kampf für den Sozialismus. Wer in der BRD an Krim-Sekt oder Gorbatschow -Wodka verdienen wollte, hatte vertragsgemäß einen Teil der Rendite an DFU oder DKP auszuschütten.

Van Ooyen plaudert damit aus, was in DFU- und DKP-Kreisen bislang allenfalls als Verleumdung hartnäckiger Anti-Kommunisten galt. "Es wäre wirklich ein Schock für mich, wenn ich jetzt erfahren müßte, daß wir Jahrenlang von irgendwelchen obskuren Briefkastenfirmen gelebt haben", beteuerte ein langjähriges DKP-Mitglied gegenüber der taz ihren bislang festen Glauben an die eigene Etathoheit.

Bremer DFU- und DKP-Mitglieder wollen jetzt jedenfalls vollständige Offenlegung der bislang bestgehüteten Geheimnisse ihrer Organisationen verlangen: Woher kam das Geld und wo ist es geblieben. Einige vermuten bereits in der Finanzkrise einen letzten Schachzug der Betonköpfe im DKP -Vorstand: Für sie ist die Finanzkrise nur ein willkommener Vorwand, um aufmüpfige Parteiarbeiter endlich loszuwerden.

K.S.

taz Bremen Nr. 2974 vom 29.11.1989, Seite 17, 142 TAZ-Bericht k.s.

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

— [zurück](#)

DEUTSCHE FRIEDENS-UNION

DFU

Arbeitsausschuß
des Bundesvorstandes

Amsterdamer Straße 64
5000 Köln 60
Telefon (0221) 75 40 92/3
Telex 888 1956

An die
Mitglieder und Freunde
der Deutschen Friedens-Union

Dezember 1989

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die Deutsche Friedens-Union befindet sich in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung vor 29 Jahren. Die Frage unserer weiteren Existenz ist aufgeworfen. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben in ihrer Sitzung am 2. und 3. Dezember 1989 die finanzielle Lage unserer Organisation diskutiert und die Frage gestellt, ob eine politische Arbeit weiter sinnvoll, notwendig und gegebenenfalls auch möglich ist.

Die politische Lage hat sich in den vergangenen zwei Monaten, insbesondere in der DDR, derart schnell und grundlegend verändert, wie es wohl kaum jemand vorherzusagen gewagt hätte. Die mangelnde Bereitschaft, vernünftige und konsequente Schritte zur Lösung der immer offenkundigeren Probleme zu gehen, haben das Vertrauen vieler Menschen tief erschüttert. Seither haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR die Zukunft ihres Staates in die eigenen Hände genommen und einen Umbau eingeleitet, der einer friedlichen Revolution gleichkommt. Ziel und Richtung der Veränderungsprozesse in den meisten osteuropäischen Staaten sind momentan noch nicht eindeutig erkennbar. Die tagtäglich offenbar werdenden Mißgestaltungen und Beschädigungen des real existierenden Sozialismus haben die Idee des Sozialismus in Mitleidenenschaft gezogen, auch in der Bundesrepublik. Der (real existierende) Sozialismus ist als Hoffnungsträger für eine grundlegend alternative Gesellschaftsform auf abschabare Zeit weitgehend ausgefallen; offenbar denn je ist die Frage, wie eine fundamentale Alternative beschaffen sein müßte.

In der Bundesrepublik sind Politikansätze, die sich links definieren, in der Defensive. Ein Aufbruch (zu mehr Demokratie) ist momentan nicht erkennbar. Obwohl sicherlich das Bedauern und die Bereitschaft bei vielen Menschen wächst, sich in gesellschaftspolitische Fragen direkt einzumischen. Das konkrete Handeln erstreckt sich jedoch vorwiegend auf die sie unmittelbar betreffenden Probleme vor der eigenen Haustür.

Auch in unserem Hauptbetätigungsfeld, der Friedenspolitik, scheint sich vieles im Umbau. Neue Perspektiven für weitreichende Abrüstungsmaßnahmen sind erkennbar.

Friedenspolitische Ziele, die sich von vor 20 Jahren eingespart, vor zehn Jahren als Gefühls-Konzern verkannt worden wäre, werden inzwischen von einer klaren Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung geteilt und sind auf dem Wege, Bestandteil Bonner Regierungspolitik zu werden.

Die Notwendigkeit und Motivation zum gemeinsamen Handeln in Sachen Frieden ist geringer geworden.

In dieser ohnehin sehr komplizierten politischen Situation hat uns die finanzielle Krise, wesentlich verursacht durch die schlagartige Einstellung bzw. Streiklegung fast aller Bayernrenten, schwer getroffen, dies zumal die Deutsche Friedensunion sich und ihre politischen Aktivitäten zu ca. 90% freiwillig Prozent aus Spendenmaßnahmen finanziert. In dieser Situation war sofortiges Handeln geboten, um ein Abgleiten in "rote Zahlen" zu verhindern. Deshalb war es notwendig, so hart dieser Schritt ist, alle Kosten schnellstmöglich zu minimieren. Aus Verantwortungsbewußtsein gegenüber Mitgliedern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern war es zwingend notwendig, die Arbeitsverträge der Mitarbeiterinnen vorüberlähm zu kündigen. Auch Mietverträge (einschließlich Bundesgeschäftsstelle) sind gekündigt worden. Mit der Abwicklung der erforderlichen Maßnahmen wurden Peter Ellis, Rheinland-Pfalz, Willi van Ooyen, Köln, Dietmar Dinnel, Bremen, Karl Kiesinger, Köln, und Christopher Zörner, NRW, vom Bundesvorstand beauftragt.

In vielen Gesprächen taucht die Frage auf, ob die finanzielle Krise, in die die DFU geraten ist, nicht früher hätte erkannt und unter Umständen auch angewendet werden können. Wir alle haben bemerkt und durchlitten, daß die Friedensbewegung nicht richtig Tritt gefasst hat und daß viele sie angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen für nahezu überflüssig zu halten scheinen. Als Folge zeichnete sich seit einiger Zeit ein Rückgang der Spendenbereitschaft aus dem Kreis der Friedenspolitisch Aktiven bzw. der finanziellen Förderer ab. In Schlußfolgerung daraus haben wir versucht, unsere Ausgaben zu reduzieren, unsere Strukturen anzupassen und die Börsen in Mainz und München geschlossen. Darüber hinaus waren wir bemüht, unsere politische Tätigkeit auf dieser notwendig veränderten Basis zu konsolidieren. Es bestand Anlaß zu der Hoffnung, den finanziellen Konsolidierungsprozeß im Jahre 1990 erfolgreich fortsetzen zu können. In dieser Situation brach ein finanzieller Döckel über uns herein. Durch die rasante und von kaum jemand in Ost und West erwartete Entwicklung in der DDR entstanden schlagartig völlig neue politische Konstellationen. Die Folge war, daß das Interesse an unserer politischen Arbeit, insbesondere in Kreisen, die uns bisher in größerem Umfang finanziell unterstützt hatten, rapide schwand. Seit langen haben uns Menschen unterstützt, die sich von unserem Wirken für friedliche Koexistenz eine Verbesserung des Ost-West-Klimas versprochen, verknüpft mit der Hoffnung von einer Ausbreitung des Ost-West-Handels direkt profitieren zu können. Das ist jedoch nur ein Teil des Problems, denn es gab seit geraumer Zeit Menschen in West und Ost, die nicht aus im wesentlichen markantilen, sondern aus umfassenderen politischen Motiven bereit waren, unser Wirken finanziell zu unterstützen. Etliche dieser Spender setzen seit

Jahren auf eine Politik, die jetzt in Mitteleuropa Realität zu werden beginnt. Nicht allein Friedenssicherung, sondern Partnerschaft und intensive Zusammenarbeit auf allen Gebieten, wie in Wissenschaft, Kultur und Umweltschutz sowie wirtschaftlicher, handels- und finanzpolitische Kooperation sind ihre Ziele, die zukünftig auch mit Hilfe bedeutenderer und einflussreicher Kräfte als der Deutschen Friedens-Union vorangebracht werden können. Ihre Spendenmotive sind vielfältig.

Wir, die Deutsche Friedens-Union, so wurde in der Diskussion des Bundesvorstandes betont, haben selbst bestimmt, was wir tun und wie wir es machen. Da haben wir uns genauso wenig reinreden lassen wie bei der Entwicklung unserer Politikinhalte und Ziele, die von nicht wenigen Menschen heute noch als richtig anerkannt werden. Die DFU hat keine Spenden angenommen, die mit politischen Bedingungen oder Wohlverhaltenserwartungen verknüpft gewesen sind. Die Deutsche Friedens-Union hat ihre Politik in von satzungsgemäßen Gremien entwickelt und beschlossen.

Wir werden hoffen, wir es denn für sinnvoll und notwendig erachten weiter zu arbeiten, uns künftig auf die Finanzkraft unserer Mitglieder und Freunde und auf hauptsächlich wenige Spender stützen müssen. Phantasie und Kreativität werden, vornehmlich sein, um alle möglichen und akzeptablen Finanzierungsressourcen nutzbar zu machen. Bei dem, was wir jetzt durchzuführen haben, werden wir uns nicht von Veränderungsprozessen und tiefen Einschnitten, die es auch bei anderen linken Organisationen in unserem Land geben wird, abkoppeln können. Die entscheidende Schlussfolgerung kann nur lauten, daß wir uns niemals wieder in eine derartige finanzielle Abhängigkeit begeben dürfen. Das hat auch - wie manchmal zu hören ist - etwas mit der DDR und der BRD zu tun. Insofern nämlich, als wir in unserem Politikverständnis auf deren staatliche Friedens- und Abrüstungspolitik setzten, was ja auch eine Reihe von Jahren, besonders im Kalten Krieg, verständlich war und von anderen Kräften in den letzten Jahren ähnlich gesehen wurde. Das führte uns auch an die Seite von Friedensbewegungen sozialistischer Staaten, deren Wirken heute stark hinterfragt und im eigenen Land kritisiert wird. Zu bedenken wäre also nicht nur unsere Finanzierung, sondern in einem umfassenderen Sinne auch dieses oben beschriebene Politikverständnis.

So stehen grundsätzliche Fragen auf der Tagesordnung der Deutschen Friedens-Union, die von uns in nächster Zeit beantwortet werden müssen:

Wird die Deutsche Friedens-Union in der politischen Landschaft der Bundesrepublik überhaupt benötigt? Gibt es für sie in Gegenwart und Zukunft eine politische Funktion? Oder ist sie überflüssig geworden, weil ihre Politikziele erfüllt und Art und Weise der Politikentwicklung überholt sind?

Beantwortet man die ersten beiden Fragen positiv, stehen weitere Fragen im Raum:

Wie können wir die politische Arbeit einer erneuerten DFU inhaltlich und strukturell definieren, organisieren sowie finanzieren?

Es kamme jetzt darauf an, in allen Zusammenhängen, in denen sich Freundinnen und Freunde der Deutschen Friedens-Union treffen, diese Grundsatzzfragen zu diskutieren. Zwei Antwortrichtungen scheinen heute möglich zu sein: Entweder wir entwickeln DFW-Arbeit auf der Basis einer vollständigen Erneuerung, oder wir stellen die Arbeit der DFW in absehbarer Zeit ein. Für eine dritte Antwort, die ungelernt lauten könnte: "Wir machen weiter wie bisher" gibt es keine politische, organisatorische oder finanzielle Grundlage. Ohne offene Selbstkritik wird dieser Prozeß nicht zu bewältigen sein. Der Bundesvorstand hat beschlossen einen Unionstag (Kommunistenoberversammlung) für Mitte Februar 1990 einzuberufen, der über die aufgeworfenen Fragen entscheiden soll.

In dieser schwierigen Situation rufen wir Freundinnen und Mitglieder der Deutschen Friedens-Union auf, zusätzliche finanzielle Unterstützung zu leisten, um eingegangene Verpflichtungen, insbesondere Gehaltszahlungen, leisten zu können. Postgirisamt Köln, Kontonr. 300 30 - 502, BLZ 370 100 50). Zur Milderung sozialer Härtefälle von Mitarbeitern wird ein Sozialfond eingerichtet. Johannes Voigtländer, Köln, Melke Platz, Harburg und Gerhard Ritterwolf, Harburg haben zu diesem Zweck ein Spendenkonto (Sonderkonto: Pfarrer Johannes Voigtländer, Postgirisamt Köln, Kontonr.: 404 157 - 507, BLZ 370 100 50).

Im Kreis von Mitgliedern und Freunden der DFW und mit jenen, mit denen wir in Bündnissen zu tun haben, sollten wir über Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Arbeitsausschuß des Bundesvorstandes
gez. Willi van Ceyen

Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes *)

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes wird zur Kenntnis genommen.

Bonn, den 26. Mai 1994

Der 1. Untersuchungsausschuß

Friedrich Vogel (Ennepetal)
Vorsitzender

Joachim Gres
Dr. Andreas von Rühlow
Berichtersteller

Arno Schmidt (Dresden)

Andrea Lederer
Berichterstellenderin

Ingrid Koppe

*) Zeitgleich veröffentlicht der Bundestag den Bericht des Untersuchungsausschusses vom 5. April 1994 (Drucksache 12/694, 12/695).

und dort mäßig bestraft, wiederum einen schweizerischen Finanzmarkt für die Unternetze zur Verfügung." (Schmidt, Uwe, „Regierungs- und Vereinigungsstrukturpolitik - OR-Strukturen aufgezogen an Legeböle und Fallbeispielen." Kriminalistik, 1993 H. 8, S. 525-526, 532)

g) Übernahme des Außenwirtschaftsrechts

Im Rahmen des Währungsstoppes wurde der innerdeutsche Warenverkehr mit Wirkung vom 1. Juli 1990 in größere Umfang liberalisiert. Zu diesem Zeitpunkt führte die DDR ein eigenes Ausfuhrkontrollsystem ein, das weitgehend mit dem Ausfuhrkontrollrecht der Bundesrepublik Deutschland identisch war. Die Liste der zu kontrollierenden Güter wurde von der DDR uneingeschränkt übernommen. Das Außenwirtschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland wurde ab dem 3. Oktober 1990 auf das Gebiet der inneren DZ ausgedehnt.

7. Zusammenfassung

Ohne Embargoverstöße und die illegale Beschaffung westlicher Technologie war die Mikroelektronik in der DDR auf einem wesentlich niedrigeren Niveau geblieben. So schätzten Experten aus dem Kombinat Mikroelektronik Erhart 1989, daß die Einführung eines 11-Bit-Mikroprozessorsystems im Kombinat Mikroelektronik ohne Unterstützung des MZ nicht möglich gewesen wäre (Dokument-Nr. 566).

Der Import von Embargogütern schuf überhaupt erst die Voraussetzungen, die Mikroelektronik in der DDR zu entwickeln.

Mit einer Medienkampagne feierte die DDR-Regierung im September 1988 die Übergabe der ersten in der DDR hergestellten 1-Megabit-Speicherschaltkreise und würdigte sie als „wichtige Arbeitsetappe zur Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitags". Intern war allerdings durchaus bekannt, daß Höchstleistungsplaner für die Massenproduktion von 1-Megabit-Chips nicht in der DDR produziert wurden. (Vgl. mehrere Beiträge in: Neues Deutschland vom 13. September 1988; Der Magabotsperden und seine Wirkungen über den Tag in Neues Deutschland vom 14. September 1988.)

Trotz Umgehung der Embarguexistenznahmen gelang es der DDR nicht, eine rentable Mikroelektronikindustrie aufzubauen. „Die Investitionen in die Mikroelektronik erwiesen sich als ein Milliardenpfad", stellte der Politikwissenschaftler Hans-Jermann Hurtle dann fest und berief sich auf eine Analyse des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gernard Schürer, vom 30. Oktober 1989, in der es, bezogen auf Güter der Mikroelektronik, heißt: „Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Z. ein Mehrfaches des internationalen Spandes. Der Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR und im Export muß gegenwärtig auf über 1 Mrd. Mark der DDR pro Jahr gestützt werden." (Hurtle, Hans-Jermann: Staatshankrott - der ökonomische Untergang des SED-Staates, Deutschland-Archiv 1992 Bd. 10, Schürers Kraus-Analyse, Deutschland-Archiv, 1992, Bd. 10, S. 1113)

Offene Fragen

In Rahmen der Beweiserhebung konnte eine Reihe wichtiger Fragen nicht geklärt werden. Insbesondere wurden die Fragen nicht beantwortet, ob und falls ja, in welcher Form die folgenden ehemaligen Außenhandelsbetriebe selbst Embargogüter beschafften: H. C. Gerlach, AIB Elektrotechnik Export-Import, AIB Industrieanlagen-Import (IAI) und AIB WDW sowie der AIB des Kombinats Carl Zeiss Jena, der dem Kombinatdirektor Wolfgang Bismann unterstand.

Der Untersuchungsausschuß konnte auch die Frage nicht hinreichend beantworten, welche Rolle die BIEC bei der Beschaffung von Embargogütern spielte, und in welchem Ausmaß das Unternehmen Anzore (Heimat Joseph) an der Abwicklung der Finanzierung beteiligt war. Ebenfalls noch unbeantwortet ist die Frage, in welcher Höhe Embargogüter für die Akademie der Wissenschaften eingeführt wurde. Klärungsbedürftig ist auch die Frage, welche Rolle die staatliche DDR-Spedition Deschem beim Transport von Embargogütern in die DDR spielte. Außerdem bleibt offen, ob die DDR mit anderen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftsverhältnisse bei der Beschaffung von Embargogütern zusammenbeschafft hat.

II. Unterstützung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Die Tätigkeit des Bereichs Kammerzelle Koordination hatte nicht nur Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, sie spielte auch eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit den politischen Aktivitäten der SED in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere hinsichtlich der innerparteilichen Unterstützung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Die zu diesem Sachverhalt von den Untersuchungsausschuß geladenen Zeugen verweigerten entweder unter Hinweis auf § 35 StPO jegliche Aussagen oder konnten oder wollten zur Aufklärung nicht beitragen. Dazu gehörten auch die Zeugen Herbert Mies und Kurt Jentsch. Der ehemalige DKP-Vorsitzende Herbert Mies und das für die Finanzen der Partei bis 1990 zuständige Mitglied des Präsidiums und Sekretärs des DKP-Parteivorstandes, Kurt Jentsch, hatten den besten Überblick über die Geldströme haben müssen, die von der SED an die DKP und andere Vorläuferorganisationen geflossen sind. So liegt dem Untersuchungsausschuß von den Finanzierungsgesprächen ein Schreiben von Mies an Honecker vom September 1989 vor, in dem Mies um 600.000 Mark Unterstützung in Höhe von 64 Mio. DM bat. In diesem Schreiben wies er u. a. darauf hin, daß „die Frage der Finanzierung völlig neu zu durchdenken" sei und „neue Vorstellungen für die Lagerhaltung der solidischen Zuwendungen an uns" entwickelt werden müßten. Er dankte zugleich Honecker für die bisherige soziale Unterstützung, „auch und vor allem für die Hilfe im zurückliegenden Jahr". (Dokument-Nr. 634) Neben der direkten Finanzierung der DKP aus der DDR mit Hilfe des Bereichs Kammerzelle Koordination hatten eine wesentliche Funktion dabei die kommunistischen Wirtschaftsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die von der DDR von Herbert Kam-

metrische Koordinierung zusammen mit der SED gesteuert wurden.

1. Indirekte Finanzierung über kommunistische Wirtschaftsunternehmen

Der Untersuchungsausschuß war bei der Beweiserhebung bezüglich der indirekten Finanzierung der DKP über kommunistische Wirtschaftsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland vor allem auf die Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) angewiesen. Zumindest seit 1971 beobachtete das BfV kommunistische Wirtschaftsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich. Im Zuge dieser Beobachtungen erfaßte das BfV 1982 im wesentlichen folgende Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland:

- Chemie-Plant Int. und Export GmbH, Berlin
- Deutsche Handelsgesellschaft West-Ost mbH & Co KG Nachf., Berlin
- Hansa-Textel, Hamburg - Herta-Druck GmbH, Hamburg
- Richard Thies GmbH, Hamburg
- Intema, Gesellschaft für technischen Handel und Marktforschung mbH, Essen
- Internaut-Schiffahrtsagentur GmbH, Hamburg
- Intex Int. und Export GmbH, Berlin
- Intra Industriewerstattungen und Maschinenhandel AG, Berlin
- Inwaco Internationale Waren-Central GmbH, Hamburg
- Kohnander Gesellschaft West-Ost, Hamburg
- Macom GmbH, Essen
- Melcher GmbH, Elmhorn
- Nudel Handelsgesellschaft mbH, Bochum
- Oania Handelsgesellschaft mbH, Düsseldorf
- Plin-Jack & Co, Nettes Rheinland
- Plast-Elast Chemie Handelsgesellschaft mbH & Co KG, Essen
- Werner Schettler GmbH, Hamburg
- Gerhard Wachsen Int. und Export GmbH, Berlin
- WAG-Warenex Industrie-Anlagen und Maschinen Vertriebsgesellschaft mbH, Berlin
- West-Ost Touristik Reisebüro, GmbH & Co, Essen
- Wittenbrecht & Co, Essen
- Wittenbrecht & Co Handelsgesellschaft mbH, Berlin

Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland standen nach Feststellungen des BfV folgende Unternehmen unter Anleitung aus der DDR:

- Angilox S.A., Luxemburg
- Anstalt Infano, Vaduz/Liechtenstein

- Anstalt Flanesse, Vaduz/Liechtenstein
- Anstalt Infano, Vaduz/Liechtenstein
- Anstalt Popindustria, Vaduz/Liechtenstein
- Belux S.A., Lugano/Schweiz
- Etablissement Monument, Vaduz/Liechtenstein
- Filian, B.V., Haarlem/Niederlande
- Innaq B.V., Rotterdam/Niederlande
- Interholding Maacem B.V., Haarlem/Niederlande
- Intra S.A., Lugano, Pambio/Noranco/Schweiz
- Keder N.V., Curaçao/Aruba/Antillen
- Kohnro Etablissement, Vaduz/Liechtenstein
- Ruxin S.A., Lugano/Macore/Schweiz
- Ursipad Anstalt, Vaduz/Liechtenstein

Nach den Erkenntnissen des BfV waren die kommunistischen Wirtschaftsunternehmen mit Verbindungen in die DDR unter Steuerung durch die ZIK-Altenburg Verkehr unter Leitung von Joseph Steidl bzw. Julius Gehrig und unter Steuerung durch das Ministerium für Außenhandel tätig. Dabei waren dem BfV in der von Zusammenhang nicht nur die Namen Dr. Schalk, Grzegorz Ski, Wal. und Lis. eski und Manfred Seidel bekannt; es vermutete auch entsprechende Verbindungen zum Ministerium für Staatssicherheit.

Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten waren den Beobachtungen zufolge Geschäfte im Ost-West-Handel, Spekulationsgeschäfte, insbesondere im großdevisenreichen Verkehr, der Handel mit Presseerzeugnissen und Reiseagentengeschäfte mit den Hauptzielgebieten „sozialistische und kommunistische Staaten“. Ebenso wurden wichtige DKP-genutzte Kanäle gehalten.

Die DDR mußte sich bei Gründung, Erwerb und Unterhalt der gesteuerten Unternehmen im Hintergrund halten, da es ihr nach dem Militär-Regimegesetz Nr. 53 nicht erlaubt war, in der Bundesrepublik Deutschland Eigentum zu haben oder wirtschaftlich tätig zu werden. Aus diesem Grund wurde der Einfluß auf die gesteuerten Unternehmen verdeckt. Die Tätigkeit der Unternehmen war dabei im wesentlichen auf die Erwirtschaftung von Devisen für die DDR bzw. den Bereich Konterzele-Koordination ausgerichtet. Teile der über diese Unternehmen erwirtschafteten Devisen kamen indirekt der DKP zugute, indem DKP-Mitglieder Arbeitsplätze in den gesteuerten Unternehmen fanden, die gesteuerten Unternehmen Aufträge mit Hilfe der ZIK erhielten, die Gewinne der Unternehmen so gesteuert wurden, daß möglichst wenig Steuern anfallen, Geldspenden an die DKP vorgenommen oder Bargeldtransaktionen durch ausgewählte Finanzangestellte verdeckt wurden. Der Untersuchungsausschuß konnte im Zuge seiner Beweiserhebung einige Beispiele für getarnte Konstruktionen aufzählen.

Prozessen

Für die Anbahnung und Verabreichung von Geschäften vermittelte sog. DDR Vertriebsfirmen, Prozessen

nen, Deuts- Provisionen wären für die Handlar in der Bundesrepublik Kosten und könnten gewinne- und damit steuermindernd geltend gemacht werden. Bei der Festsetzung der Provisionen wurde von Bereich Kommernzielle Konsolidierung darauf geachtet, daß die Provisionen einer Befriedigung durch die Finanzbehörden der Bundesrepublik Deutschland standhielt. Die Provisionen sollten in der Handels- stellungszahl nicht über den Export der DDR liegen, der die „innerdeutsche Zahlungsablauf“ für die DDR-Seite verbesserte. In Gegenseitigkeit konnte die DDR dann Waren- oder Dienstleistungen an der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des innerdeutschen Handels auf Basis von Verrechnungs- gebühren beziehen.

Andererseits waren die Gehälter der Geschäftsführer der westdeutschen Händler z. B. der sog. Kartellfirmen in der Regel an die Höhe der erwirtschafteten Gewinne gekoppelt, d.h. die Geschäftsführer erhielten durch Anwendung der aus dem Bereich Kulturziele Koordinierung vorzusehenden Provisionsregelung weniger Gehalt. Da die Geschäftsführer jedoch oft in enger Beziehung zur DDR oder NOK standen, sollten diese Gehaltsverluste zumindest teilweise kompensiert werden. Die Geschäftsführer erhielten deshalb aus den Provisionen zusätzliche Prämien, die sie zum Teil an die Abteilung Verkehr des ZK der SED oder aus Spenden an die NOK weiterleiten mußten (vgl. letzter Teilabschnitt, 36. Drucksache 12346/2, Dok.-Nr. 158 S. 1150).

Steuerliche Kurzungsansprüche im innerdeutschen
Warenverkehr

Der Warenverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten wurde durch das Berliner Abkommen, besonders buchstäblich, zu diesem Zweck wurden im Übereinstimmenden der Bundesrepublik Deutschland Kürzungssprüche festgelegt. Beim Bezug von Waren aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland betrug der Kürzungsspruch des importeurs 11% des tatsächlich bezahlten Warenwerts (bei Lebensmitteln 2,5%) bei Lieferung in die DDR wurde der zu entrichtende Mehrwertsteuer von 14% auf 7% (bei Lebensmitteln und Dienstleistungen von 6% auf 1%) ermäßigt (Dokument Nr. 605). Dabei konnten die Waren aus der DDR wegen des im Vergleich zum Ausland geringeren Steuerstatus billiger bezogen werden, was die Kosten für die anscheinenden Unternehmen senkte und bei Wettbewerbsverhältnissen vorteilhaft war.

Zusammenfassung:

Bei der Besetzung von Waren im inländischen Handel traten gesteuerte Unternehmen als Käufer gegenüber den als der Bundesrepublik, Deutschland und den westlichen Ausland auf und übernahmen die Bezahlung der Rechnungen mit den üblichen Zahlungszeiträumen. Inzwischen gewährten diese gesteuerten Unternehmen den Endabnehmern in der DDR allerdings wohns längere Zahlungsziele. Diese Praxis kam einer Kreditvergabe durch die gesteuerten Unternehmen nahe und verpußte so den Kreditrahmen der DDR in der Bundesrepublik Deutschland, ohne in der offiziellen Statistik als Verschuldung der

DDR ausgewiesen zu werden. Dadurch wirkte die Kreditwürdigkeit der DDR besser als sie tatsächlich war.

מחבר:

Lieferungen seitens der gesteuerten Einzelhandels in der DDR werden auf einen bestimmten Termin vereinbart, mit der Kuppelung an eine feste Vertragsgüter im Falle der Nichterhaltung des Liefertermins. Zweck dieser Konventionalsätze war daher nicht, Haftung für die pünktliche Lieferung zu erlangen, sondern die Bezahlung war von Anfang an vorbestimmt und der vereinbarte Liefertermin entsprach meist dem Zahlungsstermin für die Konventionalsätze. Das Warengeschäft wurde quasi unabhängig von der Konventionalistischer Vereinbarung durchgeführt, oder sogar unabhängig, so daß es sich de facto um verdeckte gegenwärtige Geldtransfers der gesteuerten Unternehmen u. d. DDR handelte.

¹ Schlegel, 1920: 25, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858,

Unter Scheinabsatzverhältnissen bei gesteuerten Unternehmen beschäftigte Personen waren in Wirklichkeit zu großen Teilen oder ausschließlich für die DKP oder ihre Gefolgsler für diese Schieferabsatzverhältnisse eingesetzt. In der Regel fungierten für die kampfabtätige Tätigkeit in der DKP die weiblichen Kameradinnen der DKP an, während auf dem Gebiet der DKP zugewandte, Bergarbeiter waren. Die Möglichkeit der DKP-Vorstände bzw. deren Mitarbeiter, die bei West-Berliner gesteuerten Unternehmen offiziell beschäftigt waren, aber schon zurück auf das Weimarsche Land die Tätigkeit in DKP-Gruppen im Bundesgebiet fortzuführen konnten, lag bei der Chemie-Fabrik Handwerkschiffbauhandwerk es sich zum Beispiel um Heinz-Jürgen Noll, Mitarbeiter des DKP-Vorstandes, Bernd Schen, Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP in Rheinland-Westfalen, Hans-Jürgen Kelling, Koordinator der DKP-Vorstände im Harzgebiet.

In genanntem Fall wurde nach einer Kontrollprüfung bei der Fa. Corona Plast im Jahre 1982 gegen den Geschäftsführer ein Steuerstrafverfahren eingeleitet. Es wurde gegen den im Strafbefehl in Höhe von 500 Tagessätzen zu je 300,- DM, insgesamt also 150.000,- DM, erlassen. Nachdem der Beschuldigte ursprünglich einen Antrag auf Stundung der Zahlung des Strafbefehls gestellt hatte, hat er nun Betrag nach und nach kurz nach Rechtskraft des Strafbefehls in voller Höhe bezahlt. Der Untersuchungsausschuß hat nach Leitsätzen können, ob dem Beschuldigten der Betrag von seinen Dritten erstattet worden ist. Als Folge kam es in der revidierten Fassung der sog. Internen Ordnung von 1983 zur Aufnahme einer Regelung, nach der prokurte Amtsvorstehende zwischen DRG-Funktionären und sog. Parteistimmen führungsbefugigt werden sollten, ob die Funktionäre tatsächlich Stimmabstimmung in den Parteien erbrachten. Andernfalls sollten sie aus den Amtsvorstehenden entlassen werden.

basal -salut) waren um 81% im Jahr 1992 als Schmal-
bestenfalls als bekannt. Die durchschnittliche Ver-
änderung betrug 80,38% - DM pro Jahr, d.h. nominativ

von Min. DM. Ähnlich allein wurden für solche Anstellungsverhältnisse gezahlt.

Immobiliennutzung und Finanzierung von Bauvorhaben

Nach Erkenntnissen des BIV wurden der DKP die von ihr genutzten Immobilien zu einem sehr günstigen Mietpreis überlassen. Die Immobilienverwalter waren in der Regel hochrussische Gesellschaften unter Einfluß oder Befehlssetzung der DDR bzw. des Reichs. Kommerzielle Koordinierung, u.ä. die RKM S.A., so daß die Begleichung der Mietforderungen vom BIV in Form gestellt wurde. Die Bereitstellung billiger Immobilien war ein Mittel der indirekten Unterstützung der DKP.

Der Reichs. Kommerzielle Koordinierung wurde auch zur Finanzierung von Bau- und Renovierungsvorhaben der DKP herangezogen. So informierte der Leiter der ZK-Abteilung Verkehr Jochen Gehrke, während Lasowen die Dm., daß Mittel für Konsumverbraucher nach dem Antrag der DKP-Zeitung „UZ“ aus dem Gebälge der DKP-Vorstände in Düsseldorf benötigt würden. Er gab vor, wie diese Gelder zu verbleiben seien, bzw. bestimmte, daß ein Teil schwarz und in den über die Ableitung Verkehr an den Vorrätegeverwalter der DKP in der West-Länder Querschnitt-Gesellschaft werden sollte, ein anderer Teil auf ein Arbeitskonto der Dm. unter der Titelvorgabe „Investitionskosten der Jugendenschaft Düsseldorf“ zu überweisen (Dokument Nr. 606). Dies wurde von Walter und Lasowen Dr. Schulz-Greifensacker zur Bestätigung vorgelegt. Die Bestätigung erfolgte unvollständig, auch für eine wenig später geforderte Verdoppelung des nur zu übergebenden Schwarzgeldbetrages (Dokument Nr. 606).

Dagegen wurden gegenüber der DKP-Druckerei Plambeck & Co. Druck- und Verlagsvergnisse GmbH, Koss, die Mietforderungen der Anstalt Monument, der die von Plambeck genutzten Gebäude gehörten, sehr streng gehandhabt. Auch als sich die Plambeck in finanziell bedrängter Lage befand und mangelnde Aufträge nur noch Teile der Miete tatsächlich nutzte, wurde trotz Aufträge keine Mietminderungen vorgenommen. Als Plambeck nicht mehr in ausreichender Höhe liquide Mittel zur Verfügung hatte, um die aufgelaufenen Mietrückstände zu zahlen, wurde ihr lediglich eine Stundung gewährt. Dies konnte ein Indiz für eine mehr an wirtschaftlicher Effizienz orientierte Führung durch die Anstalt Monument bzw. deren Leitungsstelle sein. Es wäre denkbar, daß der Kontakt der Plambeck langfristig absehbar war und man wenigstens Teile der Forderungen noch eintreiben wollte. Durch die Stundung konnte die Plambeck damals vorerst weiterbestehen. So wurden zum einen die Arbeitsplätze dort gesichert und für die DKP-nahen Mitarbeiter, zum anderen der Bestand der DKP-Druckerei abgeklammert.

Druckvergnisse

Das Unternehmen Plambeck & Co. Druck- und Verlagsvergnisse GmbH Koss, die die kommunistische Tageszeitung „UZ“ herstellte, arbeitete bei dieser Zeitung mit großen Verlusten. Diese wurden aller-

dings über Querschnittverordnungen innerbetrieblich weitgehend ausgeglichen, weil bei der Herausgabe von „Messmagazinen“ zu Messen in der DDR Gewinne erwirtschaftet wurden. Diese Gewinne resultierten aus dem Verkauf von Anzeigen an westliche Unternehmen, die sich davon eine bessere Position bei Vertragsverhandlungen mit der DDR erhofften bzw. davon ausgingen, daß die Beteiligung an Messen negative sehr bestimmten anderen Publikationen vor der DDR-Seite als Voraussetzung für Geschäftsverhältnisse erwartet wurde. Durch Unterstützung und Förderung der Messmagazine für Messen in der DDR konnten der Plambeck gewinnbringende Aufträge gesichert und die Kompensation der Verluste aus der Produktion der „UZ“ ermöglicht werden. So unterstützte das Anzeigengeschäft über die Messmagazine – bezahlte vorwiegend von Westunternehmen – Gegenstrategie zur Finanzierung der Zeitung der kommunistischen Partei bei, die sonst die DKP selbst hätte leisten müssen.

Nach den inzwischen veröffentlichten Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses hat sich die im zweiten Teilbericht des Ausschusses (vgl. Zweiter Teilbericht BT-Drucksache 12/3526, S. 10) geäußerte Vermutung, das Unternehmen Plambeck habe der DKP als „Geldwaschanlage“ gedient, nicht bestätigt.

Das Unternehmen Plambeck rechnete zwar Druckleistungen zu höheren Preisen bzw. zu höheren Preisen als marktüblich ab, dies dürfte jedoch vorwiegend dazu dienen, das Volumen der finanziellen Unterstützung seitens der DKP für den Druck der „UZ“ begrenzt zu halten.

Aufklärung von Geschäfts- oder Geheimnissen

Geschäftsführer oder „betreuender“ Personen in den genannten Positionen hatten Teile der von ihnen bezogenen Vergütungen direkt oder indirekt an gewerbliche Unternehmen bzw. die Parteien DKP und SED abzuführen. Entgelte für die Übernahme von Gesellschaftsanteilen insbesondere im Hinblick auf die Strukturierung und Ersatz von Personalverhältnissen durch juristische Personen, mußten ebenfalls z.T. wieder an gewerbliche Unternehmen, eine Anzahl oder abzugeben bzw. gesendet werden. Eine enge Zusammenarbeit existierte zwischen dem VEB-Deutrans und der Spedition Die GmbH. Die Letztere konnte nicht nur über Transportkapazitäten der Deutrans verfügen, sondern gewährte der Deutrans auch eine Rückvergütung von 75% des Bruttofrachtpreises aus Deutrans-Aufträgen. Außerdem spendete der Die-Gesellschafter Karl Heinschke mindestens einmal einen größeren Betrag an die DKP.

Im Jahr 1980 brachte Heinschke 350 000,- DM in den neu gegründeten Marx-Engels-Stiftung e.V. ein, der nach der Beschreibung des BIV „einer in Händen der DKP“ war, die mit Herbert Wies, Dr. Bernhard Stump und Dr. Erwin Semmler, den Vorsitz des Vereins stellte. Analog wurde bei Völkertele, verlagten bei, Ebers mit dem Verkauf seiner Völkertele-Anteile an die Chemoplast (1977), mehr für ehemalige Gesellschafter Georg Gieseler z.T. in Anteile des Unternehmens Plambeck investierten z.T. in den besagten Marx-Engels-Stiftung e.V. einbezogen.

Neben der Koordinierungsfunktion für die kommunistischen Wirtschaftsernternehmen, die der Bereich Kommerz als Koordinierung wahrnahm, wurde Dr. Schalek-Goldkowsky nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses im Jahr 1978 im Auftrag von Josef Bielowitz herangezogen, um Spenden für den Wahlkampf der DKP zu beschaffen. Zu diesem Zweck wurde der Spendenscheck der DKP im Wert von insgesamt 199.000,- DM mit der Bitte an Vertreter an ausländische Geschäftspartner an Dr. Schalek-Goldkowsky übergeben. Nach weniger als vier Wochen hatte Dr. Schalek-Goldkowsky alle Spendenschecks verkauft und darüber hinaus noch weitere Überweisungen und Spendenzusagen erhalten. Insgesamt waren von Dr. Schalek-Goldkowsky 631.456,- DM mobilisiert worden, obwohl sich im Vorfeld die meisten angesprochenen westdeutschen Unternehmen geweigert hatten, Geld an die DKP zu spenden, da in der Vergangenheit nach ähnlichen Vorgängen häufig Haftungsansprüche erlangt seien und das BfV Druck ausübt habe, um diese Spenden zu verhindern (Dokument-Nr. 608).

2. Direkte Finanzierung der DKP aus der DPR

a) Rolle des Bereichs Kommerzielle Koordinierung

Die Rolle des Bereichs Kommerzielle Koordinierung bei der direkten Finanzierung der DKP bestand auch eines teils, als Mittler bei Bartransaktionen zwischen Geldgebern, der ZK-Abteilung Verkehr und der DKP zu fungieren. Zum anderen bestand die Rolle des Bereichs Kommerzielle Koordinierung darin, Mittel in der Volkswirtschaft der SED einzubringen, aus dem die DKP massive Zuwendungen erhielt. Der als solcher nachgewiesene, direkte Beitrag des Bereichs Kommerzielle Koordinierung umfaßte 1982 ca. 14,5 Mio. VM, für 1989 waren explizit noch 4 Mio. VM eingeplant (Dokument-Nr. 637). Außerdem wurden auf dem Konto der ZK-Abteilung Verkehr, der beim Bereich Kommerzielle Koordinierung verfaßter wurde, regelmäßig Beträge in DM in Millionenhöhe von den Mitgliedern der ZK-Abteilung Verkehr, Friedr. Trapp, angelegt, die aus dem sog. Dispositionen Parteifonds entnommen wurden.

Nach Angaben Dr. Schalek-Goldkowsky bezug die Parteileitung, die der Bereich Kommerzielle Koordinierung direkt für die DKP zur Verfügung stellte, jährlich 16 bis 17 Mio. DM.

Im Finanzplan der DKP, der von der Abteilung Verkehr der ZK der SED erstellt wurde, war der Finanzbeitrag des Bereichs Kommerzielle Koordinierung als Fernziel ausgewiesen. Dieser umfaßte für den Plan 1990 von 15. Oktober 1989 insgesamt 15,25 Mio. DM (Dokument-Nr. 611). Diese Summe für den Plan 1990 war in dem Fall der Mayer in Berlin, nachher in der SED, und in Absprache mit dem bei der DKP für Finanzen zuständigen Kurt Frisch am 20. November 1989 auf 7,3 Mio. DM herabgesetzt (Dokument-Nr. 612). Diese Ausgaben wurden ebenfalls aus dem sog. Dispositionen Parteifonds finanziert (Dokument-Nr. 613).

Die Mittel der sog. Dispositionen Parteifonds wurden zu einem festen Schlüssel auf bestimmte Positionen verteilt.

1. Die ZK-Abteilung Verkehr erhielt jährlich 12 Mio. DM.
2. Die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe verfügte pro Jahr über 4 Mio. DM.
3. Für Druckaufträge und zur Stützung der Druckerei Flambach und der Hiska-Partogeta waren jährlich 4-6 Mio. DM vorgesehen.

Die Auszahlungen erfolgten entweder aus dem Konto 594 Eisen der Abteilung Verkehr der ZK oder über die Barkasse von Dr. Schalek-Goldkowsky, der das Geld vorher vom Konto 591 abholte. Diese Barkasse wurde von Inge Wilkening geführt.

In der Ausgaben aus dem sog. Dispositionen Parteifonds weitgehend festgelegt waren und die zugewiesenen Einnahmen über diesen geplanten Ausgaben lagen, entwickelte sich im Laufe der Zeit ein „Guthaben-Scheck“, aus dem zweimal Sonderausgaben finanziert wurden. Im Jahr 1980 wurden 250 Mio. DM für „Polenhilfe“ entnommen, im Herbst 1989 wurden von SED-Geschäftsführer Krenz aus dem „dynamischen Bestand von ca. 100 Mio. DM Ausgaben für „Sonderimporte“ in Höhe von 35 Mio. DM verfügt.

In einem Vermerk an Dr. Schalek-Goldkowsky informierte Waltraud Lasowski über die Einnahmen- und Ausgabepläne 1988 für die sog. Dispositionen Parteifonds (Dokument-Nr. 613). Danach setzten sich die Einnahmen ausschließlich aus Abkürzungen der sog. Parteilisten und Zuzahlungen zusammen. Die Ausgaben umfaßten neben den oben genannten Positionen 250.000 DM an das Besondere Hebes-Tourist und vier Mio. DM an Ausgaben für die Unternehmen im sog. NSW. Außerdem waren Abkürzungen an das Konto 18528 in Höhe von 61 Mio. DM sowie eine Abkürzung an Julius Gekula, ZK-Abteilung Verkehr, von 300.000 DM eingeplant. Daraus resultierte ein Gewinn von über 10 Mio. DM.

b) Rolle der ZK-Abteilung Verkehr

Die Einnahmen der ZK-Abteilung Verkehr wurden in erster Linie dazu verwendet, der DKP zu unterstützen. Friedr. Trapp sagte in diesem Zusammenhang aus, daß die DKP ohne die Unterstützung durch die SED nicht hätte existieren können. Nach seiner Einschätzung sei sie zu mehr als 80% von der SED subventioniert worden.

Nach Erkenntnissen des BfV war erwiesen, daß die ZK-Abteilung Verkehr als „Bargeldabgabeberechtigter“ auftrat, der aus den sog. Parteilisten über die Simon Gabel und den Bereich Kommerzielle Koordinierung eingezogene Bargelder an Geldklienten auszahlte. Einige der Geldklienten, zumindest teilweise aus dem Kreis der Geschäftsführer der sog. Parteilisten rekrutiert wurden. Die Summe lieferte das Geld bei der DKP ab, von wo es dann weiterverteilt wurde. Nur wenige Funktionäre hatten davon Geldvorgaben erhalten (Dokument-Nr. 614-615). Die Geldklienten wurden intensiv von SED beobachtet.

In der Bundesrepublik Deutschland erschienen zu diesem Thema immer wieder Presseaufsätze, die in der DDR „erhöhtes Unrecht“ anzeigten. In einem Fall wurden die Geschäftsführer der sog. Parteilisten als

gehört einzeln bei Josef Stedl, Hans-Joachim Springmann, Dr. Schädel-Golodkowski und Waltraud Lischewski vorgelesen. Das System der Geldkuriers zur Übermittlung von Bargeld an die DKP hat jedoch weiter und wurde weiterhin über die ZK-Abteilung Verkehr gesteuert.

Die Finanzplanung der Abteilung Verkehr des ZK der SED wurde in erster Linie durch den Bedarf der DKP bestimmt. Zwischen den Verantwortlichen der DKP und der Abteilung Verkehr gab es jedes Jahr im November Beratungsgespräche, nach deren Verlauf der Finanzbedarf der DKP für das folgende Jahr durch den Vorsitzenden der DKP, Heinrich Meier, beantragt wurde. Dieser wurde über die Abteilung Verkehr an den Generalsekretär der SED weitergeleitet und von diesem bestätigt. Die DKP wurde jährlich zumindest in den Jahren von 1967-1989 konstant mit 19.556.000,- DM von der SED unterstützt.

Anfragen wurden die DKP-Druckereien Hirske, Hirske Partograph und die Druckerei Hambeck durch die ZK Abteilung Verkehr subventioniert. Jährlich wurde ein Betrag in Höhe von 800.000 DM an das DDR-Unternehmen Interwerbung gezahlt, der Exportaufträge an diese Druckereien vergab. Da die Preise der Druckereien über den Weltmarktpreis lagen, wurde die Preisdifferenz durch Zuzahlung an das Unternehmen Interwerbung ausgeglichen. Auch das Unternehmen lag auf diese Weise subventioniert.

Außer der DKP wurden von der ZK-Abteilung Verkehr keine kommunistischen Parteien im westlichen Staat regelmäßig unterstützt. Für die finanzielle Unterstützung der SED in Berlin (West) war die Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe, für alle anderen kommunistischen Parteien und Organisationen die Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der SED, die von Gunter Kuntze geleitet wurde, zuständig.

e) Rolle der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe

Der über die ZK-Abteilung Verkehr mit SED-Generalsekretär Hannecker abgestimmte Finanzbedarf der DKP wurde von der Abteilung Verkehr als bedarfsmäßig an den Abteilungsleiter Finanzen und Parteibetriebe des ZK, Heinz Wüdenhagen, weitergegeben und mußte von diesem in den Haushaltsplan der SED aufgenommen werden. Neben der Finanzierung über Heinz Wüdenhagen gab es an der Disposition noch vier weitere Punkte, die die ZK-Abteilung Verkehr betrafen, aber nicht im Haushaltsplan der SED ausgewiesen wurden und weitgehend aus Finanztransfers des Bereichs Kommerzielle Koordination finanziert wurden:

Die ZK-Abteilung Finanzen und Parteibetriebe verwaltete seit 1988 die Hauptkasse der SED. Außerdem wurden in der Abteilung die Kassen für die Abteilung Wirtschaftsbetriebe und für betriebliche Parteien im Ausland verwaltet. Wüdenhagen hatte mit der Finanzstellung und -durchführung sowie der Finanzkontrolle in der SED die Funktion eines Parteischutzmeisters.

Jährlich pro Jahr bekam Heinz Wüdenhagen von Dr. Schädel-Golodkowski eine Abrechnung über die sog.

Parteifirmen (Dokument-Nr. 616). Diese wurde formal geprüft und Dr. Schädel-Golodkowski entlastet.

Für den neuen SED-Generalsekretär Krenz wurde 1989 in der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe ein Übersichtspapier angefertigt, das die Verflechtung zwischen SED und dem Bereich Kommerzielle Koordination darstellte (Dokument-Nr. 616). Hierin wurde als Parteivermögen nicht nur Vermögen der SED bezeichnet, sondern auch Vermögen anderer kommunistischer Parteien, das z.T. vom Bereich Kommerzielle Koordination verwaltet wurde. Nach Dr. Schädel-Golodkowski beliefen darunter das Stammkapital von 15 Holdingsunternehmen, 17 sog. Parteifirmen, einer Treuhandfirma sowie Immobilien, Kreditvergaben und sonstige Kapitalbeteiligungen von insgesamt 53 Mio. DM, die nicht im Vermögen des ZK ausgewiesen waren. Des weiteren wurden als nicht direkt zugeordnete Vermögensgegenstände der Partei diverse Bankbestände genannt, aus deren Erträgen in Höhe von 60 Mio. VM der Unterhalt der Abteilung Verkehr bestanden wurde. 12 Mio. DM zur Weiterleitung an DKP-Zentrale, 4 Mio. DM an die DKP selbst, 2,5 Mio. an Abteilung Verkehr selbst. Ebenso kamen aus den Erträgen der Bankkonten 11 Mio. DM, die an das Nummernkonto 626 DHG (Sölden) überwiesen, (Dokument-Nr. 616). Der konkrete Vermögens der SED betrug 7,5 Mio. DM ausgewiesenen Ausgaben und der nach Verrechnung nach bezeichneten 30 Mio. VM wurde in diesem Bericht nicht thematisiert.

Obwohl die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe unter Heinz Wüdenhagen die Finanzen der SED regelte und seinen Finanzplan u.a. auch ein Plan für die DKP ausgearbeitet war, war für die Bestimmungen der SED zum Bereich Kommerzielle Koordination und zur DKP die ZK-Abteilung Verkehr zuständig.

Heinz Wüdenhagen war in Planung und Verwaltung der Finanzmittel des Sekretariats des ZK der SED gegenüber rechenschaftspflichtig (Dokument-Nr. 617). Die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe war u.a. verantwortlich für (Dokument-Nr. 618):

1. Ausarbeitung des Gesamtfinanzplans der Partei, Vorlage des Gesamtfinanzplans beim ZK der SED;
 2. Festlegung der Jahresfinanzpläne der Abteilungen des ZK;
 3. Kontrolle und Durchführung der Jahresfinanzpläne, Verwaltung, Nachweiskontrolle und Abschätzung des Parteivermögens einschließlich Schlußfolgerungen;
 4. Gesamtplanung der materiellen Fonds, Abstimmung der Planvorgänge und Maßnahmen der Funktion des Fondsplans 7775.
- [Der Fonds 7775 wurde dem Sekretariatsrat der SED im Rahmen der Planwirtschaft der DDR zugewiesen. Er umfaßte den Haushalt der Partei und Parteibetriebe und wurde von der Staatlichen Plankommission in die Jahrspläne aufgenommen. Für die Abteilung Verkehr war der Fonds 7775 vorgesehen, der selbstständig und unabhängig vom Fonds 7775 angewandt wurde. Allerdings

wurden die Ausgaben der Abteilung Verkehr für die Trägerschaft von Ferienheimen oder Schulen unter dem Fonds 7775 abgezinst, da es sich um Parteibetriebe im Sinne von Dienstleistungsbetrieben handelte).

5. Herstellung von Investitionsplänen
6. Bearbeitung von Briefläufen für die Finanzwirtschaft.
7. Mitarbeiterführung
8. Leitung und Kontrolle der Parteibetriebe (z.B. der GDB Hausbauern (Dokument-Nr. 610), Genex).
9. Leitung und Kontrolle der Parteianstaltungen.
10. Anleitung und Kontrolle der gesellschaftlichen Organisationen.

Der Abteilungsleiter Finanzen und Parteibetriebe war rechtlich der Vertreter des ZK in Fragen der Finanzwirtschaft. Die Abteilung war mit 56 Stellen ausgestattet, davon 16 „politische Mitarbeiter“, drei Sekretariatsstellen (Parteibetriebe, Planung und Bilanzierung, Finanzplanung und Buchhaltungswesen). Die Abteilungsleitung war ebenfalls eine politisch besetzte Funktion (Dokument-Nr. 619).

Die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe bzw. deren Leiter Heinz Wüstenhain führte mehrere „Tafel-Nummernkonten bei der Deutschen Handelsbank AG, darunter 845 „Rosa“, 846 „Rosa“, 847 „Flora“, 848 „Athena“, 849 „Athena“, 942 „Paris“, deren Kontostände am 31. Dezember 1988 insgesamt ca. 120 Mio. VM betragen (Dokument-Nr. 553). Die Nummernkonten 845 „Flora“ und 846 „Athena“ wurden der Genex GmbH zugerechnet und von der DDR mit der Abtretung der Gesellschaftsanteile im Januar 1990 an die Genex bzw. die Treuhandanstalt übertragen (Dokument-Nr. 555). Von der SED-Nachfolgepartei PDS wurde nach deren eigenen Angaben noch im Januar 1990 ein Betrag von 47 Mio. VM von dem PDS-Konto 844 DHB „Rosa“ aufgrund alter Verpflichtungen „zu Gunsten der internationalen Solidarität der SED“ abgebucht (Dokument-Nr. 136).

Heinz Wüstenhain soll außerdem über Aktien der DRVAG AG, BaumZäunh Werck, fünf Mio. DM und der Corofina Ansicht, Balzer/Schweiz, Wert ca. 20 Mio. DM, aus dem Bestand seines Vorgängers Karl Raab verfügt haben. Kontaktperson von Wolfgang Langmitschke, Leiter der Inhaberkonten der DRVAG und der Corofina seien durch Verkauf des damaligen Genossenschafters nach bis im Herbst 1989 verkauft und die Erlöse im Ausland eingezahlt worden. Zu den von Wüstenhains Abteilung betreuten Unternehmen gehörte auch das Druckhaus Norden in Berlin (West).

Die Anteile von Wüstenhain und Werner Wenzberger an der Partonaria DDB GmbH wurden auf Veranlassung des Tiergebers SED-PDS ungefragt an die Gesellschaft selbst abgetreten. Der Geschäftsführer Friedrich Bietzel wurde als treuhänderischer Vertreter des Stammkapitals eingesetzt. Die Gesellschaft wurde am 17. April 1990 in die GDB Hausbauern mit Sitz in Wismar und Wismar „GmbH“ und der veränderte Gesellschaftszweck am 27. April 1990 in das Handelsregister eingetragen.

Weiterhin fungierte Heinz Wüstenhain mit Werner Wenzberger seit 1972 als Gesellschafter der Zinax

GmbH, die von der Zentralfab. Dach der Druckbetriebe in der DDR verwaltet wurde. Die Vermögenswerte der Zinax wurden am 17. Mai 1990 an die VEB übertragen.

Im Zuge der Veränderungen in der DDR im Herbst 1989 ließ Heinz Wüstenhain laut Aussage von Edith Kucharsch von der Staatssicherheitsbehörden beim Kaufmännischen Betrieb am Tag nach der Maueröffnung, am 12. November 1989, mehrere Säcke Anhanggut zur „Verkleidung“ wegbringen. Im Vordergrund stand die Verheimlichung derjenigen Akten, die auf die Verwendung von Geldern für politische Parteien bezügl. waren.

3. Kenntnisse der Bundesregierung

Die Bundesregierung hatte über das Bundesamt für Verfassungsschutz sehr früh Kenntnisse über die eng Parteiliche in der Bundesrepublik Deutschland. Diese wurden intensiv beobachtet, weil sie als eine mögliche Finanzquelle für die DKP betrachtet wurden. Was die Beziehungen zu Einrichtungen innerhalb der damaligen DDR betrifft, war der BfV darauf beschränkt, die rechtlichen Kontakte der Geschäftsführer der sog. Parteilichen zu beobachten und aus diesen Informationen auch Rückschlüsse auf die Strukturen der DKP-Führung zu ziehen.

Der erste dem Untersuchungsausschuß vorliegende Bericht zu den kommunistischen Wirtschaftsunternehmen aus dem Jahr 1971 enthält allerdings nur eine Erwähnung der Unternehmen. Er weist allgemein darauf hin, daß auf die Strukturen in der DDR eine intensive Verleumdung und Unterbrechung der Organisation in der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet wurde, damit aus dem Jahr 1971. Dort heißt es:

„Nach dem bisherigen Erkenntnisstand tragen die den wirtschaftlichen Interessen der DDR dienenden Unternehmen zur Finanzierung der DKP ausserordentlich bei. Sie liefern den Parteilichen und deren Familien einen und gelegentlich der DKP auch Spenden zukommen lassen, während die DKP-Führung unmittelbar durch das ZK der SED über die beiden Druckereien und die beiden Verlagsgesellschaften Drucke Instrumente des ZK der SED für die materielle Unterstützung des Apparates der DKP – im Falle Huska auch für die Unterstützung der Portugiesischen Kommunistischen Partei.“

Speziell thematisiert wurde die Verleumdung der damals bekannten 24 kommunistischen Wirtschaftsunternehmen untereinander sowie der Einsatz von Straßendemonstrationen zur Verleumdung der SED/DDR-Einkäufe bzw. -Anteile und die Sicherung aus dem Mordanschlag auf Außenminister der DDR.

Im Bericht aus dem Jahr 1983 wird als konkrete Zahl ein Betrag in Höhe von 60 Mio. DM genannt, aus dem die DKP durch die SED unterstützt wurde und davon 10,4 Mio. für die Finanzierung der gesteuerten Unternehmen zufließen, die als „Finanzausgaben“ getarnt, die Finanzgewinne schmälern und damit zu einer Verringerung der an sich anfallenden Steuerzahlungen führen. In diesem Bericht wird auch der Einsatz der Parteispenden aus Gehältern der Genossen-

teilen und auf die finanzielle Unterstützung der DKP durch die Abteilung Verkehr des ZK der SED eingegangen. Es wurde allerdings noch angenommen, daß die Stapper GmbH eine Tochterorganisation des ZK-Abteilung Verkehr sei, der aufgrund des sinkenden Geschäftserfolgs der gesteuerten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland Wlodek Lisowski vom Ministerium für Außenhandel als Beraterin und Kontrollant* zugewiesen worden sei. Demnach sollte Wlodek Lisowski die kaufmännische Leitung der Unternehmen übernehmen, während die ZK-Abteilung Verkehr in Absprache mit der DKP für die Besetzung der Geschäftsführungsfunktionen zuständig sein sollte.

Es liegen außerdem Erkenntnisse vor, daß die Geschäftsführer auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durch das MfS beobachtet wurden. Dies bestätigte auch im nachhinein Herrn Untersuchungsrichter, wurde Material zu einem operativen Vortrag „Basis“ des MfS bekannt, dessen Ziel war die Beobachtung von Funktionsträgern in sog. Parteilichen in der Bundesrepublik Deutschland war.

Der Bericht des BfV aus dem Jahr 1992 wurde durch den Bundesnachrichtendienst (BND) im wesentlichen bestätigt. Der BND präzisierte die Steuerungsstellen in der DDR als „Abteilung Verkehr in Zusammenarbeit mit der Kohn-Wolff-Koordinierung (sozialistisches Ministerium für Außenhandel der DDR)“. Dem BfV war ebenfalls bereits bekannt, daß der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, Dr. Szymon Golebowski, mindestens ebenfalls Mitarbeiter des MfS war, wenn ein maßgeblicher MfS-Einfluß auf den Bereich Kommerzielle Koordinierung gesehen wurde. Der BfV hatte einen Maßnahmensatzung gegen die gesteuerten Unternehmen erstellt und auf dem Rücklauf zum BfV-Bericht 1992 an das BfV gegeben.

In einem Vermerk des BfV vom 12. September 1990 wurde klargestellt, daß die Gefahr zur Unterstützung der DKP in Höhe von ca. 70 Mio. DM jährlich über die gesteuerten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland mit der wesentlichen Absicht entstand sei, werden. Es wurde auf den Verdacht hingewiesen, daß einzelne Unternehmen der von Unternehmensbereichs erfaßten Veränderungen in der DDR des Jahres 1989 nach Anleitung durch die SED/PDS erfaßten (Dokument Nr. 621). Im Oktober 1991 wurde vom BfV in einem Bericht über einige ehemalige Mitarbeiter in des Bereichs Kommerzielle Koordinierung darauf hingewiesen, daß es bei diesen Unternehmen zu Unternehmungen, Kassen, Verkleiden und Neugründungen auf Veranlassung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung bzw. dessen Nachfolgeorganisation kam, um dem Ziel SED/PDS-Präsident zu „privatisieren“ und nach dem Tugit der Treibhandlungspositionen (Dokument Nr. 622).

III. Versorgung der Politbüro-Siedlung Wandlitz

Die Versorgung der Staat- und Parteiführung der DDR mit wesentlichen Konsumgütern, mit Wohn- und Wohnenendhäusern, mit Kleidung, Geschenken und Konsumgütern basierte auf der allgemeinen Volksgewalt und -ausbeutung ab und war von An-

fang an besonders geregelt und organisiert. Hermann Hübner, Otto Grotewohl, Mitvorsitzender der SED und Ministerpräsident von 1949 bis 1964, einem Antrag an das Politbüro der SED handschriftlich hinzugefügt, daß für die Versorgung des Regierungsvorstands Hübner im Norden Berlins eine gesonderte „Lebensmittel-Versorgung“ eingerichtet werden sollte. (Zitat: Armin Mittern, Stefan Weller: Untergang und Fall: Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1991, S. 36.) Ihren Höhepunkt erreichte die Sonderversorgung und Privilegierung der DDR-Partei- und Staatsführung, die 1990 über Wohnsitze von Partein in die sog. Wandlung Wandlitz verlegte, die sich über der 1990 Jahre der Bereich Kommerzielle Koordinierung der Volkswirtschaft und der Beschaffung der Waren für den Versorgungsbereich Wandlitz nannten. Die Sonderversorgung der DDR-Partei- und Staatsführung war im Widerspruch zu dem von der Partei-Wandlung Wandlitz Gedanken der „sozialistischen Gleichheit“, mit dem sie die DDR-Gesellschaft verpflichtete. Deshalb war es kein Wunder, daß im Jahr 1989, als diese Sonderversorgung bekannt wurde, die Parteiführung Wandlitz zum verbotenen Symbol für Antisemitismus und Privilegien erwacht in der DDR wurde. Kein ein anderes Beispiel sollte Ende 1989 nicht als die Gerechtigkeit und Anerkennung der Wandlitz für gerechtfertigte Ansprüche und Entwertung in der öffentlichen Bewertung „Wandlitz“ und den darin zum Ausdruck kommende System der Sonderversorgung. Die Regierung und Abschiebung der Wandlitz der DDR von der Bevölkerung sah sich nicht nur auf eine durch Korruption und Antisemitismus ausgelassene Verschwendung der Machtgüter der DDR, auf den Mißbrauch der Macht- und Vertrauensstellung zurückzuführen. Die Sonderversorgung und die abgesonderte Lebenshaltung der Wandlitz war weiterhin eine Konsequenz eines Systems der totalen Einschränkung der Parteilichkeit und keine demokratischen Kontrollmechanismen. Wie bereits der Ausschluß der Volkskammer der DDR zur Untersuchung des Korruptions und Antisemitismus über den Tugit-Ausschluß herausfindet der von November 1989 bis zu den ersten demokratischen Wahlen in der DDR im März 1990 hatte eine systematische Verleumdung in der DDR durch die SED/PDS durchgeführt in der DDR, in der sog. Klassenorganisationen, in den Gewerkschaften und nicht zuletzt im Staat- und Parteiparat. (Bericht des Zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer zur Überprüfung von Fällen des Antisemitismus, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verstoß der Gesetzverletzung besteht, in Volkskammer der DDR, 6. Wahlperiode, Drucksachen und Sonderdruck, Drucksache Nr. 78 Folge: Klassen Korruption und Antisemitismus in der DDR, Stuttgart 1991.)

Die Bevorratung des Untersuchungsausschusses zur Sonderversorgung der Staat- und Parteiführung der DDR in Wandlitz und im Laufe der Zeit Bereich Kommerzielle Koordinierung dabei zu dem, daß die Wandlung Wandlitz die Ausstattung von Akten des Politbüros der SED und der Staatsverwaltung der DDR sowie der Staatsverwaltung bei dem Verfall der DDR, Partei- und Staat- und Parteiführung der

der Kollektiven durch die Abteilungen, Kartos. und Gemeindefunktionäre. Jedoch ist eine einheitliche unterrichtliche Aufklärung der Abteilungsleitergruppen und der Parteigruppen innerhalb unserer Marschgruppen nicht möglich.

Struktur der Abteilung

- 1. Abteilungsfunktionär
- 2. Stellvertretende Abteilungsfunktionär
- 3. Sekretariat
- 3. Politische Mitarbeiter
- 1. Kaderabteilungsleiter
- 2. Technische Mitarbeiter

Struktur und Organisation

Leiter der Abteilung	110 Mitarbeiter
Leiter der Abteilung	21 "
Leiter der Abteilung	20 "
Leiter der Abteilung	12 "
Leiter der Abteilung	3 "
Leiter der Abteilung	3 "
Leiter der Abteilung	49 "
Leiter der Abteilung	5 "
Leiter der Abteilung	4 "
Leiter der Abteilung	1 "

Struktur und Aufgaben der Abteilung

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Die Abteilung besteht aus einer der Gesamten der Abteilung und aus einem der Gesamten der Abteilung.

Verkaufsförderung

Glücke der Grundverpackungen, 100 Gewinnen
aufgegliedert in 5 APD und 10 Packgrößen.

von 5000000 "Gemeinsame Marken", Taback, bei eine eigene
Kundengruppe und wird durch die Friedelung 5000
abgesetzt. 115 Millionen, davon 13 Gewinnen

Aufgabenstellung der Abrechnung

1. Bestimmung und Unterbreitung der Verkaufspreise nach einem

Aufschlüsselung in die nach

100%, 100%, 100%, 100%, 100%

- Bruttoverkaufspreis

- Bestimmung der Preise der NDL, Verkehr, den meisten
des Konsumverbrauchs und der Durchschnittswerte.

- Unterbreitung der Preise durch den Verkaufspreis des

Verkaufspreises

- Gewinnaufteilung eines unternehmerischen Gesamterfolgs
und Aufschlüsselung in die APD - Funktion des Verkaufs
im Bereich des Verkaufs -

- Verkaufspreis Bestimmung und Kosten

- Bestimmung des Verkaufspreises, 100 Gewinnen, 100 Gewinnen, 100 Gewinnen
100% und durchschnittliche Kosten

- Bestimmung von Kundengruppen und Kundengruppen
bei Kundengruppen des APD

- Bestimmung von Kundengruppen und Kundengruppen

- Verkaufsförderung der APD und APD in einem

Verkaufsförderung der APD und APD

- Bestimmung der Verkaufspreise nach einem

APD des APD (100%, 100%, 100%)

- Verkaufsförderung der APD und APD

"Verkaufsförderung" in einem APD und APD

APD, 100%

- Verkaufsförderung der APD und APD

APD und APD (100%, 100%, 100%)

- Verkaufsförderung der APD und APD

Mittel der APD und APD (100%, 100%, 100%)

Verkaufsförderung der APD und APD

- Verkaufsförderung der APD und APD

bei Kundengruppen in der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Verkaufsförderung der APD und APD

Auf Grund der technologischen Auswertung dieser Drucker
 setzen Drucker die Marktwirtschaft, für die Betriebswirtschaft
 zusammengefasst durchzuführen zu können.
 Inwieweit werden die Betriebswirtschaften erhöht und die Gewinn-
 verhältnisse.
 Diese Wirtschaften können durch die Druckerei selbst
 übernommen werden, -
 Herstellung des Zeitungsdruckes (auch Druckfähige Textile)
 reproduktionen wichtige Pläne für Industrie-
 Entwicklung der notwendigen zentralen Abstellen in Kooperation.

Die ersten Druckereigründungen wurden in Kooperation mit
 Plamborn & Co. bereits hergestellt. (Muster)
 eingeleitet werden im Jahr 1988 noch 3 weitere in
 Zusammenarbeit realisiert.

In der Phase der Kooperation zwischen Plamborn und
 Hefek-Produktion mit der Druckerei Zehnde hat 1988
 begonnen und ist aufbauend zur Zusammenarbeit von
 Unternehmen.

Politik für die

Das Politische wird durch die Finanzierung der neu und
 in Sozialpolitik zu ändern.
 Auf Grund einer Festlegung der gesamten Mittel wurden die
 Übertragungen auf diese Politik eingeleitet und gingen an
 die Bereiche Kooperations- und Koordination der Politik (Kooperation).
 Von diesem Zeitpunkt an wird die Politik aus auch durch die
 Funktionen der Geschäftsführung und durch die Politik erfüllt.
 Aufgrund von der derzeitigsten Entwicklung ist es notwendig
 Rechnung zu fordern, hinsichtlich der Gewinn der Politik-
 stufen in der Politik, Politik, Politik und den anderen
 eine Veränderung in der Politik herbeizuführen, das diese Politik
 wieder auf das Konto der Koordination der Politik übertragen werden.

Die im Folgenden, die derzeitigsten Veränderung abgeordnet war,
 ist nicht die Politik dazu herangezogen, durch Gründung von Politik-
 betrieblen eine bessere finanzielle Lage für die Politik zu
 schaffen.

	Stand 31.12.1988	Stand 31.12.1989
Laufende Kosten	10	5.038.370,37
Neu festgelegt	10	10.038.370,37
Laufende Kosten	10	22.038,37
Neu festgelegt	10	968.000,00
Laufende Kosten	10	10.038,37

000149

Anlage 1 zum Bericht

4. Finanzplan der DKP für das Jahr 1969

1. Fonds 1 - Hauptkassa des ZK der SED
2. Fonds 2 - Staatssekretär für Koordination,
Gen. Schwick

Aus dem Fonds 1 werden folgende Mittel
bereitgestellt:

a) Für Partei, Jugendorganisationen betraufelte Organisationen u.s.	37.144.000,- DM
b) Sonderausgaben für die Wahl-, Friedensaktionen	1.406.000,- DM
	37.550.000,- DM

Aus dem Fonds 2 werden bereitgestellt:

a) Eigenleistung UZ	12.000.000,- DM
b) Zuführung für Druckaufträge aus der DMA für Druckerei Pöppel & Co.	1.520.000,- DM
	13.520.000,- DM

Gesamtsumme: 51.070.000,- DM

308

Deutsche
Kommunistische
Partei

000150



Deutsche Kommunistische Partei / Postfach 30 42 / 4000 Düsseldorf

Parteiabteilung
Postfach
Postfach 30 42
Postfach 30 42
4000 Düsseldorf 30
Telefon (02 11) 48 10 01
Telefax 0 584 387
am September 1989

Handwritten signature and date: 15.10.89

An den Generalsekretär des ZK der SED

über Genosse Erich Honecker

In der Entwicklung der DKP, den mit ihr befreundeten Organisationen, wie die FDJ, der NSD-Spartakus, die Jungen Pioniere, aber auch im Umfeldbereich der DKP ist eine außerordentliche, recht komplizierte Situation entstanden. Unsere Bemühungen um die Rückführung der Strömung in die legitimen demokratischen Strukturen der Partei und die Erarbeitung gemeinsamer Vorstellungen über den Weg, das Ziel und die Formen der marxistisch-leninistischen Erneuerung der DKP sind abgesehen von einigen Ansätzen bisher noch ohne entscheidende positive Ergebnisse. Die Unsicherheit in allen Teilen der Partei ist an. Nach dem Ausszug von 16 Mitgliedern des Parteivorstandes aus dem 7. Plenum Ende August (davon haben 8 Mitglieder ihren Rücktritt aus dem Parteivorstand erklärt) ist die Gefahr von Abspaltungen sehr akut geworden.

All das, aber auch die weitere Perspektive muß uns veranlassen, die Frage der Finanzierung völlig neu zu durchdenken in Richtung auf:

- Minderung der Ausgaben - vor allem der Personalausgaben;
- weitere gezielte Erhöhung der Einnahmen durch Beiträge und Spenden;
- Umgruppierung der finanziellen Mittel zu Gunsten jährlicher Schwerpunkte mit Hauptzielgruppe Arbeiterklasse;
- Ausarbeitung neuer Kriterien für die Vergabe von Zuwendungen an die SDNJ, den MSP u.a., an Bündnisbereiche und Verlage;
- Entwicklung von neuen Vorstellungen für die Legalisierung der solidarischen Zuwendungen an uns.

Diese neuen Überlegungen, die notwendig sind, sollten wir gemeinsam erarbeiten.

Lieber Genosse Erich Honecker!

Wir sind für die bisherige solidarische Unterstützung sehr dankbar. Auch und vor allem für die Hilfe im zurückliegenden Jahr.

Wir sehen aber sehr wohl, daß auch ihr allen Grund habt, einige Fragen der finanziellen Zuwendungen neu zu stellen, vor allem was den Umfang der Zuwendungen betrifft.

Wenn wir für das anstehende Jahr 1990 dennoch um eure Unterstützung in annähernder Höhe des Jahres 1989 bitten, dann vor allem deshalb, weil wir 1990 den außerordentlichen Parteitag, die Bundestagswahlen, Landtagswahlen im Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern, sowie Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein haben.

Neben einer Reihe vorgesehener größerer Aktionen im Bereich Frieden und Abrüstung, Antifaschismus, soziale Anliegen entstehen uns zugleich Kosten (Sozialplan) bei der Verringerung des hauptamtlichen Apparates der Partei und auch bei den befreundeten Organisationen.

Das alles in Betracht ziehend möchten wir dich bitten, doch auch für das kommende Jahr eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von 64.650.000 DM zu gewähren. In dieser Summe sind die 12.000.000 DM für die LZ enthalten. Sonderausgaben für Wahlkampf und größere Aktionen ebenfalls.

Wir hoffen, mit unserer Bitte Verständnis zu finden.

In solidarischer Verbundenheit und kommunistischen Grüßen!



(Herbert Rios)
Vorsitzender der DKP

WELT ONLINE

URL: http://www.welt.de/politik/article1767167/Koch_muss_weg_da_gibt_es_bei_uns_kein_Wackeln.html

Willi van Ooyen

"Koch muss weg, da gibt es bei uns kein Wackeln"

Von Gisel Kirschstein 6. März 2008, 17:08 Uhr

Willi van Ooyen bezeichnet sich selbst als traditionellen Gewerkschaftsvertreter – und als Marxist. Der Spitzenkandidat der Linkspartei im hessischen Landtagswahlkampf ist Fraktionschef im Wiesbadener Landtag. Mit WELT ONLINE spricht er über die DGB-Vergangenheit und seine Pläne nach der Hessen-Wahl.



Foto: DDB

Langjähriger Friedensaktivist und Spitzenkandidat der Linkspartei: Willi van Ooyen

Der langjährige Friedensaktivist war von 1976 an hessischer Landesgeschäftsführer und von 1984 an langjähriger Bundesgeschäftsführer der Deutschen Friedensunion, eine Nachfolgeorganisation der 1956

verbotenen Kommunistischen Partei.

WELT ONLINE: Herr van Ooyen, Sie waren bis zum 22. Februar noch der pädagogische Leiter der Fraunhofer-Behindertenwerkstation. Ist Ihnen die Entscheidung, Vollzeit-Politiker zu werden, schwer gefallen?

Willi van Ooyen: Ja, das wollte ich nicht unbedingt.

WELT ONLINE: Warum tun Sie es dann? Und warum wollen Sie nicht als Fraktionschef nicht Parteimitglied der Linken werden?

Willi van Ooyen: Die Linke ist jetzt in der Lage, ihre bisher außerparlamentarischen Forderungen auch parlamentarisch umzusetzen. Ich mache aber auch noch viele ehrenamtliche Dinge. Ich war zum Beispiel bei den Demonstrationen in die Gegendarm mit verantwortlich und für die Ostermarsche, derzeit berate ich die irak und Afghanistan-Konferenzen vor, oder das Europäische Sozialforum. Deshalb ist es sinnvoll, nicht unbedingt in die Parteistrukturen hineinzugehen. Ich gehe auch weiter zu den Parteiveranstaltungen und sage meine Meinung. Eine gewisse Unabhängigkeit ist mir aber schon wichtig.

WELT ONLINE: Ministerpräsident Roland Koch wirft Ihnen vor, über Jahre ein von der DDR bezahlter Po-tagent in Westdeutschland gewesen zu sein.

Willi van Ooyen: Das ist eine Beleidigung. Roland Koch war bekanntermaßen noch nie sehr wählerisch mit seinem Vokabular. Ich war einer der Geschäftsführer der Deutschen Friedensunion. Meine Aufgabe war immer Politik zu machen und Menschen zu motivieren, für Geldflüsse war ich nicht zuständig. Wir haben überall gesammelt und alles genommen, was uns angeboten wurde. Berlin ist nie jemand mit Geld aus der DDR oder Moskau angekommen. Wir hatten aber regelmäßig alle zwei Jahre die Steuerzahlung im Haus, da hatte das auffallen müssen.

WELT ONLINE: Waren Sie ein DDR-Pollagent?

Willi van Ooyen: Nein, das war ich nicht. Ich habe mich immer gegen Krieg und für soziale Gerechtigkeit eingesetzt, gegen Spitzel und Spitzelkassen und dafür, Mauern einzureißen. Natürlich gab es aber auch Kontakte in die DDR. Wir hatten viele Delegationen in der Bildungsphase, ich fand wie es im DDR-Schulsystem ganz spannend, unabhängig von der ideologischen Position. Sicher gab es auch eine ideologische Nähe, es ging schon darum, wie man eine sozialistische Gesellschaft entwickeln kann. Es gab aber auch immer sehr kausche Positionen.

WELT ONLINE: Herr Koch sagt auch, Sie seien im Verfassungsschutzbericht von 1989 erwähnt.

Willi van Ooyen: Ich bin sicher, dass ich schon in den 70er Jahren in die Fänge des Verfassungsschutzes gelangt, weil ich einen Streik der Zivildienstleistenden organisiert habe. Damals war man der Auffassung, Zivildienstleistende dürfen nicht streiken. Ich stand sogar noch im vergangenen Jahr im Verfassungsschutzbericht mit einem Artikel über das Sozialforum in Athen im Friedensforum, das ist eine Zeitschrift, die ich mit herausgebe. Ich fand und finde darin aber nichts Verfassungsfeindliches und Verfassungswidriges, das ist doch eher eine Lachnummer. Das motiviert mich eher zu lachen. Die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz muss aufhören.

WELT ONLINE: Wären Sie den Verfassungsschutz abschaffen?

Willi van Ooyen: Ja, ich würde alle Geheimdienste abschaffen. Mit deren Hilfe ist es doch richtig, eine bestimmte Denkrichtung durchgesetzt. Wir verlangen schon, unsere Bespitzelung durch den Verfassungsschutz nicht bezuste. Am Bespitzelung und Denkverbote sind etwas rationales in einer Demokratie.

WELT ONLINE: Sie bezweiffeln sich als Marxist, was heißt das für Sie?

Willi van Ooyen: Das heißt, dass ich eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Analyse voranstelle. Wir haben eine ungerechte Gesellschaft, und ich will die Gerechtigkeit in die Gesellschaft zurück holen.

WELT ONLINE: Auf der Homepage Ihrer Fraktion sagt etwa die Abgeordnete Janine Wissler, Ziel sei, die Gesellschaftsordnung grundlegend zu ändern.

Willi van Ooyen: Wir sind nicht strenger entlohnungsaufgestellt. Dass unterschiedliche Ideen auch ausdiskutiert werden, macht die Linke erst attraktiv. Wenn Linke Ideen und Vorstellungen von der Welt hat, die nicht alle teilen, sende ich dann kein Problem. Warum sollen solche Äußerungen normal sein? Unsere Gesellschaftsauffassung widerspricht nicht der Verfassung. Die herrschende Verfassung spricht sogar von Entlohnung der großen Industrien.

WELT ONLINE: Wurden Sie so etwas auch umsetzen?

Willi van Ooyen: Ja, natürlich. Die herrschende Verfassung sieht beispielsweise die Überführung von Bergbau, Energie und der Bahn in Gemeineigentum vor. Das würden wir gerne umsetzen, wenn es dafür eine Mehrheit im Landtag gibt. Wir wissen, dass wir das mit sechs Leuten nicht können. Aber Beträge wie Energie, niedersächsische Versorgung oder Verkehr sollten allen gleichberechtigt zugute kommen, und es sollte sich nicht Einzelnen dazu benehmen.

WELT ONLINE: Muss es also Normalfall werden, dass Marxisten wieder in deutschen Parlamenten sitzen?

Willi van Ooyen: Ich finde das normal, das wird auch zunehmen. Marxisten finden Sie nicht nur in der Linken. Auch christlich-muslimische Menschen können ja zu grundsätzlichen Sozialismus-Merkmalen kommen. Das Antirass-Programm der CDU hat ja auch mal existiert und war im Grunde genommen eine sozialistische Perspektive. Die Bundestag der Volkspartei wird sich in Zukunft auflösen – das gilt auch für die CDU.

WELT ONLINE: Welche Forderungen werden Sie jetzt an die SPD stellen, um Andrea Ypsilanti mit zur Ministerpräsidentin zu wählen?

Willi van Ooyen: Es geht um die Idee, die Studieng Gebühren sofort abzuschaffen, eine demokratische Bildungspolitik auf den Weg zu bringen, und es geht um die Frage der Mindestlöhne. Wir brauchen Landesprogramme, mit denen Langzeitarbeitslose nicht mit Hartz IV und nicht mit Hartz IV-Euro-Jobs bedroht werden, sondern vermerkt, bezahlte Arbeit finden. Inhaltlich sollte das, was wir in Wahlkampf mit SPD und Grünen an Gemeinsamkeiten herausgeputzt haben, jetzt auch umsetzen. Für die Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin haben wir konkrete Forderungen zu stellen. Im Wahlkampf haben wir gesagt: Helmut Koch muss weg, an dem Punkt gibt es bei uns kein Wackeln.

WELT ONLINE: Die SPD fordert verbindliche Absprachen, Sie breitet, die zu helfen?

Willi van Ooyen: Wir wollen keine Koalitionsverhandlungen und wir wollen keine Vertragsstaaten. Es wird im Landtag Anfrage geben, und wir werden zustimmen, wenn es in die richtige Richtung geht. Die nächste Phase heißt, wir reden miteinander.

Verfassungsschutz Bericht 1989

Linksextremistische
Bestrebungen

Rechtsextremistische
Bestrebungen

Sicherheitsgefährdende
und extremistische
Bestrebungen
von Ausländern

Spionageabwehr

1.4.1 «Vereinigung des Volkes» des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VN-BdA)

In starker Abhängigkeit von der DKP agierte die VN-BdA als Bündnisorganisation für die «Antifaschistische Kampagne» (vgl. Ziff. 2.3). Als Landesvorsitzender fungierte ein DKP-Mitglied, während etwa zwei Drittel der Mitglieder des Bundesvorstandes und seines Präsidiums sowie fast alle bis Ende 1989 hauptamtlichen – Sekretäre auf Bundes- und Landesebene.

Umworben agitierte die VN-BdA gegen «Antikommunismus» und «Antifaschismus». Ihre Mitglieder beinhalten sich – oft initiiert und organisiert – an zahlreichen «Antifaschistischen Aktionsbündnissen» (dabei arbeitete sie mit demokratischen Organisationen zusammen, suchten aber auch verstärkt Kontakte zu Gruppen der «Neuen Linken», einschließlich der Autonomen). Mit ihrer Arbeit wollte die VN-BdA dazu beitragen, das politische Kräfteverhältnis zu verändern und ein «antifaschistisches Klima» zu schaffen. Ihr Ziel blieb eine «antifaschistische Bundesrepublik». Wie die DKP sah sie die DDR von dem «korrigierten Umbruch» als Vorbild heraus. Dort sei eine antifaschistisch-demokratische Ordnung verwirklicht, in der Bundesrepublik Deutschland seien dagegen die alten Macht- und Besitzverhältnisse wiederhergestellt worden.¹²

Interessanter Blick über die Taktik des «antifaschistischen Kampfes» sowie mögliche Verluste beantragten die Aktionsfähigkeiten der VN-BdA. Als im Jahresbericht die Finanzierung über DKP und SED weitergehend auslief, mußte die Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt am Main aufgegeben und der Apparat mit bundesweit etwa 50 hauptamtlichen Funktionären aufgelöst werden. Die VN-BdA-Funktionäre halfen eine Fremdfinanzierung und Steuerung bis zuletzt abgestritten. Nun galten auch laufende Funktionen die vollständige Abhängigkeit von der DKP offen zu. Sämtliche Personalentscheidungen in der VN-BdA seien von der DKP-Führung getroffen worden.¹³ Die Fremdfinanzierung an sich stieß nicht auf Kritik. Beanstandet wurde lediglich, daß sie verschwiegen worden seien. Die Landesverbände der VN-BdA wollten ihre Arbeit fortsetzen.

1.4.2 «Deutsche Friedens-Union» (DFU)

Die DFU blieb auch 1989 die zentrale Bundesorganisation der DKP. In einem nach fast zweijähriger Beratung im August verabschiedeten «Programmpolitischen Erklärung» bekräftigte die DFU, prägendes Element ihrer Arbeit sei die Bekämpfung des Antikommunismus, der als totalitäres, vernetztes Feindbild bereits den Weg in Faschismus und Krieg ebnen habe. Ein – später zurückgegriffener – chronologischer Funktionsvermerk kritisch, die programmatische Orientierung der DFU habe nicht in Widerspruch zu programmatischen Aussagen der DKP geraten dürfen.¹⁴ Ihrem Auftrag, zur Ent-

VN-BdA als
Vereinigung im
Kampf gegen
«Antikommunismus
und Faschismus»

DFU auch 1989
zentrale Bundes-
organisation der
DKP

wicklung und Stärkung von Bewegungen und Bündnissen beizutragen, kam die DFU auf «Gegen nicht-Dabei-Wirken» vor. In der «Friedenskampagne» (vgl. Ziff. 2.4) und unterstützte weiterhin die Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst (vgl. Ziff. 2.5). Außerdem engagierte sie sich verstärkt in der «Antifaschistischen Kampagne».

Von dem Richtungsstreit in der DKP blieb die DFU weitgehend unberührt. Um so härter traf sie die Einstellung der Finanzierung durch DKP und SED. Ende November gab DFU-Bundesgeschäftsführer Willi van Ooyen zu, was gelang als «Verfassungsschutz»-Mitteln worden war. «Durch die Entwicklung in der DDR ist eine entscheidende Finanzquelle überaus verschärft. In einem Brief an alle Mitglieder (siehe unten) der DFU Landesverbände

«Nun ist es an den Tag gekommen, daß die DFU zu rund 80 Prozent von Geldern aus der DDR abhängig war. Das haben uns unsere politischen Gegner immer vorgehalten, wir sind dieser angeblichen Vorleumdung immer mit Entschiedenheit entgegengetreten. Der Vorwurf besteht, wir seien in den vergangenen Jahren «schlechtes» Material als die bezahlten Vorposten der SED gewesen».

Die Organisation sah sich gezwungen, ihren umfangreichen Apparat – nicht als 50 hauptamtliche Mitarbeiter Bundes und teils teils – zu reduzieren – aufzulösen. Zahlreiche Mitglieder wurden die DFU-Funktionäre lezten – Selbstkritik über die oder Befragte gegen die DFU-Führung protestierend – ihre Ämter nieder. Die DFU-Funktionäre sollten auf ehrenamtlicher Basis fortgesetzt werden.

1.4.3 «Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen» (DFG-VK)

Der Einfluß von Kommunisten und Mitgliedern anderer DKP-Vorfeldorganisationen in der DFG-VK blieb auch nach der Neuwahl im März 1989 Bundeskongress im Oktober unverändert. Zum Bundesgeschäftsbereich insgesamt sechs Mitglieder gehörten, wobei Gregor WITT (DKP) und ein Mitglied einer anderen DKP-Bezirksorganisation sowie drei aus der von Michael GEMIS (DKP) – das DKP-Mitglied Walter BISCHOFF (SED) als Bundesgeschäftsführer. Der kommunistische Einfluß in den Untergruppen des Verbandes war weiterhin unterschiedlich. In einigen (wie «Kriegsdienstverweigerung») Erbe gemeinsam mit der IG-Veteranen-Jugend getätigte «Aufklärungs»-Kampagne unter dem Motto «Kriegsdienstverweigerung als Zukunftssicherung» bezeichnete der Verband als spektakuläre Aktion seit langem.

DFG-VK mit
unverändertem
kommunistischen
Einfluß

2.4. Einflussnahme auf die Friedensbewegung

Die „Kriegsfelder Initiative“ trat gegenüber anderen Themen, vor allem dem „antifaschistischen Kampf“ (vgl. 2.4.2.3), in den Hintergrund. Gleichwohl setzten sich die DKP und vor allem ihre Vorfeldorganisationen aktiv für Aktionen der Friedensbewegung ein und bemühten sich, ihren gemeinsamen Forderungen (z. B. Stopp der Modernisierung atomarer Waffen, Beseitigung aller chemischen Waffen, Rüstungskonvention) einzuliegen.

Die DKP setzte mit beträchtlichem Aufwand ihre Kampagne gegen den „Jäger 89“ fort, für ihren Aufruf will sie 30.000 Unterschriften gesammelt haben.¹⁰

Trotz des von Jahr zu Jahr abnehmenden Allgemeininteresses nutzte das DKP-Spektrum die „Österreichischen 1989, 75.000 Teilnehmer“ Veranstaltungsgalerie 190.000, um seine „Wiederholungs“ Vorstellungen möglichst massenwirksam zu propagieren. In der DFU-Landesgeschäftsstelle Hessen in Frankfurt am Main landeten wieder die bundesweite „Informationsstelle Österreich 1989“, als die „Sprecher“ fungierte DFU-Bundesgeschäftsleiter Willi von OOFEN. Die meisten regionalen „Österreich“-Büros waren aufgeführt mit Funktelefon der DKP und ihres Vorfeldes besetzt und darüber hinaus in DFU-Geschäftsstellen untergebracht. Kommunisten sprachen auf Kundgebungen neben „Repräsentanten demokratischer Organisationen, die DKP wartete dies als bürokratisches Erfolg.“

Auch 1989 konnte die DFU die von ihr getragene „Kriegsfelder Initiative“ als Sammelbecken für über 100.000 Friedensinitiativen fungieren lassen. Deren Mitglieder und überwiegend Nichtextremisten, sie nahmen jedoch die Unterstützung durch das DKP-Spektrum als notwendig an oder dulden sie zumindest in besonderem Maße engagierten sich die DKP und vor allem die DFU für die „Kriegsfelder Initiative“. Parallel dazu wurde die „Kriegsfelder Initiative“ als „Kriegsfelder Initiative“ in der DFU-Bundesgeschäftsstelle in Köln befand sich das Organisationsbüro der Initiative. Dort war neben der „Kriegsfelder Initiative“ auch die Geschäftsstelle des Vereins „Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler Initiativ e.V.“ untergebracht. Der angesehene kommunistische „Friedens“-Funktionär Rainer BRAUN, Mitglied des DFU-Bundesvorstandes und der „Kriegsfelder Initiative“, ist der „Geschäftsstelle“ ihrer die-
 10. Vgl. 2.4.2.3.

Seit Jahren erhalten „Kriegsfelder Initiative“ als „Koordinations“-Gremium der Friedensbewegung (KAI) mit, der im Sommer seine Außenaktivitäten einstellte. Vertreter des DKP-Spektrums verneinten die direkte Auflösung des KAI und beteiligten sich an dessen Umwandlung in eine „Netzwerk Friedenskooperation“. Nach Fuging der demokratischen Revolution in der GDR bemühte sich die DKP, Bürger gegen eine „Wiederherstellung“ Deutsch-

DKP und Vorfeld-
organisationen im
„Friedenskampf“
weiter aktiv

„Kriegsfelder
Initiative“ als
Sammelbecken
über 100.000
Friedens-
initiativen

ands „Kriegsfelder Initiative“ und dafür besonders die „Friedensbewegung“ zu gewinnen. Die DKP-vorsitzende Herbert MIES erklärte alle „Friedenskräfte“ seien zu vereinfachen, kommunisten und Mitglieder ihrer Vorfeldorganisationen waren bei den Protestaktionen maßgeblich beteiligt. Das fand bei der Parteizentrale der DKP ein „positives Echo“.

„In zahlreichen Städten der Bundesrepublik und in Westfalen for-
 miert sich in dieser Lage der Widerstand. Unter dem Motto
 „Wider die Vereinigung“ findet sich allmählich das breite Spektrum
 der Friedensbewegung zusammen, um dem GDR-Konkret mit sei-
 nem „Zehn-Punkte-Plan“ zur Einverleibung der DDR entgegenzutro-
 ten.“

(UZ vom 12. 12. 1989)

2.5. Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfas- sungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst

Die entscheidend von der DKP gesteuerte bundesweite Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (S2) Hamburg agierte wie in den
 Vorhinein gegen angezeigte „Berufsverbote“ für orthodoxe Kom-
 munisten. Sie übergeht – bewusst oder unbewusst –, daß es z. B.
 zur Feststellung der Verfassungskonformität der Bewerber für den Bun-
 desdienst seit 1979 keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz
 mehr gibt, und intendiert und organisiert Protestaktionen und Unter-
 schriftensammlungen, dabei stütze sie sich auf örtliche und landes-
 weite Initiativen und hielt Kontakt zu den ausländischen „Kommu-
 nisten“ die Berufsverbote in der BRD. Kommunisten und Funk-
 tionäre kommunistischer Vorfeldorganisationen, besonders der
 DFU, dominierten vor allem im „Arbeitsausschuß“ der Initiative.
 Horst BRÄUER, Mitglied des DFU-Bundesvorstandes, ist der Spre-
 cher des Arbeitsausschusses. Die DFU, die den „Arbeitsaus-
 schuß“ seit seiner Gründung 1973 im wesentlichen finanziert hat,
 zum Jahresende selber kaum noch Gelder von der DKP/SED erhielt
 (vgl. Ziff. 1.4.2), geriet auch der Ausschuß in den Sog der Krise.

3. Betriebsarbeit

Die DKP vertritt ihre Betriebsarbeit als „konsequente Interessen-
 vertretung der arbeitenden Menschen“. Unverfälschte, propagierte
 sie ihre Verfassungsfreundlichen Ziele. Auf ihrer 3. zentralen
 Betriebsrat-, Personalrat-, Jugendvertreter- und Auszubildenden-
 konferenz am 20. Mai in Duisburg forderte sie vor mehr als 300
 Teilnehmern, betriebliche und betriebliche Konflikte zu politisieren und
 auszuspielen. Es gehe darum, die Normen des Sozialismus
 auch für die Bundesrepublik Deutschland aufzulegen. Ohne revolutionäre
 Brüche könne der Kapitalismus nicht überwunden
 werden.

Agitation gegen
 Fernhaltung von
 Kommunisten aus
 dem öffentlichen
 Dienst

Betriebsarbeit
 dient DKP zur
 Politisierung
 betrieblicher und
 betrieblicher
 Konflikte

Impressum

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1–3

65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 350 527

Fax (0611) 350 556

www.cdu-fraktion-hessen.de

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift
für die im Impressum genannten Verantwortlichen
und Vertretungsberechtigten

Titel: dpa

Fotos: CDU-Fraktion

Verantwortlich Axel Wintermeyer MdL

Ltd. Redakteur Dr. Erik Nils Voigt

Eine Analyse und Dokumentation zur Partei und Fraktion „DIE LINKE.“

„Nicht auf dem Boden der Verfassung“



„Nicht auf dem Boden der Verfassung“

Eine Analyse und Dokumentation
zur Partei und Fraktion „DIE LINKE.“

Teil III – November 2009

erstellt von der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Inhalt

Einleitung	3
Teil A „DIE LINKE.“	4
I. Geschichte der Partei „DIE LINKE.“	4
II. Programmatik der Partei „DIE LINKE.“	6
1. Systemüberwindung – die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Linken.....	6
2. Sozialismus – das zentrale Ziel der Linken	14
3. Populismus – die teuren Forderungen der Linken	17
Teil B „DIE LINKE.“ Hessen	19
I. Allgemeine Parteiarbeit	19
II. Parteitag am 11. Oktober 2008 in Friedberg.....	22
III. Parteitag am 29. und 30. November 2008 in Flörsheim	24
IV. Parteitag am 25. April 2009 in Bad Homburg	26
V. Parteitag am 21. November 2009 in Melsungen	30
Teil C „DIE LINKE.“ Landtagsfraktion in Hessen	32
I. Mitglieder der Landtagsfraktion	32
1. Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender	32
2. Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende.....	33
3. Hermann Schaus, Parlamentarischer Geschäftsführer	33
4. Barbara Cárdenas Alfonso.....	34
5. Marjana Schott.....	34
6. Dr. Ulrich Wilken	35
II. Parlamentarische Arbeit der Fraktion	35
1. Erster Plenartag der neuen Wahlperiode am 18.2.2009	35
2. Plenum 31.3 - 2.4.2009.....	38
3. Plenum 12.5 - 14.5.2009	40
4. Plenum 16.6 - 18.6.2009	42
5. Plenum 7.7 - 9.7.2009.....	46
6. Plenum 15.9. - 17.9.2009	47
7. Plenum 6.10 - 8.10.2009.....	50
Teil D Bündnisfähigkeit der Partei „DIE LINKE.“	52
Zusammenfassung	56

Einleitung

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat im April 2008 die erste Dokumentation über die Partei „DIE LINKE.“ in Hessen vorgelegt. Der Schwerpunkt der Dokumentation lag damals auf den Aktivitäten der „Linken“ im Wahlkampf und in den zwei Monaten nach der Wahl bis zum April 2008. Der zweite Band konzentrierte sich auf die folgende parlamentarische und innerparteiliche Arbeit bis zum Oktober 2008. Im Jahr 2009 erscheint nun der dritte Band der sich mit der parteipolitischen und parlamentarischen Arbeit der Landtagsfraktion seit November 2008 bis November 2009 auseinandersetzt.

Im Jubiläumsjahr des Grundgesetzes ist es ein besonderes Anliegen der CDU-Landtagsfraktion, den Schutz unserer Verfassung als unabdingbare Voraussetzung für den Bestand unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung hervorzuheben. Das Grundgesetz bekennt sich klar und deutlich zu Demokratie, Freiheit und der unantastbaren Würde des Menschen. Es ist deshalb Aufgabe aller Demokraten, diese auch international vorbildliche Verfassung vor Extremisten und Verfassungsfeinden zu schützen. Mit dem dritten Band der Dokumentationsreihe bekräftigt die CDU-Landtagsfraktion ihre demokratische Verantwortung und setzt sich entschlossen gegen extremistische und verfassungsfeindliche Bestrebungen der Partei „DIE LINKE.“ zur Wehr. Eine demokratische Wahl macht „DIE LINKE.“ noch nicht zu einer demokratischen Partei.

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag stützt diese Dokumentation – neben Auszügen aus wissenschaftlichen Gutachten unabhängiger Institutionen und Presseberichten – vor allem auf Programmaussagen und Interviewäußerungen führender Politiker der Partei „DIE LINKE.“ sowie auf die in den Parlaments- und Ausschussprotokollen festgehaltenen Erklärungen.



Dr. Christean Wagner
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Teil A „DIE LINKE.“

I. Geschichte der Partei „DIE LINKE.“

Die Partei „DIE LINKE.“ entstand am 16. Juni 2007 durch einen Beitritt der WASG, einer Vereinigung aus einem abgespaltenen SPD-Flügel und SPD-kritischen linken Gewerkschaftern, zur Linkspartei.PDS. Zu ihrem größeren Teil ging sie aus der 2005 umbenannten PDS hervor, die ihrerseits 1990 aus der ehemaligen DDR-Staatspartei SED entstanden war. Die Partei „DIE LINKE.“ ist damit die Fortsetzungspartei der SED. Im Frühjahr 2009 hat die Partei „Die Linke.“ sogar in einem Prozess vor der Pressekammer des Berliner Landgerichts ausdrücklich versichert, sie habe die Rechtsnachfolge der SED angetreten. An Eides Statt erklärte der Bundesschatzmeister der Linken, Karl Holluba:

„Die Linke‘ ist rechtsidentisch mit der „Linkspartei.PDS“, die es seit 2005 gab, und der PDS, die es vorher gab, und der SED, die es vorher gab.“¹

Zwischen der DDR-Staatspartei SED und der Linkspartei gibt es damit vereins- und vermögensrechtlich eine eindeutige Kontinuität. Das Verbindungsglied heißt PDS. Deren Geschichte beginnt mit dem Rücktritt der SED-Parteiführung um Egon Krenz. Am 9. Dezember 1989 wurde Gregor Gysi zum letzten SED-Parteivorsitzenden gewählt, eine Woche später erfolgte die Umbenennung in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 warf die Partei das schwer diskreditierte Kürzel SED endgültig über Bord und hieß nur noch PDS.

Die politische Bedeutung der PDS beschränkte sich seit der Wiedervereinigung über lange Zeit auf die neuen Bundesländer. Dies änderte sich erst, als im Juli 2004 linke Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre während der Hochphase der „Montagsdemonstrationen“ gegen die „Agenda 2010“ des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder den Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V.“ gründeten. Aus diesem Verein konstituierte sich am 22. Januar 2005 die Partei WASG. Im Juni 2005 konnte die WASG mit dem früheren Bundesvorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine, einen in Westdeutschland wäh-

¹ Die Welt vom 29. April 2009 zitiert nach: <http://www.welt.de/politik/article3649188/Die-Linke-Wir-sind-Rechtsnachfolgerin-der-SED.html>.

lerwirksamen Frontmann gewinnen. Damit hatte die PDS erstmals einen ernst zu nehmenden gleichgesinnten Partner im Westen.

Als es im Mai 2005 zur Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag kam, entschieden sich die Spitzen von WASG und PDS für ein Wahlbündnis unter der Regie der PDS. Am 17. Juli 2005 änderte die PDS ihren Namen ein drittes Mal und nannte sich fortan Linkspartei.PDS. Sie kam damit einer Forderung der WASG nach, die auf den Stimmzetteln in den westdeutschen Landesverbänden den Zusatz PDS strich, um ihre Erfolgsaussichten nicht durch die Assoziation der Wähler mit der SED zu schmälern. Bewusst sollte nach außen der Eindruck erweckt werden, es handele sich um einen historisch nicht vorbelasteten parteipolitischen Neuanfang.

Nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 mit 8,7 % der Zweitstimmen gab die Parteiführung als nächstes Ziel aus, „eine Partei links von der SPD dauerhaft im deutschen Parteinspektrum zu etablieren“.² Die WASG versammelte in ihren Reihen ein Spektrum des linken Lagers der alten Bundesrepublik. Neben Gewerkschaftern hatten linke Sektierer, altbekannte Aktivisten des DKP-Flügels, der Friedensbewegung, Altkommunisten und Trotzkiisten eine neue gemeinsame politische Heimat gefunden. Mit Oskar Lafontaine verfügten sie über einen medienwirksamen Demagogen an ihrer Spitze.

Am 16. Juni 2007 trat die WASG der Partei bei, die sich seitdem Linkspartei bzw. „DIE LINKE.“ nennt. Damit gab es 17 Jahre nach der deutschen Einheit erstmals eine gesamtdeutsche Partei, die alle linksradikalen und sozialistischen Kräfte unter einem Dach vereinigte und die in Kontinuität zur totalitären SED steht.

Seit 1990 standen der Partei drei bzw. vier Vorsitzende vor: Gregor Gysi (1990-1993), Lothar Bisky (1993-2000), Gabriele Zimmer (2000-2003) und abermals Lothar Bisky, der seit 2007 den Vorsitz zusammen mit Oskar Lafontaine ausübt. Zu den Vorsitzenden befinden sich ausführliche Kapitel im ersten und zweiten Teil der Dokumentation.³

Gegenwärtig zählt die Partei nach eigenen Angaben rund 77.000 Mitglieder (Stand September 2009). Mit einem Anteil von ca. 50.000 Mitgliedern kommen etwa 2/3 aus den neuen

² Dietmar Bartsch: „Günstige Gelegenheiten zur Strategiebildung“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 21 (2008) 1, S. 62.

³ Vgl. Dokumentation Teil I, S. 20 ff. und Dokumentation Teil II, S. 14 ff.

Bundesländern bzw. aus Berlin.⁴ Die Mehrheit dieses Teils der Mitgliedschaft stammt aus der SED. Sie sind in organisatorischer und ideologischer Hinsicht Träger der Partei. Dazu sagt Günter Schabowski, der der Partei fast ein halbes Jahrhundert angehört hatte:

„Die Mehrheit der Mitglieder kommt aus der SED und ist in Nostalgie gefangen. Das ist die Folie, auf der der vermeintliche Wunderknabe Gregor Gysi herumturnt.“⁵

II. Programmatik der Partei „DIE LINKE.“

1. Systemüberwindung – die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Linken

Die Offenheit, mit der die Vertreter der Linkspartei immer wieder erklären, dass sie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft überwinden wollen, ist bemerkenswert. Diese Grundüberzeugung wird nicht mehr – wie in neunziger Jahren – nur intern geäußert, sondern offensiv vertreten. Den Startpunkt dazu setzte der amtierende Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky, schon am 15. Juni 2007, am Tag vor der Vereinigung der beiden Parteien, als er verkündete:

„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei „DIE LINKE.“ - wir stellen die Systemfrage.“⁶

„Die Linke.“ ist die einzige im Deutschen Bundestag vertretene Partei, die offen angekündigt hat, die Ordnung unseres Gemeinwesens „überwinden“ zu wollen. Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hat „DIE LINKE.“ bis heute kein positives Verhältnis gefunden. Im Gegenteil: Sie lehnt die bestehende staatliche Ordnung ab. Die „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ gelten als das Gründungsdokument der Linken. Hier legen sie sich fest:

⁴ Vgl. http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_september_2009/.

⁵ Günter Schabowski, ehemaliges Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und früherer erster Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin, in: Der Spiegel vom 9. Juli 2001.

⁶ Lothar Bisky, Rede auf der 3. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS, 15. Juni 2007, in: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view_html/zid35922/bs1/n0.

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx) [...] Unsere Alternative: [...] Überwindung des Kapitalismus“⁷

Der Wille der Linkspartei, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu überwinden, das heißt abzuschaffen, drückt sich nicht nur in ihrem Gründungsdokument aus. Auch ihre führenden Parteivertreter erklären dies öffentlich. Die folgenden Aussagen sind chronologisch geordnet und sprechen eine eindeutige Sprache:

- „Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik gehöre abgeschafft, dem sage ich [...] ‚Er hat Recht‘.“⁸
- „Die PDS ist im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, dass sich wirkliche soziale Gerechtigkeit und ökologische Umgestaltung innerhalb der herrschenden Strukturen herstellen lassen. Deshalb wollen wir zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft kommen.“⁹
- „Die PDS ist eine sozialistische Partei und steht in gesellschaftlicher Opposition, das ist unser Verständnis zu dem kapitalistischen System.“¹⁰
- „Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS hat] nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.“¹¹
- „Wir sind die Kraft, die die Systemfrage stellt.“¹²
- „Aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein. Wir bleiben Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir in die Zukunft schauen [...] Und deshalb brauchen wir insofern einen Systemwechsel, da hat Lothar recht.“¹³
- „... weil wir die einzige Partei sind, die die Systemfrage aufwirft...“¹⁴

⁷ „Programmatische Eckpunkte - Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke“, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Quelle: http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/.

⁸ Interview von Helmut Holter, dem späteren stellv. Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, mit Antenne Mecklenburg-Vorpommern am 19. Juni 1994 (Holter sollte den vorgegebenen Satz vervollständigen).

⁹ Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Abgeordnetengruppe im Deutschen Bundestag, in: Neues Deutschland vom 13./14. Mai 1995.

¹⁰ Helmut Holter, damals amtierender Arbeits- und Sozialminister und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, in: ZDF-Morgenmagazin vom 3. November 1998.

¹¹ Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in: Junge Welt vom 30. März 2000.

¹² Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf dem WASG-Parteitag am 25. März 2007 in Dortmund (autorisierte Mitschrift von Fanny Zeise und Jan Maas).

¹³ Schlusswort des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS am 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹⁴ Rede des Linksparteivorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE am 16. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

- „Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung, einen demokratischen Sozialismus [...] „DIE LINKE.“ verändert die Republik.“¹⁵
- „Wir wollen dieses System nicht modifizieren, wir wollen es überwinden.“¹⁶
- „Das sieht die gesamte Linke so. Wir wollen den Kapitalismus überwinden.“¹⁷
- „Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, zwischen der ausgebeuteten Mehrheit und der ausbeutenden Minderheit, ist nicht wegreformierbar. Deshalb müssen wir das kapitalistische System, das auf Konkurrenz und Ausbeutung fußt, als Ganzes in Frage stellen.“¹⁸

Diese Aussagen finden ihre Bestätigung im Gründungsdokument der Partei. In ihm wird eindeutig festgelegt, dass die Beteiligung der Linkspartei am demokratischen Willensbildungsprozess Teil ihrer Doppelstrategie zur Überwindung der bestehenden Ordnung ist. Die demokratische Beteiligung soll nur übergangsweise erfolgen und wird durch außerparlamentarische radikale Aktivitäten ergänzt. Die ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Carmen Everts formulierte es in ihrer Doktorarbeit über den Extremismus der PDS aus dem Jahr 1999 wie folgt:

„Ungeachtet pragmatischer Anpassungsbemühungen [...] weist die PDS in ihrem Programm deutlich auf den Übergangscharakter der Anerkennung des Rechtsstaats, der pluralistischen Demokratie und des Marktes hin. [...] Hierbei setzt die PDS auf eine Doppelstrategie, bei der man sowohl Druck von außen auf die Parlamente ausübt wie die eigene Präsenz in den Entscheidungsgremien erhöht.“¹⁹

Zur Bedeutung der parlamentarischen Arbeit heißt es im Gründungsdokument der Partei:

„Wir werden Bürgerinnen und Bürger gegen Machtbestrebungen der herrschenden Klasse mobilisieren und uns für eine neue Sammlungsbewegung einsetzen. Politische Kämpfe und Wahlen dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte zu vertreten und Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu gewinnen. Die parlamentarische Arbeit werden wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der

¹⁵ „Wir empfangen täglich Signale“. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Berliner Zeitung vom 16. Juli 2007.

¹⁶ Jörg Jungmann, Ende August 2008 mit dem besten Ergebnis als Beisitzer in den Landesvorstand der „Linke“ Hessen gewählt, das Zitat stammt aus seiner Vorstellungsrede auf dem Parteitag in Lollar.

¹⁷ Oskar Lafontaine im Interview mit Spiegel-Online am 13. Mai 2009.

¹⁸ Janine Wissler, „Die besten Reformer“, in: Marx 21, Heft 13 (November 2009).

¹⁹ Carmen Everts, Politischer Extremismus - Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000, S. 248 ff.

Transparenz politischer Prozesse, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht, der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient.“²⁰

Mit den Begriffen „herrschende Klasse“ meint „DIE LINKE.“ die gewählten führenden Vertreter unseres demokratischen Rechtsstaates. Diese Kernaussage findet sich auch im Grundsatzprogramm der PDS²¹, das neben dem aktuellen „Gründungsdokument der Partei „DIE LINKE.“ immer noch Gültigkeit hat²². Daraus folgt zwingend: „DIE LINKE.“ hat zur bundesdeutschen Demokratie lediglich ein instrumentelles Verhältnis entwickelt. Das zeigt auch eine Umfrage der „Welt“, nach deren Ergebnis bei Anhängern der Linke zwei Drittel aller Befragten "weniger" bis "gar nicht" mit der bundesdeutschen Demokratie zufrieden sind.²³

Weitere Belege für offen verfassungsfeindliche Forderungen von Mitgliedern der Partei „DIE LINKE.“ ergeben sich aus Veröffentlichungen des innerhalb der Partei gegründeten marxistischen Netzwerks „marx21“. Im gleichnamigen publizistischen Organ des Netzwerks treten diese Tendenzen deutlich zu Tage:

„Mit [...] der neuen bundesweiten Partei „DIE LINKE.“ besteht die Chance, nachhaltig den außerparlamentarischen Kampf mit parlamentarischer Präsenz zu verbinden und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links zu rücken.“²⁴

„Wir streiten für eine Orientierung auf Klassenkampf und den Aufbau von Gegenmacht. Nach wie vor ist eine parlamentarische Grundausrichtung in der Partei (Anm.: „DIE LINKE.“) weit verbreitet, das heißt, eine Perspektive, die politische Veränderungen durch die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten ansteuert. [...] Wir brauchen Streiks und Massendemonstrationen, um unsere Forderungen durchzusetzen. Im Vorfeld der Bundestagswahlen könnten diese durchaus Wirkung zeigen.“²⁵

²⁰ „Programmatische Eckpunkte - Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke“, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Quelle: http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/.

²¹ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 6. Dort heißt es: „Die Linkspartei.PDS steht stets vor der Aufgabe zu sichern, dass ihre Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive mit ihren strategischen Zielen übereinstimmt.“

²² Zitat aus dem Gründungsdokument: „Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein - niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.“, http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf.

²³ WELT vom 6.Juni 2008:

http://www.welt.de/politik/article2074034/Vertrauen_der_Buerger_in_die_Demokratie_schwindet.html).

²⁴ „marx21“ Nr. 4, Februar 2008, S. 53.

²⁵ „marx21“ Nr. 6, Juni 2008, S. 28, 30.

Auch führende Mitglieder der Linken in Hessen setzen auf außerparlamentarische Druckmittel zur Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung:

- „Ein wirklicher Politikwechsel wird nur möglich sein, wenn es soziale und politische Kämpfe gibt, wie sie ansatzweise in den Protesten gegen Studiengebühren in Hessen sichtbar geworden sind.“²⁶
- „Ich wünsche mir soziale Unruhe, die so aussieht, dass die Leute die Verhältnisse in Frage stellen wie sie heute sind.“²⁷

Diese und andere Aussagen belegen, dass es nur folgerichtig ist, wenn sich das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Verfassungsschutzorgane der Länder seit mehreren Jahren ausführlich mit den Aktivitäten der Partei „DIE LINKE.“ befassen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kommt in seinem Bericht im Jahr 2006 zu folgender Einschätzung:

„Auf der Basis von Programm und Statut wirken nach wie vor offen extremistische Kräfte innerhalb der Partei. Weiterhin arbeitet sie – zum Teil in festen Strukturen – mit in- und ausländischen Linksextremisten zusammen.“²⁸

Im Verfassungsschutzbericht 2007 heißt es, die Partei bekenne sich „in ihrer Programmatik weiterhin zu einer extremistischen Ausrichtung“.²⁹

Auch der aktuelle Verfassungsschutzbericht 2008 bestätigt diese Tendenzen:

„Die Partei „DIE LINKE.“ bietet auch weiterhin ein ambivalentes Erscheinungsbild. Einerseits setzt die Partei in ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit darauf, als reformorientierte, neue linke Kraft wahrgenommen zu werden. Andererseits liegen weiterhin zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen der Partei vor. So verfolgen durchaus namhafte Teile der Partei eine politische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland, die mit entscheidenden Merkmalen eines freiheitlichen demokratischen Staates im Sinne des Grundgesetzes unvereinbar ist. Darüber hinaus lassen Verlautbarungen der Partei insgesamt

²⁶ Ulrike Eifler und Janine Wissler, „Schlimmer als Koch wäre ein Verrat der LINKEN“, 29. August 2008, Quelle: <http://marx21.de/content/view/551/36/>.

²⁷ Sabine Leidig, Spitzenkandidatin der Partei „Die Linke“ für die Bundestagswahl 2009 im HR-Sommerinterview, 12.9.2009.

²⁸ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 145.

²⁹ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 135.

sowie ihrer offen extremistischen Zusammenschlüsse eine nach den Maßstäben des Grundgesetzes erforderliche Distanzierung von der ehemaligen DDR und der Republik Kuba vermissen und streiten stattdessen für eine Solidarisierung. Eine Analyse der Unterlagen über die praktische Arbeit der Partei ergibt ferner Hinweise für fortbestehende Kontakte zu extremistischen Organisationen im In- und Ausland bzw. deren politische Unterstützung.“³⁰

Hier wird die Hessische Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Janine Wissler, im Zusammenhang mit trotzkistischen Bestrebungen in ihrer Partei namentlich erwähnt:

„Entrismus ist die gezielte Unterwanderung anderer, meist konkurrierender Parteien und Vereinigungen mit dem Ziel, dort Einfluss zu gewinnen, die eigene Ideologie zu verbreiten und schließlich die betroffene Organisation für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Insbesondere die Zusammenschlüsse „marx21“ und „Sozialistische Alternative“ (SAV) waren für diese von trotzkistischen Gruppen praktizierte Methode von Bedeutung. Dies betraf vorwiegend die Partei „DIE LINKE.“ (vgl. Nr. 1). Die aktivste trotzkistische Organisation ist das marxistische Netzwerk „marx21“ als deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „International Socialist Tendency“ (IST) mit Sitz in London. Das Netzwerk entstand aus der trotzkistischen Organisation „Linksruck“ (LR), die sich am 1./2. September 2007 während einer Vollversammlung in Frankfurt am Main formell auflöste, um „marx21“ innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ zu gründen. Ideologisch agitieren die Mitglieder jedoch weiterhin im trotzkistischen Sinne innerhalb der „Sozialistischen Linke“ (SL), die sich auf ihrer Mitgliederversammlung am 8./9. Dezember 2007 in Kassel (Hessen) als bundesweiter innerparteilicher Zusammenschluss der Partei „DIE LINKE.“ konstituierte. Ehemalige LR-Mitglieder besetzen herausgehobene Funktionen in der Partei „DIE LINKE.“. So gehören mit Christine Buchholz und Janine Wissler zwei aktive Trotzkistinnen dem Bundesvorstand der Partei an. Auch in weiteren Gliederungen der Partei sind ehemalige LR-Mitglieder vertreten. Als publizistische Plattform dient das Magazin „marx21“. Die dort veröffentlichten Beiträge verdeutlichen die trotzkistische Tendenz des Netzwerkes.“³¹

Auch der Tagesspiegel berichtete, wie sich Funktionäre der trotzkistischen Gruppe „Linksruck“, unter neuem Namen „Marx 21“ in der Linkspartei Einfluss verschafft haben:

„Anders als die Trotzkistengruppe „Sozialistische Alternative“ um die Berlinerin Lucy Redler, die gerade ihre Aufnahme in der Linkspartei durchsetzen will, hat „Linksruck“ alias „Marx 21“ wichtige Posten in der Linkspartei besetzen können. Für den Verfassungsschutz gibt diese Infiltration zusätzliche Hinweise auf linksextremistische Bestrebungen der PDS-Nachfolgepartei – bisher hatte der Geheimdienst vornehmlich die Aktivitäten der Kom-

³⁰ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 169.

³¹ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 184 f.

unistischen Plattform angeprangert. Inzwischen enthält der Verfassungsschutzbericht mehrere Absätze über ehemalige „Linksruck“-Mitglieder, die an „herausgehobener“ Stelle versuchten, die Linkspartei zu beeinflussen. Verwiesen wird unter anderem auf den Mitarbeiterstab der Bundestagsfraktion.“³²

Erst kürzlich wurde die Verfassungsfeindlichkeit der Linken auch durch ein Oberverwaltungsgericht bestätigt. Das OVG Münster entschied in seinem Urteil vom 13.02.09, dass die Beobachtung der Linken durch den Verfassungsschutz gerechtfertigt sei. In seinen Leitsätzen führt das Gericht aus:

„1. Spitzenfunktionäre der Partei „DIE LINKE.“, die bereits in der PDS oder der Linkspartei.PDS herausgehobene Funktionen wahrgenommen haben, dürfen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden.

a) Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass „DIE LINKE.“ jeweils im Bezug auf bedeutende Kräfte in der Partei darauf gerichtet ist, zentrale Verfassungswerte wie die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung sowie das Recht auf allgemeine und gleiche Wahlen zu beseitigen oder außer Kraft zu setzen.

b) Die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum und die Linksjugend [`solid] sind auch nach der Verschmelzung der Linkspartei.PDS mit der WASG aktive Organisationen von Bedeutung für „DIE LINKE.“. Es gibt Hinweise, dass diese Parteiorganisationen weiterhin die – verfassungswiderige – Diktatur des Proletariats im klassisch marxistisch-leninistischen Sinne anstreben.

c) Anzeichen für eine mangelnde Verfassungstreue der Partei „DIE LINKE.“ ergeben sich darüber hinaus aus Erklärungen von führenden Parteimitgliedern sowie bedeutenden Parteiorganisationen zur DDR und zu Kuba sowie aus der Zusammenarbeit der Partei mit linksextremistischen Organisationen (im Inland etwa mit der DKP).

d) Es gibt auch Anhaltspunkte für aktuelle Aktivitäten in der Partei „DIE LINKE.“, die mit zentralen Verfassungswerten nicht vereinbaren Ziele durchzusetzen.

2. Ob ein Spitzenfunktionär der Partei „DIE LINKE.“, der zugleich Abgeordneter der Deutschen Bundestages oder eines Landesparlaments ist, durch den Verfassungsschutz beobachtet werden darf, kann nur in jedem Einzelfall entschieden werden. Das freie Mandat steht der Beobachtung nicht von vornherein entgegen. Die Beobachtung bedarf auch keiner speziellen Regelung über das Bundesverfassungsschutzgesetz hinaus.“³³

³² „Marx oder Murx“ von Matthias Meisner, Tagesspiegel vom 21.12.2008.

³³ Urteil des OVG Münster vom 13.02.09, Aktenzeichen 16 A 845/08 (nicht rechtskräftig), zitiert nach NVwZ-RR 20/2009, S. 828.

Damit hat auch das höchste Verwaltungsgericht eines Bundeslandes anerkannt und bestätigt, dass „DIE LINKE.“ verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und daher vom Verfassungsschutz unter Beobachtung zu halten ist. Die Behauptungen führender Vertreter der Linken, die Partei sei rechtsstaatlich und nicht verfassungsfeindlich, sind somit auch richterlich widerlegt. Alle Anzeichen sprechen dafür und beweisen, dass „DIE LINKE.“ Ziele verfolgt, die mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sind.

Aus diesem Grund lehnt „DIE LINKE.“ auch den Verfassungsschutz als Staatsorgan ab. In NRW fordert „DIE LINKE.“ in Ihrem Wahlprogramm:

„Die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz. [...] Der Verfassungsschutz agiert als Instrument der bürgerlichen Parteien zur Kontrolle und weiteren Diffamierung der linken Opposition.“³⁴

In Hessen fordern die Linken ebenfalls eine Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Der Fraktionsvorsitzende der Linken Willi van Ooyen antwortete in einem Interview mit der WELT auf die Frage, ob er den Verfassungsschutz abschaffen würde:

„Ja, ich würde alle Geheimdienste abschaffen. Mit deren Hilfe soll doch lediglich eine bestimmte Denkrichtung durchgesetzt werden. Wir verlangen schon, unsere Bespitzelung durch den Verfassungsschutz sofort einzustellen. Bespitzelung und Denkverbote sind etwas Irrationales in einer Demokratie.“³⁵

Auch im Hessischen Landtag macht van Ooyen deutlich:

„Der Verfassungsschutz gehört abgeschafft.“³⁶

Alternativ fordert die Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag jedenfalls die Kürzung der notwendigen Mittel für die Arbeit des Verfassungsschutzes. In einer Pressemitteilung zu den Haushaltsberatungen im November 2009 wird unter der Überschrift „Einsparungen“ aufgeführt:

„Kürzung Verfassungsschutz auf Ist 2006: - 3,16 Mio. Euro“³⁷

³⁴ Wahlprogramm der Partei „DIE LINKE.“ in Nordrhein-Westfalen: „Original sozial“, S. 42 f.

³⁵ Willi van Ooyen im Interview mit WELT-ONLINE am 6. März 2008.

³⁶ Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 18. Februar 2009, Drucksache 18/2, S. 79.

Das oben genannte Urteil des OVG Münster und die Vielzahl entlarvender Aussagen der Linken belegen: Eine demokratische Wahl macht die Partei „DIE LINKE.“ noch nicht zu einer demokratischen Partei!

2. Sozialismus – das zentrale Ziel der Linken

Das taktische und strategische Ziel der Partei „DIE LINKE.“ ist die Einführung des Sozialismus. Im Mittelpunkt steht die Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese wird von der Partei klassenkämpferisch als „kapitalistisches System“ diskreditiert und der „demokratische Sozialismus“ als die bessere Alternative angepriesen. Dreh- und Angelpunkt des von den Linken vertretenen Sozialismus ist die Frage nach einer gerechten Verteilung aller materiellen Güter. Unter „Gerechtigkeit“ versteht die Linkspartei die möglichst gleiche Verteilung an alle, unabhängig davon, wer diese Güter erwirtschaftet. So legt sie in ihrem Gründungsdokument fest:

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).“

Erstes großes Ziel der Linken ist die „Vergesellschaftung“ privaten Eigentums. Dies bedeutet im Klartext Enteignung. Dieses Ziel wird zum Beispiel offen im Programm der Linken für die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen propagiert. Dort heißt es:

- „[...] die Energiekonzerne – in NRW RWE und E.ON – müssen vergesellschaftet werden, ihre Netze gehören in öffentliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum. [...] Energie und Wasserversorgung, Gesundheits- und Bildungswesen, sozialer Wohnungsbau und Abfallwirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr und kulturelle Einrichtungen sollen uns allen gehören.“³⁸

³⁷ Pressemitteilung des Fraktionsvorsitzenden Willi van Ooyen vom 12.11.2009 „Landeshaushalt: Es gibt Alternativen zu schwarz-gelben Spar- und Streichkonzerten und einer unsozialen Umverteilungspolitik zugunsten von Vermögenden“.

³⁸ Wahlprogramm DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen – Landtagswahl 2010, S. 4, 21.

- „Damit nicht wieder einzelne über das Schicksal aller entscheiden, setzt „DIE LINKE.“ NRW auf mehr Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.“³⁹
- „Das Privateigentum an Grund und Boden [...] ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land.“⁴⁰

Diese Forderungen widersprechen der Eigentumsgarantie des Art.14 GG und damit einem grundlegenden Verfassungsprinzip, welches eine freiheitliche Wirtschaftsordnung erst möglich macht.

Die Linken lassen bei Ihren Äußerungen nicht selten bewusst offen, in welchem Ausmaß und in welcher Form sie Enteignungen vornehmen wollen. Ihre Festlegungen sind derart weit gefasst, dass sich darunter so gut wie alles subsumieren lässt. So heißt es im für „DIE LINKE.“ immer noch gültigen Grundsatzprogramm der Partei PDS:⁴¹

„Wir halten an der [...] Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest“⁴²

Und auch in den Gründungsdokumenten der Linkspartei kommen die umfassenden Verstaatlichungspläne der Partei zum Ausdruck:

„Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an [...] Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“⁴³

Relativ konkret wurde die Partei bereits in ihrem Bundestagswahlprogramm 2005, an dessen Substanz noch immer festgehalten wird.

„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind

³⁹ Wahlprogramm DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen – Landtagswahl 2010, Seite 8.

⁴⁰ Wahlprogramm DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen – Landtagswahl 2010, Seite 16.

⁴¹ Vgl. http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf.

⁴² Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 7.

⁴³ Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.

Leistungen, die [...] nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden [dürfen]. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“⁴⁴

Diese Forderungen wurden auch im Bundestagswahlprogramm 2009 aufgegriffen. Danach wird praktisch kein Lebensbereich mehr der privaten Regelung überlassen:

„DIE LINKE.“ fordert: die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden [...] die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse, Bahnen und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand oder gemeinnütziger Trägerschaft organisieren; den öffentlichen Dienst und die öffentlichen Unternehmen am gesellschaftlichen Bedarf orientieren und in diesem Sinne weiterentwickeln; privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge rekommunalisieren [...]“⁴⁵

Auch die freien Medien sollen nach dem Willen der Linkspartei verstaatlicht werden. Ihre Unabhängigkeit ist der Partei seit langem ein Dorn im Auge. So forderte die PDS bereits 1993, dass „der Einfluss der Medienkonzerne eingeschränkt, die Privatisierung öffentlicher Medien gestoppt ... wird“.⁴⁶ Diese Position hat sich inzwischen auch Lafontaine zueigen gemacht, als er 2005 seine Pläne für die Zukunft der Medienlandschaft offenbarte:

„Die Überführung der Privatsender in öffentlich-rechtliche Trägerschaft wäre mein Herzenswunsch. [...] Ein Fortschritt wäre schon eine Regulierung dergestalt, dass der Gesetzgeber fernsehfremde Tage einführt.“⁴⁷

Diese Position bekräftigte er nochmals:

„Wir brauchen ... eine Demokratisierung der Medien... Eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein.“⁴⁸

Damit stellt sich „DIE LINKE.“ gegen das Prinzip der Pressefreiheit.

⁴⁴ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

⁴⁵ „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009 Die Linke.“, S. 32.

⁴⁶ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993.

⁴⁷ Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 15. November 2005.

⁴⁸ Oskar Lafontaine, Bundestagsfraktionsvorsitzenden der Linken, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Bad Doberan am 3. Juni 2007.

3. Populismus – die teuren Forderungen der Linken

Das Ziel der Einführung des Sozialismus wird von der Linken nicht immer offen benannt, sondern oft durch populistische Forderungen verschleiert. „DIE LINKE.“ suggerieren einfache Lösungen – z.B.: „Reichtum für alle!“ oder „Weg mit Hartz IV“. Einige Plakate der Linken aus dem Bundestagswahlkampf belegen, dass die Linken auf vereinfachte und sachlich reduzierte Botschaften setzen: ⁴⁹



Ein Konzept zur Lösung der dahinter stehenden Probleme ist damit nicht verbunden. „DIE LINKE.“ hat viele Wahlversprechen gemacht, deren Einhaltung erhebliche Kosten verursachen würde, und wiederholt erklärt, für sie wäre „ein Haushalt dann ausgeglichen, wenn er für den sozialen Ausgleich“ Sorge. ⁵⁰ Eine erhebliche Erhöhung der Verschuldung würde „DIE LINKE.“ für die Realisierung ihrer Projekte billigend in Kauf nehmen.

„Das [Anm. eine Reihe sozialpolitischer Ziele der Linken] hat für uns eindeutig Priorität vor einem schuldenfreien Haushalt. Wir wollen ganz bewusst kreditfinanzierte Investitionen, um die Lebensbedingungen der Menschen hier im Land zu verbessern - und zwar jetzt.“⁵¹

⁴⁹ Die Slogans wurden im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2009 bundesweit plakatiert.

⁵⁰ „Die Linke – Ein Politikwechsel muss sich an seinen Inhalten festmachen.“ Vom 9. September 2008, Quelle: www.die-linke-hessen.de.

⁵¹ Ulrich Wilken im Spiegel am 31.08.08, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,575444,00.html>.

Über die Kosten der Forderungen machen sie sich keine Gedanken. Die Umwandlung aller Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch ein Landesprogramm, das geforderte landesweite Beschäftigungsprogramm, die völlige Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Studium und eine Initiative, die jedem eine staatlich geförderte Lehrstelle garantieren soll, sowie eine jährliche Investition von einer Milliarde aus Landesmitteln, um Arbeitsplätze zu schaffen, fordern die Linken in ihrem Wahlprogramm.⁵² Zu diesen verlockend klingenden Forderungen halten sie schlicht fest:

„Diese Sofortmaßnahmen kosten Geld.“⁵³

Zur Finanzierung hat die Parteivorsitzende Eifler einen Vorschlag gemacht:

„Der Politikwechsel braucht Geld, und wer kein Geld hat, muss es sich leihen.“⁵⁴

Dass „DIE LINKE.“ trotz der Kenntnis der Unfinanzierbarkeit dieser Forderungen von ihnen nicht ablässt, zeigt den ungebremsten Populismus dieser Partei.

⁵² Wahlprogramm Hessen sozial 2009, S. 11-13.

⁵³ Wahlprogramm Hessen sozial 2009, S. 13.

⁵⁴ Ulrike Eifler am 12. Oktober 2008, zitiert nach: <http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,2634298>.

Teil B „DIE LINKE.“ Hessen

I. Allgemeine Parteiarbeit

Die Parteiarbeit der Linken in Hessen ist nicht frei von Skandalen. Die massiven, zum Teil auch persönlichen Angriffe auf den politischen Gegner dokumentieren eine für den demokratischen Diskurs fragliche Einstellung. Dass persönliche Diffamierungen für die Linken ein Stilelement des Wahlkampfes sind, belegen folgende Wahlkampf-Zitate von Vertretern der Linkspartei in Hessen:

- „Seine [Anm. Roland Kochs] Kampagne fördert den Rechtsextremismus. Mit der Erklärung, er spreche nur aus, was die schweigende Mehrheit denke, spielt Koch den Biedermann; in Wirklichkeit ist er der Brandstifter.“⁵⁵
- „Koch hat seine Blockflötenvergangenheit nicht im Griff.“⁵⁶
- „Er [Anm. Koch] ist ein gesellschaftlicher Spalter und Brandstifter.“⁵⁷
- [Anm.: Koch ist] „zentral mitverantwortlich für den Krieg in Afghanistan“⁵⁸
- [Anm.: Koch ist ein] „Schreibtischtäter und ein schießwütiger Gewalttäter“⁵⁹.
- „Je schießwütiger ich mich aufstelle, desto mehr Gewalt produziere ich - das gilt auch für Kochs Innenpolitik. Was sich bei der Polizei entwickelt, geht schon in die Richtung eines Blockwartsystems.“⁶⁰
- „Die hessische CDU hat immer wieder dafür gesorgt, dass sich rechtes Gedanken-gut in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft verfestigt. Der neue Hessische Landtag und Ministerpräsident Koch (CDU) persönlich sollten sich hiervon deutlich distanzieren.“⁶¹

Auch die Haltung zu den vier SPD Landtagsabgeordneten, die in Ausübung ihres grundrechtlich geschützten freien Mandats eine Regierungsbildung von SPD und Grünen unter

⁵⁵ Willi van Ooyen in einer Pressemitteilung am 3. Januar 2008, abrufbar unter: <http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/presse/pressemitteilungen/pressearchiv/173-die-linke-hessen-roland-koch--der-biedermann-als-brandstifter.html>.

⁵⁶ Oskar Lafontaine in einer Rede in Frankfurt am 1. Dezember 2008.

⁵⁷ Willi van Ooyen am 12. Januar 2009, zitiert nach: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Hessen-CDU-Roland-Koch;art122,2454955>.

⁵⁸ Willi van Ooyen am 12. Januar 2009, zitiert nach: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Hessen-CDU-Roland-Koch;art122,2454955>.

⁵⁹ Willi van Ooyen am 27. September 2008, zitiert nach:

<http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/09/25/eklat-im-hessischen-landtag/linken-fraktionschef-willy-van-ooyen-wirft-cdu-schiesswuetigkeit-vor.html>.

⁶⁰ Willi van Ooyen im Darmstädter Echo am 05. Dezember 2007.

⁶¹ Herman Schaus am 19. März 2009, zitiert nach: <http://www.migazin.de/2009/03/19/nach-der-studie-ueber-jugendgewalt-roland-koch-und-joachim-herrmann-unter-beschuss/>.

Tolerierung der Partei „DIE LINKE.“ verhinderten, zeugt von keinem guten Stil. Dies zeigt schon die erste Reaktion des damaligen Landtagsvizepräsidenten und Mitglieds der Fraktion „DIE LINKE.“, Hermann Schaus:

„Solche hinterlistigen Schweine.“⁶²

Für diese verbale Entgleisung wurde er durch den Landtagspräsidenten zur Ordnung gerufen und offiziell gerügt:

„Ich beurteile Ihre Aussage, zumal Sie Vizepräsident des Hessischen Landtags sind, als inakzeptabel. [...] In dieser Situation ist fraglich für mich, wie Sie dieses Haus weiterhin als Vizepräsident nach außen und innen vertreten können.“⁶³

Zur Zielscheibe von Vorgehensweisen, die dem demokratischen Konsens zuwiderlaufen, wurden aber auch Mitglieder der eigenen Partei „DIE LINKE.“. Anfang des Jahres 2009 führte dies zu einer Reihe von Parteiaustritten. Den Anfang machte der Ortsverband der Linken in Baunatal, der sich nach einem Bericht des Spiegels praktisch komplett auflöste.⁶⁴ Der Ortsvereinsvorsitzende Bernd Heinicke und sein Stellvertreter beklagten „fehlende Basisdemokratie, Mobbing von Mitgliedern sowie elitäre Kaderbildung“ in ihrer Partei. Neben ihnen erklärten noch 29 weitere nordhessische Mitglieder zum 31. Dezember 2008 aus ähnlichen Gründen ihren Parteiaustritt. Fortgesetzt wurde diese Austrittswelle durch einen prominenten Vertreter: Am 6. Januar 2009 begründete der ehemalige Spitzenkandidat der Linken in Hessen, Pit Metz, seinen Austritt folgendermaßen:

„Missgunst, Misstrauen, Unterstellung fragwürdiger Motive, Ellenbogenreaktionen auf vermeintliche oder wirkliche innerparteiliche Gegner, üble Nachreden, Verschwörungstheorien, Anfertigungen von Dossiers, "Bewegungsprotokolle", Fragekataloge wie in einem Verhör eines Verbrechers, Dutzende von e-mail-Schlachten, Aufforderungen, den Psychotherapeuten oder wahlweise den Neurologen aufzusuchen, Anzeigedrohungen, Nachtreiben, Lügen, das Unterstellen von Lügen, persönliche Verantwortungslosigkeit, Unzuver-

⁶² Ulrich Wilken am 5. November 2008, zitiert nach: http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/11/05/hinterlistige-schweine/hermann-schaus-landtags-vizepr_C3_A4sident-beschimpft-die-aufrechten-vier.html.

⁶³ Norbert Kartmann am 4. November 2008, zitiert nach: <http://www.faz.net/>.

⁶⁴ Bericht des Spiegels vom 4.1.2009 „Mitgliederschwind in Hessen“, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,599273,00.html>.

lässigkeiten, Beschimpfungen u.v.m. kurzum: ein Panorama des Elends prägt – je nach Gegebenheit konkreter Umstände – meines Erachtens die innerparteiliche Situation.“⁶⁵

Das Landesvorstandsmitglied der hessischen Linken, Martina Walter, erlebte ähnliche Situationen und zog am 12. Januar 2009 mit dem Austritt ihre Konsequenzen:

„Fehlende Basisdemokratie, fehlende politische Arbeit des Kreisvorstands Kassel-Land, interne unterschiedliche E-Mail-Verteiler, in dem die 'Bewegungsprotokolle' von Parteimitgliedern umhergesandt werden und persönliche Anfeindungen sind unter anderem Punkte dafür, dass ich austrete.“⁶⁶

Der Linken-Stadtverordnete aus Rosbach, Helke Welker, bestätigte die innerparteilichen Verhältnisse der Partei „DIE LINKE.“ am selben Tag:

"Der Einzelne, sei er Mitglied oder nicht, wird nicht als aufgeklärter, für sich selbst denkender Mensch wahrgenommen. Die Partei erwartet von dem Mitglied blinden Gehorsam, von den WählerInnen, dass sie den ausgerufenen Parolen Glauben schenken und der Partei daher ihre Stimme geben. Dies kann ich nicht mit meinem Glauben an aufrichtige ehrliche Politik in Einklang bringen.“⁶⁷

Dass bei den Linken Anspruch und Wirklichkeit oftmals auseinander klaffen, wurde durch Recherchen der Süddeutschen Zeitung im Dezember 2008⁶⁸ erneut deutlich: Marjana Schott, damals parlamentarische Geschäftsführerin der Linken im Hessischen Landtag, beschäftigte mit dem ihr als Abgeordnete für die Besetzung einer Stelle zur Verfügung stehenden Geld vier Mitarbeiter gleichzeitig. Einer ihrer Mitarbeiter arbeitete auf Basis einer halben Stelle, die anderen drei jeweils auf Basis einer Sechstelstelle. Diese verdienten somit nur 514 Euro im Monat und arbeiteten dafür offiziell 6,4 Stunden in der Woche. Einer der drei Mitarbeiter bestätigte der SZ auf Anfrage, zusätzlich Hartz IV zu beziehen; die beiden anderen wollten sich hierzu nicht äußern. Schott verweigerte ebenfalls eine Stellungnahme.

⁶⁵ Pit Metz am 6.1.2009, zitiert nach http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1655407_Im-Wortlaut.html.

⁶⁶ Martnia Walter am 12.1.2009, zitiert nach:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,600791,00.html>.

⁶⁷ Helge Welker am 12.1.2009, zitiert nach:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,600791,00.html>.

⁶⁸ Bericht von Christoph Hickmann in der Süddeutschen Zeitung vom 11.12.2008, abrufbar unter:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/425/451140/text/>.

Die Landesvorsitzende der Partei „DIE LINKE.“, Ulrike Eifler, sagt dazu:

„Was Marjana Schott da geschaffen hat, sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Es darf keinen Widerspruch zwischen dem eigenen politischen Anspruch und dem Handeln in der Praxis geben.“⁶⁹

Neben diesen skandalträchtigen Vorgängen, wird die Parteiarbeit der Linken in Hessen besonders gut an Hand der Ereignisse auf den unterschiedlichen Parteitag belegt.

II. Parteitag am 11. Oktober 2008 in Friedberg

Am 11. Oktober 2008 fand in Friedberg ein außerordentlicher Parteitag der Linken statt. Hier sollte die Tolerierung der rot-grünen Minderheitsregierung durch einen Parteitagsbeschluss manifestiert werden. „DIE LINKE.“ verabschiedete mit breiter Mehrheit eine Erklärung, in der sie ihre Forderungen an die potentielle Minderheitsregierung und die Bedingungen für eine Tolerierung deutlich macht. Darin heißt es:⁷⁰

„Die hessische LINKE hat die grundsätzliche Bereitschaft von SPD und Grünen zur Kenntnis genommen, eine Regierung zu bilden, die bei einer Unterstützung durch die LINKE über eine parlamentarische Mehrheit verfügen würde. Entsprechend dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler und in dem Willen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und Schritte in Richtung einer solidarischen Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe, gleichen Bildungschancen und sozialer Sicherung für Alle einzuleiten, erklärt die hessische LINKE: [...] Die LINKE geht nach Gesprächen mit SPD und Grünen davon aus, dass die neue Regierung folgende zentrale Punkte des Politikwechsels in ihr Regierungsprogramm aufnimmt:

[...] Reform und Ausbau des Schulwesens mit dem Ziel der Herstellung gleicher Bildungschancen und einer optimalen Förderung eines jeden Kindes. Diesem Ziel sollen insbesondere dienen: Flächendeckendes Angebot und Förderung von längerem gemeinsamen Lernen bis zum 10. Schuljahr

[...] Durchsetzung eines generellen Nachtflugverbotes am Flughafen Frankfurt. Den Ausbau des Frankfurter Flughafens lehnt DIE LINKE nach wie vor aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab.

[...] Die LINKE geht davon aus, dass sich die oben beschriebenen Maßnahmen des Politikwechsels auch im Haushalt widerspiegeln und dabei die Umverteilung zugunsten benachtei-

⁶⁹ Ulrike Eifler am 11.12.2008, zitiert nach <http://www.sueddeutsche.de/politik/425/451140/text/>.

⁷⁰ Zitiert aus der Erklärung der Partei und Landtagsfraktion „DIE LINKE.“ Hessen zur Unterstützung einer Rot-Grünen Regierung vom 11. Oktober 2008, abrufbar unter: http://www.die-linke-hessen.de/lv15/service-inhalt/downloads/doc_download/78-erklaerung-zur-unterstuetzung-einer-rot-gruenen-regierung.

ligter Menschen, die Stabilisierung regulärer Beschäftigungsverhältnisse und die Steigerung der öffentlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie im Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich ein besonderes Gewicht erhalten. Die LINKE erwartet, dass dabei die Einnahmengerechtigkeit und der gesellschaftliche Reichtum thematisiert werden, um mittel- und langfristige Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen (z.B. Vermögensteuer Unternehmensbesteuerung, Reform der Erbschaftssteuer).

[...] Soweit keine Vereinbarungen nach den vorstehenden Ziffern getroffen wurden, behält sich die LINKE vor, eigene Anträge im Landtag zu stellen. [...] Das gilt auch hinsichtlich der strittigen Flughafenprojekte Frankfurt und Calden. Die LINKE lehnt diese Projekte nach wie vor ab.

Eine stärkere Belastung der Leistungsträger der Gesellschaft, die Verhinderung des Ausbaus der Flughäfen in Frankfurt und Kassel-Calden und die Zwangseinheitsschule waren keine Empfehlung an die rot-grüne Regierung, sondern Bedingung für den angestrebten Regierungswechsel. Dies wird in den Reden auf dem Parteitag sehr deutlich. Der Fraktionsvorsitzende der Partei „DIE LINKE.“ im Bundestag, Gregor Gysi, mahnte zu dieser Frage in seinem Gastbeitrag zum Parteitag an:

„Wir müssen jetzt fordern (...) um die Gesellschaft real zu verändern!“⁷¹

„Unsere Handschrift muss deutlich werden“⁷²

Noch deutlicher wurde die Landesvorsitzende Eifler, die bei den Mitgliedern für die Tolerierung und die Stärkung des Einflusses der Linken warb:

„Wir werden SPD und Grünen ganz genau auf die Finger schauen.“⁷³ Und: „Sie [Anm. eine mögliche Minderheitsregierung aus SPD und Grünen] muss Angst vor uns haben!“⁷⁴

Die Linken waren entschlossen, die sich Ihnen eröffnende Machtposition zu nutzen. Eine Tolerierung hätte bedeutet, dass Gesetze nur mit ihrer Zustimmung hätten verabschiedet werden können.

⁷¹ Gregor Gysi in seiner Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: FAZ vom 12.10.2008.

⁷² Gregor Gysi in seiner Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: www.n-tv.de/1036515.html.

⁷³ Ulrike Eifler in ihrer Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: FAZ vom 12.10.2008.

⁷⁴ Ulrike Eifler in ihrer Rede auf dem Parteitag am 11. Oktober 2008, zitiert nach: www.focus.de/politik/deutschland/hessen_linke_gibt_gruenes_licht_fuer_rot_gruene_minderheitsregierung_aid_339907.html.

In der medialen Nachbereitung des Parteitages äußerte sich die Fraktionsvorsitzende Wissler gegenüber dem Spiegel. Auf die Feststellung, von der hessischen Linken sei doch wohl keine Revolution zu erwarten, antwortete sie:

„Das wollen wir erst einmal sehen.“⁷⁵

Dass man sich zur Durchsetzung der eigenen Ziele nicht auf den parlamentarischen Weg beschränken, sondern auch den außerparlamentarischen Protest verstärken will, betonte die Vorsitzende Eifler:

„Wir werden, wenn nötig, die Bewegungen außerhalb des Parlaments aufbauen, um den Druck auf die künftige Landesregierung zu erhöhen“⁷⁶

Was diese Einstellung für den parlamentarischen Prozess und den Umgang mit politischen Gegnern bedeutet, führte Gregor Gysi in seiner Rede aus:

„Wir haben unsere Gegner. Wir haben auch Feinde. Die müssen mit allen Mitteln bekämpft werden. Aber das wisst ihr.“⁷⁷

III. Parteitag am 29. und 30. November 2008 in Flörsheim

Nach dem Scheitern der Rot-Grünen Minderheitsregierung wurden in Hessen Neuwahlen zum Landtag erforderlich. Zur Vorbereitung der Wahl am 18. Januar 2009 fand am 29. und 30. November 2008 in Flörsheim ein außerordentlicher Parteitag der hessischen Linken statt. Hier wurde unter anderem die Landesliste für die Neuwahl festgelegt.

Als es zu einer Reihe von Kampfkandidaturen um die vorderen Listenplätze kam, folgten „Tumult“ und „ein kurzes Handgemenge“⁷⁸. Daraufhin rief Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag, seine Parteifreunde zur Ruhe auf und fügte hinzu:

„Ein bisschen Demokratie ist ja ok.“⁷⁹

⁷⁵ Janine Wissler, zitiert nach: FAZ vom 12.10.2008.

⁷⁶ Rede der Landesvorsitzenden Ulrike Eifler in Bad Homburg am 11. Oktober 2008.

⁷⁷ Rede des Bundesvorsitzenden Gregor Gysi in Bad Homburg am 11. Oktober 2008.

⁷⁸ Berichterstattung durch Christoph Hickmann in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Dezember 2008, abrufbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/82/449806/text/>.

⁷⁹ Gregor Gysi auf dem Parteitag der Linken in Flörsheim am 18. Januar 2009, zitiert nach <http://www.sueddeutsche.de/politik/82/449806/text/>.

Neben der Landesliste wurde auf dem Parteitag auch ein Wahlprogramm für die notwendig gewordene Neuwahl zum Hessischen Landtag im Januar 2009 verabschiedet. Das beschlossene Programm war mit dem Wahlprogramm für die Landtagswahl 2008 weitgehend identisch. In der Präambel hielten die Linken dezidiert fest, wie sie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands und dem damit untrennbar verbundenen System der Sozialen Marktwirtschaft stehen:

„Dem kapitalistischen System [...] hält „DIE LINKE.“ die Idee eines demokratischen Sozialismus entgegen. Wir streben eine andere Gesellschaftsform an.“⁸⁰

Das Wahlprogramm enthält eine Reihe von Forderungen, die grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien in Frage stellen. Zentrales Ziel ist die Verstaatlichung großer Wirtschaftsbereiche durch Enteignung von Großaktionären und damit die Abkehr von der in Art. 14 GG verbürgten Eigentumsgarantie:

„Die Linke fordert die Preisaufsicht der Bundesländer über Strom-, Wasser- und Gastarife; [...] Die Rekommunalisierung privatisierter Stadtwerke und [...] die Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum.“⁸¹

„[Wir wollen die] Telekom-Privatisierung rückgängig machen. Die Privatisierung war ein Irrweg. Sie kann und muss wieder rückgängig gemacht werden. [...] Die in Privatbesitz befindlichen Aktien müssen wieder in Bundesbesitz überführt werden. Volle Entschädigung sollte es grundsätzlich nur für Kleinaktionäre geben.“⁸²

Zur Eindämmung des Klimawandels fordert „DIE LINKE.“:

„Verharmlosend wird von Vertretern der herrschenden Klasse und von den ihrem Einfluss unterliegenden Medien und von dafür honorierten Wissenschaftlern der Versuch unternommen, statt von einer Klimakatastrophe entschärfend vom Klimawandel zu sprechen. [...]

DIE LINKE ist

- gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens,
- gegen einen weiteren Ausbau von Regionalflughäfen wie Kassel-Calden,

⁸⁰ Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, Präambel, S. 1, Zeile 51 f.

⁸¹ Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, S. 18, Zeile 48-58.

⁸² Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, S. 19, Zeile 51-56.

- Gegen den Bau des Steinkohlekraftwerks Staudinger VI⁸³

Zur Frage des Drogenkonsums nehmen die Linken in einem fachlichen Anhang zum Wahlprogramm Stellung:

„Daher treten wir ein für: [...] Entkriminalisierung von Drogenkonsument/Innen durch Festlegung geringer Mengen, bei denen kein Strafverfahren eingeleitet wird; [...] Die Regulierung des derzeit völlig ‚freien‘ Drogenmarktes [...] für Cannabis, welches den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel [...] legalisiert.“⁸⁴

Die radikalen Forderungen der Linken führten nicht zum Erfolg: Die folgenden Wahlen zum Hessischen Landtag am 18. Januar 2009 brachten eine Mehrheit von 53,4 % für eine Koalition von CDU (37,2 %) und FDP (16,2 %), während SPD (23,7%), Grüne (13,7%) und „DIE LINKE.“ (5,4%) gemeinsam nur einen Stimmenanteil von 42,8 % erreichten.

IV. Parteitag am 25. April 2009 in Bad Homburg

Zur Vorbereitung der Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009 veranstaltete die Partei „DIE LINKE.“ am 25. April 2009 in Bad Homburg einen außerordentlichen Landesparteitag, um ihre Landesliste für die bevorstehende Wahl zu beschließen. Inhaltlich verständigte man sich auf die Zustimmung zum Wahlprogramm der Bundespartei „DIE LINKE.“ mit dem Titel: „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.“. Dieses wurde am 20./21. Juni 2009 auf einem Bundesparteitag in Berlin beschlossen. Darin heißt es unter anderem:⁸⁵

- „Der Kapitalismus hat eine Gesellschaft hervorgebracht, in der die Herrschenden Gier, Geiz, Egoismus und Verantwortungslosigkeit zu Tugenden erhoben haben. Ihre Vertreterinnen und Vertreter haben abgewirtschaftet. Ihnen darf das Land nicht länger überlassen werden.“ (S.3)
- „Der Kapitalismus ist nicht nur sozial ungerecht und Motor der Klimakatastrophe. Er ist auch wirtschaftsfeindlich. [...] Wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft.“ (S.5)

⁸³ Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009, S.25 und 39.

⁸⁴ Wahlprogramm „Hessen sozial“ der Partei „DIE LINKE.“ zur Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009 Anhang: „Drogenpolitik“, S.37, Zeile 59-67.

⁸⁵ Folgende Zitate stammen aus dem Wahlprogramm der Partei „DIE LINKE.“ zur Bundestagswahl 2009.

- „[Wir sind] besser aufgehoben, in einer Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus überwindet, die in Kernbereichen der Wirtschaft auf öffentlichem und Belegschaftseigentum aufbaut und die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung in die soziale und politische Verantwortung demokratischer Institutionen einbindet.“ (S.6)
- „Wir wollen die Steuern auf hohe Einkommen, Erbschaften und Konzern-Gewinne erhöhen.“ (S.7)
- „Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Als erster Schritt muss der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden.“ (S.10)
- „DIE LINKE fordert: private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren: den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen.“ (S.11)
- „DIE LINKE fordert: [...] Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze; Rekommunalisierung zentraler Teile der Energiewirtschaft.“ (S.15)
- „Die privaten [...] Telekommunikations- und Netzbetreiber mausern sich ohne kulturellen Auftrag, ohne öffentliche Kontrolle und Transparenz zu Sendeanstalten und bedrohen das gesamte [...] Fernseh- und Rundfunksystem. [...] DIE LINKE steht deshalb für die Schaffung einer demokratischen Medienordnung, die die Wissensverarbeitung wieder öffentlicher Regulierung unterstellt.“ (S.37)
- „DIE LINKE fordert: [...] alle Geheimdienste abschaffen.“ (S.44)
- „[...] den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel [Anm. mit Cannabis] legalisieren.“ (S.45)
- „Die deutsche Außenpolitik ist von SPD und Grünen militarisiert worden und zunehmend auf imperiale Durchsetzung von Kapitalinteressen gerichtet. Seit dem Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland aktiv an Handlungen, die das Völkerrecht verletzen.“ (S.53)
- „DIE LINKE fordert: Die NATO auflösen. [denn] ihr Ziel ist, sich als globale Interventionsmacht zu zeigen.“ (S.54)

Auf Platz eins der Landesliste und damit zur Spitzenkandidatin wurde Sabine Leidig gewählt. Sie ist ehemaliges Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und war bis September 2009 Geschäftsführerin im Bundesbüro der Protestorganisation attac. Äußerungen von Frau Leidig belegen ihre linksextremistische Haltung. So sagte sie unter anderem:

- „Krisen sind ohne Systemwechsel nicht zu lösen“⁸⁶
- „Ich möchte euch heute einladen, radikaler zu werden. Nicht im Sinne unnützer Gewalt, sondern im Sinne von entschlossenem Protest und Widerstand gegen den Radi-

⁸⁶ Sabine Leidig, zitiert nach: FAZ vom 26.04.2009.

kalismus der Globalisierung, der Konkurrenz und der Kriege - für das Überleben menschlicher Perspektiven. [...] Wenn die Friedensbewegung, die Globalisierungskritiker und die Gewerkschaften ihre Kämpfe verbinden, kann richtig Sand ins neoliberale Globalisierungsgetriebe kommen - dann ist es möglich, die Richtung zu ändern. Ich möchte euch aufrufen, nicht nur am 1. Mai dabei zu sein, sondern auch zusammen mit Attac und vielen anderen Gruppen gegen den bevorstehenden G-8-Gipfel Anfang Juni in Evian zu protestieren. Lasst uns radikal und gemeinsam die Menschenrechte auf Frieden, Selbstbestimmung, Nahrung, Bildung, Arbeit und gesunde Lebensbedingungen der Weltmarkt-Macht- und Profitgier entgegenstellen!“⁸⁷

- „Die derzeitige Parteiendemokratie kann nicht das letzte Wort sein“⁸⁸

Auf den zweiten Listenplatz wurde Wolfgang Gehrke-Reymann gewählt. Er war über 20 Jahre Mitglied der DKP⁸⁹ und über Jahrzehnte im Parteivorstand tätig.⁹⁰ Außenpolitisch macht er sich für die Streichung der FARC, einer marxistischen Guerilla-Bewegung, die in Kolumbien gewaltsam den Staat bekämpft, von der Liste der Terrororganisationen stark.⁹¹

Auf Platz drei wurde Christine Buchholz gewählt, die sich laut Eigenschaft für die „sozialistische Gesellschaftsordnung“ einsetzen will. Sie war aktiv an der Organisation der gewalttätigen Proteste im Umfeld des G8-Gipfels in Genua 2008 beteiligt.⁹² Frau Buchholz ist Unterstützerin des marxistischen Netzwerkes „marx21“ und der Sozialistischen Linken, die beide vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft werden.⁹³

Die Delegierten diskutierten auch über die Erwartungen an den anstehenden Wahlkampf und ihre politischen Ziele. Im Verlauf der Veranstaltung rief Wolfgang Gehrke-Reymann (MdB) den Anwesenden zu:

⁸⁷ Sabine Leidig in ihrer Rede zum Ostermarsch 2003, zitiert nach ihrer persönlichen Homepage: www.sabine-leidig.de/Archiv_ohne_Navi/Reden/Ostermarsch_2003/.

⁸⁸ Sabine Leidig gegenüber der Frankfurter Rundschau am 26.4.2009, zitiert nach http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1734287_Portraet-Sabine-Leidig-Eine-Bewegte-fuer-die-Linke.html.

⁸⁹ Die DKP ist linksextremistisch ausgerichtet und setzt auf gewaltsamen, revolutionären Umsturz zur Veränderung der Gesellschaftsordnung nach marxistischem Vorbild. Im DKP-Parteiprogramm, verabschiedet auf dem 17. Parteitag am 8. April 2006 in Duisburg heißt es: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“

⁹⁰ Selbstauskunft unter: <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2006/0103/mdb/bio/G/gehrcwo0.html>.

⁹¹ Wolfgang Gehrke-Reymann am 27. Mai 2009, zitiert nach: www.mdb.de/index.php/Moz/Article/category/Nachrichten/id/231659.

⁹² Vgl. Selbstauskunft unter: http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/B/buchholz_christine.html.

⁹³ Die verfassungsfeindlichen Organisationen im Umfeld der Linken wurde bereits im Teil A dieser Dokumentation beschrieben.

„Ich will soziale Unruhen.“⁹⁴

Er wiederholte damit eine Forderung der Spitzenkandidatin, Sabine Leidig, die zur Erläuterung ausführte:

„Man muss sich soziale Unruhen nicht als Straßenkampf vorstellen, aber das ist natürlich auch eine Form“⁹⁵

„DIE LINKE.“ veröffentlichte im Vorfeld der angekündigten Demonstrationen zum 1. Mai, die inzwischen schon traditionell mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Linksautonomen und der Polizei verbunden sind, folgende Pressemitteilung:

„Durch das erwartete Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um sechs Prozent werden die Kämpfe um den Erhalt von Arbeitsplätzen härter. Die Versuche der Unternehmen, durch Erpressung Lohnverzicht zu erzwingen, werden immer dreister. Deshalb müssen die Demonstrationen und Kundgebungen zum ersten Mai die soziale Unruhe, die immer mehr Menschen erfasst, deutlich zum Ausdruck bringen“, erklärt Ulrich Wilken, Landesvorsitzender der Partei „DIE LINKE.“ Hessen. Die Kolleginnen und Kollegen, die wie bei Federal Mogul, ehemals Glyco, in Wiesbaden für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen, brauchen dringend Unterstützung aus der Gesellschaft. Nur wenn wir uns im Widerstand gegen Massenentlassungen und Lohndumping zusammenschließen, kann soziale Verunsicherung zu sozialer Unruhe werden. Nur wenn wir genug soziale Unruhe zeigen, erzeugen wir genug Druck, um die Regierungen zum Handeln zu zwingen.“⁹⁶

Ein Bericht der WELT belegt die geistige Nähe der Forderungen nach sozialen Unruhen zu den Randalen in der Nacht zum 1. Mai 2009:

„Es kommt nach Ende der Demonstration zur Randalen, nach der sich die Linksradikalen sehnen. Barrikaden werden gebaut, Müllcontainer angezündet, Steine, Feuerwerkskörper und Molotowcocktails gezielt auf Polizisten geworfen. Von einer Gewalt, „wie wir sie in den vergangenen Jahren kaum kannten“, spricht Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Die Gewalttäter hätten „billigend in Kauf genommen, dass schwerste Verletzungen und auch Tötungen durch solche Aktionen erfolgen können“. Am

⁹⁴ Holger Gehrke-Reymann, zitiert nach: FAZ vom 26.04.2009.

⁹⁵ Sabine Leidig im HR-Sommerinterview, 12.9.2009, zitiert nach: www.pds-hessen.de/btw09/wahlkampf/positionen/108-sabine-leidig-ueber-sozialstaatsgarantie-und-soziale-unruhen-im-sommerinterview-von-hr-info-.html.

⁹⁶ Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag, abrufbar unter: <http://www.die-linke-hessen.de/lv15/politik/presse/459-soziale-unruhe-zeigen>.

Ende dieser Nacht sind 273 Beamte verletzt. Voriges Jahr waren es in Berlin 112.289 Randalierer nimmt die Polizei fest, doppelt so viele wie 2008.“⁹⁷

V. Parteitag am 21. November 2009 in Melsungen

Auf Ihrem zweiten ordentlichen Parteitag am 21. November 2009 in Melsungen wählten die hessischen Linken ihre neue Landesvorsitzende, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz. Frau Scheuch-Paschkewitz ist seit einem Jahr Mitglied der Partei „DIE LINKE.“ und war auf Platz 5 der hessischen Landesliste zur Bundestagswahl angetreten.

Neben der Wahl der neuen Landesvorsitzenden der Linken in Hessen beschloss der Parteitag einen Initiativantrag. Die darin enthaltenen Forderungen waren zum größten Teil bereits im Wahlprogramm zur Bundestagswahl enthalten. Sie verdeutlichen noch einmal die Grundpositionen der Partei „DIE LINKE.“ in Hessen:

„Wir wollen die Systemveränderung!“

Die gegenwärtige Krise macht deutlich, dass das kapitalistische System den demokratischen und sozialen Lebensinteressen der Menschen in unserem Land nicht gerecht wird. Wir brauchen eine soziale und wirtschaftliche Neuordnung, deren Ziel und Inhalt nicht das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein kann.

Das Ergebnis der Bundestagswahl bringt auch eine wachsende Polarisierung in unserer Gesellschaft, die nach wie vor durch einen unüberbrückbaren Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt ist, zum Ausdruck. Hier ist „DIE LINKE.“ politisch klar positioniert. Wir sind die einzige Partei, die gegen den menschenfeindlichen, neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft und gegen die Zerstörung des Sozialstaats kämpft. Wir sind die einzige Anti-Agenda 2010 Partei. Wir stehen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir sind Antikriegspartei und die Partei des demokratischen Sozialismus. Wir stehen als Partei „DIE LINKE.“ fest an der Seite der Friedensbewegung, der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten.

Wir stellen die Eigentums- und Machtfrage mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des Aufbaus einer neuen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Wir lehnen jede Politik ab, die Profitmaximierung als Maß allen Wirtschaftens akzeptiert.

⁹⁷ vgl. DIE WELT online am 2. Mai 2009: <http://www.welt.de/politik/article3664988/Gewalt-am-1-Mai-mit-Politik-hat-das-nichts-zu-tun.html>.

Wir fordern:

- Die Überführung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in gesellschaftliches Eigentum, insbesondere der Energie-Konzerne, aber auch der Großbanken; [...]

Wir machen keine Abstriche bei unseren politischen Grundpositionen:

- Wir verlangen, dass die Kriegseinsätze der Bundeswehr überall in der Welt beendet werden und zwar sofort! Erster Schritt: Raus aus Afghanistan!
- Wir unterstützen eine offensive gewerkschaftliche Gegenmacht im Widerstand gegen eine immer inhumaner und aggressiver werdende Politik des Kapitals. Dazu gehört auch die Anwendung des politischen Streiks, wie ihn z. B. die Gewerkschaft IG BAU unlängst in ihrer Satzung verankert hat.“⁹⁸

„DIE LINKE.“ in Hessen erneuert damit ihre bekannten politischen Ansichten und stellt eine Gesellschaft nach sozialistischem Vorbild ins Zentrum ihres politischen Denkens. Ihr Programm zeugt auch weiterhin vom Willen nach einem Systemwechsel, das heißt der Abschaffung von Grundpfeilern unserer Verfassung wie dem Grundrecht auf Eigentum, der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Sozialen Marktwirtschaft.

⁹⁸ Leitantrag zum Parteitag der hessischen Linken vom 21. November 2009, abrufbar unter: http://www.die-linke-hessen.de/lv15/service-inhalt/downloads/doc_download/200-antraege-an-den-2-landesparteitag, S. 12-13.

Teil C „DIE LINKE.“ Landtagsfraktion in Hessen

I. Mitglieder der Landtagsfraktion

Im folgenden Kapitel werden biografische Informationen über die Mitglieder der Landtagsfraktion „DIE LINKE.“ dargestellt.

1. Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender

Willi Van Ooyen, Fraktionsvorsitzender der Linken im Hessischen Landtag, wurde nach dem Rücktritt von Pit Metz zum neuen Spitzenkandidaten der hessischen Linken für die Landtagswahlen 2008 und 2009 gewählt. Er ist zudem europa- und haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion.

Van Ooyen war von 1976 an zunächst hessischer Landesgeschäftsführer der kommunistisch geprägten Deutschen Friedens Union (DFU), seit 1984 dann deren Bundesgeschäftsführer. Gegründet wurde die DFU 1960 auf Initiative von Kommunisten als Ersatz für die verbotene KPD. In den Parteiarchiven der SED fanden sich nach dem Mauerfall Unterlagen, aus denen hervorging, dass die DDR die DFU jährlich mit Millionenbeträgen finanziell unterstützt hat. Die DFU erhielt rund 90% ihrer finanziellen Mittel von der SED, war also völlig von ihr abhängig. Heute bekleidet van Ooyen unzählige Funktionen in linken Bewegungen. So arbeitete er unter anderem bei der Koordination der Anti-G-8 – Proteste und der Kampagne für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan mit und ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel, der vom hessischen Verfassungsschutz als linksextremistisch beeinflusst eingestuft wird.

Aus seinen extrem linken politischen Ansichten hat er nie einen Hehl gemacht: „Ich bin Marxist, und die Bezeichnung Kommunist ist für mich kein Schimpfwort.“⁹⁹ Einer anderen Zeitung gegenüber betonte er im Dezember 2007: „Ich habe mich nie von Kommunisten abgegrenzt.“¹⁰⁰

⁹⁹ Willi van Ooyen, zitiert nach: BILD, 30.1.2008.

¹⁰⁰ Willi van Ooyen, zitiert nach: Welt Kompakt 17.12.07.

2. Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler ist seit der Landtagswahl am 27. Januar 2008 Mitglied des Hessischen Landtags. Seit Beginn der neuen Wahlperiode am 18. Januar 2009 ist sie ebenfalls Vorsitzende der Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag. Sie ist Gründungsmitglied der zum marxistischen Spektrum der Partei gehörenden Vereinigung „marx 21“, die innerhalb der Linken für einen internationalen Marxismus wirbt und die den Klassenkampf der Arbeiterklasse in Reinkultur fordert.¹⁰¹ Sie ist damit das Mitglied der Fraktion, das am offensivsten nach wie vor für kommunistische und verfassungsfeindliche Parolen steht und das Mitglied in einer Organisation ist, die ganz Eindeutig linksextrem ist. Zuvor war sie aktives attac-Mitglied und wurde aus den Jusos Frankfurt, die nicht in dem Ruf stehen, konservativ zu sein, ausgeschlossen, da sie im Verdacht stand, die Jusos kommunistisch zu unterwandern. Wissler ist energie-, wissenschafts-, wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

3. Hermann Schaus, Parlamentarischer Geschäftsführer

Hermann Schaus ist ebenfalls bereits seit der Landtagswahl am 27. Januar 2008 Mitglied des Hessischen Landtages. Seit Beginn der neuen Wahlperiode ist er parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion „DIE LINKE.“ und zugleich innenpolitischer Sprecher. Er ist seit 28 Jahren hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär bei ötv, später ver.di und mittlerweile Landessprecher ver.di Hessen. Er kommt aus der SPD und ist daher bislang extremistisch nicht aufgefallen, der Austritt erfolgte 1993 wegen des Asylkompromisses und des „Großen Lauschangriffs“. Er hat später die WASG mitgegründet. Schaus verfügt aber über enge Kontakte zu der trotzkistisch-linksextremistischen Gruppierung „marx 21“, für die er u.a. eine Wahlanalyse mitverfasst hat.¹⁰²

¹⁰¹ vgl. Selbstauskunft von Frau Wissler auf der Homepage der LINKEN-Fraktion Hessen, http://www.linksfraktion.die-linke-hessen.de/component/option,com_contact/task,view/contact_id,4/Itemid,243/ (17. April 2008).

¹⁰² Artikel vom 18. Februar 2008, "Den außerparlamentarischen Widerstand stärken", <http://marx21.de/content/view/339/32/>.

4. Barbara Cárdenas Alfonso

Barbara Cárdenas Alfonso ist seit der Landtagswahl vom 27. Januar 2008 Mitglied des Hessischen Landtags. Sie kandidierte bei den Wahlen zum Hessischen Landtag 2008 und 2009 jeweils auf Listenplatz 5. Frau Cárdenas Alfonso ist das einzige Mitglied der Linksfraktion, das Mitglied der DKP war (in den 80er Jahren). Vorher war sie 1969 bei der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), die hauptsächlich Kriegsdienstverweigerer beraten haben, und in den 1970ern Mitglied im Marxistischen Studentenbund Spartakus, die sich neben ihrem Kampf gegen die Demokratie auch dem Kampf gegen Berufsverbote gewidmet hatten. 1993 war sie zunächst bei Bündnis 90/Die Grünen, dann bei der PDS. Später gründete sie eine PDS-nahe Dietzenbacher Liste (DL) und vertrat diese im Stadtparlament, dort ist sie aber laut Aussagen der dortigen CDU kaum aufgefallen. Für ihre Fraktion ist sie Sprecherin für Bildungs- und Integrationspolitik.

5. Marjana Schott

Marjana Schott ist ebenfalls bereits seit der Landtagswahl am 27. Januar 2008 eine der sechs Landtagsabgeordneten der Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag und zugleich seit 2007 stellvertretende Landesvorsitzende der Partei „DIE LINKE.“. In der verkürzten Wahlperiode 2008 fungierte sie als Parlamentarische Geschäftsführerin. Der PDS war sie laut ihrer Homepage 2002 beigetreten. Sie ist nach eigener Auskunft zunächst Buchhändlerin gewesen, danach hat sie nach einem Studium der Sozialpädagogik im öffentlichen Dienst gearbeitet und war freiberufliche Insolvenzverwalterin und Schuldnerberaterin beim Verein SinN e.V., über den es keine Kenntnisse hinsichtlich extremistischer Bestrebungen gibt. Sie amtierte als Sprecherin der "AG LISA" der Linkspartei Hessen, die insbesondere die Frauenrechte in Politik und Partei forcieren will. Dank der gültigen 50%-Quote für alle Mandate kommt dieser AG eine Schlüsselrolle bei der Besetzung politischer Ämter zu. Außerdem ist Frau Schott umwelt- und sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Ihre Ablehnung unserer Demokratie wird deutlich in folgendem Satz: „Ich will nicht die DDR. Aber auch nicht unsere Verhältnisse. Ich will was dazwischen.“¹⁰³

¹⁰³ „Welt“ vom 5. März 2008, Artikel „So will die Linke das Geld neu verteilen“, http://www.welt.de/politik/article1759105/So_will_die_Linke_das_Geld_neu_verteilen.html.

6. Dr. Ulrich Wilken

Dr. Wilken ist mit Unterbrechungen seit 2003 Landesvorsitzender der Partei „DIE LINKE.“ Hessen und seit 2008 Mitglied der Fraktion im Hessischen Landtag. Hier fungiert er als rechts- und medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Dr. Wilken war in den 80er Jahren eines der Gründungsmitglieder der zwischenzeitlich aufgelösten extremistischen Partei „Demokratische Sozialisten (DS)“. Ebenfalls in diese Zeit fällt seine Tätigkeit als Generalsekretär der linksextremistischen Gruppe „Christen für den Sozialismus“, die noch heute offen verfassungsfeindlich agitiert und in ihrer Selbstdarstellung formuliert: "Das Ziel unserer Arbeit besteht in der Überwindung des Klassencharakters dieser Gesellschaft."¹⁰⁴ Die „Christen für den Sozialismus“ arbeiteten mit der DKP und DFU zusammen. Der Zentralverband der Deutschen Katholiken lehnte eine Zusammenarbeit mit dieser Gruppe mit folgender Begründung ab:

"Diese Gruppe „Christen für den Sozialismus“ hat ein eindeutiges Verhältnis zur Gewalt. Dieses Verhältnis ist nicht etwa wie bei vielen GRÜNEN ungeklärt, sondern hier ist es eindeutig geklärt, nämlich im Sinne der Bejahung von Gewalt. Die Gruppe „Christen für den Sozialismus“ ist eine Gruppe, mit der wir nicht zusammenarbeiten können."¹⁰⁵

II. Parlamentarische Arbeit der Fraktion

In der parlamentarischen Auseinandersetzung treten die inhaltlichen Positionen der Fraktion „DIE LINKE.“ besonders deutlich zu Tage. Im Folgenden werden chronologisch Passagen aus den Plenarprotokollen sowie die dazugehörigen Anträge oder Gesetzesinitiativen aufgeführt. Sie geben wider, welches die Ziele der Fraktion „DIE LINKE.“ sind:

1. Erster Plenartag der neuen Wahlperiode am 18.2.2009

Aus Anlass des Ausbaus des Frankfurter Flughafens formierten sich linke Protestgruppen und errichteten ein Hüttendorf im Kelsterbacher Wald. Mehrere Gerichte erklärten diese Besetzung des Eigentums des Flughafens für rechtswidrig. Am Tag der ersten Plenarsitzung im Hessischen Landtag wurde das illegal errichtete Hüttendorf von der Polizei geräumt.

¹⁰⁴ Vgl. die Homepage: <http://www.ikvu.de/html/profil/cfs.html>.

¹⁰⁵ Friedrich Kronenbe, Generalsekretär des ZdK, am 20. 12. 1982.

Einige Mitglieder der Fraktion „DIE LINKE.“ im Hessischen Landtag nahmen dies zum Anlass, der Sitzung fernzubleiben. In einer Pressemitteilung nahmen sie dazu Stellung:

„Die Abgeordneten Barbara Cárdenas, Willi van Ooyen, Hermann Schaus und Marjana Schott sind vor Ort, um die Solidarität der Fraktion mit den Campbewohnerinnen und -bewohnern und die Ablehnung dieser Räumungsaktion zu bekunden. „DIE LINKE.“-Fraktion im Hessischen Landtag, fordert die Verantwortlichen erneut auf, die Entscheidung in den ausstehenden 260 Hauptsacheverfahren abzuwarten. Es besteht kein Handlungsbedarf, das Hüttendorf zu räumen! Schaus: „Wir unterstützen die Initiative der Kelssterbacher Bürgerinnen und Bürger, den Verkauf des Bannwaldes an die Fraport per Bürgerentscheid zu verhindern und den Widerstand gegen das unsinnige Projekt aufrecht zu erhalten.“ „DIE LINKE.“-Fraktion im Hessischen Landtag dankt den Bewohnerinnen und Bewohnern des Camps für ihren großartigen Einsatz im gewaltfreien und demokratischen Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.“¹⁰⁶

Die Fraktionsvorsitzende Janine Wissler stellte in der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten die Zielstellung der Fraktionsarbeit der Linken wie folgt dar:

„Diese Krise ist nicht allein dem Versagen einzelner Manager geschuldet. Es ist das Versagen des kapitalistischen Systems. Der Kapitalismus ist ein zutiefst instabiles Krisensystem. Die Anarchie des Marktes führt immer wieder zu Chaos, zu Zerstörung, zu Kriegen. Es ist nicht einfach ein Fehler im System, der behoben werden kann. Nein, das System ist der Fehler. Das wollen wir überwinden. [...] Wir stehen auf der Seite der Bürgerinitiativen. Wir stehen auf der Seite der Flughafenausbaugegner, und das auch heute, wo das Hüttendorf geräumt wird. [...] DIE LINKE hat die Bildungsproteste und Schülerstreiks in den letzten Monaten unterstützt. Ich hoffe, dass auch in diesem Jahr viele Schülerinnen und Schüler, viele Lehrerinnen und Lehrer und viele Studierende auf die Straße gehen, um der Regierung Druck zu machen und um eine sozial gerechte Bildungspolitik durchzusetzen. [...] Wir wollen einen Systemwechsel. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen vor Profiten stehen. Deshalb treten wir für eine demokratische, für eine sozialistische Gesellschaft ein. Deshalb werden wir in den nächsten fünf Jahren eine antikapitalistische Oppositionsarbeit in diesem Parlament machen – gegen eine Koalition aus Marktradikalen mit einem Ministerpräsidenten, der nicht davor zurückschreckt, immer wieder ausländerfeindliche Ressentiments zu bedienen, wenn es darum geht, seinen Posten zu verteidigen. [...] DIE LINKE versteht sich in diesem Parlament auch als ein Sprachrohr der sozialen Bewegung. Gesellschaftlicher Druck wird nötig sein, damit die nächsten fünf Jahre keine verlorenen Jahre für Hessen sein werden. Das ist dringend nötig, denn die Geschichte hat immer wieder ge-

¹⁰⁶ Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag vom 18.02.09, abrufbar unter: <http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/abgeordnete/die-abgeordneten/hermann-schaus/pressemitteilungen-mainmenu-272/633-machtdemonstration-gegen-widerstandscamp-im-kelsterbacher-wald.html>.

zeigt, dass für den gesellschaftlichen Fortschritt nicht nur entscheidend ist, wer regiert, sondern auch sehr entscheidend ist, wer opponiert – und vor allem, wie opponiert wird.“¹⁰⁷

Zur außerparlamentarischen Oppositionsarbeit der Fraktion „DIE LINKE.“ nahm CDU-Generalsekretär Peter Beuth Stellung:

„Sie haben die Eskalation, die Konfrontation in diesem Wald gesucht. Das ist nicht in Ordnung. [...] Es gibt in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung keinen Raum für zivilen Ungehorsam. Es gibt kein Widerstandsrecht. Wer das unterstützt, der verlässt den Boden des Rechtsstaats, der untergräbt die Autorität staatlicher Ordnung, ja, der untergräbt die Rechtmäßigkeit staatlichen Handels, der untergräbt – das ist in Ihren Redebeiträgen heute und im vergangenen Jahr deutlich geworden – unseren Rechtsstaat insgesamt. [...] Sie haben erneut, nachdem Sie dem Parlament ein Jahr angehören, auch heute weder der parlamentarischen Demokratie noch dem Rechtsstaat Ehre gemacht. Das bedauern wir sehr.“¹⁰⁸

Im weiteren Verlauf der Plenarsitzung wurde unter anderem über das Vorschaltgesetz 2009 debattiert. Bei dem Vorschaltgesetz 2009 handelte es sich um eine befristete Übergangsregel, die notwendig wurde, weil in Folge der komplizierten Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl 2008 nicht rechtzeitig ein neuer Haushalt verabschiedet werden konnte. Die Verfassung schreibt für diesen Fall eine provisorische Haushaltsführung der Regierung vor, bis das Haushaltsgesetz das Parlament durchlaufen hat. Hier nahm der Fraktionsvorsitzende der Linken van Ooyen einen waghalsigen Vergleich vor. Er sagte wörtlich:

„Dass uns Artikel 140 der Hessischen Verfassung zwingt, in Grunde genommen ein Ermächtigungsgesetz zu beschließen, ist ein Punkt, über den wir stolpern werden.“¹⁰⁹

Mit dem Vorwurf an die Landesregierung von Willi van Ooyen, man verabschiede ein „Ermächtigungsgesetz“¹¹⁰, setzte er die Hessische Landesregierung damit in eine Reihe mit dem verbrecherischen, totalitären Regime des Nationalsozialismus.

¹⁰⁷ Janine Wissler im Hessischen Landtag am 18.02.09 (Drucksache 18/2, S. 62, 65 f.).

¹⁰⁸ Peter Beuth im Hessischen Landtag am 18.02.09 (Drucksache 18/2, S. 81).

¹⁰⁹ Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 18.02.09 (Drucksache 18/2, S. 106).

¹¹⁰ Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 übertrug die volle gesetzgebende Gewalt vom Parlament auf die Regierung um Adolf Hitler, beendete somit faktisch die Demokratie und die Weimarer Republik und läutete die dunkelsten zwölf Jahre der deutschen Geschichte ein.

2. Plenum 31.3 - 2.4.2009

Auf der Tagesordnung zur Sitzung des Landtages am 2. April stand ein Entschließungsantrag von CDU und FDP, der die Verurteilung von Extremismus in Hessen betraf. Hintergrund war ein Anschlag rechtsextremistischer Gewalttäter auf ein Zeltlager, dem der Landtag entschieden entgegentreten wollte. In dem Antrag betreffend die Verurteilung von Extremismus in Hessen (Drucksache 18/49) hieß es:

„1. Der Hessische Landtag verurteilt den feigen und schwerwiegenden Angriff von Rechtsextremisten auf Demonstrationsteilnehmer auf der Rückreise von einer Kundgebung gegen Neonazis in Dresden auf einer thüringischen Raststätte.

2. Der Hessische Landtag begrüßt die konsequente Verfolgung und Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen und Straftaten durch die hessische Polizei und den hessischen Verfassungsschutz. Er stellt fest, dass in Hessen rechtsextremistische Gewalt nicht nur wirksam bekämpft wird, sondern dass, entgegen dem Bundestrend, die Zahl der Gewaltdelikte im Bereich der politisch motivierten Kriminalität -Rechtsextremismus - zurückgegangen ist. Er fordert die Bürger Hessens auf, auch weiterhin wachsam jeder Art von rechtem und linkem Extremismus entgegenzutreten.

3. Der Hessische Landtag lehnt ein erneutes NPD-Verbotsverfahren als untaugliches Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ab. Ein Verbot der NPD würde weder die rechtsextremistische Gewalt verhindern, da diese auch von Neonazis und Kameradschaften, die von einem solchen Verbot nicht erfasst würden, ausgeht. Außerdem müsste mit einem erneuten Scheitern eines Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht gerechnet werden, was zu einer ungewollten Aufwertung der NPD führen würde. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus muss auch zukünftig auf allen Ebenen politisch und gesellschaftlich hoch engagiert und mit aller Konsequenz geführt werden. Die Anstrengungen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus sind wie bisher auf hohem Niveau fortzuführen.“¹¹¹

Der Antrag wurde vom Landtag beschlossen. „DIE LINKE.“ hat als einzige Fraktion im Hessischen Landtag diesem Antrag, der Gewalt und Extremismus verurteilt, nicht zugestimmt.

Für die gleiche Sitzung hatte die Fraktion „DIE LINKE.“ eine Aktuelle Stunde zum 60. Geburtstag der NATO beantragt. In seiner Rede forderte der Fraktionsvorsitzende van Ooyen die Abschaffung der NATO, bzw. den Austritt Deutschlands aus dem Verteidigungsbündnis mit folgender Begründung:

¹¹¹ Antrag der CDU und der FDP betreffend Verurteilung von Extremismus in Hessen (Drucksache 18/49).

„Die Nato aus den Zeiten der Blockkonfrontation mit Rüstungswettlauf, Atomraketen und Atomkriegsplänen gegen den Osten verlor [...] ihre Funktion. [...] Mit der Übernahme der US-Präventivkriegstrategie aus der Ära Bush drohen weitere Kriege, auch unter Einsatz von Atomwaffen. [...] Wir sagen Nein zur NATO als Voraussetzung für eine Welt ohne Krieg“¹¹²

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Christean Wagner, erklärte in seiner Gegenrede, wie die geschichtlichen Zusammenhänge in Wahrheit zu beurteilen sind:

„'DIE LINKE.' stellt, wie früher die SED oder z.B. die DKP, die Wahrheit auf den Kopf. [...] Die Wahrheit ist, die NATO ist und war ein Bündnis freiheitlicher und demokratischer Staaten. Sie hat sich verbündet gegen die kommunistischen Länder des Warschauer Pakts, die unter der Hegemonie der Sowjetunion standen. Die NATO war und ist bis heute ein Verteidigungsbündnis. Darauf wollen wir aus Gründen der geschichtlichen Wahrheit klar und deutlich hinweisen. Die NATO hatte und hat das politische Ziel, Aggressoren abzuschrecken und im Ernstfall abzuwehren. [...] Die NATO ist gegründet worden, weil ständig, über Jahrzehnte, die Gefahr bestand, dass sich die Rote Armee mit ihren Aggressionsplänen anschickte, in Westeuropa einzumarschieren und die westlichen Demokratien zu unterwerfen. Die NATO war und ist seit über einem halben Jahrhundert der Garant für Frieden und Freiheit in unserem Land und in Europa. Das lassen wir uns von den Kommunisten, auch hier im Hessischen Landtag, nicht wegdiskutieren.“¹¹³

Zu den gewaltsamen Protesten am Rande der Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen der NATO in Straßburg veröffentlichte die Fraktion „DIE LINKE.“ folgende Pressemitteilung:

„Die NATO hat sich in Strasbourg als das gezeigt, was sie ist: ein aggressives Militärbündnis nach innen und außen. Es war völlig legitim, dass über 30.000 Menschen nach Strasbourg gekommen sind, um gegen die NATO zu protestieren und ihr Demonstrationsrecht wahrzunehmen. Diese Legitimität kann auch durch Gewalt im Verlauf der Proteste nicht in Frage gestellt werden.“¹¹⁴

¹¹² Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 2. April 2009, Drucksache 18/8, S. 426.

¹¹³ Dr. Christean Wagner im Hessischen Landtag am 2. April 2009, Drucksache 18/8, S. 426.

¹¹⁴ Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag, abrufbar unter: <http://www.die-linke-hessen.de/lv15/politik/presse/446-linke-gegen-nato-kriege-linke-gegen-gewalt>.

Bei den Ausschreitungen wurden durch mehrere hundert gewaltbereite linksextremistische Randalierer Menschen verletzt, Brände gelegt und Sachbeschädigungen verursacht. Im Landtag verharmloste der Fraktionsvorsitzende van Ooyen die Ausschreitungen wie folgt:

„Nach den eindrucksvollen Demonstrationen am vergangenen Wochenende gegen die Auswüchse des Kapitalismus geht es jetzt weiter. Der massenhafte Protest richtet sich gegen die NATO. [...] Dabei ist zu befürchten, dass bei dem geradezu hysterisch anmutenden Versuch der Sicherheitsbehörden, angeblich Gewaltprävention zu betreiben, demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.“¹¹⁵

Wie er sich die Alternative zum Eingreifen der Polizei, die Sicherheit und Ordnung garantieren konnten, vorstellt, macht er in einer Zwischenbemerkung deutlich:

„Wir hatten in Deutschland immer einen gesunden Hang zur Anarchie. Das begleitet mich mein ganzes Leben lang.“¹¹⁶

Durch diese Äußerungen stellte sich „DIE LINKE.“ offen an die Seite derer, die Steine und Brandsätze auf Polizeibeamte und Zivilisten warfen, um ihren politischen Ansichten Geltung zu verschaffen.

3. Plenum 12.5 - 14.5.2009

In der Plenarsitzung am 12. Mai beschäftigte sich der Landtag mit drei Anträgen zur Europapolitik.¹¹⁷ Der Fraktionsvorsitzende Willi van Ooyen nutzte diese Möglichkeit, seine Vorstellung des Europäischen Einigungsprozesses darzustellen:

„Die geltenden europäischen Verträge und die Politik der Europäischen Union sowie ihrer Mitgliedstaaten haben das Anwachsen der Kriegsursachen befördert. [...] Sie sind zugleich Ursache für soziale Nöte, Unterdrückung und Fremdbestimmung, für globale gesellschaftliche Spaltung, für Armut, Elend und kriegsrische Konflikte.“¹¹⁸

¹¹⁵ Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 02.04.2009 (Drucksache 18/8, S. 425).

¹¹⁶ Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 02.04.2009 (Drucksache 18/8, S. 425).

¹¹⁷ Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union (Drucks. 18/266), Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend CDU und FDP sabotieren EU-Gleichbehandlungspolitik (Drucks. 18/366) und Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend ein Europa des sozialen Fortschritts (Drucks. 18/432).

¹¹⁸ Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 12.05.2009 (Drucksache 18/10, S. 572).

In der Generaldebatte zum Haushaltsgesetz 2009 am 13. Mai sagte der Fraktionsvorsitzende Willi van Ooyen über das Verhältnis der Linken zu Parlamentarismus und außerparlamentarischer Opposition:

„Gegen diese Politik werden wir hier im Parlament, aber auch draußen auf den Straßen und am kommenden Samstag in Berlin demonstrieren. Das werden wir immer in Verbindung bringen. Wir glauben nicht daran, dass sich Politik allein hier im Parlament verändern lässt. Dazu brauchen wir mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, eine andere Durchsetzungskraft, die tatsächlich die politische Landschaft, auch hier in Hessen, aber auch in der Bundesrepublik verändert.“¹¹⁹

Die Abgeordnete Marjana Schott stellte in der Debatte zum Haushalts-Einzelplan 08 des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit ihre Einstellung zum Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft dar:

„Unser Wirtschaftssystem sorgt dafür, dass es Gewinner und Verlierer gibt. Wir haben uns so sehr daran gewöhnt, dass wir das leider allzu oft hinnehmen wie das Wetter. Aber unsere Regeln, sprich: Gesetze und Besitzverhältnisse, sind von Menschen gemacht und können von Menschen geändert werden. Das sind in diesem Fall wir. Wir haben hier die Verantwortung, zu handeln. [...] Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land in Würde leben können. Dafür müssen Besitz- und Eigentumsverhältnisse endlich geändert werden.“¹²⁰

In der Plenarsitzung am 14. Mai 2009 debattierte der Hessische Landtag über mehrere Anträge zum Thema Banken- und Finanzaufsicht.¹²¹ Die Fraktion „DIE LINKE.“ hatte dazu einen eigenen dringlichen Entschließungsantrag betreffend „Bankensektor vergesellschaften – Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung“ (Drucksache 18/443) eingereicht. Die Fraktionsvorsitzende Wissler informierte die Öffentlichkeit in ihrer Rede über die Pläne ihrer Fraktion zur Verstaatlichung des gesamten Finanzsektors. Sie sagte:

¹¹⁹ Willi van Ooyen im Hessischen Landtag am 13.05.2009 (Drucksache 18/11, S. 617).

¹²⁰ Marjana Schott im Hessischen Landtag am 13.05.2009 (Drucksache 18/11, S. 676).

¹²¹ Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend Finanzmarktaufsicht bündeln – Finanzplatz Frankfurt stärken (Drucks. 18/257), Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Finanzmarktarchitektur gestalten – den Finanzplatz stärken (Drucks. 18/364), Antrag der Fraktion der SPD betreffend ein gesunder Finanzmarkt braucht eine starke öffentliche Säule (Drucks. 18/397), Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Finanzmarktaufsicht stärken, Verbraucherinnen, Verbraucher und Wirtschaft effektiv schützen (Drucks. 18/433).

„Die Vergabe von Krediten ist systemrelevant. Dieses Wort haben wir heute schon oft gehört. Deshalb ist sie ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deswegen braucht sie auch demokratische Kontrolle. Die dauerhafte Überführung aller privaten Banken in die öffentliche Hand wäre eine notwendige Konsequenz aus dieser Finanzmarktkrise [...]“¹²²

Noch einen Schritt weiter ging der Abgeordnete Dr. Ulrich Wilken, der seine Interpretation zur Wirtschaftsordnung des Grundgesetzes in der Debatte zu einem Entschließungsantrag der Fraktion „DIE LINKE.“¹²³ darstellte:

„Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben bewusst die Option einer gemeinwirtschaftlichen und damit sozialistischen Wirtschaftsordnung ausdrücklich in das Grundgesetz aufgenommen. In manchen Ländern der Welt müsste einer Änderung der Wirtschaftsordnung, einer Änderung der Eigentumsverhältnisse, gemeinhin Revolution genannt, eine Änderung der Verfassung vorausgehen. Nicht so in Deutschland. Diese Änderung der Eigentumsverhältnisse und damit eine sozialistische Wirtschaftsordnung sind in unserem Grundgesetz und in unserer Hessischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen. [...] Eine dauerhafte Lösung der Krise ist deshalb nur bei einer Veränderung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel überhaupt möglich.“¹²⁴

Die grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Sinne des Sozialismus, die von den Linken immer wieder gefordert wird, widerspricht elementaren Grundsätzen unserer staatlichen Verfassung, die auf Freiheit, Soziale Marktwirtschaft und die Gewährleistung von Privateigentum ausgerichtet ist.

4. Plenum 16.6 - 18.6.2009

In seiner Sitzung am 17. Juni 2009 beriet der Hessische Landtag über zwei Anträge zum Thema Extremismus in Deutschland.¹²⁵ Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie Rechts- und Linksextremismus“ (Drucks. 18/804) enthielt neben der Verurteilung von Rechtsextremismus und Islamismus, auch einen Punkt zu verfassungsfeindlichen linksextremistischen Bestrebungen:

¹²² Janine Wissler im Hessischen Landtag am 14.05.2009 (Drucksache 18/12, S. 734).

¹²³ Antrag betreffend Äußerungen des Hessischen Ministers der Justiz, für Integration und Europa zur Hessischen Verfassung und zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Drucks. 18/226).

¹²⁴ Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 13.05.2009 (Drucksache 18/12, S. 746).

¹²⁵ Antrag der SPD betreffend „Unterstützung eines NDP-Verbots“ (Drucks.: 18/764) und Dringlicher Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie Rechts- und Linksextremismus“ (Drucks. 18/804).

„Der Landtag begrüßt nachdrücklich, dass die Partei „DIE LINKE.“ weiterhin unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, da sie offenbar fortwährend programmatische Ziele verfolgt, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Sie arbeitet unverändert mit anderen linksextremistischen Parteien wie etwa der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), insbesondere auf kommunaler Ebene, zusammen. Zudem sind offen linksextremistische Zusammenschlüsse wie etwa die Kommunistische Plattform der Partei „DIE LINKE.“ (KPF), die Sozialistische Linke (SL) und die Antikapitalistische Linke (AKL) im hessischen Landesverband der Partei zunehmend aktiv. Der Landtag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass im Vorstand der Linkspartei derzeit Personen mit einem Vorlauf oder einer aktiven Mitgliedschaft in den oben genannten offen linksextremistischen Zusammenschlüssen, in trotzkistischen Gruppierungen, in der DKP sowie in der Roten Hilfe e.V. (RH) vertreten sind.“¹²⁶

Zu dem Dringlichen Entschließungsantrag nahm der Abgeordnete Dr. Ulrich Wilken wie folgt Stellung:

„[...] Meine Damen und Herren von der CDU, ich habe beim Lesen Ihres Antrags zur Kenntnis genommen, dass Sie uns jetzt a) offen als „linksextremistische Partei“ bezeichnen und dass Sie b) zwar gegen ein NPD-Verbot sind, aber die Linkspartei verbieten und auf diese Weise rechtsextreme Straftaten eindämmen wollen. So weit habe ich Sie verstanden. Verstehen kann ich das nicht. Die Legalität der NPD führt fortlaufend zur Kriminalisierung antifaschistischer Gruppen und ihrer Aktionen. Das, was Sie im Verfassungsschutzbericht als linksextreme Straftaten aufführen, wird zum Teil dadurch hervorgerufen, dass wir von der Linken uns auf die Straße begeben und aktiv ein Zeichen gegen faschistische Aufmärsche setzen, um den Faschisten keinen Meter der Straße zu überlassen.“¹²⁷

Im Anschluss an diese Debatte wurde ein fraktionsübergreifender Dringlicher Entschließungsantrag von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gedenken an 20 Jahre Mauerfall und die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953 (Drucks. 18/803) diskutiert. Die Fraktion „DIE LINKE.“ stimmte diesem Antrag als einzige Fraktion im Hessischen Landtag nicht zu. Stattdessen nutzte die Fraktionsvorsitzende Janine Wissler die Aussprache, um das Geschichtsbild ihrer Fraktion und Partei zu verdeutlichen. Sie sagte wörtlich:

¹²⁶ Antrag der Fraktionen CDU und FDP betreffend „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie Rechts- und Linksextremismus“ (Drucks. 18/804).

¹²⁷ Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 17.06.09 (Drucksache 18/14, S. 852 f.).

„Die DDR scheiterte nicht, weil sie sozialistisch war. Das war sie nicht. Sie scheiterte an fehlender Freiheit, aber auch an fehlender sozialer Gleichheit. [...] Eine Absage an den Stalinismus bedeutet aber nicht, dass man den Kampf um eine andere Gesellschaft, eine sozialistische Gesellschaft aufgeben muss. [...] Ich möchte enden mit einem Satz von Christa Wolf, der zur Losung bei der historischen Protestdemonstration am 4. November 1989 in Berlin wurde: „Also träumen wir mit hellwacher Vernunft: Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg.“ DIE LINKE hat sich auf den Weg gemacht, der Verwirklichung dieses Traums ein paar Schritte näher zu kommen. Diesen Traum haben auch viele Menschen geträumt, die 1953 und 1989 auf die Straße gegangen sind. Gerade angesichts der jetzigen Situation zeigt sich, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein darf und sein kann.“¹²⁸

In der Sitzung am 18. Juni wurden auf Antrag der Linken die zu dieser Zeit deutschlandweit stattfindenden Bildungstreiks thematisiert. Neben den Linken und verschiedenen Gewerkschaften hatten auch offen linksextremistische Organisationen hierzu aufgerufen.¹²⁹ Im Antrag der Fraktion „DIE LINKE.“ betreffend „aktuelle Bildungsproteste und -streiks im ganzen Land“ (Drucks. 18/781) hieß es:

„Der Landtag begrüßt den bunten und kreativen Protest von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Auszubildenden, die in dieser Woche bundesweit gegen die Zustände in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, auf dem Ausbildungsmarkt und in den Betrieben demonstrieren. Die Bildungsproteste sind eine legitime Unmutsbekundung, die auf die Mängel im Bildungssystem hinweist und die ernst zu nehmen ist.“¹³⁰

Im Plenum äußerte sich die Abgeordnete Cárdenas Alfonso zu den Mitteln und Methoden, mit denen die Streikenden ihren Forderungen Ausdruck verleihen:

„Die gesamte Woche über gehen in einem bundesweiten Bildungstreik Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrende und Eltern gemeinsam auf die Straße. Sie besetzen Ministerien, Staatliche Schulämter, Landtage, Universitäten. [...] Wir alle in diesem Landtag sollten die Proteste als richtig, wichtig und legitim anerkennen und die Landesregierung auffordern, sich die bildungspolitischen Ziele und Vorstellungen der jungen Generation zu eigen zu machen.[...] Wir im Landtag sind eigentlich die Adressaten dieser Proteste. Wir soll-

¹²⁸ Janine Wissler im Hessischen Landtag am 17.06.09 (Drucksache 18/14, S. 863).

¹²⁹ In der Liste der Unterstützer finden sich z. B. die Linksjugend [`solid], die REVOLUTION und andere Organisationen, die vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft werden.

¹³⁰ Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag vom 09.06.09, abrufbar unter: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/18/1/00781.pdf>.

ten sie ernst nehmen, statt sie zu kriminalisieren oder den jungen Leuten zu unterstellen, sie seien extremistisch gesteuert.“¹³¹

Was dabei offensichtlich vergessen wurde, ist die Art und Weise, wie mit dem Recht auf friedliche Demonstration umgegangen wurde und in welchem erheblichen Maße friedliche Proteste in Krawall, Randalen, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigungen übergingen. Teile der Protestierenden besetzten öffentliche Einrichtungen und beschädigten diese massiv. Zu dieser gewalttätigen Art der „Interessenvertretung“ der Studenten, die mit Gewalt, Krawall und Chaos die Erfüllung ihrer Anliegen erzwingen will, nahmen die bürgerlichen Parteien Stellung und machten klar, dass Terror und Gewalt keine Mittel der Politik sein können und dürfen.

Zur Vereinnahmung der Proteste durch extremistische Organisationen hieß es in einem Dringlichen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion (Drucks. 18/805):

„Der Landtag nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass sich auf der Liste der Unterstützer des Aufrufs zum Bildungsstreik 2009 auch Gruppierungen befinden, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Der Landtag missbilligt die Vereinnahmung der Bildungsproteste für antidemokratische Zwecke.“¹³²

In der Plenardebatte äußerte sich auch der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jürgen Irmer unter dem Eindruck der gewalttätigen Proteste:

„Eine spannende Frage ist: Wer steckt eigentlich dahinter? Das antifaschistische Forum, Die Falken, Assoziation marxistischer Studierender, SDS, Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, „DIE LINKE.“, Linksjugend, die SDAJ ist dabei. Dort heißt es: Sozialismus ist die Alternative, Klammer auf: Solidarität mit Kuba, mit einem Terrorstaat. Meine Damen und Herren, das sind Ihre Bündnispartner. Das sind die, die Verantwortung für diesen Streik haben. Spätestens hier wird eines deutlich: auch die Rote Antifa gehört dazu. [...] Es geht denen, die dahinter stehen, um den Kampf gegen den verhassten Staat unter dem Schutzmantel einer Demonstration. Die Protestformen sind völlig inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass im öffentlichen Raum Sachbeschädigungen stattfinden. Ich erwarte von den Neokommunisten, dass sie sich endlich von der Gewalt distanzieren. Das, was hier gelaufen ist, ist nicht akzeptabel. Gewalt gegen Sachen galt zu ihrer Zeit immer als legitim.

¹³¹ Barbara Cárdenas Alfonso im Hessischen Landtag am 18.06.09 (Drucksache 18/15, S. 968 ff.).

¹³² Dringlicher Entschließungsantrag der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag vom 16.06.09, Drucksache 18/805, abrufbar unter: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/18/5/00805.pdf>.

Diese Sprüche kennen wir alle noch. Aber das ist nicht akzeptabel, denn aus Gewalt gegen Sachen wird irgendwann Gewalt gegen Personen. Wir aber wollen keine Gewalt.“¹³³

Die Linken machen durch ihre Beteiligung und Unterstützung von Protestaktionen deutlich, dass sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen akzeptieren.

5. Plenum 7.7 - 9.7.2009

In der Plenarsitzung am 8. Juli 2009 zeigte die Fraktionsvorsitzende Janine Wissler in der Debatte über einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „betreffend ideologische Politik und Beratungsresistenz der Landesregierung“ (Drucks. 18/862) auf, welche Wege ihre Fraktion für eine Auseinandersetzung mit der Regierungsarbeit auch in Zukunft wählen wird. In ihrem Redebeitrag sagte sie:

„Ihre Regierung ist nicht nur unfähig, sie ist auch böartig. [...] Wenn der Verfassungsschutz konsequent wäre, dann sollte er sich auch in Ihren Reihen umschauchen. [...] Diese Regierung braucht Druck. Sie braucht parlamentarischen Druck, und sie braucht vor allem außerparlamentarischen Druck. Wenn es eine gesellschaftliche Mobilisierung gibt, dann sind CDU und FDP auch bereit, eigene Überzeugungen aufzugeben. [...] Diese Regierung braucht Druck. Wir wollen daran im Parlament und natürlich auch außerhalb mitarbeiten.“¹³⁴

„DIE LINKE.“ bekennt sich damit offen zu rechtswidrigem Druck der Straße auf eine demokratisch gewählte Regierung. Der Verfassungsschutz sammelt Informationen über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind und wertet diese aus.¹³⁵ Er fungiert nicht als Instrument parteipolitischer Interessen. Durch ihre Forderung nach einer Überwachung der Landesregierung durch den Verfassungsschutz unterstellt Frau Wissler der Landesregierung, sie sei verfassungsfeindlich. Diese Äußerung ist ein weiterer Beleg für die totalitären Ansichten der Mitglieder der Linksfraktion. Jeder, der Ihre Vorstellungen nicht teilt, ist „verfassungsfeindlich“ und soll sanktioniert werden. Der Verfassungsschutz in einem Rechtsstaat ist aber nicht dazu da, den Systemumsturz nach Vorstellung der Linken zu unterstützen. Er bekämpft Feinde der Verfassung.

¹³³ Hans-Jürgen Irmer im Hessischen Landtag am 18.06.09, Drucksache 18/15, S. 976.

¹³⁴ Janine Wissler im Hessischen Landtag am 08.07.09 (Drucksache 18/17, S. 1089 ff.).

¹³⁵ zitiert nach: www.verfassungsschutz.de (03.11.09).

In der Plenarsitzung am 9. Juli 2009 diskutierten die Fraktionen über einen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend eine Lehrerhandreichung 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Erfolgsgeschichte Demokratie (Drucks. 18/263). Der Abgeordnete der Linken, Dr. Wilken, nutzte die Debatte, um sein Verfassungsverständnis näher zu erläutern:

„Seitens der LINKEN stehen wir weiterhin zu unserer Verfassung, eben auch, weil sie keine neoliberale Wirtschaftspolitik vorschreibt, sondern im Gegenteil auch die Möglichkeit sozialistischen Wirtschaftens ausdrücklich ermöglicht, auch wenn nach dem Ende des Systemkonflikts, als nur noch der Kapitalismus übrig geblieben war, ein massiver Rückbau sozialer Leistungen einsetzte und dies auch noch mit den Bedürfnissen der Wirtschaft gerechtfertigt wurde. Als LINKE fordern wir eine Konkretisierung des Sozialstaatsgebots in Art. 20 unseres Grundgesetzes: Es bedarf echter sozialer Grundrechte, Grundrechte auf Arbeit, sozialer Sicherung, bezahlbaren Wohnraums, gesundheitlicher Daseinsvorsorge sowie eines Rechts auf Migration. Würden diese in den Verfassungstext aufgenommen, könnte sich unsere Gesellschaft gemeinschaftlich tiefgreifend zum Besseren verändern. Doch wir von der LINKEN bleiben dabei: Unser aller Grundgesetz, insbesondere die in Art. 20 festgeschriebenen Fundamentalnormen der sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie, beinhaltet den politischen Auftrag, einen demokratischen Sozialismus zu realisieren. Deswegen werden wir – durchaus auch in der bewussten Tradition des KPD-Vorsitzenden im Jahre 1949, Max Reimann – die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte verteidigen, notfalls gegen die Verfasser des Grundgesetzes selbst.“¹³⁶

6. Plenum 15.9. - 17.9.2009

Auch im September-Plenum hatte der Abgeordnete Dr. Wilken Gelegenheit, seine Ideen zur Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft und Installierung einer anderen Wirtschaftsordnung in Deutschland zu erläutern. In der Debatte über drei unterschiedliche Anträge¹³⁷ zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ sagte er:

„Es geht um den Systemfehler, den wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Bundespolitik und leider auch in der Landespolitik zugelassen haben: Es ist der Blick darauf verloren gegangen, dass der Markt nicht dafür sorgt, dass das Sozialstaatsgebot eingehal-

¹³⁶ Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 09.07.2009 – Drucksache 18/18, S. 1223 f.

¹³⁷ Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP betreffend Soziale Marktwirtschaft garantiert Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit (Drucks. 18/1066), Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend aus der globalen Krise die richtigen Konsequenzen ziehen – die Marktwirtschaft braucht einen sozialen und ökologischen Rahmen (Drucks. 18/1102) und Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Neustart der sozialen Marktwirtschaft – Wirtschafts- und Sozialordnung braucht klare Regeln und handlungsfähige Akteure (Drucks. 18/1109).

ten wird. [...] Es bedarf dazu unserer Meinung nach echter sozialer Grundrechte. Dazu gehören das Grundrecht auf Arbeit, das Recht auf soziale Sicherung, das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, das Recht auf gesundheitliche Daseinsvorsorge sowie sicherlich auch ein Recht auf Migration. Wir wünschen uns, dass diese Rechte gegenüber dem Staat einklagbar sind, damit wir eine solche Diskussion nicht mehr erleben müssen: ein Zurückziehen des Staates in einer Situation, in der uns das Zurückziehen staatlicher Regelungen in die größte Krise des neuen Jahrtausends geführt hat.“¹³⁸

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der Hessische Landtag in einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde zum Thema: „Rot-Rot-Grün war schlecht für Hessen, ist schlecht für Deutschland – soziale Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungsverantwortung bekommen“. Unmittelbarer Anlass für diese Aktuelle Stunde waren Äußerungen der Spitzenkandidatin der hessischen Linken für die Bundestagswahl, Sabine Leidig, die zu sozialen Unruhen und Straßenkämpfen aufgerufen hatte.¹³⁹

Die Fraktionsmitglieder der Linken nahmen zu den Äußerungen ihrer Spitzenkandidatin mit keinem Wort Stellung. Stattdessen führte der Abgeordnete Dr. Ulrich Wilken aus:

„[...] es geht darum, dass Sie mehr oder weniger aufgeregt davon abzulenken versuchen, wer für die Zustände in diesem Land verantwortlich ist. Schuld an der Armut in unserem Land sind die Parteien, die mit der Agenda 2010, dem Abschied aus der paritätischen Sozialversicherung, einer verfehlten Gesundheitsreform, den Rentenkürzungen unter anderem durch die Rente erst ab 67 und den Hartz-Gesetzen unser Sozialsystem zerstört haben. Schuld an der Unruhe in den Betrieben sind die Parteien, die den gesetzlichen Mindestlohn verweigern, die Leiharbeit ausgeweitet haben und durch den Mindestlohnsektor enormen Druck auf Gewerkschaften und Betriebsräte ausüben. Schuld am Krieg – nicht nur in Afghanistan – sind die Parteien, die diese Einsätze beschlossen haben. Diejenigen, die diese Politik zu Recht und im Sinne der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung kritisieren, nun dafür verantwortlich zu machen, ist schäbig und höhnisch. [...] Sie beleidigen die Aktiven in kirchlichen Sozialinitiativen. Sie beleidigen die Pfarrer, die sich vor Ort gegen Armut, für Flüchtlinge und gegen Abschiebungen engagieren. Sie beleidigen die Gewerkschafter und Betriebsräte, die sich für die Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen engagieren und dafür streiken. [...] Sie beleidigen die Friedensaktivisten. [...] Sie nennen es nicht Krieg, weil Sie ansonsten unter die Strafandrohung des Grundgesetzes fallen würden, das die Vorbereitung eines Angriffskriegs unter schwere Strafe stellt. Im Namen all dieser engagierten Menschen in diesem Land erwarte ich von Ihnen eine Entschuldigung. [...] Das

¹³⁸ Dr. Ulrich Wilken im Hessischen Landtag am 17.09.2009 – Drucksache 18/21, S. 1417 f.

¹³⁹ Vgl. das Zitat oben bei Fußnote 27.

ist schon ein eigenartiges Demokratieverständnis, wenn Regierungsfractionen eine verstärkte geheimdienstliche Überwachung der Opposition fordern. [...] Die marktradikale Ideologie und die sich daraus ergebende menschenverachtende Ausbeutungspraxis haben in ihren Auswirkungen die Welt in die noch nicht übersehbare Finanz- und Wirtschaftskrise geführt.“¹⁴⁰

Dagegen wurden die Äußerungen von Frau Leidig von den Vertretern von CDU und FDP verurteilt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Greilich, sagte in der Debatte:

„[...] Das ist Aufruf zum Klassenkampf in seiner übelsten Form, nämlich in der Form des Straßenkampfes. Das war kein Ausrutscher. Das ist nicht misszuverstehen. In dem Kontext, in dem sich Frau Leidig immer wieder äußert, hat das ganze System. Sie hat schon immer erklärt, dass sie unser demokratisches parlamentarisches System ablehnt und abschaffen will. [...] Wir haben allen Anlass, diese mindestens tendenziell verfassungsfeindliche Partei intensiv weiter zu beobachten. Frau Leidig und ihre Genossen dürfen nicht darauf hoffen, dass dieser demokratische Staat wehrlos zusieht, wie sie ihre zerstörerischen Attacken auf unser rechtsstaatliches System fahren. Diese Demokratie ist eine wehrhafte Demokratie. [...] Die Linkspartei handelt auch heute noch nach dem Grundsatz Walter Ulbrichts, der da lautete: „Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.“ In diesem Zusammenhang stehen die Äußerungen von Frau Leidig. Deshalb nutzen wir diese Aktuelle Stunde, um wachzurütteln. Ich rufe Ihnen zu: Nie wieder dürfen Anhänger totalitärer Ideologien die Gelegenheit erhalten, die Grundlagen von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu untergraben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wehret den Anfängen! Stoppt die Demokratiefeinde!“¹⁴¹

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Axel Wintermeyer, veröffentlichte eine Pressemitteilung:

„Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat heute eine Aktuelle Stunde zu den immer wiederkehrenden demokratiefeindlichen Aussagen aus den Reihen der Linkspartei beantragt. "Die CDU ist bestürzt über die Hetze der Linken-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl, Sabine Leidig. Wieder einmal zeigt sich, was diese Partei von unserem Rechtsstaat hält - nämlich nichts. Wer soziale Unruhen fordert ist antidemokratisch. Und wer den Systemwechsel fordert, der muss auch sagen, was auf eine parlamentarische Demokratie folgen soll. Etwa ein kommunistischer Unrechtsstaat, wie wir ihn schon oft in der Geschichte erlebt haben? Für uns ist klar: "Die Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungs-

¹⁴⁰ Ulrich Wilken im hessischen Landtag am 17.09.2009 – Drucksache 18/21, S. 1449.

¹⁴¹ Wolfgang Greilich im Hessischen Landtag am 17.09.2009 – Drucksache 18/21, S. 1444.

verantwortung bekommen", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Axel Wintermeyer.

Wir als Christdemokraten haben die Verpflichtung die Demokratie vor extremen Parteien zu schützen. Aber das gilt auch für SPD und Grüne. Doch hier nimmt man das aus Machtstreben scheinbar nicht mehr so genau. Fazit: Rot-Rot-Grün war schlecht für Hessen und ist schlecht für Deutschland", stellte Wintermeyer fest.¹⁴²

7. Plenum 6.10 - 8.10.2009

Anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls und der damit verbundenen Wiedervereinigung Deutschlands wurde von CDU und FDP ein Antrag eingebracht, der sich die bessere Geschichtsvermittlung an Hessens Schülerinnen und Schüler zum Ziel setzte. Der Antrag lautete wie folgt:

„1. Der Landtag erinnert an die Schrecken der deutschen Teilung und an die friedliche Revolution 1989. Der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands wären ohne die mutigen Menschen, die in der DDR über Jahre und Jahrzehnte für Freiheit, Bürgerrechte und Demokratie gekämpft haben, nicht möglich gewesen.

2. Die deutsche Teilung mahnt uns alle, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und uns gegen Diktatur, jede Form von Extremismus und Gewalt zu wenden.

3. Die Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen auch in Gedenkstätten und Museen zur DDR-Geschichte und zur Geschichte der deutschen Teilung vermittelt werden. Museen und Gedenkstätten verfolgen als außerschulische Lernorte einen Bildungsauftrag. Der Hessische Landtag ist davon überzeugt, dass diese Lernorte gemeinsam mit den Schulen dem bedenklichen Trend zur Verklärung des DDR-Unrechtsregimes entgegenarbeiten können und die Erinnerung an die Schicksale der Maueropfer und der politischen Verfolgten durch das SED-Regime, aber auch an Widerstand und Opposition wach halten können.

4. Der Landtag empfiehlt allen hessischen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere jeder Schülerin und jedem Schüler, eine Gedenkstätte oder ein Museum zur deutschen Teilung zu besuchen.

Begründung:

Die friedliche Revolution der Bürgerinnen und Bürger in der ehemaligen DDR und die damit verbundene Wiedervereinigung Deutschlands jähren sich 2009/2010 zum zwanzigsten

¹⁴² Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag vom 14.09.2009, abrufbar unter: http://www.cdu-fraktion-hessen.de/fraktion_home/details.cfm?nr=7649.

Male. Diese historischen Ereignisse sowie jüngste Umfrageergebnisse, welche Schülerinnen und Schülern nur unzureichendes Wissen über das SEDRegime bescheinigen und belegen, dass bereits jetzt eine Verklärung des Regimes erfolgt, unterstreichen die Notwendigkeit, historisches Wissen zu vermitteln und Demokratieerziehung und Toleranz zu fördern. In den Lehrplänen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Teilung in allen Schulformen fest verankert. Gedenkstättenpädagogische und museumspädagogische Konzepte können und müssen als Ergänzungen zur schulischen Vermittlungsarbeit verstanden werden. Sie richten sich an Besuchergruppen aller Altersstufen und Bevölkerungsgruppen und stimmen ihre Konzepte auf die jeweilige Zielgruppe ab und nehmen die Herausforderung des lebenslangen Lernens an. Die Auseinandersetzung mit dem Thema kann in außerschulischen Lernorten, vor allem in Gedenkstätten, die sich durch die Authentizität des Ortes auszeichnen, in besonderer Weise erfolgen.“¹⁴³

Diesem völlig unbedenklichen Antrag, der Konsens unter Demokraten sein sollte, stimmte die Fraktion „DIE LINKE.“ nicht zu.¹⁴⁴ Die Abgeordnete Cárdenas Alfonso vermutete stattdessen:

„[...] dass die von Ihnen [Anm. CDU und FDP] verwendete Formulierung „jede Form von Extremismus nicht auf den Islamismus abzielt, sondern der [...] Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus den Weg bereiten soll. Wie Sie wissen, haben wir eine differenzierte Einstellung und können daher diesen Punkt nicht mittragen.“¹⁴⁵

Damit stellte Frau Cárdenas Alfonso erneut klar, welche Einstellung ihre Fraktion zu Linksextremismus hat.

„DIE LINKE.“ ist nicht bereit, gegen Extremismus und Diktatur einzutreten. Aus diesem Grund unterblieb auch bei dieser Gelegenheit wieder die Auseinandersetzung der Linken mit ihrem eigenen Erbe und ihren extremistischen Überzeugungen.

¹⁴³ Antrag der Fraktionen CDU und FDP betreffend Besuch einer Gedenkstätte oder eines Museums zur deutschen Teilung – Das Unrecht und das Leid der Menschen in der DDR darf nicht in Vergessenheit geraten vom 29.09.09, Drucksache 18/1163.

¹⁴⁴ vgl. Barbara Cárdenas im Hessischen Landtag am 07.10.09, Drucksache 18/23, S. 1548.

¹⁴⁵ vgl. Barbara Cárdenas Alfonso im Hessischen Landtag am 07.10.09, Drucksache 18/23, S. 1548.

Teil D Bündnisfähigkeit der Partei „DIE LINKE.“

Noch bis zum Tag der Hessischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 gab es eine breite Übereinstimmung zwischen allen demokratischen Parteien darüber, dass eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke.“ nicht in Betracht komme. Führende Vertreter der SPD in Hessen wie im Bund betonten, dass „DIE LINKE.“ nicht koalitionsstauglich sei. Mit welcher Vehemenz eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei in Hessen ausgeschlossen wurde, belegt ein Bericht von Helmut Markwort, dem Chefredakteur des Focus:

„[...] Am Dienstag, den 22. Januar 2008, also exakt fünf Tage vor der Hessen-Wahl, moderierte ich für den Radiosender FFH in Bad Vilbel eine Diskussion zwischen den Spitzenkandidaten Roland Koch (CDU), Andrea Ypsilanti (SPD), Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Tarek Al-Wazir (Grüne). Nach der Debatte über Sachthemen fragte ich nach Koalitionsmöglichkeiten. Für die Zuhörer und Wähler wollte ich wissen, wie Andrea Ypsilanti sich verhalten würde angesichts einer Chance, zur Ministerpräsidentin gewählt zu werden. Ich unterstellte die Situation, die nach der Wahl tatsächlich eingetreten ist, und fragte laut Tonprotokoll wörtlich: „Wie verhalten Sie sich, wenn es so kommt? Ist Ihnen lieber der Roland Koch in der Staatskanzlei oder eine Tolerierung durch Die Linke?“ Andrea Ypsilanti reagierte heftig, fast wütend: „Wie oft soll ich es denn noch sagen, Herr Markwort? Sie kriegen von mir heute Abend keine andere Antwort mehr, als ich die letzten Wochen und Monate immer gesagt habe: Es gibt keine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit den Linken.“ Damals habe ich ihr geglaubt. Als Schauspielerin ist sie erstklassig.“¹⁴⁶

Durch den Wortbruch der Hessischen SPD ist der Konsens unter den demokratischen Parteien aufgekündigt worden. Sowohl SPD als auch Grüne streben mittlerweile offen Bündnisse auf Landes- und Bundesebene mit den Neo-Kommunisten der Partei „DIE LINKE.“ an. Die schon bekannten landesparlamentarischen Koalitionen in den neuen Bundesländern haben durch die Rot-Rote Koalition in Brandenburg, die erstmals erwiesenermaßen Stasi-Spitzel und IMs in eine Landesregierung beförderte,¹⁴⁷ eine neue Dimension erreicht. Dadurch zeigt sich, dass die SPD mittlerweile auf allen Ebenen nicht länger auf die Machtoption einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei verzichten will.

¹⁴⁶ Helmut Markwort: „Tagebuch Schauspielerin Ypsilanti“, Focus 10/2008.

¹⁴⁷ Parteichef Thomas Nord und Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser haben ebenso wie weitere vier Mitglieder der Fraktion „DIE LINKE.“ im Brandenburgischen Landtag für die DDR-Staatssicherheit gespitzelt. Volkmar Schöneburg, der meint, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, wurde zum Justizminister ernannt.

Auf Bundesebene hat sich die Einstellung der SPD zur Partei „DIE LINKE.“ erkennbar verändert. Klaus Wowereit, der in Berlin mit den Linken regiert, empfiehlt:

„[...]einen entkrampften Umgang mit der Linkspartei“¹⁴⁸

Frank-Walter Steinmeier stellt fest:

„Die Entscheidung über mögliche Koalitionen liegt bei den jeweiligen Landesverbänden.“¹⁴⁹

Franz Müntefering sagt in Bezug auf eine Zusammenarbeit mit der Linken:

„Das macht mir keine Angst.“ denn: „Mehr sozialdemokratische Ministerpräsidenten (Anm. auch mit Hilfe der Linkspartei) zu stellen würde mehr helfen als schaden.“¹⁵⁰ Damit könne man auch „machtpolitisch ein Zeichen setzen.“¹⁵¹

Der Autor Manfred Bissinger beschreibt in einem Essay für die Welt das Problem der SPD:

„Ohne die Linkspartei hat die SPD keine Machtperspektive. Deswegen müssen die Genossen den Kurs ändern, um neue Mehrheiten zu gewinnen. (...) Egon Bahrs Satz vom ‚Wandel durch Annäherung‘ könnte in einem ganz anderen historischen Zusammenhang innenpolitisch wirksam werden und eine Rot-rot-grüne Koalition für 2013 in Reichweite rücken.“¹⁵²

Dass die SPD auf Bundesebene sich einer Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ öffnet, war bereits im Zusammenhang mit der Wahl des Bundespräsidenten im Mai 2009 zu erkennen. Im Vorfeld der Wahl warben die SPD und ihre Kandidatin Gesine Schwan offen um die Stimmen der Linken in der Bundesversammlung. Spätestens seit diesem Zeitpunkt war klar: Wer den Bundespräsidenten mit den Stimmen der Linkspartei wählen will, würde auch den Bundeskanzler mit ihren Stimmen wählen.

¹⁴⁸ Klaus Wowereit in der FAZ am 05.10.08. Dort führt er ebenfalls aus: „Es ist richtig, dass sich die SPD von dem Tabu trennt, wonach Koalitionen mit der Linkspartei im Bund für uns prinzipiell undenkbar sind. Dieses Tabu muss weg. Es schadet der SPD.“

¹⁴⁹ Frank-Walter Steinmeier im Focus am 24.08.09, abrufbar unter: www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/bundestagswahl/landtagswahlen-steinmeier-erfreut-die-linken_aid_429202.html.

¹⁵⁰ Franz Müntefering in der FAZ am 27.08.09.

¹⁵¹ Franz Müntefering in Spiegel-Online unter: 222.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-597782,00.html.

¹⁵² Manfred Bissinger in: Die Welt vom 18.04.09.

Nach der Landtagswahl 2008 strebten SPD und Grüne allen vorherigen Beteuerungen zum Trotz eine Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ an. Ziel war die Bildung einer von den Linken tolerierten Minderheitsregierung. Wäre es zu dieser Allianz von SPD und Grünen gekommen, hätte kein Gesetz im Hessischen Landtag gegen das Votum der Abgeordneten der Fraktion „DIE LINKE.“ verabschiedet werden können. Der Abgeordnete der Fraktion „DIE LINKE.“, Dr. Ulrich Wilken, sagte:

„Bei einer Tolerierung müsste jedes Gesetz offen im Parlament verhandelt werden, da würde es keine Entscheidungen hinter geschlossenen Kabinetttüren geben - weil die Mehrheiten nicht da wären. So etwas stellt Öffentlichkeit und Transparenz her.“¹⁵³

In welchem Maße sich SPD und Grüne den Bedingungen der Linken beugten, schreibt deren Vorsitzende Eifler in der Mitgliederzeitschrift „DISPUT“:

„DIE LINKE stellte deshalb keine Bedingungen an den Regierungswechsel. Sie machte vielmehr deutlich, dass für die Unterstützung einer rot-grünen Minderheitsregierung der Regierungswechsel mit einem Politikwechsel verbunden sein müsse. Dazu gehöre die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule, die Rücknahme der milliardenschweren Einsparungen, die Wiedereinführung fester Ladenöffnungszeiten, die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder, die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und der Stopp des Flughafenausbaus in Frankfurt und Kassel-Calden. Bewusst wurden diese Forderungen nicht zur Bedingung für einen Politikwechsel gemacht. Vielmehr wurden sie als Erwartungshaltung formuliert.“¹⁵⁴

Durch das Erstarken der Linkspartei sah sich die SPD genötigt, auch programmatisch in einen Wettbewerb um die Auslegungshoheit für den Begriff der sozialen Gerechtigkeit einzutreten. Seit dieser Zeit hat sich die SPD deutlich von der Programmatik der Regierung Schröder entfernt und rückt immer weiter nach links. Die Forderungen nach einem flächendeckenden Mindestlohn und die umfangreiche Steuererhöhungen (Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuer, Erbschaftssteuer) sind nur einige Beispiele für zahlreiche programmatische Übereinstimmungen der SPD mit der Partei „DIE LINKE.“.

¹⁵³ Ulrich Wilken im Spiegel am 31. August 2008, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,575444,00.html>.

¹⁵⁴ Ulrike Eifler in der Mitgliederzeitschrift DISPUT, Ausgabe November 2008, unter: <http://die-linke.de/politik/disput/archiv/detail/archiv/2008/november/kategorie/disput/zurueck/archiv/artikel/ein-parlamentarisches-desaster/>.

Besonders in der hessischen SPD ist die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ trotz des Scheiterns im ersten Versuch noch immer in den Köpfen verankert. Dies belegt eine Aussage des Fraktions- und Landesvorsitzenden Schäfer-Gümbel:

„Wir dürfen den Umgang mit der PDL (er meint die „Partei Die Linke“) nicht auf eine Koalitionsfrage reduzieren. Das wäre ohnehin rein theoretisch.“¹⁵⁵

Der Generalsekretär der SPD Hessen, Michael Roth, wird noch deutlicher:

„Die Lehre der vergangenen Monate in Hessen sollte sein, dass wir keine Ausschließertis mehr betreiben dürfen. Koalitionen sind Zweckbündnisse und werden nach Wahlen geschlossen. [...] Weder unser Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier noch Parteichef Franz Müntefering behaupten, dass diese Entscheidung [Anm. nicht mit der Linkspartei zu koalieren] der SPD für alle Ewigkeiten gilt. Spätestens nach den Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland werden wir uns mit diesen Fragen noch einmal auf Landesebene beschäftigen müssen“¹⁵⁶

Damit ist klar, dass auch nach dem gescheiterten Wortbruch die Option einer Regierungsbeteiligung der Linken bei entsprechenden Mehrheiten dauerhaft aktuell bleibt.

¹⁵⁵ Thorsten Schäfer-Gümbel in der Süddeutschen Zeitung am 13.10.09.

¹⁵⁶ Michael Roth, Generalsekretär der hessischen SPD, in der Frankfurter Neuen Presse am 14.04.09.

Zusammenfassung

Die Partei „Die LINKE.“ ist die Nachfolgeorganisation und Rechtsnachfolgerin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die für 40 Jahre menschenverachtende Diktatur in der DDR die Verantwortung trägt. Es besteht in personeller wie in organisatorischer Hinsicht eine direkte Kontinuität von der SED über die PDS zur Partei „Die LINKE.“. In den westdeutschen Bundesländern hat die PDS durch Fusion mit der WASG zusätzlich ehemalige Mitglieder der verfassungsfeindlichen DKP und anderer linksextremistischer Splittergruppen aufgenommen.

Es fehlt bis heute ein klarer Trennungsstrich zum Unrecht der sozialistischen Diktatur. In Geschichtsklitterungen rechtfertigen führende Vertreter der LINKEN die Mauer, verharmlosen den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze, die Repression und Verfolgung von sogenannten „Staatsfeinden“ und die Unterdrückung von politisch Andersdenkenden. Damit verhöhnern sie die Opfer der SED-Diktatur. Es bleibt unsere Aufgabe, das Unrecht und das Leid des SED-Unrechtsstaates nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die aus der SED-Nachfolgepartei PDS hervorgegangene Partei „Die LINKE.“ verharrt in strikter Ablehnungshaltung zur bundesdeutschen Demokratie. Ungeachtet der taktisch motivierten Beteiligung an Wahlen und Regierungen verfolgt die Partei unverändert das Ziel eines „Systemwechsels“. „Die LINKE.“ strebt nach einer anderen Gesellschaft und einem anderen Staat. Sie gehört nicht zu den Parteien des demokratischen Grundkonsenses und will auch nicht dazugehören.

Auf programmatischer Ebene steht im Mittelpunkt ihrer Forderungen ein überbordender Sozialstaat mit exorbitanten Transferleistungen. Fragen nach der Finanzierbarkeit werden dabei ausgeblendet. Höhere Steuern und Abgaben, rasant steigende Staatsverschuldung und damit höhere Erblasten für kommende Generationen wären die unausweichlichen Folgen ihrer Politik. Eine solche Politik macht arm – erst die Bürger, dann den Staat. Armut aber ist nicht sozial. Nicht „Freiheit durch Sozialismus“, wie die LINKE behauptet, sondern Armut und Unfreiheit durch Sozialismus sind die Konsequenzen ihrer Programmatik.

„Die LINKE.“ in Hessen gehört zu den am weitesten linksextrem zuzuordnenden Landesverbänden. Die dargestellte Vielzahl von Kandidaten mit marxistischem und kommunistischem Hintergrund, insbesondere die beiden Fraktionsvorsitzenden van Ooyen und Wissler, belegen, dass die hessische Linkspartei nichts anders als eine marxistisch-kommunistische Partei ist, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen will. „Die LINKE.“ in Hessen ist in ideologischer Hinsicht eine Nachfolgepartei der DDR-gläubigen DKP, die sich personell durch Mitglieder der SED-Nachfolgepartei PDS ergänzt hat.

Mitglieder von Partei und Fraktion „DIE LINKE.“ in Hessen betonen immer wieder ihr Ziel der Systemüberwindung. Die parlamentarische Demokratie stellt für sie bestenfalls eine Übergangslösung dar. Zudem beschränkt „DIE LINKE.“ ihre politische Tätigkeit nicht auf die Beteiligung an demokratischen Wahlen und die Mitwirkung in Parlamenten. Stattdessen werden offen auch alle Mittel des außerparlamentarischen Protests zur gewaltsamen Bekämpfung der Gesellschaftsordnung eingesetzt.

Für linke Extremisten gilt dasselbe wie für rechte: Parteien, die die Demokratie in Deutschland bedrohen sind nicht koalitions- und regierungsfähig. Auch der Verweis auf die Beteiligung der Linkspartei an Wahlen bzw. Regierungen und ihre dadurch angeblich erbrachte „Systemkonformität“ befreit keinen Demokraten von der Notwendigkeit, sich von dieser extremistischen Partei klar und unmissverständlich abzugrenzen. Eine demokratische Wahl macht die Partei „DIE LINKE“ noch nicht zu einer demokratischen Partei.

20 Jahre nach der friedlichen Revolution und Überwindung der SED-Diktatur dürfen Kräfte, die unser freiheitliches, demokratisches System abschaffen wollen, keine staatliche Macht erhalten. Als Demokraten ist es unsere Aufgabe, – gerade auch aus der Erfahrung in Hessen – darauf immer wieder hinzuweisen.

Impressum

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1 – 3

65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 350 527

Fax (0611) 350 556

www.cdu-fraktion-hessen.de

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift
für die im Impressum genannten Verantwortlichen
und Vertretungsberechtigten

Fotos: CDU-Fraktion

Verantwortlich Axel Wintermeyer MdL

Ltd. Redakteur Dr. Tobias Kleiter